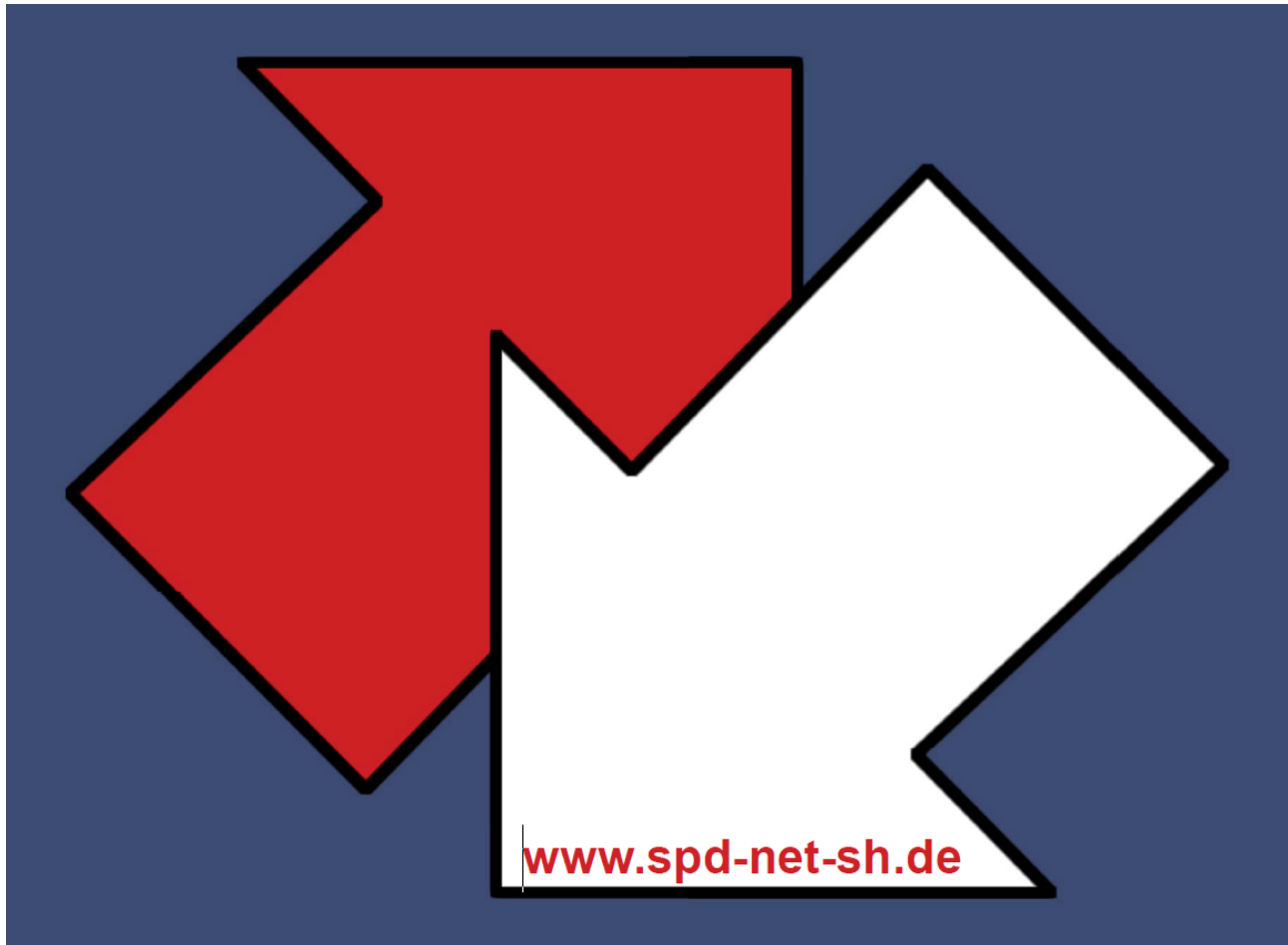


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2011, April bis Juni

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2017

SPD-Ratsfraktion Kiel - veröffentlicht am 01.04.2011, 09:08 Uhr - 1878 Clicks - Nr. 362

Schrevi schützen!

Zur Entdeckung des lebenden Fossils im Schreventeich erklärt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister:

„Die Entdeckung des lebenden Fossils im Schrevenpark ist eine Sensation! Schrevi, wie sie oder er von den Schrevenparkanwohnerinnen und - anwohnern bereits genannt wird, dürfte eines der letzten Exemplare der Art Sauraprilus sein.



Dem Kieler Geographen Hahlbohm zufolge dürfte es höchstens noch zwei oder drei Exemplare dieser Art geben, welche bisher nur auf den britischen Inseln vermutet wurde.

Schrevi ist ein Lottogewinn für die Artenvielfalt in Kiel und wird uns im Wettbewerb Biodiversität gegenüber anderen Städten weit nach vorn bringen. Auch wirtschaftlicher Nutzen im Bereich der Tourismus- und Whiskeywirtschaft steht zu erwarten.

Völlig unverständlich finden wir daher die Forderungen nach einem Abschuss des Tieres. Es ist keineswegs nachgewiesen, dass Schrevi etwas mit dem Verschwinden einer Anzahl von Hunden in der Nähe des Teiches zu tun hat.

Wir treten für einen konsequenten Schutz der Umwelt und Artenvielfalt in Kiel ein, darum wollen wir Schrevi schützen!“

Bild: Raschke

Keine Kommentare

SPD-Glücksburg - veröffentlicht am 01.04.2011, 17:50 Uhr - 5171 Clicks - Nr. 363

Mittelkürzung für die Bücherei Glücksburg

Nachdem der Kreistag vor einigen Wochen mit Mehrheit das Ende seiner freiwilligen Leistungen an die Bücherein beschlossen hat, kreist - nach Angaben der Verantwortlichen - das Damoklesschwert über diesen Bildungs- und Kultureinrichtungen im Kreis Schleswig-Flensburg.

So stellen wir fest, dass unsere Bücherei in Glücksburg nach Wegfall eines Zuschusses von 23.000 € gezwungen sein wird, die Angebotsleistungen zu überdenken.

Die Stadtvertretung der Stadt Glücksburg hat sich nicht zuletzt dadurch für unsere Bücherei ausgesprochen, dass jährliche Zuschüsse beschlossen wurden.

Wir von der SPD Glücksburg rufen alle auf, lassen sie uns jetzt gemeinsam versuchen, das Defizit

so gut wie möglich zu minimieren.

Wir schlagen vor, dass sich die Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter aller Parteien an einer Sammelaktion beteiligen, nach dem Motto " Eine Münze für unsere Bücherei - mit 2 Euro bin ich dabei " .

Um Einzelheiten, Modalitäten und das Verfahren zu bereden, laden wir zu einem Gespräch am 8. April 2011, 1700 Uhr, in die Räume der Bücherei Glücksburg ein.

Hermann Jobben (Vorsitzender)

Kommentar von [Hermann Jobben](#) vom 19.04.2011, 17:09 Uhr:

RE: Mittelkürzung für die Bücherei Glücksburg

Wenn denn die Initiative eine Information über die Büchereiausschusssitzung vom vergangenen Mittwoch darüber erhält, ob der Haushaltsansatz in diesem Jahr von der Stadt Glücksburg ausgeglichen wird, wäre ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan. Die Stadtbücherei ist eine Bildungsstätte in der Nachbarschaft !

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 02.04.2011, 11:13 Uhr - 9659 Clicks - Nr. 364

Kein Las Vegas in Schleswig-Holstein!

Zu der Veranstaltung „Sylter Impulse“ zur Kommerzialisierung des Glücksspiels von FDP und CDU Schleswig-Holstein vom 31. März und 1. April 2011 erklärt Andreas Beran, Sprecher für Suchtpräventionspolitik der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag:

FDP und CDU haben sich auf Sylt mit – wie es im Veranstaltungsprogramm heißt – „einem elitären Teilnehmerkreis von Top-Entscheidern aus der Sportwetten- und Online-Poker-Industrie“ getroffen, um sich dort über die Kommerzialisierung des Glücksspiels zu beraten.

Es kann nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Landes sein, wenn die Klientelpolitiker der FDP nun auch die internationale Wettindustrie bedienen wollen. Das Resultat einer Kommerzialisierung des Glücksspiels wären höhere Gewinne für deren Aktionäre. Die Folgekosten einer massiven Expansion der Wetten, die aus verschärften Spielsuchtproblemen entstehen, müsste die Allgemeinheit tragen.

Darum bleiben wir Sozialdemokraten dabei: Wir wollen kein Las Vegas in Schleswig-Holstein. Wir lehnen eine Kommerzialisierung ab und fordern die Landesregierung auf, sich für die Fortsetzung und Verbesserung des Staatsvertragsmodells einzusetzen.

Siehe hierzu auch: www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,754631,00.htm

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.04.2011, 13:08 Uhr - 6105 Clicks - Nr. 365

SPD Kreistagsfraktion übergibt Dokumente ans Archiv

Die SPD Kreistagsfraktion des Kreises Stormarn hat die Dokumente, die nicht mehr zur laufenden Aufgabenerfüllung benötigt werden, an das Kreisarchiv in Bad Oldesloe übergeben.

Um in der modernen Geschichtswissenschaft historische Sachverhalte zu analysieren, muss fundiertes Datenmaterial vorhanden sein. Korrektes wissenschaftliches Arbeiten kennzeichnet sich nämlich nicht durch kopieren und einfügen a la Guttenberg aus, sondern durch die aus Fakten gewonnenen Erkenntnisse.

Eine Schlüsselfunktion besitzen in diesem Zusammenhang Archive, welche die Daten vorhalten und aufbereiten. Das Kreisarchiv Stormarn hat in der Vergangenheit des Öfteren Historiker bei wissenschaftlichen Arbeiten unterstützt und informiert die Bürger in Vortragsreihen. Die aktuelle Reihe „Leben unter dem Hakenkreuz“ ist ein Zeugnis für die hervorragende Arbeit des Kreisarchivars Stefan Watzlawzick.

Die SPD Kreistagsfraktion möchte diese gute Arbeit unterstützen und hat die Unterlagen der vergangenen Fraktionsarbeit ans Archiv übergeben. Dazu gehörten Protokolle, Ausarbeitungen und auch pikante Dokumente wie interne Kassenberichte. „Schwarzen Kassen sind und waren im Gegensatz zu anderen Parteien nie ein Thema. Gerne geben wir unsere Unterlagen ans Archiv zur transparenten wissenschaftlichen Aufarbeitung“ so der stellvertretender Kreispräsident Heinz Hartmann, der die Unterlagen an den Kreisarchivar Watzlawzick übergab.

Das Archiv fungiert als Gedächtnis des Kreises. Neben Unterlagen der Kreisverwaltung werden auch Unterlagen von Privatpersonen und Organisationen aufbewahrt, die historisch relevant sind. Aktuell werden von Studenten 50.000 Bilder des verstorbenen Journalisten Marfels über den Kreis in einem Projekt für das Archiv aufbereitet. Die SPD unterstützt die Arbeit des Archives und wird für das Projekt die Fraktionsräume zur Verfügung stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 02.04.2011, 20:12 Uhr - 3866 Clicks - Nr. 366

Reinfelder Bauausschuss beschloss umweltrelevante Themen

SPD Reinfeld

Petra Gehrke, Mitglied im Bauausschuss

Reinfelder Bauausschuss beschloss umweltrelevante Themen

Der Bau- und Umweltausschuss beschloss auf seiner letzten Sitzung 40.000 € für das Auswechseln von energieintensiven Straßenlampen auf LED-Beleuchtung auszugeben. Außerdem erhielt die Verwaltung die Aufträge, Machbarkeitsstudien zur Entwicklung und Finanzierung zur Verarbeitung von Biomasse und der Errichtung eines Bürgersolarprojektes in die Wege zu leiten.

Bereits im Januar hatte sich der Bauausschuss mit der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Licht befasst. Um die Fördermittel für Klimaschutzprojekte in Höhe von 40 % der Ausgaben zu erhalten, war eine Beschlussfassung bis Mitte März erforderlich. Gefördert werden ausschließlich LED-Leuchten, die den Verbrauch um mindestens 60 % reduzieren. Der ehemalige Betriebselektriker aus Bargtheide, Peter Anklamm, der dort für die Umrüstung auf LED-Beleuchtung zuständig war, klärte vor Sitzungsbeginn umfassend über die verschiedenen

Leuchtmittel, deren Energieeffizienz, Lebensdauer und Möglichkeiten auf. Peter Anklam: „Durch Energieeinsparungen kann ein städtischer Haushalt bis zu 30 % seiner Ausgaben für Stromversorgung im öffentlichen Bereich einsparen“. Der Ausschuss beschloss die Beantragung der Fördermittel zur Umrüstung von rund 150 Straßenlampen der Modelle „Kleiner Klassiker“ und „Lilli Marleen“ auf LED-Licht mit einem maximalen Eigenanteil von 40.000 €. Diese Leuchten mit HQL-Technik bieten ein besonders hohes Einsparvolumen. Es soll in ganzen Straßenzügen ausgewechselt werden, damit kein „Flickwerk“ entsteht.

Auf Antrag der SPD vom November 10 legte die Verwaltung dem Ausschuss eine Bewertung der städtischen Gebäude bezüglich der Nutzung der Dächer für Photovoltaikanlagen vor und zeigte Sachverhalte und Lösungsansätze zur Nutzung regenerativer Energien auf. Wolfgang Raddatz (CDU) gab zu bedenken: „Solaranlagen rechnen sich nur für rentabel laufende Firmen als Abschreibungsobjekt neben der Vergütung für Strom“. Nach ausführlicher Diskussion wurde die Verwaltung mit der Erstellung von Machbarkeitsstudien beauftragt. Es soll geprüft werden, ob Biomasse, ohne Monokulturen zu schaffen, zur Energiegewinnung möglich ist mit Anbindung an die Stadtwerke. Ebenso ist die Möglichkeit zu prüfen, ob die Reinfelder Stadtwerke als Investoren für die Stromerzeugung auf den städtischen Dachflächen auftreten können. Zusätzlich sind Gespräche mit dem Schulverband zu führen und der Reinfelder Firma Baltic Solar, ob Interesse vorliegt, in diesem Bereich tätig zu werden.

Der unermüdliche Einsatz von Gerd Herrmann (SPD) für die Nutzung alternativer Energien und dem Arbeitskreis „Nachhaltiges Reinfeld“ zeigt zunehmend Wirkung!

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 02.04.2011, 20:42 Uhr - 5880 Clicks - Nr. 367

Peter Eichstädt: "Meine Daten gehören nur mir!"

Zur heutigen Vorstellung des Tätigkeitsberichts des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz erklärt der datenschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Augenfällig wird durch den Bericht des Datenschutzbeauftragten, dass ganz offensichtlich das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung und Schutz ihrer persönlichen Daten nicht ausreichend ernst genommen wird.

Bei vielen Firmen, die mit dem Handel und der Verarbeitung von Daten und Bildern Geschäfte machen, ist offensichtlich kaum ein Unrechtsbewusstsein vorhanden. Es ist nicht akzeptabel, dass insbesondere amerikanische Unternehmen wie Google und Facebook datenschutzrechtliche Bestimmungen in Deutschland erfolgreich unterlaufen. Das macht es erforderlich, neben weiterhin konsequenter Arbeit der Datenschutzbeauftragten Gesetze auf den Weg zu bringen, die effektiver schützen sowie die Aufklärung der Bevölkerung weiterzuführen, um zu einem gesellschaftlichen Bewusstsein für den so wichtigen Schutz persönlicher Daten zu kommen. „Meine Daten gehören

nur mir“ muss zu einer gesellschaftlichen Norm und Datendiebstahl gesellschaftlich in gleicher Weise geächtet werden wie der Diebstahl von Sachen."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 02.04.2011, 20:44 Uhr - 6310 Clicks - Nr. 368

Olaf Schulze: Neue parlamentarische Gemeinsamkeit zum Handeln nutzen

"Die Vorfälle in Japan stellen bisher nur eine Zäsur im Denken über erforderliche Konsequenzen in Deutschland dar. Die Tatsache, dass das Unmögliche nicht nur möglich, sondern Realität geworden ist, erschüttert den Glauben an die Sicherheit aller AKW in der Welt und die Beherrschbarkeit von Unfällen, die die Grenzen des bisher Denkbaren überschreiten.



Den Menschen nützen allerdings keine überhasteten Vorschläge, wie schnell wir irgendwann vollständig aus der Atomtechnik in Deutschland aussteigen können und Verweise auf die Positionen und Zitate von gestern. Wir müssen unseren Blick nach vorne richten und gemeinsam ausloten, was machbar, vor dem Hintergrund der Sicherheit der Menschen in unserem Land verantwortbar und rechtlich belastbar umzusetzen ist.

Wir sollten daher die zumindest bei uns in Schleswig-Holstein erkennbare parlamentarische Gemeinsamkeit nutzen, und dabei folgende Ziele erreichen, wie es im Antrag des SSW und der SPD niedergelegt ist: Hauptziel sollte sein, alle AKW in Deutschland schrittweise stillzulegen, wie es im Atomkonsens bis Ende letzten Jahres vereinbart war. Wenn wir es früher schaffen sollten, die AKW abzuschalten, sind wir bestimmt bei Ihnen und unterstützen Sie bei der Umsetzung.

Aber, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen, Sie brauchen unseren Antrag nicht, um die AKW Krümmel und Brunsbüttel nicht wieder ans Netz gehen zu lassen, müssen Sie uns auch sagen, auf welcher Gesetzesgrundlage dies fußt. Auf den guten Willen der Konzerne alleine können wir uns wohl kaum verlassen. Deshalb müssen gesetzliche Initiativen ergriffen werden, die sicherstellen, dass die sieben ältesten Reaktoren sowie das AKW Krümmel rasch und unumkehrbar abgeschaltet werden. Die AKW Krümmel und Brunsbüttel dürfen nicht wieder ans Netz gehen.

Um ein starkes Signal gegen die vereinbarte und unabhängig von einem Moratorium geltende Laufzeitverlängerung aller AKW zu setzen, muss Schleswig-Holstein der Verfassungsklage der Bundesländer Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Rheinland-Pfalz beitreten. Denn eins ist sicher: Wir brauchen neben den Sofortmaßnahmen gesetzliche Änderungen zum Ausstieg aus der Atomkraft. Ein Moratorium und die gestern von Kanzlerin Merkel eingesetzten neuen Kommissionen können nur den Weg beleuchten, der rechtlich beschritten werden muss. Als erstes richtiges Zeichen muss die im Oktober beschlossene Laufzeitverlängerung schnell aufgehoben werden – egal auf welche Weise, ob durch ein neues Gesetz oder eine Klage gegen das bestehende. Die Sicherheitsanforderungen im vertraglichen kerntechnischen Regelwerk von 2009 sind parallel zwingend anzuwenden.

Das Ende der Atomkraft in Deutschland braucht eine neue Energiepolitik. Dazu müssen alternativer

Energiequellen vorangebracht, alle Maßnahmen zur Energieeinsparung und Energieeffizienz ergriffen, sowie die Entwicklung neuer Speichertechniken zentral in großen Energiespeichern unter der Erde, aber auch dezentral bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern vor Ort – wie z. B. durch die neuen Folienspeicher, die im ISIT in Itzehoe entwickelt werden - parallel verstärkt werden. Gerade bei den Speichertechnologien müssen wir in Schleswig-Holstein noch mehr Anstrengungen unternehmen, damit die erneuerbaren Energien sich wirklich durchsetzen können. Schnell könnten wir z.B. durch Druckluftspeicher in Brunsbüttel die erneuerbaren Energien grundlastfähig machen.

Hier macht mir der Zick-Zack-Kurs beim CCS-Gesetz große Sorgen, da er die vorhandenen Speicherkapazitäten blockieren kann. Den Ausstieg aus der Atomenergie mit der Einführung der CCS-Technologie und damit mit der CO₂-Einlagerung in Schleswig-Holstein zu koppeln, wie es Minister Brüderle will, ist der falsche Weg und wird am Widerstand der Bevölkerung scheitern.

Zusätzlich – auch da besteht große Einigkeit – können wir es uns keinen Tag länger mehr leisten, dass vor allem die erneuerbaren Energien aufgrund von Netzproblemen nicht ins Netz gespeist werden können. Hier brauchen wir eine ambitionierte Ausbaustrategie für die Stromnetze und einen gesellschaftlichen Konsens, dies zu unterstützen und nicht zu behindern. Das bedeutet aber auch, dass die Netzbetreiber nicht nur ein vereinfachtes Verfahren bekommen, sondern auch auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger eingehen und gegebenenfalls auch Erdkabel verlegen.

Wie Sie sehen, gibt es schnelle und gute Alternativen zur Atomkraft. Lassen Sie uns heute ein gemeinsames parlamentarisches Zeichen setzen, dass wir dies gemeinsam wollen: stimmen Sie unserem Antrag zu."

Rede von Olaf Schulze, MdL, zu TOP 20 und 28: Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke, Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten! (Drucksachen 17/1360neu, 17/1405, 17/1368)

Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 03.04.2011, 09:41 Uhr - 2962 Clicks - Nr. 369

Unsere Leitlinien für eine innovative Stadtpolitik in Mölln

Liebe Möllnerinnen und Möllner,

seit vielen Jahren ist die SPD stark in Mölln und setzt sich für die Zukunft unserer Stadt engagiert ein. Wir arbeiten **im Team**, Jung und Alt sowie Männer und Frauen wirken bei uns gleichberechtigt. Das solidarische Miteinander, Fairness auch im Umgang mit den politischen Mitbewerbern und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sind unsere Stärken.

Die Fraktionsmitglieder der SPD in der Möllner Stadtvertretung und in den Fachausschüssen setzen unsere Leitlinien in konkretes politisches Handeln um:

- **Weiterentwicklung unserer Schulen** in städtischer Trägerschaft auf dem Schulberg zu gut ausgestatteten Ganztagschulen. Ausbau des Schulbergs zum „Erlebnisraum“ für Kinder und

Jugendliche.

- **Stärkung Möllns als touristischer Erlebnisort.** Die Wachstumsbranche „Gesundheitsvorsorge und Wellness“ muss auch in Mölln ausgebaut werden, um Arbeitsplätze zu sichern und Zukunftschancen zu eröffnen.
- **Umbau der historischen Altstadt** zu einer verkehrsberuhigten, attraktiven Innenstadt mit mehr Lebensqualität und Erlebnischarakter.
- **Stärkung des Unternehmerstandortes Mölln** durch behutsame Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und schnelle Internetverbindungen.
- **Sicherung und Verbesserung der kommunalen Beteiligungen an den Versorgungsunternehmen vor Ort** wie „Vereinigte Stadtwerke GmbH“, DRK-Krankenhaus, RMVB und IWO. Die Kompetenz vor Ort wollen wir nutzen und die kommunale Zuständigkeit für die öffentliche Daseinsfürsorge erhalten.
- **Bau einer zweiten Kanalquerung** durch eine verkürzte, stadtferne Südtrasse, die die Waldstadt anbindet und die Berliner Straße und den Grambeker Weg entlastet. Öko-logische Belange haben dabei eine hohe Priorität.

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 03.04.2011, 11:18 Uhr - 116987 Clicks - Nr. 370

Webmasterseminar der Internetkooperative SPD-NET-SH in Malente

Am Wochenende kamen die Internetverantwortlichen der schleswig-holsteinischen SPD-Gliederungen zu einem Arbeitstreffen in Malente zusammen. In zahlreichen Workshops und Diskussionen wurde Inhalte vermittelt und Strategien entwickelt, die den Internetauftritt der SPD für die Zukunft noch ansprechender gestalten werden.

SPD-NET-SH ist eine Kooperation der SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein die es sich zum Ziel gemacht hat die Internet-Nutzung in der SPD zu fördern und zu erleichtern.



Im Mittelpunkt der dreitägigen Veranstaltung standen aktuelle Themen wie Social Media, Datenschutz & Datensicherheit, sowie technische Inhalte. Die Vernetzung der Webmaster untereinander und deren Versorgung mit Informationen und Arbeitsmitteln mittels Einrichtung einer Wiki-Plattform war ein Ergebnis dieses Treffens.

Neu in die SPD-NET-SH-Familie aufgenommene Mitglieder wurden mit Hilfe ihrer erfahrenen

Kollegen fit gemacht für die Gestaltung eines frischen und informativen Internetauftritts.

Die nächste Veranstaltung ist derweil schon in Planung: In Kürze wird es eine Layoutschulung geben, die die individuelle Anpassung vorgegebener Bausteine erleichtern und vermitteln soll.

Kommentar von [Dr. Knud Andresen](#) vom 06.04.2011, 09:36 Uhr:

RE: Webmasterseminar der Internetkooperative SPD-NET-SH in M

Es hat Spaß gemacht, mich Euch zusammenzuarbeiten. Vielen Dank für die spannenden Diskussionen.

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 03.04.2011, 17:52 Uhr - 16365 Clicks - Nr. 371

Arbeitsgruppe Energiepolitik

Der Kreisparteiausschuss der SPD Rendsburg-Eckernförde hat Götz Borchert gebeten, eine Arbeitsgruppe zum Thema "EU-Energiepolitik" einzurichten. Die Idee hierzu entstand während einer Sitzung des Kreisparteiausschusses über Ungleichheiten in Europa und die Strategie EU 2020. Angesichts der Geschehnisse in Japan und der besonderen Aktualität des Themas Atomkraft hat auch dieses Anliegen an Bedeutung gewonnen.



Wir wollen gemeinsam einen Antrag zu dem Thema erarbeiten. Gerne können wir darüber hinaus aber auch weitere Ziele ins Auge fassen.

Götz Borchert lädt herzlich zur Mitarbeit ein! Anmeldungen dafür einfach per Mail an:

goetz.borchert@spd-rd-eck.de

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 03.04.2011, 19:02 Uhr - 7145 Clicks - Nr. 372

Siegfried Schmidt: SPD-Ehrenvorsitzender

Siegfried Schmidt wurde am 31. März 2011 vom SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner mit der Verdienstmedaille der SPD Schleswig-Holstein ausgezeichnet und zum Ehrenvorsitzenden des Kieler SPD-Ortsvereins Russee-Hammer ernannt. „In Anerkennung, Respekt und größter Wertschätzung für sein 50-jähriges Engagement ernennt die Sozialdemokratische Partei Deutschland Herrn Siegfried Schmidt auf Lebenszeit zum Ehrenvorsitzenden des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer“, so Stegner.



„In dieser Zeit war Siegfried Schmidt mit seiner robusten Präsenz einer der Konstanten in der

politischen Ethik unserer Stadt. Sein sicheres Zielbewusstsein wurde zu einer verlässlichen Größe, die sich von Schwankungen des Zeitgeists nicht beirren ließ. Seine feuerfeste Vitalität wirkte wie eine Garantie auf die Entwicklung zum Guten. Seine Weitsicht war eine stetige Demütigung für kurzweilige Opportunisten. Seine Unbestechlichkeit blieb für die Wendigen ein intimes Ärgernis. Vielleicht ist er zeitweilig der einzige Sozialdemokrat auf weitem Feld, der imstande ist, zu erklären, was das gute alte "Vorwärts" in ambivalenten Zeiten bedeutet“, so Stegner in tiefer Zuneigung zu Siegfried Schmidt.

Rolf Fischer, Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes, übergab Siegfried Schmidt einen Ehrenbrief des SPD-Bundesvorsitzenden mit den Worten: „Denn den Menschen zu helfen und der Sache der Sozialdemokraten zu dienen war für Siegfried Schmidt immer ein hohes Gut. Mit seiner Arbeit hat er beispielhaft die sozialdemokratischen Ideale „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“ mit Leben erfüllt.“

Frank Hornschu, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins, überreichte Siegfried Schmidt eine gebundene Sammlung von persönlichen Zeilen und Briefen seiner bedeutenden Weggefährten. „Diese Sammlung zeigt dir, was du für die Menschen getan hast und ist Beleg für deinen unermüdlichen Einsatz“, so Hornschu.

Im Anschluss der Ehrung von Siegfried Schmidt fanden die Wahlen zum neuen Vorstand des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer statt. Frank Hornschu wurde als Vorsitzender bestätigt. Als seine Stellvertreter/in wurden Astrid Leßmann (aus Hammer) und Winfried Jöhnk (aus Russee) gewählt. Die Schriftführung wird von Robert Bartels übernommen und die Kasse wird weiter von Eckhard Frenzke geführt. Als Beisitzer wurden Nicole Petersen, Roland Scharff-Knuth, Manfred Berke und Olaf Busack gewählt. „Knapp die Hälfte aller Mitglieder kamen zur Versammlung. Ich freue mich als Vorsitzender dieses lebendigen und sehr aktiven Ortsvereins gemeinsam mit meinem Team für die Menschen in Russee, Hammer und Demühlen Ansprechpartner zu bleiben“, so Frank Hornschu abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 04.04.2011, 14:48 Uhr - 6298 Clicks - Nr. 373

Peter Eichstädt: Ausnahmeregelungen überdenken!

"Zunächst einmal bedanke ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, die an der Beantwortung unserer Großen Anfrage zum Nichtraucherschutzgesetz mitgewirkt haben.



Die Antwort zeigt: Die Umsetzung des Gesetzes ist in einigen Bereichen nicht vollständig zufriedenstellend. Das liegt an den Mängeln, die das Nichtraucherschutzgesetz in Schleswig-Holstein neben vielen positiven Aspekten eben immer noch aufweist.

Und es liegt sicher auch daran, dass die Hausspitze, im Besonderen im Sozialministerium, ihre ganz eigene Einstellung zum Nichtraucherschutzgesetz hat. Hierauf komme ich zurück.

Als wir vor drei Jahren das Nichtraucherschutzgesetz verabschiedeten, war das ein schwieriger Kompromiss zwischen CDU und SPD. Aber: Was in den letzten drei Jahren erreicht wurde, war wirklich ein Paradigmenwechsel beim Nichtraucherschutz, und dies erfreulicherweise, wie die Antworten aus der Großen Anfrage zeigen, auch bei Kindern und Jugendlichen.

Trotzdem zeigt der Bericht auch Defizite auf. Am Anfang des Berichts steht die Feststellung der Regierung, dass es leider für eine umfassende Beantwortung unserer Fragen keine vorbereiteten Datengrundlagen gibt. Denn in unserem Gesetz wurden keine Berichtspflicht und keine Haushaltsmittel verankert. Nun kann man das so zur Kenntnis nehmen, man kann sich allerdings auch fragen, ob ein Gesundheitsminister bei diesem in alle Bevölkerungsgruppen hineinreichenden Gesetz nicht von sich aus Datengrundlagen hätte schaffen und für entsprechende Haushaltsmittel hätte sorgen können.

Aber konzentrieren wir uns auf die Informationen, die trotz dieser für einen Gesundheitsminister erstaunlichen Grundhaltung gegenüber dem Nichtraucherschutz dem Bericht zu entnehmen sind.

Der Bericht bestätigt, dass durch die Rauchverbote ein Paradigmenwechsel erfolgt ist. Weiter wird festgestellt, dass es nicht zu dem anfänglich prognostizierten und vor allen Dingen von der FDP an die Wand gemalten großen Kneipensterben gekommen ist. Vielmehr wird festgestellt, dass auch in der Gastronomie die Umsetzung des Gesetzes weitestgehend geräuschlos vonstatten gegangen ist. Insgesamt wird ein eindeutig positives Fazit gezogen:

Breite Akzeptanz in der Bevölkerung, der beabsichtigte Paradigmenwechsel ist in friedlicher Koexistenz zwischen Rauchern und Nichtrauchern bereits weit fortgeschritten.

Einige statistische Daten können belegen, was sich in der Zwischenzeit getan hat. Deutschlandweit haben wir noch ca. 30 % Raucher, von den Kindern und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren rauchen 15,4 %. Die Raucherquote bei der Jugend hat im Jahr 2008 damit einen historischen Tiefstand erreicht. Die Akzeptanz des Nichtraucherschutzes ist erstaunlicherweise auch bei den Rauchern selbst grundsätzlich positiv. 2007 gab es noch 53 % Zustimmung bei den Gelegenheitsrauchern, 2010 schon 69 %.

Die Krankenkassen und die Ärzteschaft haben eine grundsätzlich positive Haltung zum Gesetz, bewerten die Ausnahmeregelungen jedoch sehr kritisch. Diese Gruppen votieren für weitreichende Regelungen ohne Ausnahmen, die Ärztekammer Schleswig-Holstein fordert eine Nachbesserung des Gesetzes und spricht sich gegen alle Ausnahmeregelungen aus. Diese betreffen vor allem die Gaststätten. Es wurde darauf hingewiesen, dass mit den heute zur Verfügung stehenden Mitteln Raucherräume niemals hermetisch gegenüber den umgebenden Räumen abgeschlossen werden können. Daher sind Raucherräume nicht mit dem umfassenden Schutz von Nichtrauchern vor Passivrauch vereinbar.

Einen besonderen Aspekt stellen die Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Gastronomie dar. Hier stellt der Bericht fest, dass die Schadstoffbelastung deutlich zurückgegangen ist. Es ist aber immer noch davon auszugehen, dass im rauchfreien Hauptraum einer Gaststätte mit abgetrenntem Raucherbereich die Partikelkonzentration im Mittel um ca. das Vierfache höher liegt als in einer komplett rauchfreien Gaststätte. Aus der Sicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist diese Regelung also nach wie vor unbefriedigend.

Bemerkenswert ist besonders aus der Feder eines Gesundheitsministers die Auffassung, die das Gesetz als einen ausgewogenen pragmatischen Kompromiss sieht, der in der Bevölkerung auch zu einem Interessenausgleich und zu einer Befriedung unterschiedlicher grundsätzlicher Positionen geführt hat. Deutlicher kann man sich nicht als Lobbyist ausweisen.

Ich will noch einmal daran erinnern: Das Nichtraucherschutzgesetz ist kein Raucherschutzgesetz und kein Gaststättensicherungsgesetz, auch kein Tabakindustrieförderungsgesetz, sondern eben nichts anderes als ein Nichtraucherschutzgesetz. Es geht um den Schutz der Gesundheit der Menschen, die nicht rauchen wollen, über das Passivrauchen aber gezwungen werden, es zu tun. Es sei denn, sie ordnen ihre Lebensverhältnisse so, dass sie Orte, wo geraucht wird, meiden.

Ich bin der Meinung, dass es in diesem Fall keine Frage des Interessenausgleiches sein darf, sondern einfach eine Frage des Schutzes, der die Nichtraucher, aber auch Kinder und Jugendliche zum Schutzziel hat. Die Formulierung vom fairen Interessenausgleich muss man sich wirklich auf der Zunge oder besser in der Lunge zergehen lassen. Ich glaube, kein Gesundheitsminister eines Landes wird eine solche Positionierung vornehmen, es sei denn, er kommt aus Schleswig-Holstein und von der FDP.

Was gibt es zu tun? Das Gesetz hat positives in Gang gebracht. Die gesetzlichen Regelungen müssen allerdings nach unserer Auffassung nachtriiert werden. Am konsequentesten, da gebe ich Frau Bohn recht, die vor einiger Zeit mit ihrer Fraktion schon einen solchen Antrag gestellt hat, wäre es, wenn der Nichtraucherschutz nicht mehr von den Ländern, sondern einheitlich über Bundesgesetzgebung im Rahmen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz geregelt würde.

Diese würde auch dem Grundsatz des Europäischen Rates zur Rauchfreiheit aller Arbeitsplätze gerecht werden. Damit wären alle Ausnahmeregelungen, die jetzt zum Beispiel in Gaststätten bestehen, hinfällig, sobald dort Menschen berufstätig sind. Dies wäre eine klare, konsequente Regelung. Allerdings sehe ich wenig Bereitschaft auf Bundesebene, dieses Thema in dieser Weise anzupacken.

Deshalb bleibt die Notwendigkeit, das bestehende Gesetz in Schleswig-Holstein nachzubessern. Das bedeutet, dass wir die problematischen Ausnahmetatbestände überdenken. Das betrifft auch die abgetrennten Nebenräume in Gaststätten. Natürlich sind abgeschlossene Nebenräume nicht der beste Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens. Der beste Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens ist und bleibt das grundsätzliche Verbot des Rauchens in Gaststätten. Das gilt auch für die Situation in Diskotheken, in denen, wie der Bericht bestätigt, auch auf Tanzflächen geraucht

werden darf, was wir immer kritisiert haben.

Ein weiterer Punkt ist die von uns schon oft beklagte Tatsache, dass auf Kinderspielplätzen kein klares Rauchverbot durchgesetzt werden kann.

Und ein weiteres Ärgernis, leider nun wirklich nur auf Bundesebene zu regeln, sind die Erwachsenen, die am Steuer ihres Autos die Kabine voll rauchen, während die kleinen Kinder auf dem Rücksitz spielen.

Ebenso unbefriedigend ist die Lage in Einkaufszentren, in denen der Nichtrauchererschutz außerhalb der Gaststätten aber eben doch im überdachten Bereich nur mit der Einsicht der Eigentümer umgesetzt werden kann.

Die Berichte über die Erfahrungen der Ordnungsbehörden bei der Kontrolle des Nichtraucherchutzgesetzes klingen gut. Trotzdem stehen vielfältige gegenläufige Erfahrungen dagegen: Kneipen, in denen sich niemand darum schert, ob das Gesetz eingehalten wird, Gaststätten, in denen Nebenräume zwar abgetrennt sind, zu denen aber trotzdem Kleinkinder Zugang haben. Oder Gaststätten, in denen z.B. ab 22 Uhr die Aschenbecher auf den Tisch gestellt werden.

All dies zeigt noch einmal, dass eine klare, umfassende Regelung am besten zu erreichen ist, wenn im Rahmen des Arbeitnehmerschutzes das Rauchen überall dort verboten wird, wo gearbeitet wird. Damit wären wir einen großen Schritt weiter.

Ich will die Erfolge des Nichtraucherchutzgesetzes nicht kleinreden, aber die Große Anfrage macht bei genauem Lesen deutlich, dass es noch Mängel gibt. Der Grundsatz kann nicht sein, dass ein Interessenausgleich zwischen Rauchern und Nichtrauchern, zwischen Nichtrauchern und Gastronomie, zwischen Nichtrauchern und Tabakindustrie gesucht wird. Der Leitgedanke kann nur sein, dass Raucher nur überall dort rauchen dürfen, wo Nichtraucher nicht beeinträchtigt werden.

Und vielleicht haben wir ja bald wieder einen Gesundheitsminister(in), der von sich aus aktiv wird und nicht erst Erkenntnisse sammelt, wenn er vom Parlament einen ausdrücklichen Auftrag erhält."

Rede von Peter Eichstädt, MdL, zu TOP 9, Große Anfrage: Erfahrungen mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein (Drucksache 17/1248)

Keine Kommentare

Peter Eichstädt: Engmaschiges Sammelnetz, Beratung und Bürgerinformation

"Nach den Ende letzten Jahres gescheiterten Versuchen, die flächendeckende Einführung von Energiesparlampen doch noch zu stoppen, ist wieder Ruhe bei diesem Thema eingeleitet. Das ist gut so, denn die Vorteile der Energiesparlampe gegenüber der herkömmlichen Glühbirne sind überzeugend:



Schon der Austausch von 60 % der Lampen in den Haushalten würde den Ausstoß von CO₂ um 4,5 Millionen Tonnen reduzieren, das entspricht dem jährlichen CO₂-Ausstoß von fast zwei Millionen Mittelklassewagen.

Gleichzeitig könnten private Haushalte in Deutschland ihre Stromrechnung um 1,5 Milliarden Euro reduzieren und zwei kleinere Kohlekraftwerke überflüssig machen. Zudem halten Energiesparlampen etwa 10 – 15mal länger als konventionelle Glühbirnen; somit wird auch das Abfallvolumen deutlich verringert.

Ein Problem ist – und das nicht erst seit diesem Antrag - der Quecksilberanteil in Energiesparlampen, der nicht im Gebrauch, aber bei der Entsorgung wieder freiwerden kann. So dürfen diese Leuchtmittel seit 2006 nicht mehr über den Restmüll entsorgt werden, sondern können kostenlos und bundesweit bei etwa 1.200 kommunalen Sammelstellen abgegeben werden. Die Hersteller sind dann in der Folge zur Rücknahme und Entsorgung verpflichtet.

Die im Antrag der Grünen erwähnte noch zu geringe Rückgabequote führt zu einer fachgerechten Entsorgung von nur 35 % der 2008 angedienten ca. 120 Millionen ausgedienten Energiesparlampen. Dieser Missstand ist sicher Anlass für Verbesserungen im System. So sind auch die drei Vorschläge zur Verbesserung der Rückgabequote für die fachgerechte Entsorgung grundsätzlich zu bedenken. Insbesondere der Vorschlag, die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Rückgabepflicht zu verbessern, ist richtig.

Stichproben-Umfragen im unmittelbaren privaten Umfeld zeigten ein für mich unerwartet hohes Maß an Unkenntnis zum Quecksilbergehalt und dem Verbot der Entsorgung von Energiesparlampen über den Restmüll auf. Nicht alle kennen offensichtlich ihre Rückgabepflichten sowie die Rückgabemöglichkeiten. So erklärt sich dann auch die niedrige Entsorgungsquote.

Meine Fraktion unterstützt durchaus eine Informationskampagne zur Entsorgung von Energiesparlampen, um bald wie in Schweden eine Rücklaufquote von fast 90 % zu erreichen. Hier sollten Informationen schon beim Kauf der Energiesparlampen im Laden und auf der Verpackung zur Pflicht werden. Auch Rückgabemöglichkeiten im Handel sollten der Regelfall werden. Die Freiwilligkeit alleine scheint angesichts der Tatsache, dass nur ca. 20 % der Einzelhändler die Rücknahme offensiv anbieten, nicht zu reichen.

Das dahinter stehende Sammelsystem der Kommunen ist nach meinen Informationen hingegen schon weitgehend und flächendeckend aufgebaut. Insofern ist der Antrag der Grünen auch an dieser

Stelle etwas am Ziel vorbei: An den Kommunen liegt es nicht, sie kommen nach unserer Überzeugung ihren Verpflichtungen nach. Überall dort, wo auch Elektroschrott abgeliefert werden kann, werden auch Energiesparlampen entgegengenommen.

Die Rückgabe – weniger die Rücknahme - von gebrauchten Energiesparlampen ist sicher ein Problem, an dem wir in Schleswig-Holstein und ganz Deutschland arbeiten müssen. Stichworte zur Lösung sind: ein engmaschiges Sammelnetz unter Einbeziehung des Handels, bürgerfreundliche Öffnungszeiten sowie Beratung und Bürgerinformation – dies alles zu bezahlbaren Kosten.

Wir würden empfehlen, das Problem der noch zu geringen Rücknahmequoten bei Energiesparlampen im Ausschuss zu beraten und nach Wegen zur Erhöhung der Quoten zu suchen.

Meine Damen und Herren, ein Wort zum Schluss. Ich will dieses Thema nicht klein reden. Alles, was der Reduzierung von Umweltbelastungen dient, ist wichtig.

Aber vielleicht sollten wir gemeinsam mit einem Blick auf unsere Tagesordnungen einmal prüfen, ob das ein oder andere Thema nicht auch gleich im Ausschuss beraten werden kann. Die Geschäftsordnung sieht dafür das Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse vor. Auch hier könnte Energiesparen zu guten Ergebnissen führen, weil Energie für anderes frei wird.

Sie kennen doch alle den Witz, wo gefragt wird, wie viele Menschen man braucht, um eine Glühbirne einzudrehen... Hier haben wir, glaube ich, einen ganzen Landtag gebraucht, wo auch der Ausschuss gereicht hätte."

Rede von Peter Eichstädt, MdL, zu TOP 18, Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen (Drucksache 17/1356)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.04.2011, 15:16 Uhr - 3215 Clicks - Nr. 375

Mit Sozialpolitik gegen das Ladensterben

Einzelhandelsgeschäfte, die Menschen mit Behinderungen und ältere Arbeitsuchende beschäftigen, bieten Perspektiven für Kieler Stadtteile.

Besonders in den Kieler Stadtteilen Ellerbek, Kroog, Hammer und Wellsee fehlt es an Einkaufsmöglichkeiten, die man gut zu Fuß erreichen kann. Das ist besonders für ältere Menschen wichtig. Aber auch in Elmschenhagen, Russee, Steenbek/Projensdorf und Suchsdorf schließen immer mehr Geschäfte, leidet die Nahversorgung.

Die SPD-Ratsfraktion hat am 01.04.2011 in einem öffentlichen Fachgespräch „Wohnortnahe Lebensmittelversorgung und Arbeitsmarktförderung – wie geht das zusammen?“ mögliche Wege gegen das Ladensterben aufgezeigt. An diesem Gespräch nahmen 60 Vertreterinnen und Vertreter aus Ortsbeiräten, Gewerbevereinen, Wohlfahrtsverbänden, Organisationen für Menschen mit

Behinderungen, der Kirche, der Agentur für Arbeit und von Stadtteilinitiativen wie zum Beispiel „Leben und Wohnen in Kroog“ sowie Gäste aus Parteien und Ratsfraktionen teil.

Präsentation

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Ratsherr Falk Stadelmann (SPD), erinnerte daran, dass das erst im Februar 2011 in der Ratsversammlung mit den Stimmen von SPD, Grünen und SSW beschlossene Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEKK) jedenfalls bis zum Jahr 2025 von einer alternden Stadtbevölkerung ausgeht. Deshalb werde es immer wichtiger, dass der Weg zum Einkaufen kurz bleibt. Auch in den Stadtteilen Hasseldieksdamm, Meimersdorf, Moorsee und Rönne ist die Nahversorgung verbesserungsbedürftig.

Der Geschäftsführer des Jobcenters Kiel, Michael Strelau, beschrieb die Arbeitsmarktsituation im Einzelhandel in der Landeshauptstadt: Mit Stand Frühjahr 2011 sind fast 3.000 Menschen mit beruflicher Ausbildung aus dem Einzelhandel ohne Beschäftigung, die einen Arbeitsplatz suchen. Dem standen im Jahr 2010 nur rd. 500 Arbeitsangebote gegenüber, die der Agentur für Arbeit Kiel von den hiesigen Einzelhandelsbetrieben gemeldet wurden. Deshalb bestehen hier Perspektiven für eine aktive kommunale Arbeitsmarktpolitik.

Präsentation Michael Strelau (Jobcenter)

Thomas Heckmann, Koordinator des „CAP-Markt“-Projektes der Genossenschaft der Werkstätten für behinderte Menschen Süd eG (GDW Süd), stellte das Konzept der sogenannten „CAP-Märkte“ vor. Das Wort „CAP-Markt“ leitet sich vom englischen Wort „Handi-cap“ ab. Nach eigener Darstellung schafft die Genossenschaft dauerhafte Arbeitsplätze mit sozialversicherungspflichtigen Gehältern sowohl für Menschen mit Behinderungen als auch für (überwiegend) ältere, vormals arbeitslose Fachkräfte des Einzelhandels. Die „CAP-Märkte“ sind Lebensmittelgeschäfte, und zwar Vollsortimenter mit 7.000-10.000 Artikeln des täglichen Bedarfes, in denen zu einem großen Teil Menschen mit Behinderungen arbeiten. Diese „CAP-Märkte“ werden in Stadtteilen von einer Einrichtung der Behindertenarbeit als Franchisenehmer errichtet und müssen für mind. 2.500 Einwohnerinnen und Einwohner wohnortnah und fußläufig erreichbar sein. „CAP-Märkte“ bekommen ihr Sortiment von den deutschen Lebensmittelgroßhändlern EDEKA-Gruppe oder REWE Group. Ganz wichtig: In den „CAP-Märkten“ sind Brot, Obst, Gemüse, Milch, Schokolade - mit einem Wort: alle Waren - nicht teurer als in den „normalen“ EDEKA oder REWE Supermärkten.

Wo sich ein „CAP-Markt“ rechnet, hängt von seinem Standort ab. Erforderlich ist eine aussagekräftige Standortanalyse.

Präsentation GDW (Thomas Heckmann)

Ratsherr Falk Stadelmann (SPD) erinnerte daran, dass SPD-geführte Landesregierungen mit den sogenannten „MarktTreffs“ kleine Lebensmittelgeschäfte, kombiniert mit Poststellen und kleinen „Klönschnack-Treffpunkten“ im ländlichen Raum durch öffentliche Förderung erhalten haben.

Präsentation MarktTreff

Thomas Heckmann betonte, dass die „CAP-Märkte“ grundsätzlich ohne öffentliche Förderung auskämen. Der Vorteil gegenüber anderen Einzelhandelsgeschäften, die keine Menschen mit Behinderungen beschäftigen, ist: „CAP-Märkte“ erhalten als Integrationsunternehmen, gerade weil sie viele Menschen mit Behinderungen beschäftigen, einen Nachteilsausgleich aus der gesetzlich vorgeschriebenen Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe, die andere Betriebe bezahlen, die nicht die vorgeschriebene Zahl an Schwerbehinderten beschäftigen. Hinzu kommen Steuerermäßigungen, z.B. reduzierte Umsatzsteuersätze, die ebenfalls Wettbewerbsvorteile bewirken.

Michael Stremlau warb für einen offenen Stadtteil-Treffpunkt, der sich auch, aber nicht allein auf Einzelhandel beschränkt, sondern andere Dienstleistungen wie Post oder ähnliches umfasst. Wichtig sei, die Kommunikation der Menschen im Stadtteil zu erhalten.

Auf mögliche Konkurrenz zwischen bestehenden Gewerbetreibenden wie Bäckern oder Kiosken in den Stadtteilen angesprochen, erklärte Thomas Heckmann, dass die „CAP-Märkte“ ihr Sortiment so auswählten, dass sie die vorgefundenen Geschäfte ergänzten, aber mit ihrer besonderen Wettbewerbseigenschaft nicht in Konkurrenz träten. Ist bereits ein Bäcker im Stadtteil, würde der „CAP-Markt“ keinen Back-Shop einrichten; ist ein Kiosk oder Schreibwarenladen im Stadtteilzentrum vorhanden, würde der „CAP-Markt“ auf einen besonderen Zeitschriftenverkauf verzichten. So stabilisierten die „CAP-Märkte“ auch die umliegenden Geschäfte, die ohne ein Lebensmittelgeschäft vielleicht geschlossen hätten.

Ratsherr Falk Stadelmann (SPD) erklärte abschließend: „Integrationsunternehmen des Einzelhandels wie die „CAP-Märkte“ zeigen eine gute Perspektive, wie das Ladensterben in den Kieler Stadtteilen gemindert werden kann. Hier wird ein Weg gezeigt, wie kleine Geschäfte in bislang unversorgten Stadtteilen neu entstehen könnten oder in immer stiller werdenden Stadtteilen neues Leben einkehren könnte. Gleichzeitig können Arbeitsplätze im Einzelhandel entstehen für Menschen, die bislang vom Arbeitsleben ausgeschlossen waren, nämlich Ältere und Menschen mit Behinderungen. Und finanziert werden könnte es angesichts der knappen öffentlichen Kasse gerade nicht aus dem Stadthaushalt, sondern aus einer längst eingeführten und gesetzlich geregelten Schwerbehinderten-Abgabe – ein Prinzip der sozial-staatlichen Solidarität innerhalb der Wirtschaft. Die SPD-Ratsfraktion wird sich für die Anwerbung von Integrationsunternehmen aus dem Einzelhandel und für die besondere Berücksichtigung der „CAP-Märkte“ einsetzen.“

Kommentar von [Kay](#) vom 08.04.2011, 11:05 Uhr:

RE: Mit Sozialpolitik gegen das Ladensterben

Guten Morgen, ich bin Mitarbeiter in einer Werkstatt für behinderte Menschen und finde die Idee ganz toll! Wir machen täglich die Erfahrung, wie wichtig es ist, Menschen mit einer Behinderung oder chronischen Erkrankung eine Aufgabe zu geben. Ich glaube, ein Vorteil von CAP-Märkten (den Sie so noch nicht erwähnt haben) gegenüber einer WfbM ist die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung - unsere Gesellschaft muss weg davon kommen, "unnormale Menschen" wegzusperren oder vom Rest abzuschotten. Von einem solchen Supermarkt könnten auch die Kunden profitieren - indem sie ein besseres und richtigeres Bild von Menschen mit Behinderung

bekommen! Mit freundlichen Grüßen, Kay I. PS.: Ich würde mich freuen, wenn Sie mich per Mail weiterhin auf dem Laufenden halten könnten - falls das nicht klappt: Ich guck auch ab und zu auf Ihre Seite ...

Kommentar von [Hammer-Kerl](#) vom 07.04.2011, 17:02 Uhr:

RE: Mit Sozialpolitik gegen das Ladensterben

ein kollege hat mirgestern von eurer idee erzählt. ich komme ursprünglich aus Hammer und die brauchen einen supermarkt vor ort! meine mutter ist nicht mehr so mobil wie ich und braucht oft sachen, die ich ihr dann besorgen muss. Für die alten wäre so ein cap-market ein sechser und wenn ein paar behinderte auch einen Job bekommen, die sonst niemand einstellt, ist das doch rund! Wann kann es denn eigentlich losgehen?

Kommentar von [Hammer-Kerl](#) vom 07.04.2011, 16:59 Uhr:

RE: Mit Sozialpolitik gegen das Ladensterben

ein kollege hat mirgestern von eurer idee erzählt. ich komme ursprünglich aus Hammer und die brauchen einen supermarkt vor ort! meine mutter ist nicht mehr so mobil wie ich und braucht oft sachen, die ich ihr dann besorgen muss. Für die alten wäre so ein cap-market ein sechser und wenn ein paar behinderte auch einen Job bekommen, die sonst niemand einstellt, ist das doch rund! Wann kann es denn eigentlich losgehen?

Kommentar von [P. Niehus](#) vom 05.04.2011, 12:14 Uhr:

RE: Mit Sozialpolitik gegen das Ladensterben

Liebe SPD, ich war am 1. April dabei und habe mir Ihre Sitzung angesehen: Das war sehr interessant und gut vorgetragen und kompetent moderiert, das hat mir gefallen. Dass Sie Ihr soziales Gewissen (doch) nicht verloren haben, gefällt mir auch sehr gut! Weiter so. Mit freundlichen Grüßen, P.N.

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.04.2011, 12:52 Uhr - 18777 Clicks - Nr. 376

Städte brauchen auch Investitionen in das soziale Miteinander

Antrag MdL Bernd Schröder zum Landesparteitag

Seit 1999 gibt es im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes das Programm „Soziale Stadt“, das neben investiven Maßnahmen auch nichtinvestive Maßnahmen und Projekte aus den Bereichen Integration, Qualifizierung und lokale Ökonomie bündelt und fördert. 18 Projekte in Schleswig-Holstein haben bisher von Mitteln aus diesem Programm profitiert, darunter auch die Stadt Elmshorn mit dem Projekt „Ganzheitliche Stadtentwicklung Elmshorn Hainholz“.

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr beschlossen, die Mittel für die „Soziale Stadt“ um 70 % zu kürzen. Für Schleswig-Holstein bedeutet die Kürzung einen Rückgang von zuvor 95 Millionen auf nunmehr lediglich 28,5 Millionen Euro

Dazu der Landtagsabgeordnete Bernd Schröder (SPD): „das Programm „Soziale Stadt“ ist präventiv und beugt späteren sozialen Kosten vor. Die vom Bund beschlossene Kürzung ist ein Schlag ins

Gesicht für all diejenigen, die in den vergangenen zehn Jahren im Rahmen von Sozialer Stadt in ihren Stadtteilen und Gemeinden Projekte initiiert und mitgearbeitet haben. Mit der Kürzung nehmen Union und FDP in Kauf, dass diese Menschen ihr Engagement wegen mangelnder Unterstützung frustriert aufgeben - zum Schaden der Demokratie vor Ort. Darüber hinaus ist die „Soziale Stadt“ ein wesentlicher Baustein im Kapitel „Integration vor Ort“. Mit dem faktischen Aus für „Soziale Stadt“ wird auch dieser Teil des nationalen Integrationsplans zum bloßen Lippenbekenntnis der Kanzlerin“.

Um auch weiterhin in diesen Quartieren ein erfolgreiches soziales Miteinander zu gewährleisten, fordert Bernd Schröder eine Aufstockung der Mittel des Bundesprogramms und wendet sich gegen die Eingrenzung auf lediglich investive Maßnahmen.

Auf Initiative von Bernd Schröder wurde ein entsprechender Antrag in den Landtag eingebracht.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.04.2011, 13:06 Uhr - 3045 Clicks - Nr. 377

Stiefenhoferplatz – SPD will Bürger beteiligen

Die SPD möchte die zukünftige Gestaltung des Stiefenhoferplatzes gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Eigentümern der Grundstücke beraten. Zur Sitzung des Planungsausschusses am 7.4. beantragen die Sozialdemokraten, die Verwaltung mit der Organisation einer Bürgerveranstaltung zu beauftragen.

Zum Thema „Künftige Gestaltung des Stiefenhoferplatzes“ sollen interessierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, die Eigentümer der Immobilien am Stiefenhoferplatz, die Beschicker des Wochenmarktes und die Betreiber der dortigen Gewerbebetriebe eingeladen werden.

Die Veranstaltung soll Grundlage für die weitere Planung der Gemeinde sein. Hermann Hanser, Vorsitzender der SPD-Fraktion Barsbüttel: „Mit dem Bürgerentscheid zum Rathaus ist erneut die Frage in den Raum gestellt worden, wie der Stiefenhoferplatz umgestaltet werden könnte. Viele Bürger erwarten ein zügiges Handeln der politischen Gremien. Daher sollten wir diesen Antrag jetzt behandeln.“ Bevor eine professionelle Planung begonnen und konkrete Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen geführt werden können, sollten die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligt und ihnen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche und Vorstellungen zu äußern. Insbesondere die Eigentümer der Immobilien sollen dieses aus erster Hand erfahren und für sich bewerten können.



Keine Kommentare

Frauen im ländlichen Raum den Rücken stärken

Straßburg/Kiel: Um der Abwanderung von Frauen aus den ländlichen Regionen Europas entgegenzuwirken, wollen die Europaabgeordneten deren Lebensverhältnisse gezielt verbessern. Ein entsprechender Bericht wurde vom Plenum des Europäischen Parlaments am Dienstag in Straßburg mit überwältigender Mehrheit angenommen.



Ulrike Rodust, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten, macht wegen des demografischen Wandels große Probleme für ländliche Gebiete aus.

„Viele Regionen in Europa haben damit zu kämpfen, dass junge Menschen ihre Heimat verlassen, um in Metropolregionen einen zukunftsfähigeren Arbeitsplatz zu finden. Gerade die Abwanderung von jungen Frauen führt dazu, dass diese Regionen auf Dauer keine Zukunft hätten.“

„Ein großes Problem stellen nach wie vor fehlende soziale Perspektiven und hier vor allem die mangelhafte Altersvorsorge für Frauen dar. In so hoch entwickelten Ländern wie denen der Europäischen Union ist das doch kein Zustand“, so Rodust. In dem Bericht sprechen sich die Europaabgeordneten deshalb für eine adäquate soziale Absicherung von Frauen aus. Zudem soll die Förderpolitik im ländlichen Raum insgesamt innovativer und nachhaltiger gestaltet werden.

„Wir müssen dafür sorgen, dass für die neue Förderperiode von 2014 bis 2020 im Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER der Fokus stärker auf die Beschäftigung von Frauen im ländlichen Raum gelegt wird“, betont die schleswig-holsteinische SPD-Politikerin. Zudem spricht sich Rodust, die vor wenigen Wochen selbst Mitglied der Landfrauen geworden ist, dafür aus, die vorhandenen Frauennetzwerke im ländlichen Raum zu stärken: „Als wichtiges Binde- und Kommunikationsglied für die Frauen müssen diese Netzwerke die politische und soziale Anerkennung erhalten, die sie verdienen.“

Rodust bedauert, dass es bisher sehr wenige Statistiken über die Lebenssituation von Frauen im ländlichen Raum gibt. „Hier fordern wir als Parlament, dass die Kommission nachbessert und uns eine bessere Übersicht zur Verfügung stellt.“

Keine Kommentare

StadtRegionalbahn

Die FDP bekräftigt in einer als offenen Brief titulierten Presserklärung ihre ablehnende Haltung zur StadtRegionalbahn. Soweit so bekannt.

Zum offenen Brief der FDP erklären die verkehrspolitischen Sprecher von SPD, Achim

Heinrichs und GRÜNEN, Lutz Oschmann:

"Die FDP bekräftigt in einer als offenen Brief titulierten Presserklärung ihre ablehnende Haltung zur StadtRegionalbahn. Soweit so bekannt. Sie signalisiert den umliegenden Kreisen und Gemeinden "Unterstützung", falls diese noch "Informationsbedarf" hätten. Angesichts der beispiellosen personellen und inhaltlichen Selbstdemontage der FDP landauf landab, die wir gegenwärtig verfolgen dürfen, raten wir bei Unterstützung und Informationen aus dem Hause FDP zu äußerster Vorsicht. Man weiß selten, welche Halbwertzeiten und Nebenwirkungen hier vorliegen.

Das für die gesamte Region zentrale Infrastrukturprojekt einer Stadtregionalbahn kann weder parteipolitisch noch in Wahlperioden bewertet werden. Die entstehenden Kosten müssen mit dem zu erwartenden Nutzen eines schnellen, ökologisch nachhaltigem und technologisch innovativen Schienensystem abgeglichen werden. Hier sind jetzt nicht die Spindeldoktoren einer 5%-Partei gefragt, sondern Verkehrsexperten und regionalwirtschaftlicher Sachverstand. Von dort liegen Gutachten vor, die alle davon ausgehen, dass die StadtRegionalbahn ein Schlüsselprojekt für die Region darstellt, um die Mobilität in der Region insgesamt zu sichern und nachhaltig zu verbessern. Dieser begründeten Auffassung werden sich SPD und GRÜNE nicht verschließen."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 05.04.2011, 15:47 Uhr - 5593 Clicks - Nr. 380

Olaf Schulze: Chance zur Stärkung der kommunalen Finanzen verpasst

"Der der Ausschussempfehlung zugrunde liegende Antrag der Grünen wollte eine dem Strombereich vergleichbare Regelung für den Gasbereich erreichen. Der Trend zu billigen Sondertarifen auch für „Normalkunden“ sollte durch eine Grenze von 500.000 kWh für Tarifkunden gestoppt werden. Hierdurch sollten auch die Einnahmen der Gemeinden durch Konzessionsabgaben gesichert werden.



Das Bild der schriftlich vom Wirtschaftsausschuss eingeholten Stellungnahmen war geteilt. Einerseits wurde u.a. vom Landesrechnungshof die Auffassung und das Ziel des Antrages geteilt, dass Einnahmeausfälle in kommunalen Kassen durch verringerte Konzessionsabgaben verhindert werden müssen, andererseits sprach sich u.a. das Bundeskartellamt gegen den Antrag und die damit verbundenen möglicherweise erhöhten Kosten für die privaten Gasverbraucher aus.

Im Wirtschaftsausschuss verweigerten sich die Regierungsfractionen der Diskussion über einen ggf. modifizierten gemeinsamen Antragstext und stimmten arrogant den Antrag weg. Aus diesem Grunde können wir natürlich nicht der Ausschussempfehlung zustimmen. Wir werden vielmehr im Wege der Selbstbefassung das Thema zunächst im Ausschuss parlamentarisch weiter voran bringen."

Olaf Schulze, MdL, zu TOP 38, Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas (Drucksache 17/968 und 17/1310)

Keine Kommentare

Peter Eichstädt: Wenn wir nicht Gas geben, überholt uns das Netz

Zur heutigen Anhörung im Bildungsausschuss zur Großen Anfrage der SPD-Landtagsfraktion über Medienkompetenz erklärt der medienpolitische Sprecher Peter Eichstädt:



"Die Stellungnahmen der Anzuhörenden haben deutlich gemacht: Die Anforderungen an einen kompetenten Umgang mit neuen Medien und dem Netz steigen rasant.

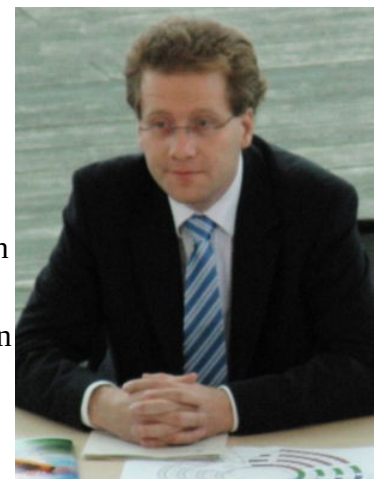
Wenn wir nicht schnell Geld und Ideen investieren, werden diejenigen über unsere Kinder die Oberhand erhalten, denen es nicht um Schutz und Kompetenz, sondern um wirtschaftliche Vorteile und Daten geht. Bereits im Kindergartenalter, vor allem aber in Schulen und in der Lehrerausbildung muss die Vermittlung von Medienkompetenz ein Schwerpunkt werden. Dazu gehört auch eine bessere Ausstattung mit Hardware. Die zweifellos guten Ansätze von engagierten Fachleuten reichen nicht mehr aus: Die in diesem Bereich Aktiven müssen ihrerseits noch besser vernetzt werden und ihre Kompetenzen bündeln. Das Bildungsministerium ist gefordert, im schulischen Bereich für einen Masterplan Medienkompetenz zu sorgen.

Die Vorschläge der jungen Medienanstalt Hamburg-Schleswig-Holstein hierzu waren befremdlich: Was wir überhaupt nicht brauchen, ist Kompetenzgerangel, das auf die jeweils zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel abstellt. Der Offene Kanal Schleswig-Holstein mit seiner erfolgreichen jahrzehntelangen Arbeit sollte nicht in Frage gestellt werden. Stattdessen würden wir es begrüßen, wenn die MA HSH im Rahmen der ihr zugeschriebenen Aufgaben und Ressourcen ihren Beitrag zu einer Weiterentwicklung der Medienkompetenz auch in Schleswig-Holstein leistet."

Keine Kommentare

G8 oder G9 - SPD hatte die Wahlfreiheit schon erreicht

Zur Presseerklärung der FDP zur verstärkten Nachfrage nach Gymnasien, die nach neun Jahren zum Abitur führen, erklärt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die Nachfrage etlicher Eltern nach G9-Gymnasien hat für uns nicht den geringsten Überraschungswert. Das Modell, auf das wir uns 2007 mit der CDU verständigt hatten, sicherte aber die Wahlfreiheit für die Eltern in der Fläche zwischen G8-Gymnasien und G9-Gemeinschaftsschulen. Es trug gleichzeitig der Tatsache Rechnung, dass G8 mittlerweile Standard in allen anderen Bundesländern ist.

Noch vor wenigen Jahren konnte es der FDP in Schleswig-Holstein mit der Einführung von G8 nicht schnell genug gehen. Eines von vielen Zitaten ist das des Abgeordneten Ekkehard Klug am 13. Juli 2000 im Landtag: „Meine Damen und Herren, die F.D.P. befürwortet seit langem eine generelle Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Wir wollen diese Schulzeitverkürzung schnell; wir wollen das Abitur in zwölf Jahren, aber pronto!"

Dank der FDP gibt es demnächst in Schleswig-Holstein die einzigen G9-Gymnasien der Republik. Statt unser Land bundespolitisch zu isolieren, sollte die FDP ihren bundespolitischen Einfluss geltend machen, um zu einer vernünftigen Entlastung der Schülerinnen und Schüler durch eine Vereinbarung in der Kultusministerkonferenz zu gelangen, solange sie noch so etwas wie einen bundespolitischen Einfluss hat.

Ich bedaure es, dass die FDP sich einem Schulfrieden verweigert hat. Dieses „Verdienst" sollte Frau Conrad sich nicht als Blume ans Revers heften.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.04.2011, 17:03 Uhr - 7798 Clicks - Nr. 383

Stiftungsprofessur Wind an der FH Flensburg

„Ein Wind kommt auf... und trägt den Zauber eines Neubeginns in sich." Unter dieses Motto hatte Prof. Torsten Faber seine Antrittsvorlesung gestellt. Faber besetzt eine von zwei Stiftungsprofessuren Wind an der FH Flensburg. In seiner Antrittsvorlesung gab er einen Einblick in die Windenergie aus der Sicht des Bauingenieurs, skizzierte Knackpunkte beim Bau solcher Anlagen und gab einen Einblick in die schleswig-holsteinische Windenergiewirtschaft. Als Hörer dabei war auch Martin Habersaat.



Als hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, aber auch als Mitglied des Fraktionsarbeitskreises "Energie und Landesplanung".

Der Präsident der Fachhochschule, Prof. Dr. Herbert Zickfeld, freute sich über den Neuzugang: „Ein Traum geht in Erfüllung". Der Start der Stiftungsprofessur falle in einen Zeitraum, in dem die Notwendigkeit einer Energieversorgung aus regenerativen Quellen deutlicher sei als je zuvor. Für die Universität Flensburg, die mit der FH gemeinsam einen Studiengang für Energie- und Umweltmanagement anbietet, begrüßte Prof. Dr. Olav Hohmeyer den neuen Kollegen. Hohmeyer machte in seinem Grußwort deutlich, wie bedeutsam gerade die Windenergie für die künftige Energieversorgung sei, wenn die Herausforderungen im Bereich der Netze und der Speicherung angegangen seien. Hohmeyer: „Eine 100prozentige Versorgung aus regenerativen Energiequellen ist

bis 2050 möglich, bei entsprechenden Rahmenbedingungen auch schon bis 2030."

Eine zweite Stiftungsprofessur wird in Kürze folgen. Martin Habersaat unterstützt die Ausrichtung der Flensburger Hochschulen auf regenerative Energiequellen: „Die Suche nach der richtigen Energieversorgung ist eine der großen Fragen unserer Zeit. Mit der angewandten Forschung im Bereich der Windenergie werden Antworten auch aus Flensburg kommen und das Land wie auch den Hochschulstandort stärken." Ohne die Innovationsstiftung, befand er, wäre es sicherlich nicht zu dieser Professur gekommen. „Wie sehr uns die von schwarz-gelb eingestampfte Stiftung fehlt, werden wir in aller Deutlichkeit erst sehen, wenn sie bald nicht mehr da ist."

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 05.04.2011, 17:36 Uhr - 42726 Clicks - Nr. 384

**Bundesregierung lässt Bevölkerung im Dunkeln
Intransparente Erhöhung der Grenzwerte für radioaktiv
belastete Lebensmittel aus Japan**

Als "völlig intransparent" kritisierte Jo LEINEN, SPD-Europaabgeordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses im Europaparlament, die Erhöhung einiger EU-Strahlengrenzwerte für Lebensmittel aus Japan.



"Plötzlich sind höhere Grenzwerte für Nahrungsmittel aus Japan für den europäischen Markt in Kraft, ohne dass die Bundesregierung und die zuständigen Behörden die Bürgerinnen und Bürger darüber informiert hätten", beanstandete Jo LEINEN die Informationspolitik der Bundesregierung.

Der nach der Tschernobyl-Katastrophe entwickelte Regelungsautomatismus in der EU, im Falle eines nuklearen Unfalls gelockerte Grenzwerte für Lebensmittel vorzusehen, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmittel sicherzustellen, sei nur dann sinnvoll, wenn eine solche Versorgungsgefahr tatsächlich drohe. "Die besteht in diesem Fall jedoch nicht", betonte Jo LEINEN.

"Mit dieser Kurzschlussreaktion haben die Regierungen der EU-Staaten vor allem eine Verunsicherung der Bevölkerung bewirkt", so Jo LEINEN weiter. "Es ist kaum nachvollziehbar, wieso auf einmal Belastungen für japanische Produkte akzeptabel sind, die bisher dazu führten, dass Lebensmittel entsorgt werden mussten."

"Die Bundesregierung muss hier schleunigst Aufklärung geben und informieren, ob diese Grenzwerte auch für Milch oder Spinat aus europäischer Produktion angewendet werden", fordert der SPD-Europaabgeordnete. Es ginge nicht an, dass sich das Europäische Parlament immer wieder für hohe Lebensmittelsicherheit stark mache, die im Ernstfall dann von derart antiquierten Regelungen ohne jegliche Konsultation der Bürgerkammer unterlaufen werden. "Die EU-Regierungen müssen mit deutlich mehr Augenmaß entscheiden", so Jo LEINEN abschließend.

Keine Kommentare

CDU und FDP weiter auf Privatisierungskurs bei der Kreisberufsschule Pinneberg.

Kreistagsabgeordneter Hendryk Zeuschner kritisiert Gutachterkosten

Hendryk Zeuschner kritisiert bauliche Verzögerungen und unverantwortliche Gutachterkosten

Die Ergebnisse der letzten Lenkungsgruppensitzung zur Kreisberufsschule Pinneberg liegen nun als neuer Zeitplan für das Projekt vor. Bis zum Juni sollen zwei parallele Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen veranlasst werden: Gleichzeitig wird untersucht werden, ob anstelle einer Teilsanierung auch ein Komplettneubau zu finanzieren und ob eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) möglich ist, bei der ein privater Investor den Schulbau nicht nur plant und baut, sondern auch für 25 Jahre betreibt. Im Haushalt stehen 100.000 € für die Gutachten zur Verfügung. Das „ÖPP-Gutachten“ soll laut Zeitplan Mitte Mai vorliegen. Zu dieser Zeit soll das „Neubau-Gutachten“ erst begonnen werden und dann Anfang Juni vorliegen.

„Mit dem neuen Zeitplan wird klar, dass CDU und FDP ein Scheitern ihrer Pläne die KBS im ÖPP-Modell neu zu bauen aufgrund der Hinweise des Innenministeriums nicht wahr haben wollen“ bewertet der SPD-Abgeordnete Hendryk Zeuschner, selbst Mitglied der Lenkungsgruppe, die neue Planung.

Für Zeuschner sind die 100.000,00 € teuren Gutachten Geld- und Zeitverschwendung. Es gäbe bereits jetzt glaubwürdige Berechnungen, dass mit den zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 21,7 Mio € lediglich eine Sanierung möglich ist. Das „ÖPP-Gutachten“ hält Zeuschner für einen „Schildbürger-Streich“ zu Lasten der Steuerzahler. Von der Verwaltung und auch vom externen Projektsteuerer ist immer wieder bekräftigt worden, dass die Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Modellen nur ermittelt werden kann, wenn das Projekt klar definiert ist. Somit wird das „ÖPP-Gutachten“ wertlos sein, da zu dem Zeitpunkt noch nicht einmal feststeht, ob die Schule saniert oder mit den bereits gestellten Mitteln ein kompletter Neubau finanzierbar ist.

Seit 2007, kritisiert Zeuschner, ist genug Zeit für unsinnige und im Ergebnis untaugliche Untersuchungen auf Beschluss von CDU und FDP verschwendet worden. Er rechnet auch bei dem neuen Zeitplan mit weiteren Verzögerungen, die auf dem Rücken der Schüler, deren Unterricht in Container abgehalten werden muss, ausgetragen wird.

Warum die Kreistagsmehrheit für diese Gutachten trotzdem 100.000 € ausgeben will, ist für die SPD eindeutig, dazu Zeuschner: „CDU und FDP wollen nicht die wirtschaftlichste Variante realisieren, sondern halten an ihrer Privatisierungsideologie eines ÖPP-Komplett-Neubaus fest.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 08:44 Uhr - 7988 Clicks - Nr. 386

"Volles Haus" bei der SPD Neumünster

Mit großem Applaus wurden auf dem gestrigen Parteitag der SPD Neumünster, der designierte SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl und Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig sowie die zwei Kandidaten für den SPD Landesvorsitz SPD-Chef Ralf Stegner und Ex-Minister Uwe Döring empfangen.



Die stellvertretende Kreisvorsitzende Helga Hein begrüßte die drei Gäste vor vollen Sitzreihen im Kiek in. "Wir freuen uns, dass ihr gekommen seit um uns nach dem SPD Mitgliederentscheid und noch vor dem Landesparteitag am kommenden Samstag in Husum Rede und Antwort zu stehen."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 15:14 Uhr - 7410 Clicks - Nr. 387

SPD-Landesparteitag in Husum

Am Wochenende findet unser Landesparteitag in Husum statt. Wer nicht vor Ort sein kann, muss trotzdem nichts verpassen. Es wird nämlich wieder einen Livestream geben:

<http://spmlink.de/spdsh-live>

Alle Unterlagen, das Antragspaket und die Bewerbungen für den Landesvorstand finden sich hier: <http://spmlink.de/lptsh0411>



Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 16:11 Uhr - 3281 Clicks - Nr. 388

SPD Barsbüttel wählt Fraktionsvorstand

Einstimmig haben die Mitglieder der SPD Fraktion Barsbüttel ihren Vorsitzenden, den Unternehmer Hermann Hanser, in seinem Amt bestätigt. Der freute sich über das gute Ergebnis: "Turnusgemäß haben wir gegen Mitte der Legislaturperiode, die von 2008 bis 2013 dauert, den Fraktionsvorstand neu gewählt. Ich freue mich, von meiner Fraktion so deutlich unterstützt zu werden und gehe mit Schwung und Energie an die weitere Arbeit!"



Hermann Hanser lebt seit 40 Jahren in Barsbüttel. Er ist Inhaber und Geschäftsführer einer

international tätigen Kongressagentur mit Standorten in Barsbüttel, Berlin und Darmstadt. Viele der wissenschaftlichen Kongresse, die Hermann Hanser organisiert, befassen sich mit Themen der Fort- und Weiterbildung sowie mit Themen psychischer Erkrankungen bei Kinder, Jugendlichen und Senioren. Oft kommt er von seinen Kongressen in aller Welt mit Anregungen für seine Heimatgemeinde Barsbüttel zurück. Er berichtet: „Mit vielen Professoren kann ich Ideen besprechen, die wir später als SPD Fraktion in die Gemeinde einbringen.“ Auch seine Arbeit als Vorsitzender des SKS-Ausschusses profitiere von diesen Erfahrungen.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender bleibt der Landtagsabgeordnete und Gemeindevertreter Martin Habersaat, als weitere Stellvertreter wurden von der Fraktion der Bau- und Planungsexperte Holger Gettschat und Paul Donning, der auch Vorsitzender des SPD-Ortsvereins ist, gewählt. Gettschat hat sich die Seniorenpolitik als besonderen Arbeitsschwerpunkt auf die Fahne geschrieben.

Foto: Paul Donning, Hermann Hanser, Holger Gettschat, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 17:34 Uhr - 5687 Clicks - Nr. 389

SPD-Fraktion fordert von Landrat Durchführung einer Informationsveranstaltung

„Nicht nur, weil zumindest die CDU im Herzogtum ihren strikten Pro Atom-Kurs in Sachen AKW Krümmel nach den tragischen Ereignissen in Japan endlich aufgegeben hat, ...

sondern vor allem aufgrund von Nachfragen aus der Bevölkerung ist aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion zeitnah eine Informationsveranstaltung zu dem Stand der Vorkehrungen bei einem möglichen Störfall inkl. der Darstellung der Evakuierungsplanung durch den Kreis durchzuführen“, erläutert SPD-Fraktionsvorsitzender Gunar Schlage eine aktuelle Beschlussfassung der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.03.2011.



Gunar Schlage: „Mit einem Schreiben an Landrat Krämer haben wir diesen aufgefordert, eine solche Informationsveranstaltung zeitnah zu initiieren. Uns erreichen zwischenzeitlich unbeachtlich der Tatsache, dass der Pannenreaktor derzeit nicht im Netz ist, zahlreiche Anfragen hinsichtlich des aktuellen Sachstandes. Es ist die Forderung laut geworden, auch einen aktuellen Evakuierungsplan im Falle eines Unfalls darzulegen.“

Schlage weiter: „Diese Sorgen muss man aufnehmen. Ich denke, der Landrat ist jetzt gefordert, in einer öffentlichen Veranstaltung hierüber zu informieren. Mit einem entsprechenden Vorlauf sollte eine solche Veranstaltung bis Mitte Mai 2011 organisierbar und durchführbar sein. Dabei ist es unerheblich, dass Krümmel aktuell nicht am Netz ist. Man muss den Nachfragen der Bürgerinnen und Bürger nachkommen. Es leben immerhin knapp 386.000 Menschen im 20 KM-Umkreis von Krümmel.“

„Darüber hinaus,“ so Schlage abschließend, „muss jetzt die Diskussion über den Katastrophenschutz im Kreis Herzogtum Lauenburg unter Berücksichtigung der aktuellen Ereignisse neu eröffnet werden und ist politisch neu zu bewerten. Dies wird meine Fraktion im Innenausschuss initiieren.“

[Download Brief Landrat](#)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 17:45 Uhr - 6208 Clicks - Nr. 390

SPD-Kreistagsfraktion: Brackmann richtet Fahne nach dem Wind

Verwundert nahm die SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg den Meinungswechsel des Bundestagsabgeordneten Norbert Brackmann zur Kenntnis. Brackmann, der ebenfalls Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion ist, sei neuerdings der Meinung, Vattenfall dürfe das AKW Krümmel nicht mehr anfahren lassen.



In der Vergangenheit hatten CDU und FDP jeglichen Resolutionsentwurf im Kreistag abgelehnt und stark bekämpft. David Welsch, Kreistagsabgeordneter der SPD, stellt hierzu fest: „Das Thema Krümmel stand schon oft auf der Tagesordnung des Kreistags. CDU und FDP haben jeglichen Antrag, der die Stilllegung Krümmels forderte, stets abgelehnt und dabei immer die Sicherheit des Reaktors gepriesen. Ich habe da noch einige Zwischenrufe von Herrn Brackmann im Ohr.“ „Die CDU spürt, dass Atomenergie in der Bevölkerung jeglichen Rückhalt verloren hat und versucht jetzt von ihrer bisherigen Politik abzulenken.“, so Monika Brieger, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion und Vorsitzende des Kreissozialausschusses. „An der angeblichen Sicherheit von Krümmel hat auch die Situation in Japan nichts verändert. Pannereaktor bleibt Pannereaktor. Die Ausgangslage ist die gleiche. Mit der Verlängerung der Atomlaufzeiten wurden die Interessen der Atomwirtschaft bedient und sollen auch nach dem Moratorium bedient werden. Die neugefundene Besorgnis von Herrn Brackmann ist nur Kalkül um die Bevölkerung zu beruhigen. Aber die Menschen im Kreis sind klüger als er glaubt und durchschauen das.“, so Welsch.

Die SPD hat immer vor den Gefahren in Krümmel gewarnt und wird das auch in Zukunft tun. „Unsere Haltung war und ist, dass Krümmel nicht mehr ans Netz darf. Wenn Herr Brackmann es wirklich ernst meint, können er und seine Fraktion auf der Kreistagssitzung im Juni Taten sprechen lassen.“, so Brieger abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 20:06 Uhr - 15829 Clicks - Nr. 391

SPD RD-ECK fährt zum AKW Brunsbüttel

Busreise zur Anti-Atom-Kundgebung 25 Jahre Tschernobyl

Am Ostermontag, 25. April 2011 organisiert der SPD Ortsverein Schacht-Audorf und der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde eine Fahrt zur Anti-Atom-Kundgebung 25 Jahre Tschernobyl.

Erste Station wird Wacken sein, wo um 5vor12 ein Denkmal für den Ausstieg enthüllt wird. Um 12:30 Uhr geht es weiter nach Brunsbüttel. Am dortigen Atomkraftwerk gibt es dann Aktionen, eine Kundgebung und Musik. Die Abreise erfolgt gegen 16:30 Uhr. Der Reisepreis liegt zwischen 9 und 15 EUR. Einsteige können in Eckernförde, Rendsburg oder Schacht-Audorf erfolgen. Interessierte wenden sich bitte bis zum 20. April an Sabrina Jacob sabrina.jacob@spd-rd-eck.de

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 22:19 Uhr - 5525 Clicks - Nr. 392

Rede: Studienplätze schaffen

Landtagsrede vom 24. März 2011 (Zum Mehrbedarf an Studienplätzen)

Anrede,
drei politische Weichenstellungen führen dazu, dass wir künftig mehr Plätze für Studienanfängerinnen und -anfänger brauchen.

Erstens:

Die Wehrpflicht ist ausgesetzt, und das ist gut so. Damit ist die Wehrgerechtigkeit wieder hergestellt. Wenn nun aber in diesem Jahr junge Männer statt in die Kaserne in den Hörsaal streben, werden wir dort mehr Platz brauchen.



Zweitens:

Durch die Umstellung vom Abitur nach 9 auf das Abitur nach 8 Jahren entstehen trotz aller Rückwärtsrollen von Herrn Dr. Klug Doppeljahrgänge, die ebenfalls an den Hochschulen Platz finden sollen. In Hamburg hat das im vergangenen Jahr einem Zuwachs von 57,6 Prozent bei den Abiturienten bewirkt. Unser Doppeljahrgang erwartet uns 2016.

Drittens:

Politisches Ziel fast aller hier Anwesenden ist es, die Zahl der Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung zu erhöhen und in weiteren Schritten die Zahl derer, die ein Studium aufnehmen und erfolgreich beenden.

Es gibt Menschen, die zur Erreichung dieses Ziels die Einrichtung zusätzlicher Oberstufen für ein probates Mittel halten. Leider gehört der Bildungsminister nicht zu dieser Gruppe.

Wenn wir uns als eigenständiges Bundesland ernst nehmen, brauchen wir diese neuen Studienanfängerplätze hier in Schleswig-Holstein und nicht irgendwo in der Republik. Glücklicherweise teilt der Wissenschaftsminister diese Ansicht und hat sich in diesem Punkt gegen die Haushaltsstrukturkommissionäre durchsetzen können.

Wenn wir der Regierung glauben schenken, werden es über die im Hochschulpakt II vorgesehenen

Plätze hinaus genau 1.263 Plätze sein, die wir brauchen. Und wenn es weniger Freiwillige an die Waffen zieht, als momentan vermutet, werden es mehr...

Dem Antrag der Grünen stimmen wir zu, natürlich wollen wir ausreichend Studienanfängerplätze für Schleswig-Holstein sicherstellen. Ich kann mir aber den Hinweis nicht verkneifen, dass auch Einnahmen aus einer Erhöhung der Grundsteuer nur einmal ausgegeben werden können und eine Erhöhung um 100% und mehr wenig populär wäre.

Als ich noch nicht wusste, dass die Landesregierung grundsätzlich nicht mündlich berichtet, wenn die LINKE das wünscht, habe ich mich auf den Bericht in dieser Sitzung gefreut.

Jetzt kann ich mich länger freuen und doppelt:

Zur 17. Tagung erwartet uns ein schriftlicher Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und Zukunft der Freiwilligendienste und des Katastrophenschutzes in Schleswig-Holstein.

Und zur 18. Tagung, so die gestrige Idee der Kollegen Günther und Funke, berichtet, berichtet die Landesregierung dann zur Bereitstellung von Studienanfängerplätzen durch die Aussetzung der Wehrpflicht.

Das ist so knapp vor Toresschluss, dass wir dann parlamentarisch nichts mehr bewirken könnten. Diesen Anspruch hat vielleicht auch nicht jeder. Wir werden dann also interessiert zur Kenntnis nehmen.

Es wäre ein feiner Zug, wenn in diesem schriftlichen Bericht dann auch auf die Fragen eingegangen würde, deren Beantwortung die Linke für heute erbeten hatte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 06.04.2011, 22:21 Uhr - 5467 Clicks - Nr. 393

**Rede: Bekenntnis zur Universität Flensburg
Landtagsrede vom 24. März 2011**

Anrede,
sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorzustellen, ist gar nicht so schwer: Steine schleppen hält fit. Damokles hat hingegen noch niemand als glücklich beschrieben. So ein Schwert über dem Kopf stört schließlich nicht nur das Befinden, sondern auch die tägliche Arbeit!



Die Universität Flensburg zeichnet sich nicht durch eine besonders lange Geschichte aus, dafür durch eine besonders bewegte, oftmals unter diesem Schwert. Der Weg von einer Pädagogischen Hochschule zur Universität war kein gradliniger Prozess, Aufgabenstellung und Selbstverständnis der Hochschule haben sich immer wieder gewandelt, waren nie unumstritten.

Manche Hürde haben sich dabei die Beteiligten in Flensburg im Laufe der Jahre selbst in den Weg gestellt, manche Hürde wurde jedoch auch aus Kiel nach Flensburg getragen:

- Da hat die Haushaltsstrukturkommission von FDP und CDU sich, bewusst frei von Sachkenntnis, auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten gemacht, und ist bei den Unis in Flensburg und Lübeck fündig geworden.
- Da gibt es immer mal wieder Stimmen aus der CDU, die bei der Diskussion um die Zukunft der Uni Flensburg diese Zukunft generell in Frage stellen.
- Da fordert die FDP in Pressemitteilungen fröhlich „tragfähige und zukunftsfähige“ Konzepte und ignoriert völlig die Arbeit, die in solche Konzepte investiert wird.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass Gesandtschaften aus Kiel in Lübeck und Flensburg mit Misstrauen beäugt werden, dass die Formulierung „bei Hofe“ nicht selten ist, wenn von politischen Prozessen in der Landeshauptstadt die Rede ist.

Das sollten wir überwinden!

Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen hat vor wenigen Wochen ihre Empfehlungen für die Uni Flensburg vorgelegt, mit denen wir uns auseinandersetzen können. Kritisch will ich anmerken, dass wir mehr an materieller Unterfütterung der Empfehlungen erwartet hätten, die es auch möglich machen würde, die Empfehlungen in Haushaltszahlen abzubilden.

Die wichtigste Aussage des Gutachtens ist:

Schließung oder Stützung der Universität werden als „weder zukunftsfähig noch effektiv“ eingeschätzt - also müssen wir uns zur Universität Flensburg bekennen!

Ansonsten bestätigt die Kommission, was wir schon lange miteinander diskutieren: die Universität Flensburg braucht ein klares Profil. Auf dem Weg zu dessen Entwicklung befindet sie sich, da bin ich mir nach Gesprächen mit Professor Reuter und Frau Professor Wende sicher.

Ausgangspunkt muss die Lehrerausbildung sein. Die Berufsaussichten für heutige Lehramtstudenten sind nicht so rosig wie vor ein paar Jahren, trotzdem oder deshalb brauchen wir eine gute Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein.

Man hört von schwarz-gelben Geheim-Arbeitsgruppen, die sich um die Zukunft der

Lehrerbildung kümmern wollen. Für den Fall, dass Schwarz-Gelb selbst keine Zukunft hat, gestatten Sie mir ein paar eigene Gedanken zu Anforderungen an die, die unsere Lehrer ausbilden (übrigens lieber als Stufenlehrer denn als Schularbeiter).

Wir brauchen:

- Genug Lehrerinnen und Lehrer für alle Fächer und in allen Regionen des Landes.
- Gute Lehrerinnen und Lehrer, gefestigte Persönlichkeiten. (Hier gefallen mir Überlegungen des Präsidiums zur Internationalisierung der Studiengänge.)
- Pädagoginnen und Pädagogen, die der Binnendifferenzierung mächtig sind, für die Heterogenität keine Drohung ist und die in der Lage sind, ihre Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern. Dem Wunsch der Grünen, die Zukunft der Lehrerbildung zwischen Regierung und Hochschulen aushandeln zu lassen, können wir nicht zustimmen.

Das zweite Standbein der Uni wird der Bereich der Wirtschaftswissenschaften sein. Mit der Mittelstandsforschung und den dazugehörigen Kooperationen hat die Universität ihre Vernetzung in der Region gestärkt. Diesem Ziel kann auch der Vorschlag der Grünen dienen, einen gemeinsamen Hochschulrat für Uni und FH in Flensburg zu installieren. Auch ich bin davon überzeugt, dass beide Hochschulen enger kooperieren müssen. Im Energie- und Umweltmanagement läuft das ja auch schon gut.

Positiv bewertet wird die Kooperation mit der Syddansk Universität. Wenn in Sønderborg 40 Prozent der Studierenden deutscher Herkunft sind, belegt dies, dass die Kooperation auch ein Erfolgsmodell für die Studierenden selbst ist.

Der Antrag des SSW geht in die richtige Richtung. Wir stimmen zu, auch wenn in sich nicht ganz logisch ist, warum einerseits Bestehendes festgeschrieben werden und andererseits Empfehlungen aus dem Gutachten umgesetzt werden sollen.

Nach Jahren der Unsicherheit muss das Damoklesschwert verschwinden. Das hat finanzielle Konsequenzen. Auch eine von uns geführte Regierung wird nicht jeden Wunsch der Universität erfüllen können. Leitfrage muss sein, welche Mittel notwendig sind, um die Zukunft der Universität zu sichern.

Die Lehre aus der Geschichte mit dem Schwert war für Damokles übrigens, dass Reichtum und Erfolg keinen Schutz vor Gefahren bieten.

Die Lehre, die ich der Landesregierung anempfehle ist die, dass so ein Schwert ganz sicher kein Mittel ist, um Reichtum und Erfolg zu erzwingen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

**Bund will Städtebauförderung und soziale Quartiersarbeit kürzen -
.neue Armenviertel in den schleswig-holsteinischen Städten?**

In den Städten werden neue Armenviertel entstehen, wenn Bund und Land sich immer mehr aus der Städtebauförderung und sozialen Stadtteilentwicklung zurückziehen. Prachtbauten und neue Supermärkte in den Dörfern, aber Verwahrlosung und Kinderarmut in den Städten – das ist keine sozial gerechte Politik

Wir unterstützen den Deutschen Städtebund und die kommunalen Spitzenverbände in ihrer Forderung an Bundesbauminister Ramsauer, die Städtebaufördermittel des Bundes ab 2012 nicht zu kürzen, sondern auf mindestens 535 Millionen Euro zu erhöhen – dies entspräche dem Verpflichtungsrahmen des Bundes aus dem Jahr 2010. Und das Programm „Soziale Stadt“ muss bleiben, damit wir der Verelendung in notleidenden Wohnquartieren überhaupt begegnen können.“ Mit diesen Worten hat Andreas Breitner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) in Schleswig-Holstein, vor einer weiteren finanziellen Schlechterstellung der Städte gewarnt. Die Bundesregierung will im Programmjahr 2012 nur noch Städtebaufördermittel in Höhe von 265 Millionen Euro bereitstellen. Bereits 2011 wurden die Mittel von ursprünglich 535 auf 455 Millionen Euro zurückgefahren. Das gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden finanzierte Städtebauförderprogramm sei für die Städte und Gemeinden weiterhin ein unverzichtbares Instrument zur Substanz- und Strukturverbesserung.

Seit 1999 gibt es im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes das Programm „Soziale Stadt“, das neben investiven Maßnahmen auch nichtinvestive Maßnahmen und Projekte aus den Bereichen Integration, Qualifizierung und lokale

Ökonomie bündelt und fördert. 18 Projekte in Schleswig-Holstein haben bisher von Mitteln aus diesem Programm profitiert. Die Bundesregierung hat beschlossen, die Mittel für die „Soziale Stadt“ um 70 Prozent zu kürzen. Für Schleswig-Holstein bedeutet die Kürzung einen Rückgang von zuvor 95 Millionen auf nunmehr lediglich 28,5 Millionen Euro.

Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner: „CDU und FDP beschädigen die Städte, wenn sie die Mittel für soziale Projekte und sozialen Wohnungsbau immer mehr einschränken. Das Programm „Soziale Stadt“ ist erfolgreich und beugt späteren sozialen Kosten vor. Es dient ganz konkret der Integration vor Ort. Deshalb würden nach dem Streichprogramm umso größere Lasten auf Bund, Länder und Kommunen zukommen. Offenbar hat sich die marktradikale und sozialstaatsfeindliche FDP-Ideologie in der Koalition durchgesetzt. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker werden einer schwarz-gelben Spaltung unseres Landes in reiche Dörfer und notleidende Städte nicht tatenlos zusehen.“

Keine Kommentare

Elternbeteiligung bei Schülerbeförderung – So nicht, Herr Schlie!

Mit öffentlichen Äußerungen und Schreiben an Kreise versucht der Innenminister die Kreise und Kreistagsabgeordneten unter Druck zu setzen. Sie sollen nach der von CDU und FDP beschlossenen Schulgesetzänderung eine Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten einführen. Dabei schreckt er nicht einmal davor zurück, mit Streichung von Zuschüssen und der persönlichen Haftung von Kreistagsabgeordneten zu drohen.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird sich nicht gesetzwidrig verhalten. „Wir halten jede Art der Einführung von Kostenbeteiligung an der Schulbildung für falsch, ob Schuldgeld, Kosten für Bücher, oder Kosten für die Schülerbeförderung. Wenn ein Gesetz aber den Erlass einer bestimmten Satzung hierzu verbindlich vorschreibt, werden wir zu dieser Satzung nicht Nein sagen können“ sagt der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel.



Wie diese verbindliche Satzung aussehen muss und was die angemessene Elternbeteiligung ist, kann der Innenminister aber selbst nicht sagen. Er sagt nur, dass eine zu geringe Elternbeteiligung oder eine Elternbeteiligung ab einer bestimmten Einkommenshöhe nicht angemessen sei. Sein Höhepunkt von Rechtsverständnis gipfelt darin, dass er meint, der Landrat müsse einem Beschluss des Kreistages widersprechen, wenn dieser keinen Beschluss fasst. Ja, welchem Beschluss soll dann widersprochen werden?

Oder soll der Kreistag eine Elternbeteiligung von € 2,50 einführen, und der Landrat muss widersprechen, weil dies der Innenminister nicht für angemessen hält? Soll er es dann mit € 2,75 versuchen? Mit € 3,00? Solange Satzungsentwürfe beschließen, bis der Innenminister es für angemessen hält? Reinhard Mendel: „Bevor der Innenminister hier Druck auf Landräte und frei gewählte Abgeordnete ausübt, sollte er erst einmal lernen, wie klare und eindeutige Gesetze auszusehen haben.“

Keine Kommentare

Ziel: 100 % Erneuerbare bis 2020

„Strom aus erneuerbaren Quellen – und das flächendeckend bis 2020. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Aber wenn wir uns jetzt nicht auf den Weg machen, wann dann? Die apokalyptischen Ereignisse in Japan lassen uns gar keine andere Möglichkeit.“ Diese Auffassung vertritt Gerd Herrmann, Sprecher der SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ im Namen seiner Mitstreiter. Das Ziel „100 Prozent“ hatte die Gruppe bereits Ende letzten Jahres formuliert. Jetzt will sie allerdings das Tempo steigern.

Der Bau- und Umweltausschuss der Stadt Reinfeld hat inzwischen nicht zuletzt auf Initiative der AG – richtungweisende Beschlüsse gefasst. So soll bei der nächsten Ausschreibung der Strom-

Verträge für städtische Gebäude Öko-Strom bevorzugt werden. Ein Förderantrag für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik ist beschlossen worden.

Die Stadtverwaltung hat darüber hinaus einige Aufträge abzuarbeiten: Es soll erreicht werden, dass auf dem Dach der Matthias-Claudius-Schule eine Photovoltaik-Anlage installiert wird. Alle Städtischen Gebäude sollen auf ihre Eignung für Solaranlagen überprüft werden. Und die Stadtwerke sollen untersuchen lassen, wo im Stadtgebiet Möglichkeiten zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen bestehen. Erneuerbare Quellen sind vorwiegend Wind und Wasser, aber auch Biomasse – allerdings nicht aus landwirtschaftlichen Mais-Monokulturen, sondern z.B. Schweine-Gülle oder Hackschnitzel.

„Wir müssen jetzt sicherstellen, dass diese Untersuchungen auch zeitnah stattfinden. Sachkundige Firmen gibt es auf dem Markt. Aber die werden jetzt alle gut zu tun bekommen.“ ist sich Gerd Herrmann sicher. „Die SPD-AG „Nachhaltiges Reinfeld“ sieht ihre Aufgabe darin, Entwicklungen zu begleiten, wenn möglich vorzudenken und Vorschläge zu machen. Diese sollen dann in den Gremienweg gebracht werden und in Beschlüsse für konkrete Aufträge umgesetzt werden. Wir machen keine Proklamationen für die Galerie oder die Plakatwand.“

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 07.04.2011, 22:22 Uhr - 2620 Clicks - Nr. 397

Ortsvereinszeitung der SPD-Schuby

Die Osterausgabe liegt zum Download bereit.

[Dütt un Datt 103](#)

Viel Spaß beim Lesen!

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 07.04.2011, 22:48 Uhr - 8669 Clicks - Nr. 398

CDU-Leitlinien könnten Basis für kommunalpolitischen Dialog sein

Zu den vorgelegten Strategieüberlegungen der Kreis-CDU erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

„Dass die CDU ihre Oppositionskritik an der Rathauspolitik in starke Worte fasst, ist weder originell noch überraschend. Der Versuch, Rot-Grün-SSW zu diskreditieren, ist (leider) der normale politische Reflex. Wir sind aber bereit, hinter dem verbalen Pulverdampf der CDU durchaus die Chance für einen kommunalpolitischen Dialog zu erkennen.“



Richtig ist: Es gibt prinzipielle Unterschiede zwischen SPD und CDU in der politischen Wertung, im Ziel und in der Umsetzung. Sicher sind die von uns vielfach als unsozial gewerteten Entscheidungen der Ära Volquartz nicht vergessen. Und wir unterscheiden uns nach wie vor u.a. in der Schul- und Bildungspolitik sowie in der Haltung zur Stadtregionalbahn.

Auch die SPD definiert sich seit einigen Jahren als „Großstadtpartei“; damit versuchen wir den neuen Anforderungen an Stadtpolitik gerecht zu werden.

Auch wir sehen in der Innenstadt einen zentralen Impuls für eine lebendige Stadtentwicklungspolitik. Die Konzepte liegen auf dem Tisch.

Auch wir wollen den Airpark vorantreiben.

Auch wir stärken die Kieler Werften und die Wissenschaft.

Auch wir wollen das UKSH in Kiel halten. Wir erteilen allerdings der Privatisierung eine klare Absage.

Auch wir wollen den Bundeswehrstandort sichern.

Vielleicht ist die Vorstandswahl eine Chance für die CDU, ihre Fundamentalopposition in der Stadt aufzugeben und sich dem politischen Dialog zu stellen. Das wäre auch eine konstruktive politische Leitlinie.“

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 07.04.2011, 23:03 Uhr - 9874 Clicks - Nr. 399

Technische Fakultät bleibt in Gaarden

„Die Kieler SPD begrüßt die Entscheidung des Uni-Präsidiums, die Technische Fakultät am Standort auf dem Ostufer zu belassen. Damit gibt es zum einen für die Mitarbeiter_innen und die Fakultät eine verlässliche Aussage, nachdem über einen sehr langen Zeitraum Gerüchte über einen Umzug der Technischen Fakultät die Entwicklung beeinträchtigt haben.

Zum anderen gibt es nun auch eine Gewissheit für die Kieler Kommunalpolitik, dass Gaarden eine den Stadtteil prägende Einrichtung nicht verliert – dies ist auch ein wichtiges Signal für die weitere Entwicklung des Ostufers. Mit der Entscheidung kann nun auch auf städtischer Ebene darüber nachgedacht werden, wie die Technische Fakultät beispielsweise noch besser in den Stadtteil integriert oder mithilfe des ÖPNV stärker mit dem Campus am Christian-Albrechts-Platz verbunden werden kann.“

Anlässlich der Presseinformation der Christian-Albrechts-Universität vom 6.4.2011 gaben der hochschulpolitische Sprecher der Kieler SPD, Benjamin Raschke, und der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister diese Erklärung ab.

Kommentar von [Antje Möller-Neustock](#) vom 08.04.2011, 14:55 Uhr:

RE: Technische Fakultät bleibt in Gaarden

Und bitte die freiwerdende Mittel der technischen Fakultät geben und nicht dem allgemeinen Haushalt zuschlagen.

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.04.2011, 15:00 Uhr - 12989 Clicks - Nr. 400

SPD Schleswig-Flensburg unterstützt Kettenreaktion am Ostermontag

Bundesweit demonstrieren am Ostermontag, dem 25. April 2011, zigtausend Menschen an vielen AKW-Standorten in der Bundesrepublik für den Ausstieg aus der Atomenergie.

Der SPD-Kreisvorstand Schleswig-Flensburg unterstützt die Aktionen und Kundgebungen am AKW Brunsbüttel und Krümmel. Diese Aktion muss aber auch eine Mahnung sein für Folgen der schrecklichen Erbeben und des Tsunamis in Japan mit den GAUs in Fukushima und Onagawa!



Wir fordern alle Menschen auf, an dieser friedlichen Aktion teilzunehmen und ein Zeichen für einen schnellen Ausstieg aus der Atomenergie zu setzen.

Hintergrund für die Aktion:

Im April jährt sich zum 25. Mal die Atomkatastrophe von Tschernobyl. Hunderttausende sind an den Folgen der radioaktiven Wolke gestorben und noch heute leiden viele Menschen an den Spätfolgen.

Ob Tschernobyl (1986), Majak (1957), Windscale (1957) Harrisburg (1979) oder Fukushima und Onagawa (2011): Schwere Katastrophen sind in jeder Atomanlage der Welt möglich. Gegen den breiten Widerstand der Bevölkerung hat die Bundesregierung die Laufzeiten der Atomkraftwerke (AKW) in Deutschland verlängert. Zugunsten der Profite der vier Atomkonzerne Vattenfall, E.ON, RWE und EnBW. Wir ziehen Konsequenzen: Kein Reaktor ist gegen Flugzeugabstürze gesichert, ein Super-Gau ist immer möglich und es gibt keine Entsorgung für den Atommüll gibt.

AKWs Brunsbüttel und Krümmel müssen abgeschaltet bleiben!

Aufgrund schwerer Sicherheitsmängel und vieler Störfälle stehen die AKWs Krümmel und Brunsbüttel seit dem Sommer 2007 still! Beide Siedewasser-Reaktoren sind aufgrund ihrer Bauweise und ihres Alters besonders störanfällig. Gegen Flugzeugabstürze sind sie gar nicht oder nur gering gesichert. Deswegen müssen sie für immer stillgelegt werden! Auch das AKW Brokdorf muss abgeschaltet werden, denn auch hier sind schwere Unfälle nicht auszuschließen und wird täglich weiterer Atommüll produziert.

Busfahrt ab Flensburg und Schleswig:

Plätze in Bussen nach AKW Brunsbüttel werden angeboten:

Abfahrt Flensburg Exe ist 8.00 Uhr und Zustieg in Schleswig (Parkplatz an der Shell-Tankstelle am Schloss) um 8.45 Uhr.

Die Rückfahrt ist für ca. 17.00 Uhr geplant.

Tickets gibt es für 13 Euro (ermäßigt 8 Euro) in der Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung in Flensburg, Große Str. 34.

Ticketverkauf in Schleswig ist in Planung.

Die Organisation bittet um Unterstützung mit einer Spende für die Aktion Brunsbüttel:

BUND Kreisgruppe Steinburg, Sparkasse Westholstein, BLZ 22250020, Konto Nr. 90078577

weitere Informationen

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 08.04.2011, 15:48 Uhr - 8003 Clicks - Nr. 401

GLÜCKSBURG; Michael Schulz als Stellvertreter wiedergewählt;

In der diesjährigen Jahreshauptversammlung (JHV) begrüßte der Vorsitzende Hermann Jobben die Mitglieder des Ortsvereins und verband zugleich damit die Bitte die bisherige politische Arbeit vor Ort in gleichem Maße wie es in der Vergangenheit geschehen ist, fortzuführen.

Der Fraktionsvorsitzende Klaus-Dieter Schmidt erläuterte die politischen Vorhaben und Optionen für die kommenden Monate in der Stadt Glücksburg.

Der Vortrag von Birgit Hein aus dem Finanzausschuss läßt lediglich ein Hoffen auf bessere Zeiten zu.

Demnach ist alles auf " Kante genäht " und läßt keinen Spielraum für weitere Vorhaben zu.

Bei den folgenden Wahlen wurden:

Michael Schulz - als Stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt,

Uwe Leple als Kassierer wiedergewählt,

Dr. Sylvia Ullmer als Schriftführerin gewählt.

Jutta Klinger, Peter Axmann und Lothar Bartsch als Beisitzer gewählt.

Mit Blick auf den anstehenden Landesparteitag in Husum beendete der Vorsitzende die Versammlung.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 08.04.2011, 18:52 Uhr - 5444 Clicks - Nr. 402

Der Kampf gegen Kinderpornografie ist damit noch nicht gewonnen

Zur Einigung der schwarz-gelben Koalition, sogenannte Zugangsschwerungsgesetz, mit dem Internet-Sperren gegen Kinderpornografie eingeführt werden sollten, aufzuheben, erklärt der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Wer kann eigentlich bei Kinderpornografie auf etwas anderes kommen, als diese Webseiten zu löschen? Nun hat das die schwarz-gelbe Koalition in Berlin auch endlich eingesehen – das begrüßen wir, auch wenn es zu lange gedauert hat.

Es ist immer besser, die Ursachen zu beseitigen als die Wirkungen zu verschleiern. Damit alleine ist

das Problem der Kinderpornografie natürlich noch nicht gelöst. Der Kampf gegen Kinderpornografie wird nun ein Stück effektiver, gewonnen ist er damit noch nicht. Ziel muss es weiter sein, zu länderübergreifenden Regelungen zu kommen. Dazu gehören auch die intensive internationale Zusammenarbeit und eine bessere Ausstattung der Polizei."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 08.04.2011, 18:54 Uhr - 6801 Clicks - Nr. 403

Schülerbeförderung: Dilettantisches Gesetz - katastrophale Umsetzung im Kreis
Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg



„Jetzt zeigt sich deutlich, wie richtig die Kritik der SPD-Kreistagsfraktion an der von der CDU und FDP durchgesetzten Umsetzung des Schulgesetzes in Sachen Schülerbeförderung im Kreis gewesen ist. Ein negativeres „Standortmarketing“ kann eine Kreistagsmehrheit eigentlich nicht machen.“ So kommentiert der Vorsitzende der SPD im Lauenburgischen Kreistag, Gunar Schlage, die aktuelle Situation in der Region.

Schlage: „CDU und FDP haben mit der Schülerbeförderungssatzung gegen die vielfältigen Warnungen u. a. der Arbeitsgemeinschaft der Kreiselterbeiräte im Kreis Herzogtum Lauenburg eine Regelung getroffen, wie sie schlimmer nicht sein kann. Noch nicht einmal ansatzweise hat man sich mit den Folgeproblemen auseinander gesetzt. Selbst zu Definition einer Sozialstaffel war man zu bequem. Das Motto war: Innenminister Schlie sagt an, wir marschieren und erteilen uns ein Denkverbot - egal, welche Folgen dies für die betroffenen Kinder und ihre Eltern hat. Einem dilettantisches Gesetz folgt eine katastrophale Umsetzung!“

„Das Ausmaß dieser Fehlentscheidung,“ so Schlage weiter, „wird jetzt deutlich. Im benachbarten Kreis Stormarn erzielt man nicht einmal ein Minimalkonsens, was der Gesetzestext „einer Beteiligung in angemessener Höhe“ eigentlich bedeutet. Mit der Folge, dass erst einmal keine Eigenbeteiligung eingeführt wird und offenkundig auch niemand der dort Verantwortlichen Eile damit hat.“

„In der Hansestadt Lübeck stellt sich die Problematik aufgrund der städtischen Struktur nicht. Im Kreis Segeberg wird man zumindest eine Sozialstaffel einführen. Darüber zu diskutieren, wäre für die SPD-Fraktion das Minimum gewesen. Außerdem hätte man Alternativen unter Einbeziehung aller Beteiligter prüfen können.“

„Jetzt steht der Kreis Herzogtum Lauenburg mit seiner unsozialen Schlichtlösung bei der Schülerbeförderung in Region erst einmal isoliert dar. Ob dies ein Standortmarketinginstrumentarium ist oder genau das Gegenteil bewirkt wird, müsste eigentlich auch bei CDU und FDP hinterfragt werden. Die SPD-Fraktion ermittelt aktuell den landesweiten Sachstand.“

Schlage: „Die Kreistagsmehrheit hat noch die Chance, diese gravierende Fehlentscheidung zum

Schuljahresbeginn in der Juni-Kreistagssitzung auszubügeln. So erweisen CDU und FDP dem Herzogtum einen Bärendienst.“

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 09.04.2011, 18:53 Uhr - 128066 Clicks - Nr. 404

Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ralf Stegner mit deutlicher Mehrheit im Amt bestätigt. Für ihn stimmten 135 Delegierte. Für Uwe Döring gaben 77 Delegierte ihre Stimme, drei enthielten sich.

Der Wahlgang musste wiederholt werden, weil eine Stimme mehr abgegeben wurde als Delegierte angemeldet waren. Um jede Anfechtungsmöglichkeit zu verhindern, wurde nach eingehender Prüfung der Satzungslage eine Wiederholung des Wahlgangs beschlossen, die zu dem genannten Ergebnis führte. Uwe Döring machte sein Versprechen wahr, gratulierte Ralf Stegner zum Sieg und sicherte seine Unterstützung im bevorstehenden



Landtagswahlkampf zu. Das gemeinsame Ziel ist der Einzug Torsten Albigs in die Kieler Staatskanzlei.

(dl)

Kommentar von [Johannes Hansen](#) vom 13.04.2011, 17:53 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Wenn Torsten es tatsächlich schaffen sollte, MP zu werden, Ralf stellt die Liste zusammen und hat damit die Fraktion hinter sich. Torsten wird zur Marionette. Das mach ich nicht mehr mit! Ich bin nicht mehr Mitglied in der SPD Schleswig- Holstein. Ich bin jetzt Mitglied der SPD Hamburg. Mein Ortsverein wird von mir zusätzlich jährlich eine zweckgebundene Spende erhalten.

Kommentar von [Aletta Thies](#) vom 11.04.2011, 18:37 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Eine von den 77 Stimmen für Uwe war meine, vielleicht auch, weil ich mir einen leichteren Wahlkampf gewünscht hätte. Trotzdem habe ich Ralf herzlich gratuliert. Jetzt gilt der Blick nach vorne. Alle die meinen, ihren Frust über und an dem "roten Rambo" loswerden zu müssen schaden der SPD und ihrer Arbeit in SH.Leute, es geht um die Sache und um Programme. Ich werde Ralf und Torsten unterstützen, damit wir nächstes Jahr einen starken MP bekommen, der ein vernünftiges Programm umsetzt. Wenn das Tandem Albig Stegner sich keine Alphmännchen-Spiele einfallen lassen kann das gut werden!!!

Kommentar von [André Rehder](#) vom 11.04.2011, 18:06 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich kann mich den meisten Vorrednern nur anschließen...."die Basis soll mehr Mitspracherecht bekommen".. waren das nicht die Worte nach den letzten Wahlen ? Einmal Mitgliederentscheid und das wars dann wohl ?! Auf dem Parteitag wie immer Klüngerlei ohne Ende...ein richtiges Rückgrat haben nur wenige bewiesen....Viele Delegierte und vor allem große Teile des Vorstands sollten sich eigentlich in Grund und Boden schämen....aber was will man schon erwarten, wenn sich unser T.Albig ständig so in die Nesseln setzt..und für Stegner Werbung macht..... Warum hat er nicht am Abend des Mitgliederentscheids einfach sein Anspruchs auf den Landesvorsitz geltend gemacht ? Danhn hätten wir uns den ganzen Zirkus sparen können! Ich bin jedenfalls sehr enttäuscht und glaube es geht vielen der aktiven und vor allem passiven Mitglieder ebenso....von Basisdemokratie ist in der Nord-SPD jedenfalls nichts zu spüren..... und eine Bitte noch..."erspart euch die Sprüche nach der Geschlossenheit" ...dieser Zug ist spätestens nach der Wahl am Samstag abend endgültig abgefahren.

Kommentar von [Bernd Vogelsang](#) vom 11.04.2011, 11:54 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Dem Kommentar von Hamilo kann ich voll und ganz unterstützen. Das sieht doch alles nach Absprache aus. Ehrliches offenes Streiten sieht anders aus. Als langjähriges Parteimitglied fühle ich mich hinter Licht geführt. Die Delegierten und Spitzenfunktionäre sollten mal die Basis fragen!

Kommentar von [Hamilo](#) vom 10.04.2011, 23:49 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Leider wurde mit der Wahl von Ralf Stegner eine große Chance des Neuanfangs vertan. Die Mehrheit der Delegierten hat sich zwar für Ralf ausgesprochen, doch mit denen werden wir keine Wahl gewinnen. Denn leider spricht Ralf die Seele schleswig-holsteinischen Wähler nicht an. Die sollen aber Thorsten Albig zum MP wählen, nicht die Delegierten. Das unser Kreisvorsitzender trotz eines Votums für Uwe Döring auf dem LPT für Ralf in die Bütt ging, ist noch enttäuschender, als die Wahl von Ralf. Es zeigt sich eigentlich nur, daß die sogenannte innerparteiliche Demokratie nur solange Bestand hat, wie sie "den da Oben" nützt. ich bin sehr enttäuscht, leider auch von Thorsten Albig. Die Wahl bzw. Nichtwahl von Beisitzerinnen/Beisitzern wirft auch kein gutes Licht auf den Landesvorsitzenden und seine Steigbügelhalter, denn alle Kritiker wurden geschickt ausgegrenzt (nicht gewählt). Das alles kann kein Zufall sein.

Kommentar von [Michael Schulz](#) vom 10.04.2011, 22:23 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Hätte ich vorher gewußt das Torsten Albig den Stegner unterstützt, dann hätte ich auch Torsten nicht gewählt. Die SPD muß dann auch auf mich verzichten !

Kommentar von [Erk Niesemann](#) vom 10.04.2011, 20:09 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich freue mich sehr über die Wiederwahl von Ralf und möchte ihm dazu herzlich gratulieren. Ich hoffe, dass sich jetzt mal wieder alle Genossinnen und Genossen zusammenreißen, damit aufhören sich mit sich selbst zu beschäftigen und gemeinsam mit Torsten und Ralf für eine

sozialdemokratisch geführte Regierung 2012 kämpfen.

Kommentar von [Gaby](#) vom 10.04.2011, 17:51 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

hätten die Mitglieder die Wahl gehabt und nicht die Delegierten gäbe es ein anderes Ergebnis - viele haben Stegner nicht aus Überzeugung gewählt sondern weil sie Torsten nicht beschädigen wollen

Kommentar von [Doris](#) vom 10.04.2011, 13:08 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Was da im Vorfeld und am Tage des Parteitages gelaufen ist, das ist doch verhöhnepielung der Mitglieder. So eine Wahl ist doch überflüssig. Ich bin zutiefst von Albig und Stegner enttäuscht. Wahlkampf ohne mich.

Kommentar von [Günther](#) vom 10.04.2011, 12:00 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich höre gerade im Livestream die Rede von Torsten Albig. Eine aussergewöhnlich gute Rede. Ich bin sicher, er stellt Ralf Stegner und andere Politiker hierzulande in den Schatten. Torsten Albig muss Ministerpräsident von Schleswig Holstein werden, dafür setze ich mich ein!

Kommentar von [Stefanie Fahr de Henriquez](#) vom 10.04.2011, 10:32 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Das, was Torsten und Ralf unterscheidet, ist in seiner Vereinigung ein Gewinn für die schleswig-holsteinische SPD. Wir können auf keinen der beiden im kommenden Wahlkampf verzichten. Was ich besonders an diesem Team schätze, ist die Lernbereitschaft und die Fähigkeit selbstkritisch zu sein. Ich fühle mich wohl in einer SPD, in der der demokratische Prozess so gut verstanden und umgesetzt wird.

Kommentar von [Kristin Fuchs](#) vom 10.04.2011, 09:35 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich gratuliere Ralf Stegner zu seiner Wiederwahl. Er ist von der Mehrheit der Delegierten als der Bessere von zwei guten Bewerbern gewählt worden. Auch wenn ich für Uwe Döring gestimmt habe, erwarte ich jetzt, dass wie nach der Kür unseres Spitzenkandidaten Torsten Albig, die Personaldebatte damit beendet ist. Unser gemeinsames Ziel: TORSTEN ALBIG MUSS MINISTERPRÄSIDENT WERDEN! Das erreichen wir nur mit einer geschlossenen SPD

Kommentar von [Günther](#) vom 10.04.2011, 08:57 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich füechte, wir haben da eine Riesenchance vertan. Der nächste Ministerpräsident von Schleswig Holstein heisst wohl Christian von Bötticher!

Kommentar von [Sönke Rix](#) vom 09.04.2011, 20:57 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Ich gratuliere Ralf Stegner zur Wiederwahl und freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf für

und mit Thorsten Albig.

Kommentar von [Britta Lindström](#) vom 09.04.2011, 20:50 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Wenigstens hält Uwe Döring sich an sein Versprechen, dafür ist der wiedergewählte Landesvorsitzende ja nicht gerade bekannt. Für mich ist jetzt Schluss. Ralf hat sich in den letzten Jahren so oft selbst widersprochen und so oft an einem Tag das eine und am anderen Tag was ganz anderes gesagt. Das lass ich mir nicht mehr länger gefallen. Tschüß, SPD!

Kommentar von [Uwe Baurhenne](#) vom 09.04.2011, 19:14 Uhr:

RE: Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

Dann mache ich mal den Anfang. Ich hätte mir heute einen anderen Landesvorsitzenden gewünscht! Sicherlich gebt Ihr mir nun Argumentationshilfen an die Hand, um ab nächsten Montag in unserer Gemeinde erklären zu können warum die SPD in Schleswig-Holstein am bisherigen Landesvorsitzenden Ralf Stegner fest hält. Ich bin enttäuscht und denke ernsthaft über Konsequenzen nach.

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.04.2011, 19:17 Uhr - 6289 Clicks - Nr. 405

Peter Eichstädt: Endlich hinschauen bei Kindern in Raucherautos!

Zur gestrigen Beratung unserer Großen Anfrage zum Nichtraucherschutz im Sozialausschuss erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Der Sozialausschuss hat sich mit der Frage eines Rauchverbots in Autos, in denen Kinder mitfahren, nicht näher befasst. Die SPD-Fraktion wird nun den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages um eine Expertise bitten, wie eine Lösung dieses Problems – möglichst bundesweit – aussehen könnte.

Wir halten es für nicht hinnehmbar, dass es immer noch Eltern gibt, die fröhlich in ihren Autos rauchen, während ihre Kinder dabei sind und somit dem Passivrauchen ausgesetzt werden. Diese Lücke beim Nichtraucherschutz muss geschlossen werden! Es leuchtet nicht ein, dass zwar Handy-Telefonieren in Autos verboten ist, Rauchen in Gegenwart von Kindern jedoch nicht.

Der Ausschuss hat eine schriftliche Anhörung der Kommunen über die Kontrolle und Überwachung des Nichtraucherschutzgesetzes beschlossen. Davon erwarten wir uns Informationen, ob das Rauchverbot in öffentlichen Räumen auch konsequent umgesetzt wird."

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 10.04.2011, 13:58 Uhr - 5241 Clicks - Nr. 406

Jahreshauptversammlung OV-Süd

Im Mittelpunkt der Jahreshauptversammlung des größten SPD-Ortsvereins in Neumünster, Neumünster-Süd, stand die Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Überraschend wurde Ratsherr Bernd Delfs mit deutlicher Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt. Zu seinem Stellvertreter wählten die Mitglieder Claus-Rudolf Johna, Bernhard Freitag blieb Kassenwart, Ratsherr Ingo Nötges übernahm das Amt des Schriftführers. Auch die drei Beisitzer Uwe Holtz, Rainer Hoffman sowie Klaus Leschkus erhielten von der Versammlung deutliche Mehrheiten.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.04.2011, 16:20 Uhr - 18684 Clicks - Nr. 407

Kristin Alheit und Stefan Bolln in den Landesvorstand gewählt

Kreisvorsitzender Hannes Birke zieht positive Bilanz vom Landesparteitag für den Kreisverband.

Im Landesvorstand gut vertreten und inhaltlich Impulse zur politischen Weiterentwicklung der Landespartei gegeben. Kreisvorsitzender Hannes Birke zieht eine positive Bilanz des Landesparteitages für den Kreisverband vom letzten Wochenende.



Kristin Alheit, Bürgermeisterin der Stadt Pinneberg, hat im ersten Anlauf den Sprung als Beisitzerin in den Landesvorstand geschafft. Sie setzte sich mit 81 Stimmen im 2. Wahlgang durch. Das -so Kreisvorsitzender Birke- war kein „Selbstgänger“, denn um die 7 Beisitzerposten bewarben sich insgesamt 19 Kandidaten und Kandidatinnen. Den Erfolg von Alheit führt Birke auch darauf zurück, dass die Delegierten der Kommunalpolitik ein stärkeres Gewicht im Landesvorstand geben wollten.

Stefan Bolln aus Barmstedt schaffte seine Wiederwahl bereits im 1. Wahlgang. Mit 128 Stimmen erzielte er das zweitbeste Ergebnis. Für Birke die Anerkennung seiner bisherigen Arbeit als Umweltexperte im Landesverband, mit der er sich einen guten Namen gemacht hat.

Mit seinen Anträgen insbesondere zur Anerkennung von ausländischen Ausbildungen, der Forderung nach Erhöhung von Lehrkräften und Schulsozialarbeitern mit Migrationshintergrund an Schulen und einem Masterplan mit dem Ziel bis zum Jahr 2020 alle öffentlichen Schulen in Deutschland zu gebundenen oder offenen Ganztagschulen umzugestalten, fand der Kreisverband eine breite Unterstützung.

Mit der Forderung nach einem Masterplan setzt die SPD einen bildungspolitischen Schwerpunkt, der unmittelbare positive Auswirkungen auf die Bildungslandschaft im Kreis hat. Kern des Planes ist ein vom Bund finanziertes zweites Ganztagschulprogramm. Als Vorbild dient das 4-Milliarden-

Programm der Schröder-Regierung aus dem Jahre 2003. „Mit diesem Programm“ -so Birke- „hat es auch im Kreis Pinneberg den erfolgreichen Durchbruch der Ganztagschulen gegeben, mit dem zweiten Programm soll dieser erfolgreiche Weg einer modernen Bildungspolitik umfassend zum Abschluss gebracht werden.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.04.2011, 19:12 Uhr - 6388 Clicks - Nr. 408

Neue KiTa Förderung im Kreis Plön
Pressemitteilung

10. 4. 2011

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Neue KiTa Förderung im Kreis Plön mit Qualität und guter finanzieller Ausstattung“

Die SPD-Fraktion begrüsst die neuen Kriterien bei der Vergabe von Geldern an die Kindertagesstätten und unterstützt die neu ausgearbeitete Verteilung. KiTas werden finanziert durch das Land, den Kreis, die Gemeinden und die Eltern.



Unter Beteiligung von Sachkundigen hat der Kreis eine gerechtere Aufteilung der Zahlung der Mittel ausgearbeitet. Viele Bewertungskriterien wurden neu berücksichtigt, insbesondere die Qualität und Anforderungsmerkmale, wie z.B. Gruppenform wie z.B. Krippe, altersgemischte Gruppen, Trägervielfalt, Plätze für unter 3jährige, Schließungszeiten usw. Es geht bei der Einführung dieses Systems auch um eine Verwaltungsvereinfachung und um eine finanzielle Planungssicherheit für die Träger und die Kommunen.

Die Landesmittel sind erhöht worden, so dass nur sehr wenige Kitas nach dem neuen System weniger Geld erhalten, viele bekommen einen höheren Betrag. Insgesamt sind im Kreishaushalt für die Jahre 2011 bis 2013 jeweils 1,2 Mio € veranschlagt.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Das neue System ist gerechter in der Verteilung, die Mittel der Landesregierung werden weitergereicht, und der Kreis Plön ist in Schleswig-Holstein mit seiner Förderung vorbildlich, er fördert die KiTas auf der Grundlage der bisherigen Personalförderung mit 8 %. Damit steht der Kreis Plön in Schleswig-Holstein an der Spitze. Dafür haben wir uns eingesetzt. Und das ist gut so, denn wir sind der Auffassung, dass gut ausgestattete KiTas für unsere Kinder und ihre Persönlichkeitsentwicklung von existentieller Bedeutung sind.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.04.2011, 19:16 Uhr - 6890 Clicks - Nr. 409

SPD-Kreistagsfraktion stimmt gegen Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung

8. 4. 2011

SPD-Kreistagsfraktion stimmt gegen die Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten
Die SPD Fraktion Kreis Plön wendet sich gegen die Einführung einer Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzender Walter Riecken:

„Wir lehnen eine Elternbeteiligung für die Schülerbeförderung ab. Die Sparbeschlüsse der schwarz-gelben Landesregierung haben für den Kreis Plön gravierende Konsequenzen für die Eltern und überfordern viele Familien finanziell. Wir wollen nicht, dass Eltern im Kreis Plön durch die Vorgabe des Kreises finanzielle Mehrbelastungen haben.“

Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass alle Schülerinnen und Schüler wie bisher, kostenlos ihre jeweilige Schule besuchen können, und keine Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten erhoben wird. Die Eltern können nicht weiter finanziell belastet werden.

Walter Riecken führt weiterhin aus: „Bereits vor drei Jahren war dieses Thema auf Landesebene diskutiert worden. Grosse Proteste haben damals dazu geführt, dass dieses Gesetz nicht eingeführt wurde, denn Chancengleichheit und Bildung muss für alle da sein, unabhängig vom Geldbeutel. Schülerbeförderungskosten von Eltern zu erheben ist mit sozialdemokratischen Standpunkten unvereinbar. Bildung muss kostenlos sein, die Familien im ländlichen Raum werden mit diesen Gebühren ungerecht belastet.“

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 11:13 Uhr - 3838 Clicks - Nr. 410

Wir gratulieren den Kieler/innen im neu gewählten Landesvorstand

Der Ortsverein Kieler Mitte freut sich über einen erfolgreichen Landesparteitag in Husum.

Wir gratulieren dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Ralf Stegner, dem neuen Landesvorstand und allen anderen, die in Ämter gewählt wurden.

Besonders freuen wir uns, dass es mit Mathias Stein eines unserer Mitglied in den Landesvostand geschafft hat. Mit Serpil Midyatli ist sogar eine zweite Kielerin dabei. Wir bedanken uns bei Veronika Dicke für ihre Bewerbung. Auch sie hätte einen Platz im Landesvorstand verdient.

Unser Oberbürgermeister und Spitzenkandidat Torsten Albighat hat mit einer starken Rede ein Signal des Aufbruchs gegeben: In Schleswig-Holstein soll wieder ein kooperativer und offener Politikstil regieren - mit Herz, Verstand und Augenmaß!



Der Ortsverein Kieler Mitte freut sich auf den Wahlkampf!

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 11:20 Uhr - 96197 Clicks - Nr. 411

**„Antibiotikaeinsatz aufs Nötigste begrenzen“
Agrarausschuss des Europäischen Parlaments stimmt
Entschließungsantrag zu Antibiotikaresistenz ab**

Um einer weiteren Zunahme von Antibiotikaresistenzen entgegenzuwirken, fordert der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments einen verantwortlicheren Einsatz von antimikrobiellen Mitteln in der Nutztierhaltung. In einem am Dienstag angenommenen Entschließungsantrag sprechen sich die Agrarpolitiker im Parlament dafür aus, den Einsatz von Antibiotika, wo es möglich ist, zu vermeiden.



Die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust hofft, dass Europa hier künftig entschlossener auftritt: „Die Weltgesundheitsorganisation geht davon aus, dass allein in der Europäischen Union 25.000 Menschen jährlich an Infektionen durch resistente Keime sterben. Wenn einer der Gründe hierfür der leichtfertige Umgang mit antimikrobiellen Substanzen bei der Tierhaltung ist, müssen wir diesem dringend Einhalt gebieten.“ Die Agrarexpertin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordert deshalb: „Wir müssen unbedingt sicherstellen, dass Antibiotika nicht routinemäßig oder vorbeugend eingesetzt werden.“

Der Einsatz von Antibiotika als Wachstumsförderer ist in der Europäischen Union bereits seit 2006 verboten. Mit dem jetzt vorgelegten Entschließungsantrag verlangt der Agrarausschuss von den Mitgliedsstaaten, die Einhaltung dieses Verbotes auch wirklich durchzusetzen und, sofern noch nicht geschehen, dem ESVAC-Netzwerk zur Überwachung des Verbrauchs antimikrobieller Mittel in der Veterinärmedizin beizutreten.

Der Ausschuss fordert in dem Antrag die EU-Kommission auf, einen mehrjährigen Aktionsplan gegen Antibiotikaresistenz in die nächste EU-Tierschutzstrategie 2011-2015 aufzunehmen. Zudem sprechen sich die Mitglieder des Ausschusses für verstärkte Forschung zu neuen antimikrobiellen Mitteln aus. „Ebenso wichtig erscheint mir aber, dass wir uns zusätzlich mit anderen Alternativen zur Vermeidung von Infektionskrankheiten bei Tieren auseinandersetzen und Tierhaltungssysteme entwickeln, deren Bedarf an Antibiotika von sich aus geringer ist“, so Ulrike Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[Franz Thönnes](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 11:29 Uhr - 14191 Clicks - Nr. 412

**Bürgerbesuch aus dem Wahlkreis bei Franz Thönnes in Berlin
Blick hinter die politischen Kulissen:**

Dreimal im Jahr lädt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnes bis zu 50 Bürgerinnen und Bürger aus seinem Wahlkreis und aus den Betreuungsgebieten Stormarn-Süd und Neumünster zu einem interessanten Mix aus Politik und Kultur nach Berlin ein.



Organisiert werden die Fahrten durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (BPA). Vom 6. bis zum 8. April 2011 konnte Thönnes bei

herrlichem Frühlingswetter 48 Gäste aus den Kreisen Segeberg und Stormarn in der Hauptstadt begrüßen.

Die Gruppe besuchte das Auswärtige Amt, die Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, die SPD-Parteizentrale im Berliner Willy-Brandt Haus den Deutschen Bundesrat und traf am 7. April nach einem Plenarbesuch im Deutschen Bundestag auch mit dem SPD-Politiker zu einem Gespräch zusammen. Thönnies: „Das war eine sehr lebendige Gruppe. Wir haben einen Ritt durch die verschiedensten Themen gemacht. Unter anderem ging es um die Entscheidungen zur Energie- und Rentenpolitik aber auch über die Entscheidungsfindung im parlamentarischen Verfahren wurde diskutiert.“

„Der Besuch in der Demokratie-Werkstatt war sehr interessant. Und dass man Demokratie nicht als selbstverständlich erachten darf, sondern sich ständig um sie bemühen muss, hat gerade ein Besuch im einstigen Stasi-Gefängnis Hohenschönhausen gezeigt. Hier beeindruckten die Schilderungen eines ehemaligen Insassen, der dort psychische Folter erlebt hat, besonders“, schildert die Truppenkameradin Elke Hasselmann ihre Eindrücke von der Reise.

Aber auch der informative Teil über Berlin kam nicht zu kurz und so konnte sich die Besuchergruppe unter anderem bei einer Stadtrundfahrt mit der abwechslungsreichen Geschichte der Hauptstadt vertraut machen. „Das Programm war eine gute Mischung, in der jeder etwas Interessantes finden konnte und es war schon ein besonderes Erlebnis, Politik mal live und nicht nur in den Nachrichten zu sehen“, so die Ahrensburgerin Annette Dittmar.

Bildunterschrift: Franz Thönnies mit der Gruppe in der Kuppel des Reichstagsgebäudes (Foto Atelier Schneider, Berlin)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 17:00 Uhr - 1706 Clicks - Nr. 413

Schlussbericht: Ordnungsgemäße Eröffnungsbilanz, Eigenkapital gestiegen

Zur geprüften Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 und dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes erklären der stellvertretende finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Die Eröffnungsbilanz des doppischen Haushalts der Landeshauptstadt Kiel (zum 01.01.2009) ist vom Rechnungsprüfungsamt geprüft worden. Das Rechnungsprüfungsamt kommt zu dem Ergebnis, dass die Eröffnungsbilanz ordnungsgemäß aus den Büchern, dem Inventar und den geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist.

SPD, Grüne und SSW begrüßen die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes. Insbesondere von der Prüfbehörde angemahnten Buchungskorrekturen und Nacherfassungen innerhalb des Haushaltes

haben das Eigenkapital der Stadt noch einmal um rd. 6,1 Mio. Euro erhöht (von 450,66 Mio. Euro auf 456,72 Mio. Euro).

Mit der Bilanz wird dargestellt, in welchen Immobilien, Sachanlagen und Geldmitteln das Vermögen der Landeshauptstadt Kiel angelegt ist, und wie es durch Eigenkapital und Kredite finanziert wird. Je höher das Defizit im Haushalt, desto niedriger wird die Eigenkapitalquote. Deswegen haben SPD, Grüne und SSW mit dem Beschluss des Stadthaushaltes 2011 das geplante Defizit um mehr als 20 Mio. Euro verringert. Diese Defizitsenkung werden wir durch eine wirkungsorientierte Haushaltspolitik verstetigen, wie sie SPD, Grüne und SSW mit ihrem Antrag „Kieler Konsolidierungspfad – Reformkataster entwickeln“ in Auftrag gegeben haben und sie derzeit von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) erarbeitet wird.

Wie auch das Rechnungsprüfungsamt erkennt die Kooperation aus SPD, Grünen und SSW den tiefgreifenden Systemwechsel an, den die Umstellung des Rechnungswesens von der Kameralistik auf die Doppik bedeutet. Die Doppelbelastung von täglicher Aufgabenbewältigung und gleichzeitiger Erlernung neuer Verfahrensweise war und ist eine große Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung. SPD, Grüne und SSW haben nicht erwartet, dass diese Umstellung beim ersten Mal fehlerfrei gelingt. Wir gehen davon aus, dass die Beseitigung von Mängeln in der Bilanzierung, der Erfassung von Forderungen und der Verbuchung im Zuge des weiteren Umstellungsprozesses gelingt.

SPD, Grüne und SSW danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die unter den anerkannt nicht immer einfachen Bedingungen dazu beigetragen haben, den Kraftakt der Umstellung von der kameralen zur doppelischen Haushaltswelt im Rahmen des Möglichen erfolgreich zu gehen."

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 17:44 Uhr - 4100 Clicks - Nr. 414

Ralf Stegner als Landesvorsitzender bestätigt

SPD-Spitzen vor der Afa-Wand in Husum

Auf dem Landesparteitag unserer Partei am 09.+10.4.2011 in Husum konnte Helmut Ulbrand nicht nur unsere Spitzenleute vor der Afa-Wand fotografieren, sondern wir waren auch gut vertreten.

Mit unseren Delegierten: Karsten Wessels und Uwe Teut vom Landesvorstand und mit dem Landesvorsitzenden Wolfgang



Mädel und unserem Geschäftsführer Helmut Ulbrand. Aber auch unter den 215 Delegierten waren eine Reihe von aktiven AfA-Leuten.

Wir sind präsent und das ist gut so!!

Wir freuen uns über die Wahl von Ralf Stegner zum erneuten Landesvorsitzenden - wir haben auch dazu einiges getan - und freuen uns natürlich ganz besonders dass mit Jörg Wenghöfer, Birte Pauls, Stefan Bolln, Matthias Stein "AfA-Gewächse" und mit Wolfgang Baasch ein Sozialpolitiker mit Herz und Verstand, wieder dem Landesvorstand angehören. Der gesamte Landesvorstand macht Mut für eine Politik die Arbeitnehmer in den Fokus des Handelns stellt.

Die Rede von unserem Spitzenkandidaten Torsten Albig war inhaltlich ein Highlight, zeitlich zu lang aber mit klaren und guten Aussagen. So gewinnen wir in 2012 die Landtagswahl und dafür werden wir uns mit aller Kraft reinhängen und Betriebs- und Personalräte in den nächsten 13 Monaten mobilisieren.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 18:15 Uhr - 17964 Clicks - Nr. 415

CDU wirft Elternvertretung aus Gesprächsrunde Eklat im Landesförderzentrum Sprache

Kommentierte Pressemitteilung des „Landeselternbeirates für Grundschulen und Förderzentren in Schleswig-Holstein“ vom 9.4.2011

Mit den Worten „Sie sind nicht eingeladen!“ verweigerte die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Heike Franzen gestern dem 2.

Vorsitzenden des Landeselternbeirates der Grundschulen und Förderzentren (LEB) Thomas Waskow die Teilnahme

an einer Gesprächsrunde zum Erhalt des Landesförderzentrums.

„Das geht überhaupt nicht – So geht man nicht mit den Eltern und deren offiziellen VertreterInnen um!“, kommentiert Ulf Daude, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) RD-Eck, dieses Verhalten. „Elternvertreter sind ein wichtiger Bestandteil in solchen Gesprächen und gehören da hin. Anscheinend stört es die CDU, wenn es andere Meinungen in einer Debatte gibt und versuchen sie tot zu schweigen. Was für ein Demokratieverständnis!

Am 8.4.2011 wurde das Landesförderzentrum Sprache in Wentorf erneut von der CDU-Landtagsfraktion besucht, um über die geplante Verlagerung nach Schleswig zu sprechen. Mit deutlichen Worten warf Frau Franzen dabei den 2. LEB-Vorsitzenden Thomas Waskow aus der Versammlung. Ebenso wie Innenminister Klaus Schlie, der gleichzeitig der örtliche Wahlkreisabgeordnete ist, wollte auch Frau Franzen den Landeselternbeirat nicht dabei haben. Dabei hatte der Schulelternbeirat den Landeselternbeirat um Teilnahme und Unterstützung in dieser schwierigen Situation gebeten.

„Wir fragen uns, ob das nun der neue Umgang der CDU mit den Elternvertretern ist? Insbesondere fragen wir uns das, da Frau Franzen - wie sie immer wieder betont – selbst einmal LEB-Vorsitzende war. Oder hat die CDU Angst, sich den kritischen Fragen des Landeselternbeirat vor Ort zu stellen?“ fragt sich Thomas Waskow.



Alle anderen Parteien hätten jedenfalls keine Probleme mit der Anwesenheit des Landeselternbeirats gehabt.

Der 1. Vorsitzende des Landeselternbeirats Henning Nawotki zeigt sich empört über den Vorgang. „Wir sind ständig um eine gute Kommunikation und ein konstruktives Verhältnis zur Politik bemüht. Unlängst hat die CDU-Landtagsfraktion in einem Gespräch, an dem der Fraktionsvorsitzende Dr. Christian von Boetticher und Frau Franzen teilgenommen haben, erklärt, dass der CDU ein gutes Verhältnis zu den Elternvertretern wichtig sei.

Wenn aber nun eine Landtagsabgeordnete den Landeselternbeirat aus einem Gespräch in einem Landesförderzentrum wirft, dann spricht das eine ganz andere Sprache. Dazu haben wir die CDU-Fraktion schriftlich um Erklärung gebeten. Frau Franzen als Abgeordnete für den Wahlkreis „Schleswig-Nord“ sollte sie auch die Frage beantworten, ob sie die Gespräche wirklich ergebnisoffen führen wollte. Denn schließlich soll das Förderzentrum nicht irgendwo hin gehen sondern genau nach Schleswig umziehen.“

Der Landeselternbeirat der Grundschulen und Förderzentren ist die gesetzliche Vertretung aller Eltern, die Kinder an Grundschulen und Förderzentren haben. Er vertritt die Interessen der Eltern von 140.000 Schülern (43% aller Schüler) an 585 Schulen (65% aller Schulen) in Schleswig-Holstein.

Ulf Daude

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 19:03 Uhr - 12345 Clicks - Nr. 416

Birte Pauls in den Landesvorstand gewählt

Auf dem erfolgreichen Landesparteitag am Wochenende 09./10. April 2011 wurde Birte Pauls mit einem sehr guten Wahlergebnis im ersten Wahlgang in den SPD-Landesvorstand gewählt. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Birte Pauls und wünscht ihr als auch dem gesamten Landesvorstand viel Erfolg für die nächsten Jahre.

Torsten Albig erläuterte den Delegierten seine Unterstützung für Ralf Stegner, der mit einem eindeutigen Ergebnis als Landesvorsitzender gewählt wurde. Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert Ralf Stegner und freut sich auf einen engagierten Wahlkampf für Torsten Albig als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl am 6. Mai 2012.

Am Sonnabend des Landesparteitages skandierte ein kleines Häuflein Nazis vor dem Messegelände, worauf die 215 Delegierten geschlossen den Landesparteitag unterbrachen und sich lautstark gegen diesen Aufmarsch der ewig Gestrigen stellten, die keine Möglichkeit zum Skandieren ihrer menschenverachtenden Parolen hatten.

In einer Resolution beschloss der Landesparteitag die Resolution „Atomkraft ausschalten – Energiewende vorantreiben“.

Einen großen Raum - und von engagierten Wortbeiträgen begleitet - nahm in der Antragsberatung

die Diskussion zur Fehmarn-Belt-Querung ein. Der Leitantrag wurde mit knapper Mehrheit verabschiedet. Der Ergänzungsantrag des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg wurde angenommen. Hier der Wortlaut:

„Die bestehenden sowie geplanten grenzübergreifende Projekte aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur usw. werden in der Region Sønderjylland/Schleswig ungeachtet der Planung und des Baus der festen Fehmarnbeltquerung fort- und umgesetzt und weiterentwickelt. Eine Prioritätensetzung in Richtung Fehmarnbeltregion lehnen wir ab.“

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 19:21 Uhr - 3832 Clicks - Nr. 417

Vorschläge der SPD Reinbek für den Ortsteil Schönningstedt

Die SPD Reinbek stellt ihre Vorschläge für die Neugestaltung des Ortsteils Schönningstedt auf ihrer Internetseite vor.

Neben der Verschwenkung der L222 aus der Ortsmitte und der damit verbundenen Beruhigung der Wohnbebauung ist die Erhaltung des dörflichen Charakters dieses Ortsteils zentrales Ziel dieser Vorschläge.

Die einzelnen Punkte des Konzepts und eine detaillierte Skizze finden Sie unter dem Menüpunkt [Ortsverein aktuell](#)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 12.04.2011, 19:38 Uhr - 5825 Clicks - Nr. 418

Olaf Schulze: Wieder neue Wasserstandsmeldungen zum CCS-Gesetz

Zur Berichterstattung über eine Einigung zum CCS-Gesetzentwurf und die Aufnahme einer Länderklausel sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Wenn das CCS-Gesetz im Bundeskabinett nun tatsächlich eine klare Länderklausel enthält, die die CO₂-Speicherung in Schleswig-Holstein ausschließt, wäre das ein guter Zwischenschritt.

Dass allerdings fachliche Kriterien, die uns noch nicht bekannt sind, dafür erforderlich sein sollen, lässt mich zweifeln, ob wirklich eine klare Ausschlussklausel für Schleswig-Holstein möglich ist. Außerdem muss das Gesetz noch durch die Lesungen im Bundestag.

Solange nicht alle Details des Gesetzentwurfs bekannt sind, besteht kein Anlass zum Jubeln über ständig neue Wasserstandsmeldungen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 14:24 Uhr - 1663 Clicks - Nr. 419

Minarettbau in Gaarden: Einvernehmliche Lösung ist das Ziel

Im Vorfeld der heutigen (13.04.2011) Sitzung des Ortsbeirates Gaarden, der sich u. a. mit der Errichtung von Minaretten beschäftigt, erklären die beiden direkt gewählten Gaardener Ratsherren Michael Schmalz und Wolfgang Schulz, beide SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Sharif Rahim, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW:

„Wir unterstützen die Aktivitäten der Kieler Stadtverwaltung, die Anträge auf Errichtung von Minaretten sachlich und unaufgeregt nach dem Baurecht zu prüfen.“

Gleichzeitig freuen wir uns über die Bereitschaft der Moscheevereine, sich Zeit zu nehmen und zunächst in einen Dialog mit der Stadtverwaltung und den Gaardener Bürgerinnen und Bürgern einzutreten. Mit einer Bürgerbeteiligung können gemeinsam den baulichen Gegebenheiten und den örtlichen Verhältnissen angepasste Lösungen erarbeitet werden. Muster für die Durchführung einer solchen Bürgerbeteiligung mit professionellen Moderatoren kann das erprobte Verfahren zur Gartenstadt Elmschenhagen sein.

Wir treten für einen verträglichen und maßvollen Umgang mit Bauvorhaben von Minaretten an den bereits vorhandenen Moscheen ein. Wir sind stolz darauf, in einem Land zu leben, in dem eine grundgesetzlich garantierte Religionsfreiheit herrscht. Gerade deshalb müssen aber auch möglichst einvernehmliche und verträgliche Lösungen für die Höhe der Minarette und insbesondere die Häufigkeit und Lautstärke der Gebetsrufe gefunden werden.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 15:49 Uhr - 6182 Clicks - Nr. 420

Ak Bildung - Klausur in Lübeck

Zu einer zweitägigen Klausur traf sich der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion in Lübeck. Schwerpunktmäßig befassten sich die Sozialdemokraten mit der Musikhochschule und dem Lübecker Bildungsfonds. Auch dem Theater stattete man einen Besuch ab. Auf der Tagesordnung von Henning Höppner, Martin Habersaat, Detlef Buder, Hans Müller und dem Fraktionsreferenten Michael Schmidt-Neke standen Hospitationen, Informationsgespräche und Diskussionen.



Hans Müller, Landtagsabgeordneter aus Lübeck, hatte das Programm zusammengestellt, das eine Vorführung balinesischer Musik für Sechstklässler, Gespräche mit dem Präsidium und Professoren der Musikhochschule, einen Konzertbesuch der und einen Gedankenaustausch mit Christian Schwandt, dem leitenden Direktor des Theaters Lübeck ebenso beinhaltete wie einen Besuch der Schule Roter Hahn und Gespräche mit Lübecker Bildungspolitikern.

„Der Dialog mit den Menschen vor Ort ist wichtig, um nicht in Kiel nur über Theorie zu diskutieren“, betonten die Mitglieder des Arbeitskreises. Natürlich ging es bei allen Gesprächen auch um die schwierige finanzielle Lage des Landes. „Aber das darf nicht der einzige Gedanke sein“, befand Hans Müller, der kulturpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Kreativität und freies Denken, Bildung, Kunst und Kultur, hielten die Gesellschaft zusammen. Das sei ein Wert, der sich nicht im Haushalt des nächsten Jahres ablesen ließe, wohl aber auf lange Sicht erkennbar sei.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 16:06 Uhr - 6108 Clicks - Nr. 421

Willi Piecyk Preis

Von 1992 bis zu seinem Tod 2008 setzte sich Willi Piecyk als Europaabgeordneter für eine soziale und europäische Europapolitik ein. Vor allem junge Menschen für ein gemeinsames Europa zu begeistern, war ihm ein besonderes Anliegen. Um sein politisches Wirken zu würdigen, wird die SPD Schleswig-Holstein in diesem Jahr erstmals den Willi Piecyk Preis vergeben, der künftig alle zwei Jahre verliehen werden soll.



Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Gerade wir als Stormarner freuen uns, dass mit diesem Preis dem Reinfelder Willi Piecyk ein Denkmal gesetzt wird. Willi Piecyk ist eine der großen Persönlichkeiten aus der Geschichte der Stormarner Sozialdemokratie, aber auch des Kreises Stormarn.“ Willi Piecyk (1948-2008) war von 1980 bis 1982 Bundesvorsitzender der Jusos sowie von 1991 bis 1999 Landesvorsitzender der SPD in Schleswig-Holstein. Von 1984 bis 1986 war er Vorsitzender der SPD-Stormarn.

Mit dem Preis sollen jeweils unterschiedliche Themenfelder der Europapolitik in den Mittelpunkt gestellt werden. 2011 richtet sich die Ausschreibung an Jugendliche, Jugendvereine und -organisationen, die in Schleswig-Holstein mit Projekten in der Schule oder außerhalb dazu beigetragen haben, die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens mit Leben zu füllen. Das Preisgeld beträgt bis zu 1000 Euro, über die Preisverleihung entscheidet eine unabhängige Jury.

Bewerbungen können bis zum 15. Juni 2011 eingereicht werden, per Mail an nina.thielscher@spd.de oder per Post an den SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Nina Thielscher, Kleiner Kuhberg 28-30, 24103 Kiel. Enthalten sein sollen eine Projektbeschreibung, ein Erläuterung des Beitrags für das europäische Zusammenwirken, ggf. Zeitungs- oder Internetartikel und Fotos sowie eine Liste der beteiligten Personen. Außerdem sollte ein

Ansprechpartner mit allen Kontaktdaten benannt werden.

Foto: Willi Piecyk bei einem Sommerfest der SPD Stormarn

V.l.: Konrad Nabel, Willi Piecyk, Eckart Kuhlwein, Franz Thönnies, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 16:46 Uhr - 5319 Clicks - Nr. 422

AfA-Regionalkonferenz in Bremen

AfA Regionalkonferenz am 09.04.2011 in Bremen

Parallel zum Landesparteitag in Husum fand in Bremen die AfA-Regionalkonferenz statt, an der vier Genossinnen und Genossen aus Schleswig-Holstein teilnahmen.

(Foto, v.l.n.r.: Kirsten Rölke, Sebastian Henkel, Stefan Rehder und Gunnar Reichwaldt)



Nach der Begrüßung durch Wolfgang Jägers, den AfA Landesvorsitzenden in Bremen, nutzte der SPD-

Landesvorsitzende Andreas Bovenschulte sein Grußwort um, besonders die Bremer Teilnehmer, auf die kommenden Wahlen (in Bremen wird am 22. Mai eine neue Bürgerschaft gewählt) einzustimmen. Dabei ermahnte er seine Partei, sich nicht nur auf die aktuelle Debatte um die Kernenergie verengen zu lassen. „Neben den Gefahren der Kernspaltung, müssen wir besonders vor den Gefahren der sozialen Spaltung warnen“.

Letztere, stellte Bovenschulte fest, mobilisiert leider keine Massen auf den Straßen, sondern entsolidarisiert lediglich die Gesellschaft.

Es folgte ein Vortrag über die Verkehrsinfrastruktur im Norden von Uwe Beckmeyer, MdB, dem Verkehrspolitischen Sprecher der SPD Bundestagsfraktion.

Gleich zu Beginn erklärte er, dass wir hinsichtlich der Maritimen Konferenz „einfach schlecht regiert werden“. Der Koordinator der Bundesregierung fungiere allenfalls als Moderator. Eine Orientierung auf Markt- und Industriepolitische Anforderungen fehle hingegen vollends.

Ein ähnlich verheerendes Zeugnis stellte er der Bundesregierung auch im Hinblick auf das Straßennetz aus. Mittlerweile müssen Schwertransporte „im zick-zack Kurs durch die Republik fahren“, weil die Brücken so marode seien, dass sie die Last nicht mehr tragen könnten. Dabei ist Deutschland auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Beckmeyer bekräftigte nämlich, dass wir weiterhin konventionelle Industrien brauchen, und dafür entsprechende Verkehrswege bereitstellen müssten. Er verschwieg nicht, dass dies „Geld kosten werde“ und stieß zur deshalb zur Diskussion darüber an, wie eine künftige „integrierte Verkehrspolitik“ zu finanzieren sei. Und zwar indem stärker der „Nutznießer“ in den Fokus genommen wird. Bedenken äußerte der Verkehrsexperte dagegen an sogenannten Public Privat Partnership (PPP) Projekten, da diese

bestenfalls schneller, aber in der Regel teurer seien.

Nach einer Aussprache folgte der Vortrag von Dr. Carsten Sieling, MdB und Mitglied des Finanzausschusses des SPD Bundestagsfraktion, zum Thema „Verteilungsgerechtigkeit aus Sicht der Finanzpolitik“. Dies sei kein Widerspruch, machte Dr. Sieling gleich zu Beginn klar. Dabei hielt er ein Plädoyer für einen starken Staat, der dem Bürger eine Betreuungslandschaft anbietet und die Menschen „versichert“, satt ihnen nur direkte Transferleistungen überweist. Ein unverzichtbares Instrument dafür ist die Bürgerversicherung, so Sieling. Es gebe allerdings durchaus ein Spannungsfeld, auch innerhalb der SPD, wie man den Gegensatz von (Steuer) Entlastung und Haushaltskonsolidierung mit dem gleichzeitigen Ausbau einer (sozialen) Infrastruktur in Einklang bringen kann. Der Finanzexperte präsentierte in diesem Zusammenhang konkrete Zahlen:

Die auf dem letzten Bundesparteitag beschlossene Erhöhung der des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49% (ab einem Einkommen von 100.000€/p.a bei Alleinstehenden und 200.000€/p.a. bei Verheirateten) wurde etwa 7 Mrd. € Mehreinnahme bedeuten, von denen 42% den Ländern und immerhin 15% den Kommunen zu Gute kommen würden.

Weiter rechnete er vor, dass

eine (wieder eingeführte) Vermögenssteuer 4 bis 5 Mrd. € ,

eine synchronisierte* Abgeltungssteuer 2 Mrd. € ,

eine einzuführende Finanztransaktionssteuer, bei einem Prozentsatz von lediglich 0,01 bis 0,05%, satte 12 bis 30 Mrd. €

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 18:10 Uhr - 7326 Clicks - Nr. 423

Demenz

Impulsreferat von Eckart Drews, Pastor, Sozialpädagoge und Geschäftsführer der tohus gGmbH, auf dem Kreisparteitag der SPD Stormarn in Glinde

Sehr geehrter Herr Habersaat, liebe Margot Sinning, meine Damen und Herren,
Demenz als gesellschaftliche Herausforderung – dieses Thema haben Sie mir gestellt – und ich bekenne vorab: Zuviel der Ehre und zuviel des Themas. Wenn Sie die Begriffe „Demenz und gesellschaftliche Herausforderung“ in dieser Kombination googeln,



erreichen Sie ca. 40.000 Einträge – alles, was zu diesem Thema zu sagen ist hat irgendwer schon anderorts mit größerer Berufung gesagt oder geschrieben

Ich müsste mich hier also durchzitiern, Sie langweilen oder Ihnen den Guttenberg geben. Darum erlauben Sie mir zunächst, das Thema abzuspecken und Sie zu Beginn mit den wichtigsten Zahlen und Definitionen zu quälen – schließlich müssen wir wissen worüber wir reden ehe wir über Demenz in die Debatte gehen. Und wundern Sie Sich bitte nicht, wenn dies Impulsreferat teilweise zu einer Polemik gerät – ohne Zuspitzung wird die Debatte weiterschlafen und der Skandal auf den Schultern der Betroffenen und der Pflegenden belassen.

Ziel dieses Referates kann und soll nur sein, Sie für die Relevanz von Demenzen als das Gegenwartsthema von Sozialpolitik zu sensibilisieren, für die Betroffenen und deren Angehörige und Zugehörige zu werben und Ihnen an einem kleinen, verständlichen Beispiel zu erläutern, dass man verbessern, dass man politisch gestalten kann – wenn man denn will und sich für die betroffenen Menschen begeistern lässt.

Jede und jeder von uns hat mit Demenz schon eigene Erfahrungen gemacht – sei es in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis, in der Nachbarschaft, ja auch in der Partei. Und wenn ich mir den Altersschnitt in diesem Raum betrachte, dann gehören viele von uns schon heute und alle von uns in Zukunft zur Zielgruppe der mit Wahrscheinlichkeit Betroffenen. Womit wir bei der ersten Aussage wären: Ausnahmen und Spezialerkrankungen einmal großzügig weggelassen sind die Demenzen eine Erscheinung des höheren Lebensalters – sagen wir einmal der Altersgruppe 60+. In Deutschland geht man derzeit von ca. 1.1 Mio Demenzerkrankten aus, runtergebrochen auf die Metropolregion Hamburg bedeutet das ca. 35-40.000 Betroffene. Bis zum Jahr 2050 wird sich die Zahl nach heutigem Stand der Kenntnis und keinem grundlegenden Wandel in den Möglichkeiten von Prävention und Therapie verzweieinhalbfachen – oder in Zahlen gesprochen 2.5 Mio. Betroffene in Deutschland, ca. 100.000 davon in Hamburg und Umgebung. Oder gern noch etwas plastischer: Auch von uns hier im Raume Versammelten wird jede zweite Frau und jeder dritte Mann eine Demenz entwickeln. Und falls Sie mir nicht glauben eine frische Studie: Unter den Personen, die im Jahr 2009 Mitglied der BARMER GEK Krankenkasse, älter als 60 Jahre waren und verstarben, waren 47 Prozent der Frauen und 29 Prozent der Männer demenzkrank Wenn ich dann noch bedenke, dass schon heute jede zweite Frau über 75 in einem 1-Personen-Haushalt lebt, also kein direkter Angehöriger oder Zugehöriger betreuen kann, wird deutlich, dass Demenzen gegenwärtig und zukünftig die Hauptursache für vollstationäre Einweisungen in Alten- und Pflegeheime sind. Glückliche, wer Pflégewillige in seinem sozialen Umfeld hat – ansonsten ab ins Heim. Wobei es immer mehr Träger von Initiativen oder gemeinnützige Einrichtungen gibt, die versuchen, therapeutische Wohngemeinschaften oder Mehrfachhäuser für demente Menschen einzurichten und zu betreiben. Aus eigener Erfahrung berichtet: Versuchen Sie das mal: Würdige, ressourcenorientierte Betreuung in kleinen Gruppen. Eine Betreuungsperson für 6 Betroffene – und das rund um die Uhr. Wie sollen die Sozialsysteme das bezahlen wird stante pede geengefragt. Und damit sind wir bei der zynischen Diskussion was würdiges, selbstbestimmtes Leben kosten darf. Die Würde des Menschen ist unantastbar – für Demente allerdings mit Finanzierungsvorbehalt.

Bleiben wir noch einen Moment auf der zynischen Seite der Debatte – Sprach ich eben von selbstbestimmten Leben für Menschen mit Demenz? Hab ich die Definition, hab ich den Wortlaut nicht begriffen? Der Begriff Demenz kommt vom lateinischen Dementia und bedeutet „ohne Geist“

bzw. ohne Verstand und beschreibt ein abnehmendes Leistungsvermögen in geistigen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Ohne Geist und Verstand - Also eher nix mit Selbstbestimmung, schließlich hat der Demenzbetroffene doch schon im nächsten Moment wieder vergessen, was er oder sie eben noch wollte.

Demenz als gesellschaftliche Herausforderung? Mit Verlaub, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, dies ist der falsche Ansatz und somit die falsche Debatte. Wie falsch merken wir spätestens dann, wenn wir die Gesellschaft, wenn wir die Welt einmal versuchen durch die Augen einer Betroffenen zu sehen. Dann nämlich würden wir erleben und erfahren, dass die Welt und damit die Gesellschaft immer kleiner wird – Zukünftiges gerät nicht mehr ins Blickfeld, die nahe Vergangenheit ist vergessen und damit nicht mehr greifbar, was bleibt sind verblassende Erinnerungen und entschwindende Beziehungen – das komplexe System namens Weltwahrnehmung verengt sich auf die unmittelbare Begegnung und das unmittelbare Erleben im Hier und Jetzt. Nur die unbedingte Gegenwart, nur dieser Moment zählt.

Nur die unbedingte Gegenwart zählt – das ist der Generalangriff auf unsere gewohnte Lebensführung, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Und ich zitiere und paraphasiere im folgenden Manfred Lütz aus seinem lesenswerten Buch *Irre, wir behandeln die Falschen*. Unser Problem sind die Normalen. Er schreibt: „Während die Normalen mit dichtgedrängtem Terminkalender durch ihr unwiederholbares Leben hetzen und die Gegenwart vergessen, weil sie in dem Wahn leben, das Leben bestehe nur aus einer abgearbeiteten Vergangenheit und einer noch zu gestaltenden Zukunft, so erinnern Demente, die die Vergangenheit vergessen haben und die nicht in die Zukunft planen uns alle daran, dass das Leben ausschließlich in der Gegenwart geschieht.“

Es stimmt, Gespräche mit dementen Menschen sind mitunter müßig, das heißt, es kommt nichts dabei heraus. Aber muss aus allem im Leben etwas herauskommen? Sinnvolle Gespräche, die nicht irgendwelche kurzfristigen Ziele verfolgen, dazu sind Normale, für die Zeit Geld ist, kaum noch in der Lage. Dabei ist gegenwärtig gelebte Lebenszeit eigentlich unbezahlbar weil sie unwiederholbar und damit unwiederbringlich ist. An diese kostbare Einsicht können die Dementen die Normalen erinnern.“

So, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, lassen Sie mich im zweiten Teil dieses Vortrags doch noch einmal praktisch werden – ich habe lange Zeit in einem psychiatrischen Krankenhaus gearbeitet. Und ich erinnere eine Situation, die mir bis heute zu denken und zu lernen gibt: Der hochbetagte Mann steht an der Ausgangstür der geschlossenen Station und schreit laut um Hilfe. Lassen Sie mich raus. Ich habe Angst. Was wolln die alle von mir. Ich will nach Hause. Und je mehr das Personal ihn beruhigen will, je aufgewühlter und je lauter wird er. Er tritt gegen die Tür und will der Bedrohlichkeit der Situation entfliehen. Er weiß nicht wo er ist, er weiß nicht, wer er ist, er weiß aber, dass hier ganz sicher alles irgendwie nicht stimmt. Und er hat Angst, nein, er ist die pure Angst. In dem Moment kommt die Stationsärztin dazu, Sie wissen schon, weißer Kittel und Rollenautorität, geht strahlend lächelnd auf den alten Herren zu, reicht ihm die Hand mit den Worten: Wie schön Sie zu sehen, Herr P. – und Herr P. sieht die ausgesteckte Hand, ergreift sie und lässt sich von der Stationsärztin in ein Gespräch verwickeln und von der Tür wegführen. Situation gerettet und alle Beteiligten entaktualisiert. Liebe Leute, es hilft schon ein Vorhang vor der Tür – oder eine geschickte Lichtführung, es reicht sogar ein unterschiedlich gestalteter Bodenbelag und das Gefühl, eingesperrt zu sein bleibt aus. Man muss er nur wissen und man muss es nur wollen.

Guten Tag, Herr P. und die Hand ausstrecken.

Und damit bin ich bei meinem praktischen Thema: Der Mensch mit Demenz im Krankenhaus. Zunächst die Vorgeschichte – zu neudeutsch: Die Bedarfserhebung. Bleiben wir bei Herrn P. Er ist seit einigen Tagen missgestimmt. Er greint häufig, ist unruhig, zeigt Rückzugstendenzen. Wahrscheinlich hat er Schmerzen, doch er kann nicht artikulieren, wo und welcher Art diese Schmerzen sind. Erst nach geraumer Zeit wird beim Toilettengang entdeckt, Herr P. hat Blut im Urin. Eigentlich ein harmloser, gut behandelbarer Harnwegsinfekt. Eigentlich, denn Herr P. ist dement und die Erkrankung wird erst viel zu spät erkannt. Folge ist die sofortige Klinikeinweisung. Aufgrund von Demenz ergibt sich eine vielfach erhöhte Klinikbehandlungsbedürftigkeit. Auch das ist eigentlich noch kein Problem – solange wir uns nicht daran erinnern, wie wir uns als Krankenhauspatienten fühlen. Es wird mit uns gemacht, wir werden von Untersuchung zu Anwendung zu Therapie gefahren, alle Beteiligten sind Fremde für uns – aber wir wissen um die Situation: Hier werden Sie geholfen. Also sich zurücknehmen, die eigene Ansprüchlichkeit für einige Tage hintan stellen und sich mit der Situation arrangieren. Mit welcher Situation? fragt der Demente. Wo bin ich hier? Was wird mit mir gemacht? Wo sind meine Kinder und ich muss doch zur Schule.

Und andererseits das System Krankenhaus. Hochleistungsmedizin, Behandlungspfade, Krankheitseinsicht der Betroffenen. Und dazwischen ein Patient mit einer Demenz. Mit Laufunruhe, verschobenem Tag-Nacht-Rhythmus und Inkontinenz. Er hat zum wiederholten Male sein Geschäft verrichtet – wo die Toilette ist, das weiß er doch nicht, und warum schimpft die fremde Frau so mit ihm? Natürlich hat er sich die Hose ausgezogen, schließlich macht man nicht in die Hose, das wenigstens weiß er noch. Was regt diese Fremde sich so auf? Er macht doch wohl nicht in seine Hose, das meint sie doch nicht ernst. Dass es nicht die Hose sondern die Windel für Erwachsene war, woher soll er das wissen?

Sie merken, Krankenhausbetrieb und Demenz – das beißt sich. Eine totale Überforderung für alle Seiten. Es sei denn, das Krankenhaus stellt sich ein auf die besonderen Bedürfnisse und Bedarfe von Menschen mit Demenzen. Räumlich, fachlich, mit speziell geschultem Personal und mit direktem Draht zu den pflegenden, zu den betreuenden Systemen. Angefangen von der Möglichkeit des sog. Rooming-Ins – der betreuende Angehörige kann mit aufgenommen werden und dolmetschen - über Mitnahme von vertrauten Gegenständen – der Hund oder die Katze von zuhause wirken Wunder und seien wir uns sicher: Die wirklich gefährlichen Keime produziert der Medizinbetrieb selber.

Dazu kommen die Profis, die ihr Metier beherrschen. Sie sind ein weiterer Bestandteil. Mit Dementen reden bedarf des Erlernens einer neuen Sprache. Demente verstehen ebenso. Entschleunigen heißt hier das Zauberwort. Langsam und deutlich sprechen. Blick- und Körperkontakt. Keine Frage mit warum stellen. Die Worte des Patienten wiederholen, nicht widersprechen, einfache kurze Sätze. Keine komplexen Handlungen. Wenn Sie die Mahlzeit vor die Patientin stellen, dann glauben Sie nicht daran, dass sie auch essen wird. Auch ihr Gesichtsfeld ist eingeschränkt. Sie sieht den Teller nicht. Erst wenn sie in den Kontakt gehen, die Hand zum Glas führen, den taktilen Reiz begeben und Trinken sagen oder vormachen, erst dann versteht sie und nimmt einen Schluck. Und dann bitte nicht meinen, nun hätte sie es begriffen. All das wiederholt

sich bis das Glas getrunken, bis die Mahlzeit gegessen ist.

Im Evangelischen Krankenhaus Alsterdorf gibt es seit wenigen Wochen die internistische Station DAVID, eine Spezialstation für Menschen mit Demenzen. Speziell auf deren Bedarfe und Bedürfnisse ausgerichtet. Angehörige, Zugehörige sind willkommen weil sie diejenigen sind, die noch am meisten von dem verstehen, was ihre Lieben brauchen. Zusammenarbeit mit den ambulanten und stationären Versorgern ist erwünscht – weil man versteht, dass die eigentliche Versorgung und Betreuung in den sozialen Bezügen geschieht. Und dass das Krankenhaus allein dazu da ist, diese Bezüge zu stützen und deren Funktionieren zu fördern. Auch hier übrigens sei auf das Finanzierungsproblem hingewiesen – wir haben als Evangelische Stiftung eine Spende von mehreren 100.000€ eingeworben um den Bestand zunächst für 3 Jahre zu gewährleisten. Weil: Der besondere Bedarf von Dementen kommt im Medizinsystem nicht vor. Erhöhter Personalaufwand? Besondere Milieugestaltung? In den Kontakt gehen und Dabeibleiben? Darauf ist der Medizinbetrieb nicht eingerichtet. Und: Demente rechnen sich nicht in der Währung von Fallpauschalen und Minutentaktung.

Lassen Sie mich zum Ende dieses Vortrags auf meinen Erstberuf rekurrieren und erlauben Sie mir einen Anklang ans Neue Testament. Dort sagt Jesus den klugen Satz: Das Gesetz ist für den Menschen da – und nicht der Mensch für das Gesetz. Die Medizin ist für den Patienten da, und nicht der Patient fürs Krankenhaus. Das ist die gesellschaftliche Relevanz von Demenzen. Oder mit dem von mir sehr verehrten Manfred Lütz zu sprechen: Am Umgang mit ihren Dementen entscheidet sich die Menschlichkeit einer Gesellschaft. Recht hat er.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 18:25 Uhr - 18184 Clicks - Nr. 424

25 Jahre Tschernobyl - Busse zu den "Schlafenden Schimären"

SPD, LINKE und Grüne rufen zu Großdemonstration auf und werben für Busse nach Brunsbüttel.

Am 26.04.1986, vor 25 Jahren, ereignete sich in Europa das schwerste Reaktorunglück der Geschichte. Der Reaktorblock Vier des Kernkraftwerks Tschernobyl explodierte und verseuchte weite Teile der Umgebung sowie Luft und Wasser, weil der Mensch sich der Beherrschung dieser Technologie zu sicher war. Gelernt hat die Menschheit aus diesem Unglück kaum. 25 Jahre später musste es offensichtlich auf der anderen Seite der Erde erneut zu einem Unglück mit vergleichbarem Ausmaß kommen, um den politischen Entscheidungsträgern die Gefährlichkeit von Atomkraft deutlich zu machen.

Am 25.04.2011 fahren Atomkraftgegner anlässlich des 25. Jahrestages des Reaktorunglücks in Tschernobyl mit Bussen aus Schleswig-Holstein zu den beiden "Schlafenden Schimären", den zur Zeit abgeschalteten Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel. Der Kreis Segeberg ist

Partnerregion für die Kundgebung am AKW Brunsbüttel. Die SPD-Kreisverbände der Grünen, SPD und LINKEN rufen gemeinsam dazu auf, sich den Demonstrationen anzuschließen und mit den Bussen der Grünen aus dem Kreis Segeberg nach Brunsbüttel zu fahren.

Die Fahrt (Abfahrtsorte Bad Segeberg, Bad Bramstedt und Norderstedt) kostet hin- und zurück 12,- Euro.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 13.04.2011, 23:08 Uhr - 5671 Clicks - Nr. 425

Carstensen jubelt über CO2-Einspeisung unter der Nordsee!

Zum CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung und den Reaktionen der Landesregierung und der Regierungsfractionen darauf sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Noch ist der Jubel von gestern nicht verklungen, da liegt das CCS-Gesetz im Entwurf vollständig vor. Vielleicht hätten es Ministerpräsident Carstensen und der Jubelchor von CDU und FDP erst lesen sollen, bevor das gegenseitige Schulterklopfen losging.

Zwar enthält der Gesetzentwurf eine – allerdings an Vorbedingungen geknüpfte – „Länderklausel“ zum Ausschluss von CO2-Einspeisung auch in Schleswig-Holstein. Interessant ist aber der § 3 Abs. 4 unmittelbar vor der „Länderklausel“: „Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom ... auch im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels.“ Wenn man dann auch noch einen Blick in die Karte der potentiellen CO2-Lagerstätten wirft, ist die Nordsee fast flächendeckend vor unseren Küsten dafür geeignet – direkt anschließend oder sogar im Nationalpark Wattenmeer selbst. Toll!

Geschickt hat die Bundesregierung mit einem „Bonbon“ die Landesregierung ruhig gestellt und damit gehofft, diese würde dem CCS-Gesetz zustimmen und den Trick nicht bemerken. Mit der Zustimmung zum CCS-Gesetz wäre der Weg zur Einspeisung von CO2 unter der Nordsee frei. Ich bin gespannt, wie Herr Carstensen dies der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein erklären will, die das Land sicher nicht nur bis zum Nordseestrand von unterirdisch verpresstem Kohlendioxid freihalten will.

Manchmal ist abwarten und Gesetzestexte ganz lesen schlauer, als einen Absatz eines Paragraphen zu bejubeln."

Keine Kommentare

Olaf Schulze: Gute Vorschläge der Grünen zur Energiewende

Zu den heute der Öffentlichkeit vorgestellten Vorschlägen im „Grünen Stromplan für Schleswig-Holstein“ sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Die Vorschläge, wie ein Atomausstieg vollzogen und eine Wende hin zu ausschließlich erneuerbaren Energien im Strombereich gelingen kann, sind richtig und entsprechen in weiten Teilen unseren Konzepten.

Die Grundpfeiler Einsparung, Effizienz und erneuerbare Energien sollten neben dem Strombereich allerdings auch in die Bereiche Wärme und Mobilität übersetzt werden, um insgesamt die Energiewende in Deutschland zu erreichen. Viele Fragen, wie der beschleunigte Netzausbau und die Speicherung erneuerbarer Energien, sind richtig angesprochen und Lösungsansätze skizziert. Wir werden gerne in gemeinsamer Regierungsverantwortung mit den Grünen den Weg in die Energiewende ab dem nächsten Jahr gehen und gemeinsam konkrete Lösungen für unser Land erarbeiten."

Keine Kommentare

Sitzung der Gemeindevertretung am 11. April 2011

Kurze Kommentierung

1. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird als neu aufgenommen:

TOP 6: Versorgung der gemeindlichen Anlagen mit Öko-Strom

Alle weiteren Punkte werden um 1 verschoben

2. Einwohnerfragestunde

Eine Frage zum Thema Erhöhung der Hundesteuer;

Bgm. Peters verweist auf die Beratung unter TOP 9

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13. Dez. 2010

4. Bericht aus den Ausschüssen:

Cai Lamp berichtet von der Sitzung des Sozialausschusses am 21. März 2011:

Schwerpunkt der Beratung war die Herrichtung des Spielplatzes. Für die Arbeiten der freiwilligen Helfer wurden vereinbart: 06. Und 07. Mai, 13. Und 14. Mai 20. und 21. Mai sowie 27. und 28. Mai für die Restarbeiten. Die Einweihung soll an Himmelfahrtstag vor dem Beginn des SSG-Kinderfestes sein.

Gerald Gleue berichtet über die Sitzung des Hauptausschusses vom 30. März 2011:

Da alle Themen der heutigen GV dort vorherberaten wurden, wird hier auf eine gesonderte Darlegung verzichtet.

5. Jahresrechnung 2010

Die Jahresrechnung wird wie vom Hauptausschuss empfohlen einstimmig genehmigt. Der HH 2010 schließt mit einem Defizit von 5.805,45 € ab.

6. Versorgung mit Öko-Strom

Auf Anregung engagierter Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde beantragt die SPD, dass die Gemeinde zukünftig ausschließlich Strom von einem Anbieter bezieht, der garantiert keinen Atomstrom anbietet.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Näheres soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses beraten werden. Dann soll auch ein Vertreter von Strompool Probstei eingeladen werden.

7. Wegenutzung für Stromversorger

Einstimmig wird beschlossen, das Stromnetz in der Gemeinde zukünftig den Stadtwerken Kiel zu übertragen. Dafür erhält die Gemeinde Konzessionsabgaben.

8. Straßenentwässerungsvertrag

Der Vertrag regelt die Zusammenarbeit mit dem AZV Ostufer hinsichtlich der Straßenentwässerung. Der Vertrag schreibt die Dinge fest, die bisher nur auf der Basis von Einzelabsprachen beruhen. Der Beschluss ergeht einstimmig.

9. Haushalts-Konsolidierung – Steuererhöhung Steuer A, B, G und der Hundesteuer

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist sehr schlecht. Nach dem Defizit des Jahres 2010 wird nach den aktuellen Schätzungen der Haushalt auch die nächsten Jahre nicht auszugleichen sein. Für die Möglichkeit, vom Land Sonderbedarfsmittel für den HH-Ausgleich zu erhalten, schreibt die Landesregierung vor, die Grundsteuern sehr deutlich zu erhöhen:

Grundsteuer A: von 310% auf 350%

Grundsteuer B: von 310% auf 370%

Gewerbsteuer: von 330% auf 350%

Seitens der SPD wird dieses deutlich kritisiert. Sie schlägt statt dessen einige spürbare Kürzungsvorschläge vor, so z.B. 50% Kürzung der Aufwandentschädigungen für die Gemeindevertreter, oder die Förderung von Vereinen und Verbänden; der Einsatz des Gemeindearbeiters kann aus Sicht der SPD reduziert werden, auch vor dem Budget der Feuerwehr darf die Gemeinde nicht Halt machen. In der Summe können mit diesen Vorschlägen bis zu 8.000 € gespart werden.

Bevor den Bürgern in die Tasche gegriffen wird, muss die Gemeinde mit gutem Beispiel voran gehen und erst mal erhebliche Sparmaßnahmen ergreifen.

Ohne ausführliche Diskussion dieser Sparvorschläge im Einzelnen wurde mit den Stimmen der CDU und der Wählergemeinschaft die Steuererhöhung rückwirkend zum 01. Januar 2011 beschlossen. Damit wird die langjährige Praxis, die beiden Grundsteuern einheitlich zu erheben, aufgegeben. Die SPD sieht keinen Grund für diese Ungleichbehandlung.

Die Hundesteuer wird ebenfalls empfindlich erhöht, auf
70 € für den ersten Hund
90 € für den zweiten und
110 für den dritten Hund. Hier wurde den Empfehlungen der Landesregierung nicht gefolgt (100 € für den ersten, 120,€ für den zweiten und 1240 € für den dritten).
Dieser Beschluss erging einstimmig.

9.1 Antrag auf Fehlbedarf

Nach den Beschlüssen der Steuererhöhung soll ein Antrag auf Fehlbedarf gestellt werden. Der Beschluss ergeht einstimmig.

10. Hainbuche am Schulsteig

Trotz der gründlichen Beschneidung der Baumkrone droht die Familie Saufhaus mit Schadenersatzforderung für den Fall, dass die Garage und/oder die Garagenzufahrt durch den Baum beschädigt würde. Daraufhin beschließt die GV bei 2 Gegenstimmen der SPD, den Baum zu fällen.

11. Anschaffung und Ringtausch von Lungenautomaten für die Feuerwehr

Einstimmig wird beschlossen, die vom Kreis vorbereitete Anschaffung der Lungenautomaten auch für Lutterbek umzusetzen.

12. Sonstiges:

GV Jürgen Brockmann verliert einen Brief von Heino Josel.

In nichtöffentlicher Sitzung wird ein Bauantrag der Familie Lawrenz zur Kenntnis gegeben. Der Hauptausschuss hatte bereits das gemeindliche Einvernehmen hergestellt.

Keine Kommentare

[SPD-Kiebitzreihe](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 09:29 Uhr - 4682 Clicks - Nr. 428

25 Jahre Tschernobyl: Bus Südsteinburg-Brunsbüttel und zurück

Für Ostermontag, 25.04.2011, hat das Bündnis *ausgestrahlt* zur Großkundgebung am AKW Brunsbüttel aufgerufen. Daher haben die südlichen Ortsvereine des Kreises Steinburg einen Bus organisiert.

Die Abfahrtszeiten und -orte:

8:30 Uhr: Lägerdorf, Schule (Haltestelle Münsterdorfer Str.)

8:45 Uhr: Horst, Bahnhof

9:00 Uhr: Kiebitzreihe, EDEKA-Lender (Ringstraße)

9:25 Uhr: Herzhorn, Marktplatz

9:45 Uhr: Kollmar, Buswendeplatz

10:10 Uhr: Krempe, Bahnhof

Gemeinsam fahren wir zunächst zum Mahnmahl nach Wilster und anschließend zur Abschlusskundgebung nach Brunsbüttel. Die Rückfahrt wird gegen 17 Uhr sein.

Die Mitfahrt ist kostenlos, Spenden sind erwünscht.

Wer mitfahren möchte, muss sich bis zum 20.04. **unbedingt anmelden** bei:

Niels Jurgons

niels.jurgons[at]web.de

04121/508912

Bitte Namen, Zustiegsort und Handynummer angeben!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 10:34 Uhr - 19181 Clicks - Nr. 429

„Politisch falsch und ahnungslos“ Rossmann kritisiert CDU-Initiative

„Politisch falsch und ahnungslos“ Rossmann kritisiert CDU-Initiative zur Laufzeitenübertragung auf das AKW-Brokdorf

„Das ist nicht nur politisch falsch, sondern auch noch ahnungslos.“ So kommentiert der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann die jüngsten Einlassungen der CDU-Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier und Dr. Michael von Abercron in Sachen Übertragung von Reststromen der AKW Krümmel und Brunsbüttel auf den Reaktor in Brokdorf.



Die CDU-Politiker wollen dieses nach Zeitungsberichten vornehmen, ohne die Laufzeiten für Brokdorf dort zu verlängern. Rossmann: „Dies geht schon per Definition nicht, denn wer jetzt Laufzeiten von Krümmel und Brunsbüttel auf Brokdorf übertragen will, will doch gerade dafür sorgen, dass Brokdorf länger läuft. Sonst macht das Ganze doch schon vom simplen Einmal Eins her keinen Sinn.“

Der SPD-Abgeordnete weist darauf hin, dass nach dem rot-grünen Atomgesetz aus dem Jahr 2002 Brokdorf noch eine Restlaufzeit bis 2022 gehabt hätte, Krümmel bis 2021 und Brunsbüttel bis 2013. Rossmann: „Diese Restlaufzeiten sind durch Schwarz-Gelb im Jahr 2010 willkürlich für Brokdorf auf 2033, für Krümmel auf 2033 und für Brunsbüttel auf 2020 ausgedehnt worden. Wenn die Laufzeitverlängerung von CDU/FDP von über 15 Jahren für Brunsbüttel und Krümmel auf Brokdorf übertragen wird, wie es Frau Ostmeier und Herrn von Abercron offensichtlich wollen, liegt man bei Brokdorf mit den nötigen Abschaltphasen etc. glasklar bei 2060. Es ist mir unbegreiflich, dass Landtagsabgeordnete wie Frau Ostmeier und Herr von Abercron diesen Wirrwarr um ihre Forderungen nicht selbst erkennen.“

Für den SPD-Bundestagsabgeordneten und die SPD-Bundestagsfraktion ist deshalb auch klar, dass es für den neuen Nationalen Energiekonsens, zu dem sich jetzt alle Verantwortlichen Kräfte zusammen finden müssen, drei Kernforderungen gibt, die von CDU und FDP auch eingehalten werden müssen. Die erste Forderung ist hierbei, dass die Verlängerung der Laufzeiten, wie sie

willkürlich von Schwarz-Gelb im Jahr 2010 durchgedrückt worden ist, wieder zurück genommen wird. Rossmann: „Dies ist unverzichtbar!“. Eine weitere Forderung richtet sich darauf, dass die gegenwärtig abgeschalteten Reaktoren, zu denen auch Brunsbüttel und Krümmel gehören, nicht wieder ans Netz gehen dürfen. Die dritte Forderung richtet sich darauf, dass eine strenge Überprüfung der dann noch vorhandenen Reaktoren nach strengsten Sicherheitskriterien im Rahmen eines neuen technischen Regelwerks erfolgen müsse. Rossmann: „Hier darf es keine falschen Kompromisse geben.“

Zustimmung zu den gewandelten Positionen der CDU-Landtagsabgeordneten hat Rossmann dann wieder, wenn es um das Zieldatum für einen Gesamtausstieg aus der Atomenergie in Deutschland gibt. Rossmann: „Selbst Frau Ostmeier und Herr von Abercron schließen hier offensichtlich einen Zielhorizont zwischen 2015 bis 2020 nicht mehr aus. Wenn sich alle verantwortlichen Kräfte jetzt auf 2020 einigen können, wäre dies ein wirklich gewaltiger Schritt nach vorn. Ich bin unbedingt dafür, dass dieses mit einem Gesamtkonzept zur Förderung von Energieeinsparung und erneuerbaren Energien und nicht so risikobehafteten weiteren Kraftwerkskapazitäten umgesetzt wird.“ Umso mehr ist Rossmann allerdings irritiert darüber, dass die CDU-Landtagsabgeordneten bei den Laufzeitübertragungen „derart daherschwätzen“ können. Rossmann: „Ein bisschen mehr selber nachdenken und ein bisschen mehr Faktenkenntnisse muss man von verantwortlichen Politikern schon erwarten können. Sonst stellt sich die ganze vermeintliche neue Nachdenklichkeit der CDU nur als ein Beitrag mehr für ein grandioses Verwirrspiel heraus, das mit Recht misstrauisch macht.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 10:51 Uhr - 14628 Clicks - Nr. 430

Norderstedter Berufsschüler zu Gast bei Thönnnes in Berlin

Am 7. April 2011 war der 13. Jahrgang des Bereichs Technik der Beruflichen Schule des Kreises Segeberg aus Norderstedt zu Gast im Deutschen Bundestag. Nachdem sie die Plenardebatte eine Stunde live verfolgt hatten, trafen die Schülerinnen und Schüler noch zu einer Diskussion mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes zusammen.



Von der Gelegenheit einmal intensiv mit einem

Bundestagsabgeordneten zu debattieren machten die Jugendlichen regen Gebrauch und interessierten sich besonders für den Ausstieg aus der Atomenergie, die aktuelle Lage in Nordafrika und die Bildungspolitik. Besonders der Föderalismus-Wirrwarr im Bildungssystem wurde dabei kritisiert.

Die Zeit ging schnell vorbei und zum Abschluss stand bei schönstem Frühlingswetter noch der Besuch der Reichstagskuppel auf dem Programm. „Das Gespräch mit jungen Menschen über ihre Sichtweisen sowie über Politik und Demokratie ist mir in meiner Arbeit sehr wichtig. Deshalb freut es mich viele junge Menschen aus dem Wahlkreis in Berlin begrüßen zu können“, so der Segeberger Bundestagsabgeordnete nach dem Besuch der Klasse.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 19:29 Uhr - 40561 Clicks - Nr. 431

Carstensen jubelt über CO2-Einspeisung unter der Nordsee!

Zum CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung und den Reaktionen der Landesregierung und der Regierungsfractionen darauf sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



Noch ist der Jubel von gestern nicht verklungen, da liegt das CCS-Gesetz im Entwurf vollständig vor. Vielleicht hätten es Ministerpräsident Carstensen und der Jubelchor von CDU und FDP erst lesen sollen, bevor das gegenseitige Schulterklopfen losging.

Zwar enthält der Gesetzentwurf eine – allerdings an Vorbedingungen geknüpfte – „Länderklausel“ zum Ausschluss von CO2-Einspeisung auch in Schleswig-Holstein. Interessant ist aber der § 3 Abs. 4 unmittelbar vor der „Länderklausel“: „Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom ... auch im Bereich der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels.“ Wenn man dann auch noch einen Blick in die Karte der potentiellen CO2-Lagerstätten wirft, ist die Nordsee fast flächendeckend vor unseren Küsten dafür geeignet – direkt anschließend oder sogar im Nationalpark Wattenmeer selbst. Toll!

Geschickt hat die Bundesregierung mit einem „Bonbon“ die Landesregierung ruhig gestellt und damit gehofft, diese würde dem CCS-Gesetz zustimmen und den Trick nicht bemerken. Mit der Zustimmung zum CCS-Gesetz wäre der Weg zur Einspeisung von CO2 unter der Nordsee frei. Ich bin gespannt, wie Herr Carstensen dies der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Schleswig-Holstein erklären will, die das Land sicher nicht nur bis zum Nordseestrand von unterirdisch verpresstem Kohlendioxid freihalten will.

Manchmal ist abwarten und Gesetzestexte ganz lesen schlauer, als einen Absatz eines Paragraphen zu bejubeln.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 22:28 Uhr - 7411 Clicks - Nr. 432

SPD Stormarn - Fazit zum Husumer Landesparteitag

Mit 14 Delegierten hat die SPD Stormarn am Landesparteitag in Husum teilgenommen. Auf dem Landesparteitag wurde ein neuer Landesvorstand gewählt und die Positionierung der SPD zur festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) justiert. Torsten Albig, der Spitzenkandidat der SPD bei der nächsten Landtagswahl, stimmte die Partei auf einen Sieg am 6. Mai 2012 ein.

Delegationsleiterin war die stellvertretende Kreisvorsitzende Susanne Danhier aus Bargtheide. Sie bilanziert:



„Jetzt haben wir mit Torsten Albig einen überzeugenden Spitzenkandidaten und einen starken Landesvorstand mit Ralf Stegner an der Spitze. Jetzt sind wir personell gut aufgestellt und die Arbeit an einem überzeugenden Regierungsprogramm kann beginnen.

Ralf Stegner setzte sich als Landesvorsitzender mit 135 zu 77 Stimmen gegen seinen Gegenkandidaten Uwe Döring durch. Als Beisitzerin im Landesvorstand bestätigt wurde Gesa Tralau (Hamberge), die auch Schatzmeisterin des SPD-Kreisverbands Stormarn ist. Sie war im Landesvorstand für Familienpolitik zuständig, mit ihrem Namen verbunden ist der Familiensommer der SPD Schleswig-Holstein, sie hat das „Forum Familie“ reaktiviert und möchte hier auch künftig einen Schwerpunkt setzen. Nicht in den Landesvorstand gewählt wurde Eckart Kuhlwein (Ammersbek), der nach dem ersten Wahlgang seine Kandidatur zurückzog. Gesa Tralau und Eckart Kuhlwein bewarben sich außerdem erfolgreich als Delegierte für den Bundesparteitag. Dem Landesparteirat, dem höchsten beschlussfähigen Gremium zwischen den Landesparteitagen, gehören künftig für Stormarn Susanne Danhier und Reinhard Mendel, der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, an. Ihre Stellvertreter sind der stellvertretende Kreisvorsitzende Reinhard Niegengerd (Großhansdorf) und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sigrid Kuhlwein. Ein inhaltlicher Schwerpunkt des Parteitages war die Debatte um die FFBQ. Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD-Stormarn, freute sich, dass der Landesparteitag hier, wie der Kreisparteitag im Vorfeld, eine grundsätzlich zustimmende Position bezog. „Ja, aber...“ - so wurde die Position zusammengefasst, formulierten die Delegierten doch zahlreiche Ansprüche an die Hinterlandanbindung. Der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies warb erneut darum, den Bau der FFBQ für ein grenzüberschreitendes Ausbildungsprojekt zu nutzen.

Das war die Stormarner Delegation:

14 Delegierte: Walter Albrecht (Bad Oldesloe), Angela Batty (Grande), Delara Burkhardt (Siek), Susanne Danhier (Bargtheide), Jens-Peter Friese (Bad Oldesloe), Eckart Kuhlwein, Sigrid Kuhlwein (beide Ammersbek), Frank Lauterbach (Glinde), Bernd Marzi (Trittau), Reinhard Mendel (Tangstedt), Durmis Özen, Tobias von Pein (beide Lütjensee), Regine Schilde (Stapelfeld), Ute Welter-Agatz (Trittau).

Vier Delegierte mit beratender Stimme: Bärbel Bergner (Revisorin, Tangstedt), Martin Habersaat (Landtagsabgeordneter, Barsbüttel), Franz Thönnies (Bundestagsabgeordneter, Ammersbek), Gesa Tralau (LV-Beisitzerin, Hamberge).

Als Delegierter der AfA nahm außerdem Uwe Teut (Bad Oldesloe) am Parteitag teil.

Foto (v.r.): Walter Albrecht, Jens-Pieter Friese, Susanne Danhier, Regine Schilde, Frank Lauterbach, Eckart und Sigrid Kuhlwein, Bernd Marzi, Reinhard Mendel

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.04.2011, 23:03 Uhr - 5339 Clicks - Nr. 433

Peter Mertineit ist tot

Wir trauern um Peter Mertineit

Wir trauern um Peter Mertineit

Zum Tode von Peter Mertineit erklären SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner und der AfA-Vorsitzende Wolfgang Mädels:

„Mit großer Trauer haben wir vom Tod von Peter Mertineit erfahren. Er starb am 13. April 2011 78-jährig in Kiel nach langer Krankheit.

Peter Mertineit ist seit 1955 Mitglied unserer Partei und war viele Jahre bis 1996 Organisationssekretär der schleswig-holsteinischen SPD und Sekretär der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD Schleswig-Holstein. Für Björn Engholm und Heide Simonis organisierte er in den Landtagswahlkämpfen die Arbeitnehmer-Wählerinitiativen.

Peter Mertineit war ein Parteiarbeiter von echtem Schrot und Korn und ein Kieler Vollblut-Gewerkschafter. Mit seiner zupackenden und direkten Art war er eine Institution in der Partei. Mit Peter verlieren wir einen Freund, der durch und durch Sozialdemokrat war und diese Überzeugung vorlebte. Wir werden ihn in unserer Partei in lebhafter Erinnerung behalten.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.04.2011, 11:42 Uhr - 1620 Clicks - Nr. 434

StadtRegionalBahn steht für wirtschaftlichen Aufbruch

Zu der Entscheidung der Eckernförder Ratsversammlung zur StadtRegionalBahn erklären die verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):



„Das knappe Votum der Eckernförder Ratsversammlung gegen eine Beteiligung an der SRB-Planungsgesellschaft ist sehr bedauerlich. Bei der StadtRegionalBahn geht es um eine langfristig wirksame verkehrliche Infrastrukturmaßnahme, die das Potenzial hat, die gesamte Wirtschaftsregion aufzuwerten.

Die StadtRegionalBahn ist ein Projekt, bei dem wir in langen Zeiträumen denken müssen. Solange CDU und FDP in ihrer Dagegen-Haltung verharren, schaden sie der gesamten Region, auch wirtschaftlich.

Die Mehrheit der Kieler Ratsversammlung hält an der SRB fest, weil sie eine Riesenchance für einen wirtschaftlichen Aufbruch und für zukunftsfähige bezahlbare Mobilität der Menschen in der Region bedeutet.“

Kommentar von [Günther](#) vom 15.04.2011, 12:19 Uhr:

RE: StadtRegionalBahn steht für wirtschaftlichen Aufbruch

Dieses Festhalten der Kieler Ratsversammlung an der SRB kann ich nur begrüßen und wir als SPD sollten dieses Projekt weiter vorantreiben und letztendlich durchsetzen! Wäre ein Jammer, wenn es am Ende versenkt würde wie das maritime Science-Center.

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 15.04.2011, 13:31 Uhr - 5023 Clicks - Nr. 435

Für eine Stärkung des Parlaments

Zum Papier "Parlamentarismus im Wandel" des Präsidenten der Schleswig-Holsteinischen Landtages, Thorsten Geerds, erklären der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner und der parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber:

Herr Geerds wird in seinem Versuch das Parlament in Schleswig-Holstein zu stärken, von der SPD Landtagsfraktion ausdrücklich unterstützt. Insbesondere die Vorschläge zur Stärkung der Rechte des Parlamentes sind gute Ansatzpunkte, die nun zügig zu diskutieren sind. Spannend sind vor allem Weisungsrechte in Richtung Regierung und stärkere Kontrollrechte. Leider müssen wir im Moment noch öfter erleben, dass ein beschlossenes Gesetz mangels dazugehöriger Verordnung (z. B. das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz) nicht wirksam werden kann und so die Gesetzgebungskompetenz und der Wille des Parlamentes unterlaufen wird.

Auch den Ideen, die zu einer lebhafteren Debattenkultur im Parlament führen sollen stehen wir sehr aufgeschlossen gegenüber. Die Frage der Qualität und Zielgenauigkeit der Anträge und die Möglichkeit der Redekontingente wird in der SPD Landtagsfraktion schon länger diskutiert.

Es ist allerdings sinnvoll, dass in die Diskussion Fragen der direkten Demokratie mit einbezogen werden. Über diese und die anderen Punkte des Papiers wird die SPD Landtagsfraktion ausführlich diskutieren und sich konstruktiv in den Diskussions- und Veränderungsprozess einbringen.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.04.2011, 13:41 Uhr - 19509 Clicks - Nr. 436

Innenminister drückt ungerechte Bildungspolitik durch

Der Vorstand der Segeberger Kreis-SPD hat sich mit dem Kreiselternbeirat der Gymnasien zu einem Meinungsaustausch getroffen. Ein wichtiges Thema war die Kostenbeteiligung der Eltern bei der Schülerbeförderung.

Mit der Ankündigung des Innenministers Klaus Schlie, er wolle die Landkreise zwingen, die Eltern an den Fahrkosten für Schülerinnen und Schüler zu beteiligen, wird die unsoziale Schulpolitik der Landesregierung weiter zementiert. Zu diesem Ergebnis kommen SPD-Vorstand und Fraktion des Kreises Segeberg.

Die SPD des Kreises Segeberg wehrt sich gegen eine Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung. Diese Maßnahme passt nicht – nach SPD-Meinung - zu dem Bekenntnis von CDU und FDP, sich für die Bildung der Kinder und Jugendlichen einzusetzen, und zum anderen ist sie höchst unsozial. Diese Entscheidung trifft besonders die Eltern mit mehreren Kindern und die Erziehungsberechtigten mit geringem Einkommen. Die SPD-Kreistagsfraktion hatte die Umsetzung dieses Gesetzes versucht zu umgehen, indem sie nur einen symbolischen Betrag von 1 € einfordern wollte. Doch dieses wurde von CDU/FDP abgelehnt. Statt dessen müssen die Eltern und

Erziehungsberechtigten jetzt 30 Prozent der Schulbuskosten übernehmen.

Dies bedeutet für Eltern im Kreis Segeberg jährlich einen Eigenbeteiligungsbetrag von 108 bis 137 EURO für das erste Kind, ab dem zweiten Kind greift die Geschwisterermäßigung von 50 Prozent. Dieses Geld soll am Schuljahresanfang eingesammelt werden, gerade dann, wenn die Eltern schon jetzt erhöhte Kosten für Lernmaterial ihrer Kinder aufbringen müssen.

„Dieses Vorgehen steht im krassen Gegensatz zur Forderung nach Chancengleichheit in der Bildung; denn Bildung kann sich nun nicht mehr jeder leisten,“ stellt der SPD-Kreisverband Segeberg fest.

Kommentar von [Dirk Stock](#) vom 16.04.2011, 15:16 Uhr:

RE: Innenminister drückt ungerechte Bildungspolitik durch

Liebe Genossen(innen), machen wir den Eltern der Schüler dieses doch klar, dass die Schwarz-Gelbe Landesregierung es immer noch nicht Gut meint mit der arbeitenden Bevölkerung, sondern immer noch auch hier in Schleswig-Holstein Klientel-Politik betreibt. Zur nächsten Wahl sollten wir uns dementsprechend bekennen, wie wir Bildungspolitik verstehen.

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 16.04.2011, 22:09 Uhr - 6796 Clicks - Nr. 437

SPD-Kreistagsfraktion: Stark gewöhnungsbedürftig

„Die Vorwürfe der CDU sind stark gewöhnungsbedürftig, wenn man es freundlich formuliert. Deutlicher: Langsam übersteigt die CDU die Grenze des Zumutbaren. Ich empfehle wirklich einmal die Auseinandersetzung mit den Fakten.“, so reagiert SPD-Fraktionschef Gunar Schlage auf die Vorwürfe seitens der CDU in Sachen Schülerbeförderung.



Gunar Schlage: „Ich gehe davon aus, dass auch die CDU sich in ihrer Fraktion sehr umfangreich und gewissenhaft mit der landesweiten Aufstellung des Landkreistages über den aktuellen Status in Sachen Schülerbeförderung in Schleswig-Holstein auseinandergesetzt hat. Dann wird sie festgestellt haben, dass der Kreis Herzogtum Lauenburg nach aktuellem Stand der einzige Landkreis sein wird, der weder Sonderregelungen für bestimmte Personenkreise noch eine sozialverträgliche Geschwisterregelung vorsieht. CDU-Begründung: Das CDU-geführte Land hat dem Kreis bei der Schülerbeförderung 490.000 Euro jährlich gestrichen und diese Kosten müssen bei unserer desolaten Finanzlage kompensiert werden.“ Offenkundig sind wir also der einzige Landkreis in Schleswig-Holstein, der keine Diskussion über Sonder- bzw. Geschwisterregelungen führen kann! Andererseits stehen aber Millionenbeträge für eine CDU-Wahlkampf-Standortkampagne zur Verfügung. Dies wird die CDU den Wählerinnen und Wählern sicherlich erklären können.“

Schlage weiter: „Die CDU sagt, dieser Lauenburgische Weg ohne Sonderregelungen und ohne Geschwisterregelung ist keineswegs unsozial, weil bei niedrigen Einkommen das Teilhabepaket des Bundes die Bezahlung der Fahrkarten regelt.“

„Dies ist richtig“, so Schlage weiter, „für Arbeitslosengeld II-Bezieher bzw. Wohngeld-bezieher bestehen diese Ansprüche. Diese werden durch das Teilhabepaket erreicht. Aber: Dann sollen die Herren Brackmann und Sauerland der alleinerziehenden Mutter oder auch dem alleinverdienenden

Handwerker im Kreis mit drei Kindern, die mit ihrem Verdienst gerade über den Einkommensgrenzen liegen, erklären, dass 612 Euro im Jahr allein für die Tatsache, dass die Kinder zur Schule kommen können (17 Euro mtl. x 12 x 3) und eigentlich nur der freie Zugang zu Bildung geregelt werden soll, keine Belastung darstellen!. Soviel zum Thema Ignoranz. Wären die Auswirkungen für die Eltern und Kinder in unserem Kreis nicht so fatal, kann man die Reaktion der CDU-Kreistagspolitiker nur als peinlich und beschämend bezeichnen. Im übrigen warte ich schon ganz gespannt auf die Benennung von drei bis vier Beispielen seitens der CDU, wo wir als SPD „wie so oft“ die Wahrheit falsch wiedergegeben haben. Zumindest hier ist es entgegen der Behauptung des Herrn Sauerland ja definitiv nicht der Fall. Ansonsten wird sich jeder im Kreis seine Gedanken über solche christdemokratischen Verbalentgleisungen machen.“

Anlage:

[Aktueller Status in Schleswig-Holstein in Sachen Schülerbeförderung](#)

Quelle: Landkreistag Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 17.04.2011, 12:32 Uhr - 43079 Clicks - Nr. 438

Wildwuchs von Agrargasanlagen verhindern

In der Gemeinde Ammersbek wurde ein landesweit vorbildliches Konzept entwickelt, um planerische Vorgaben auch bei der Errichtung privilegierter Agrargasanlagen durchzusetzen. Im Rahmen einer Flächennutzungsplanänderung werden Tabuzonen, Suchräumen und Konzentrationsflächen festgelegt, um zu verhindern, dass wertvolle und empfindliche Naturschutzflächen, Wohngebiete und Erholungsräume beeinträchtigt werden.

[mehr ...](#)

Kommentar von [Jürgen Klein](#) vom 18.04.2011, 17:43 Uhr:

RE: Wildwuchs von Agrargasanlagen verhindern

Richtig so !! das ist der notwendige Anfang der Korrektur einer gut gemeinten, aber falsch ausgelegten Umwelt - Politik.

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 17.04.2011, 15:01 Uhr - 4308 Clicks - Nr. 439

Guter Beitrag zu einem barrierefreien Stadtteil

Bushaltestellen am Gatowweg im Umbau

„Die jetzt begonnene Erneuerung begrüßen wir sehr. Wir freuen uns, dass der Eigenbetrieb Beteiligungen der Landeshauptstadt Kiel entschieden hat, dass Russee in diesem Jahr zu den Stadtteilen gehört, in dem eine der vier bis fünf Haltestellen ist, die jährlich zusätzlich zu den größeren Straßenbaumaßnahmen



barrierefrei umgebaut wird.

Die Haltepunkte am Gatowweg sind der für die Bewohnerinnen und Bewohner im „Berliner Viertel“ der zentrale Zugang zum ÖPNV. Von dieser etwa 100.000 Euro-Investition werden alle profitieren, nicht nur Menschen mit Behinderungen:

Jeder, der mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, weiß, welche Erleichterungen barrierefreie Haltestellen bieten, wenn man beispielsweise mit Koffern oder Kinderwagen unterwegs ist. Somit leistet der Eigenbetrieb hier auch einen wichtigen Beitrag, den Busverkehr in Russee attraktiver zu machen und das im Verkehrsentwicklungsplan für den Stadtteil festgestellte Potenzial für den ÖPNV besser auszuschöpfen. Wir setzen uns dafür ein, die Haltepunkte durch einen weiteren Fahrgastunterstand zu komplettieren.

Nicht zuletzt der auch für diesen Wohnbereich prognostizierte demografische Wandel hin zu mehr älterer Bevölkerung macht die Baumaßnahme zu einem Schritt in die Zukunft. Sie ermöglicht für viele Menschen eine verbesserte Erreichbarkeit der Gewerbeflächen in der Spreeallee. Auch aus diesem Grund wünschen wir uns die möglichst schnelle Eröffnung eines neuen Lebensmittelmarktes in den Räumlichkeiten der ehemaligen sky-Filiale“, so der Russeer Ratsherr Michael Wagner und der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Russee-Hammer Frank Hornschu.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 18.04.2011, 09:43 Uhr - 13610 Clicks - Nr. 440

Schülerin aus dem Kreis Segeberg schaut in Berlin hinter die Kulissen

Thönnnes lud zum Girls´ Day 2011 ein:

Am Donnerstag, dem 14. April 2011, hat Lisa Pöpplau, Schülerin an der Willy-Brandt-Schule in Norderstedt, auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes einen Tag bei der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin verbracht. Anlass hierfür war der nun schon zum elften Mal bundesweit stattfindende Girls´ Day.

Insgesamt 60 Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik hatten dabei Gelegenheit den Politikbetrieb hautnah mitzerleben.



Am Girls´ Day öffnen Unternehmen und Organisationen in ganz Deutschland einen Tag lang ihre Türen, um jungen Frauen Einblick in spannende Berufsbereiche zu ermöglichen. Hintergrund ist, dass viele sich noch immer für die sogenannten „typischen Frauenberufe“ entscheiden. Damit nehmen sie nicht alle Chancen wahr, die ihnen das Berufsleben bietet. Die Aktion will Mädchen ermutigen, ihre Ausbildung und ihren Beruf aus einer breiteren Palette auszuwählen. „Es freut mich, dass meine Fraktion sich beteiligt, weil wir auch in der Politik und in der Politikberatung mehr Frauen brauchen“, erklärt der SPD-Politiker.

Nachdem die jungen Frauen bereits am Abend des 13. Aprils eine Führung durch das Reichstagsgebäude bekommen haben, erhielten sie durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr.

Frank-Walter Steinmeier und die Parlamentarische Geschäftsführerin Iris Gleicke, SPD-MdB, am Donnerstag einen Einblick in die Geschichte und den Arbeitsablauf des Deutschen Bundestages. Im Rahmen eines Planspiels, das den Teilnehmerinnen den Weg durch die Gesetzgebung wies, wurde daran anschließend praktiziert, wie man einen Gesetzentwurf einbringt, diesen verabschiedet und in Kraft setzt. Selbstverständlich durfte dabei, wie auch in der richtigen Politik, eine kontroverse Debatte über den besten Weg dorthin nicht fehlen. Auch mit SPD-MdB Franz Thönnies traf die Schülerin zusammen. Sie besuchte sein Büro und wurde in Gesprächen mit seinen Mitarbeitern und ihm über die dortige Arbeitsorganisation und die Tagesabläufe informiert. „Es war schon spannend einen Blick hinter die Kulissen werfen zu können. Und dass im Bundestag über die Präimplantationsdiagnostik debattiert wurde passte genau, weil wir das Thema gerade in der Schule diskutiert haben“, so Lisa Pöplau.

„Der Girls‘ Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in der Ausbildung und im Erwerbsleben. Vielleicht treffen wir in ein paar Jahren eine der Teilnehmerinnen in einem politischen Tätigkeitsfeld wieder“, zeigt sich Thönnies überzeugt.

Lisa Pöplau und Franz Thönnies vor dem Sitzungsplan-Monitor des Deutschen Bundestages **Keine Kommentare**

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 18.04.2011, 12:58 Uhr - 6490 Clicks - Nr. 441

AST-Verkehr - das Erfolgsmodell

Sigrid Kuhlwein - Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Seit mehr als zehn Jahren gibt es in Stormarn das Anruf-Sammel-Taxi (AST). Inzwischen kann zu Recht festgestellt werden, dass der AST-Verkehr ein Erfolgsmodell ist: ganz schön flexibel und attraktiv. Er ist kostengünstig, weil die Taxen nur dann fahren, wenn sich Fahrgäste anmelden und attraktiv, weil sie dorthin fahren, wo der Bus nicht hinkommt.



So war das Konzept auch gemeint: Die Gemeinden in ländlicher Region, für die sich we-gen der geringen Fahrgastzahl eine Buslinie nicht rechnet, werden nach Möglichkeit von Anruf-Sammel-Taxen bedient. Es gibt, wie beim Busverkehr, feste Einstiegshaltstellen mit festem Fahr-plan und festem Tarif, aussteigen kann man zumeist vor der Haustür. Der feine Unterschied: man muss sich etwa 30 Minuten vorher telefonisch anmelden.

Allerdings lässt sich nicht überall dieses attraktive Bedienungsangebot realisieren, weil Grundvoraussetzung das Vorhandensein von leistungsfähigen Taxiunternehmen mit mehreren Fahrzeugen ist.

AST-Verkehr wird in Reinfeld, Bad Oldesloe, Bargteheide und Trittau jeweils von bzw. zu den Umlandgemeinden angeboten. Neu aufgenommen ist das AST von Nienwohld über Bargfeld-Stegen nach Bargteheide. Sülfelder haben ebenfalls großes Interesse signalisiert, nach Bargteheide angebunden zu werden. Mit Sicherheit gibt es auch aus anderen Gemeinden Interessenten.

AST-Verkehr ist flexibel, da ist es notwendig, das Angebot von Zeit zu Zeit zu überprüfen und je nach Notwendigkeit zu erweitern oder zu verändern. Und weil an Wochenenden viele Busse wenig Akzeptanz "erfahren", muss geprüft werden, ob sich auf bestimmten Routen statt dessen das Anruf-Sammel-Taxi rechnet, das gilt auch für die Nachmittag- und Abendstunden an den Sonnabenden. Jetzt fährt AST in der Regel werktags von 7-22 Uhr, an Sonnabenden von 8-16 Uhr.

Die Verwaltung hat in der letzten Verkehrsausschuss-Sitzung die Erhebung zum AST-Verkehr vorgelegt. Danach werden sind in Bad Oldesloe-Umland 105.000 Wagenkilometer und in Bargteheide-Umland 104.000 Wagenkilometer im Jahr-gefahren. Dabei gehört Bargfeld-Stegen mit rd. 1200 Fahrgästen in 2010 zu den Gemeinden mit der höchsten Zahl von "AST-lern".

Damit die Taxifahrer ihre Abrechnung schneller und unbürokratisch erledigen können, soll die Abrechnung künftig elektronisch erfolgen, die Software dazu wird vom Kreis angeschafft und zur Verfügung gestellt. Damit kann das AST noch attraktiver werden.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.04.2011, 14:29 Uhr - 6481 Clicks - Nr. 442

Besuch bei der FH Lübeck

Die Lübecker SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch, Thomas Rother und Hans Müller besuchten mit ihrem Kollegen Martin Habersaat, dem hochschulpolitischen Sprecher der SPD Landtagsfraktion, die Fachhochschule Lübeck. Die Fachhochschule Lübeck gehört zu den ältesten Hochschulen dieses Typs in Deutschland. Sie hat einen ausgezeichneten Ruf als eigenständige Hochschule, aber auch in Verbindung mit der Universität Lübeck.



Der Online-Campus ist in dieser Form einmalig und unterhält wie die gesamte Fachhochschule Kontakte zu Universitäten und Hochschulen im Ausland. Die Internationalen Studiengänge realisiert die FH Lübeck mit Hochschulen in den USA und China, für die Studenten sind Auslandssemester im Rahmen der regulären Studienzeit möglich. Vor allem drei Botschaften nahmen die Abgeordneten aus dem

Gespräch mit dem FH-Präsidenten Prof. Dr. Stefan Bartels mit: Die Fachhochschule wächst und braucht mehr Platz. Sie ist gut nachgefragt und entwickelt ihre Kooperationen weiter.

Im Gespräch mit dem Präsidenten der Fachhochschule, Professor Stefan Bartels, machten die Abgeordneten darauf aufmerksam, dass es hilfreich ist, auch im Landeshaus für die gute Arbeit der Fachhochschule Lübeck zu werben und mit ihren Initiativen präsent zu sein. Wie bereits in Gesprächen mit der Universität, wurde auch hier deutlich, dass die Kleinheit der Lübecker Hochschulen auch erhebliche Vorteile hat. Martin Habersaat: „Die Fachhochschulen in Schleswig-Holstein sind innovations- und leistungsstark, was man zum Beispiel sehen kann, wenn man investierte Steuergelder, eingeworbene Drittmittel und erfolgreiche Absolventen im Verhältnis zueinander betrachtet.“

Foto: Hans Müller, Prof. Dr. Stefan Bartels, Wolfgang Baasch, Thomas Rother, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 19.04.2011, 11:57 Uhr - 3910 Clicks - Nr. 443

AfA ruft zum 1. Mai auf

Aufruf des AfA-Landesvorstandes der SPD in Schleswig-Holstein zum 1. Mai 2011

Der 1. Mai 2011 steht unter dem Eindruck der nuklearen Katastrophe in Japan. Wir sind an diesem Tag auch solidarisch mit den Menschen, die unter den Folgen von Erdbeben und der atomaren Gefahr leiden. Diese Katastrophe hat einmal mehr deutlich gemacht: Die Natur lässt sich nicht vom Menschen beherrschen. Und: Atomkraft ist nicht sicher – weder vor Naturgefahren, noch vor menschlichem Versagen, technischen Unwägbarkeiten oder Terroranschlägen. Daraus müssen endlich Schlussfolgerungen gezogen werden: Das Atomzeitalter muss zu Ende gehen – so schnell wie möglich, aber vor allem dauerhaft und unumkehrbar. Die Energiewende muss kommen. Sie ist nicht nur eine Frage der Vernunft und der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Sie ist auch eine Chance für technologischen Fortschritt in unserem Land und birgt enorme Beschäftigungspotentiale. Unser Ja zur Energiewende ist deshalb auch ein Ja zum Industriestandort Deutschland.



Ab 1. Mai gilt die uneingeschränkte Freizügigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind.

Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundprinzipien des zusammenwachsenden Europas. Grundlage für die Akzeptanz der grenzüberschreitenden Freiheiten ist die Existenz des fairen Wettbewerbs. Das bedeutet gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Bundesregierung hat diesen fairen Wettbewerb jedoch verhindert – zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die SPD hat in der für Dumpingkonkurrenz besonders anfälligen Leiharbeitsbranche einen Mindestlohn durchgesetzt. Denn sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro bleibt für die SPD deshalb auf der Tagesordnung!

Aus der Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre wurden keine Konsequenzen gezogen. Die Zeche für Versagen, Gier und Maßlosigkeit der angeblichen Eliten zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Dass die Krise in unserem Land glimpflich verlaufen ist, ist den Tarifparteien und den Beschäftigten zu verdanken. Jetzt sind die Auftragsbücher voll und die Unternehmen machen gute Gewinne. Ein wirtschaftlicher, nachhaltiger Aufschwung erfordert ein ausgeglichenes Verhältnis von Exportwirtschaft und Binnennachfrage. Nur eine Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Früchten des Erfolgs wird zu dauerhaftem Wachstum führen. Auch deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, die gute Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Wir wollen einen Aufschwung nicht für wenige, sondern für alle Menschen in unserem Land. Das heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch: Wir müssen die Chance nutzen, um die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit endlich deutlich zu senken. Wir brauchen funktionierende Arbeitsförderung und Verlässlichkeit für die Akteure der Arbeitsmarktpolitik, damit alle Menschen ihre Chance auf Arbeit nutzen können.

Ein Blick hinter die Kulissen des Beschäftigungsaufschwungs offenbart eine tiefgreifende Krise unserer Arbeitsgesellschaft. Der Niedriglohnsektor ist mit 22 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten massiv angewachsen, besonders Frauen arbeiten in diesem Bereich. Diese Entwicklung muss endlich gestoppt und umgekehrt werden. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn ist dafür eine Stärkung des Tarifvertragssystems notwendig. Wir wollen der zunehmenden Tariffucht dadurch begegnen, dass per Gesetz Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können. Der Missbrauch der Leiharbeit muss endlich wirksam bekämpft werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - dieses Prinzip muss uneingeschränkt gelten. Jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird nur noch befristet abgeschlossen. Viele, vor allem junge Menschen, werden von einem befristeten Vertrag zum nächsten gereicht, oft über Jahre. Eine vernünftige Lebens- und Familienplanung ist so kaum möglich. Wer arbeitet, verdient Respekt. Die SPD will daher die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung abschaffen.

Auch hundert Jahre nach dem ersten internationalen Frauentag werden Frauen in unserem Land beim Lohn systematisch diskriminiert. Das ist nicht nur ein sozialpolitischer Skandal, es verstößt auch gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes. Hier muss der Gesetzgeber endlich handeln. Auch hier muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Die SPD hat ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgeschlagen, mit dem dieser Missstand endlich beendet werden kann.

Auch bei der Gesundheitsversorgung legt die SPD mit der Bürgerversicherung ein Konzept vor, wie es besser geht. Während die Bundesregierung aus der Zwei-Klassen-Medizin mit Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen eine Drei-Klassen-Medizin machen will, wollen wir, dass zukünftig alle gemäß ihres Einkommens einzahlen. Die Arbeitgeber sollen künftig wieder den gleichen Anteil an der Finanzierung wie die Arbeitnehmer übernehmen, damit so die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens wiederhergestellt wird.

Gerechter Lohn für gute Arbeit, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, gleiche Bezahlung für

gleiche Arbeit; das alles sind keine Maximalforderungen. Es sind Mindestansprüche an eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung, in der der Wert der Arbeit geschätzt und die Würde der arbeitenden Menschen geachtet wird. Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei und insbesondere unsere AfA-Funktionäre auf, am 1. Mai 2011 gemeinsam mit den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für diese Ziele zu demonstrieren.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.04.2011, 13:21 Uhr - 1763 Clicks - Nr. 444

CDU und FDP jagen Phantome

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen und die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, erklären zur neuesten Konzertsaal-Diskussion:

„CDU und FDP tun so, als hätte jemals die Chance für ein drittes neues Einkaufszentrum in der Innenstadt neben Rathausgalerie und Matrix bestanden. Das von beiden Parteien immer wieder aus der Versenkung geholte Projekt rund ums Schloss war unrealistisch und hätte die jetzt erreichte positive Entwicklung auf dem ehemaligen Karstadt-Gelände verhindert. Es war richtig, hier klare Vorgaben zu machen, die eine drohende Brache auf dem ehemaligen Karstadt-Gelände und damit eine Verödung der Altstadtinsel verhindert haben.

Gleichfalls ein Phantom waren die Zeichnungen für einen neuen Konzertsaal, mit denen der damalige Investor lockte, ohne aber dessen Finanzierung zu klären geschweige denn sicherzustellen. Die Kosten für den Neubau einer Fördephilharmonie wären immens und würden z.B. die des von vielen Geschäftsleuten in der Altstadt begrüßten Kleinen-Kiel-Kanals um vielfaches übersteigen.

CDU und FDP sollten ihre fortwährende städtebauliche und kulturpolitische Phantomjagd beenden und endlich zu einer sachlichen Diskussion realistischer Möglichkeiten für Kiel finden.

Die beste Lösung für Kiel im Sinne der städtebaulich und finanziell angezeigten neuen Bescheidenheit (z.B. bei der Beethoven-Halle in Bonn) wäre eine Modernisierung und zeitgemäße (auch akustische) Aufwertung des bestehenden Konzertsaals am Schloss. Dazu ist die Bereitschaft des jetzigen Betreibers und die Mitwirkung privater Investoren aus der Region sowie des NDR erforderlich. Es kann nicht sein, dass ein privates Unternehmen bei der Renovierung der eigenen Immobilie jegliche Initiative vermissen lässt und zugleich Forderungen an die Kommune erhoben werden. Die rot-grüne-SSW Kooperation tritt dabei für eine finanzielle Beteiligung der Stadt aus dem Bereich der Städtebauförderung ein, auch weil diese Maßnahme ein wesentlicher Beitrag zur Reattraktivierung der nördlichen Altstadt wäre."

Keine Kommentare

Martin Habersaat: SPD-Politik für Senioren

Rede auf dem Kreisparteitag, Glinde 2011

1. Ausgangslage in Stormarn

Der Demographische Wandel wird Deutschland verändern. Die Frage ist, ob die Änderungen uns aufgezwungen werden oder ob wir uns aufmachen, den Wandel aktiv zu gestalten. Wer sich mit der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung befasst, kennt die Bilder: Vor 100 Jahren spiegelte sich die Bevölkerung in einer Pyramidenform wider; die vielen Jungen bildeten die Basis, die wenigen Älteren die Spitze.



Heute hat sich die Pyramide zu einer zwiebelartigen Form verändert.

Aber auch diese Zwiebel ändert sich: Die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er- Jahre schieben sich Jahr für Jahr weiter nach oben, aus der Zwiebel wird eine Urne, oder ein Pokal. Das hat auch Folgen für die Kommunalpolitik.

Die SPD war immer die Partei, die sich für die Variante des aktiven Gestaltens entschieden hat, die sich den Herausforderungen stellt und Chancen nutzt.

Eine Chance bietet sich beispielsweise im Bildungsbereich: Die Zahl der Schülerinnen und Schüler wird sinken, auch die Zahl der Kinder in den Betreuungseinrichtungen.

Natürlich wollen wir diesem Trend durch eine familienfreundliche Politik entgegen wirken.

Und natürlich wollen wir die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Schulen dadurch steigern, dass wir sie länger an den Schulen halten, indem sie höhere Abschlüsse erreichen. Und die Zahl der Kinder in den Betreuungseinrichtungen soll größer werden, weil mehr Kinder von Anfang an gefördert werden sollen.

Dennoch werden die Zahlen zurückgehen. Und wir müssen einen Teil der frei werdenden Kapazitäten nutzen, um die Qualität von Bildung und Betreuung zu verbessern.

Wer nur davon spricht, mit „demographischer Rendite“ Haushalte zu sanieren, hat die Herausforderungen der Zeit nicht verstanden!

Die gute Nachricht ist: Wir werden immer älter, und wir bleiben länger gesund. Das ist rechnerisch der Hauptgrund dafür, dass das Durchschnittsalter steigt. Bei heute geborenen Mädchen wird es der Normalfall sein, dass sie den 100. Geburtstag erreichen oder ihm nahekommen.

Dabei verschieben sich Lebensabschnitte im Vergleich zu früheren Generationen:

- Kinder ziehen später aus dem Elternhaus aus

- Es wird seltener und später geheiratet, das erste Kind haben die meisten Paare heute erst mit 30 bis 40.
- Auch das Alter wird aktiver: Studenten mit grauen Haaren sind bei Vorlesungen an den Universitäten teilweise in der Mehrheit.
- Politik, Verein, Freizeit: Ohne die Generation 60plus ginge vielerorts nichts.
- Der Wandel am Arbeitsmarkt wird kommen. Gerade in Stormarn ist die Lage am Arbeitsmarkt so günstig für die Beschäftigten, dass die Unternehmen dem Fachkräftemangel anders nicht begegnen können werden.

Informationen

Wer sich mit Zahlen und Prognosen beschäftigen möchte, findet dazu reichlich Material, aus dem sich auch Handlungsempfehlungen für die Politik vor Ort ableiten lassen.

Die Hamburger Randkreise haben ein gemeinsames Datenprofil 2011 vorgelegt, das aktuelle Tendenzen der Entwicklung auch Stormarns zusammenfasst. Ein Blick auf die Bevölkerungsentwicklung, und das ist mehr rechnen als schätzen, zeigt, dass die Bevölkerung Deutschlands abnehmen wird. In den Metropolregionen wird diese Entwicklung später einsetzen und weniger stark ausfallen, deutlich erst ab 2025.

- Je größer die Entfernung zu Hamburg, desto früher und größer der Bevölkerungsrückgang.
- Deutliche Zuwächse gibt es nur in den Altersgruppen ab 65, entsprechend wird sich die Nachfrage nach Infrastruktur verändern.
- Die Zahl der Personen pro Wohneinheit sinkt. Familien werden kleiner, die Zahl älterer Single-Haushalte steigt.
- Die Baulandpreise steigen noch in Teilen der Metropolregion, in anderen Teilen (Lauenburg) stagnieren sie bereits.
- Der Trend geht vom Einzel- oder Reihenhaushaus zur „Seniorenwohnung“. Es kommen zunehmend Bauten aus den 1950er-1980er Jahren auf den Markt, die den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entsprechen.
- (Andere Themen des Datenprofils: 9% aller Unternehmen des Landes sind in Stormarn angesiedelt, 33,7% aller Schulabgänger in Stormarn gehen mit dem Abitur ab, das ist der beste Wert im Land, aber nicht genug.)

Unter www.wegweiser-kommune.de zeigt die Bertelsmann Stiftung Prognosen für alle Kommunen ab 5000 Einwohnern.

2. SPD-Positionen und Trends

Wichtig ist, den Wandel gemeinsam zu gestalten und nicht Generationen gegeneinander antreten zu lassen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Seniorenunion hat verkündet, er halte die geplante generelle Zulassung von Kindertageseinrichtungen in Wohngebieten für verfassungswidrig. Nicht nur Kinder hätten Rechte, sondern auch ältere Menschen. Das kann nicht der richtige Weg sein! Die SPD hat sich zum demographischen Wandel an verschiedenen Stellen programmatisch geäußert, einiges an Material ist hinten ausgelegt.

Wir müssen uns die Lebensarbeitszeit ansehen, die Frauenerwerbstätigkeit, die Familienförderung und auch unsere Migrationspolitik - wir reden hier über eine alternde Gesellschaft, in Nordafrika demonstrieren junge Menschen für ihre Zukunft. Etwa die Hälfte der Menschen in den dortigen Staaten ist unter 25.

SPD, Hamburger Programm, S.56

Vorsorgende Sozialpolitik fördert existenzsichernde

Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention.

Sie gestaltet den demografischen Wandel und fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren.

SPD Schleswig-Holstein, Regierungsprogramm 2009 - 2014, S.32f.

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedürfnisse der Älteren im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich berücksichtigt werden. Dafür wollen wir eine Initiative ins Leben rufen, die Wirtschaft, Kulturschaffende und den Landesseniorenrat zusammenführt.
- Neue Wohnformen, bauliche Voraussetzungen und Infrastrukturangebote werden gefördert, damit ältere Menschen die Chance erhalten, möglichst lebenslang in der eigenen Wohnung bleiben zu können.
- Die Einrichtung von Seniorenbeiräten in der Kommunalpolitik wird landesrechtlich ebenso festgelegt wie die Beteiligung dieser Beiräte an allen seniorenrelevanten Themen.
- In der Arbeitswelt müssen mehr als bisher die Potentiale aller Altersgruppen genutzt werden. Der Anteil der älteren Erwerbstätigen muss erhöht werden. Qualifizierung und lebenslanges Lernen tragen zur vermehrten Beschäftigung bei.
- In der Rentenversicherung brauchen wir mehr Verteilungsgerechtigkeit und deshalb einen höheren steuerfinanzierten Anteil.

SPD Stormarn, Programm zur Kreistagswahl 2008

Im Programm zur Kreistagswahl 2008 haben wir uns mit den Themen Wohnen, Pflege und Hospiz befasst.

In den Städten und Gemeinden seid ihr längst auch dabei, Lösungen zu entwickeln, die zur Situation vor Ort passen. Dabei gibt es einige Trends, die wir vor Ort in den Ortsvereinen und Fraktionen aufgreifen sollten:

- Wir brauchen Unterstützungsmöglichkeiten für junge Familien, aber auch passende Angebote für Ältere. Tagespflege für Senioren ist ein wichtiger werdendes Thema.
- Das „Seniorenheim“ ist nicht die von den Menschen bevorzugte Lösung. Man will möglichst lange zuhause bleiben. Es werden Konzepte für betreute Wohn- oder Hausgemeinschaften entwickelt, gemeinschaftliche Wohnprojekte entstehen. Zur Unterstützung solcher Wünsche gibt es das KfW-Programm „Wohnraum modernisieren - altersgerecht umbauen“.
- Langfristig werden die Immobilienpreise sinken. Zusätzliche Baugebiete würden weiteren Druck

auf die Preise ausüben. Es wird also darum gehen, Altgrundstücke zu reaktivieren (Gibt es ein Kataster bei euch im Ort?) und Flächen zu sparen (Projekt der Metropolregion Hamburg - „Mittendrin ist in“).

- Die Entfernung zum nächsten Supermarkt, zur Bank, zur Post, die Möglichkeit, diese Orte mit dem ÖPNV zu erreichen, werden wichtige Kriterien für Grundstückswerte sein.
- Freiwilligendienste und Ehrenamt werden in zwei Richtungen wichtiger werden: Zum einen für Senioren, zum anderen von Senioren, die nach dem Eintritt in den Ruhestand schließlich noch mehrere Jahrzehnte Zeit und Energie einzusetzen haben.

Erwin Sellering, der SPD-Ministerpräsident von Mecklenburg -Vorpommern, hat vorgestern eine Regierungserklärung zum Demographischen Wandel abgegeben, der M-V besonders schnell und hart trifft. Er fordert auch marktwirtschaftliche und private Lösungen. „Nicht jede Veränderung, die der demographische Wandel hervorruft, kann als neue soziale Aufgabe beim Staat abgeladen werden.“

Zwei Ideen aus seiner Rede: Bürgerbusse und mobile Bürgerdienste durch die öffentlichen Verwaltungen.

Aber auch in Stormarn und anderswo gibt es Ideen:

3. Projekte

Einzelhandel

Die Galeria Kaufhof hat einen Demografie-Beauftragten eingesetzt. Das führte zu Ergebnissen, die wir auch unserem örtlichen Einzelhandel nahebringen sollten:

- Breitere Verkaufs- und Wegeflächen, auf denen sich auch Rollatoren begehen können
- Sitzgelegenheiten
- Haltegriffe
- größere Beschriftungen

Wettbewerb: Programm Altersbilder

Der Wettbewerb steht Amateur- und Profifotografen, Berufs- und Hobbyfilmern gleichermaßen offen und soll insbesondere Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus allen Altersschichten ansprechen, um ein möglichst breites Spektrum an Einsendungen zu erzielen. Es sollen kurze Beiträge eingereicht werden, die das Thema „Alter“ unter einem neuen Aspekt beleuchten: Wie sieht Vitalität im Alter heute aus? Wie sehen ältere Generationen sich selbst? Wie werden sie von den Jungen gesehen? Gezeigt werden soll, dass alte Menschen immer noch mitten im Leben stehen – denn „was heißt schon alt?“

Stormarn

Peter-Rantzau-Haus, Ahrensburg

Mehrgenerationenhaus, Bad Oldesloe

Veranstaltungskalender für Senioren, Glinde

4. Aktive und Ansprechpartner

Wir haben Viele, die sich um das Thema kümmern. Wir konnten heute nicht alle um Beiträge bitten, ich kann hier nicht einmal alle nennen. Aber einige, als potentielle Ansprechpartner für Ortsvereine und Fraktionen, die an diesen Themen weiterarbeiten wollen:

Helma Schuhmacher aus Ahrensburg
ist Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft Stormarn

Hermann Hanser aus Barsbüttel
ist Inhaber einer Kongressagentur, die auch Kongresse zur Gerontologie veranstaltet und
Fraktionsvorsitzender der SPD Barsbüttel

Margot Sinning aus Ahrensburg
ist Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses des Kreises und Mitglied des
Seniorenbeirats Ahrensburg

Heinz Düring aus Reinbek
ist Vorsitzender der AWO Stormarn

Uwe Teut aus Bad Oldesloe
war SPD Kreisvorsitzender und ist DGB-Vorsitzender in Stormarn

Drei Kollegen aus der Landtagsfraktion:

Bernd Heinemann, Kiel
Gesundheitspolitischer Sprecher, Veranstaltungen zur hausärztlichen Versorgung
30.3., Bargteheide

Birte Pauls, Schleswig

Veranstaltungen zur Zukunft der Pflege, siehe Flyer

Bis 2050 wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen vermutlich verdoppeln. Das bedeutet, dass sich auch die Zahl der pflegenden Menschen verdoppeln müsste.

Sigfried Tenor-Alschausky, Elmshorn
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Gleichstellung, Familie und Senioren

AG60plus. In Glinde Marietta Exner, für den Kreis Jürgen Schneider.

Politische Organisation

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V. tritt als Interessenvertretung der älteren Generationen in Deutschland vor allem dafür ein, dass jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter möglich ist und die dafür notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Sie setzt sich dafür ein, dass auch alte Menschen die Chance haben, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und sich das im öffentlichen

Meinungsbild über "die Alten" widerspiegelt.

5. Arbeitsgruppen und Informationen

AG 1

Lars Straeter, Conplan

Allmende Ahrensburg

Altgrundstücke reaktivieren

Flächen sparen

Wohnungen für Senioren

Bauten 1950er-1980er-Jahre AG3

Jürgen Schneider, AG60plus

Kann die Gesellschaft die Betreuung von Senioren nur privaten Trägern überlassen?

Wie definiert die SPD „seniorengerechtes Wohnen“?

Welche Richtlinien gibt es für die Betreuung von Pflegebedürftigen und Kranken?

AG2

Jürgen Eckert, AWO

Peter-Rantzau-Haus, Ahrensburg

Mehrgenerationenhaus, Bad Oldesloe

Veranstaltungskalender für Senioren, Glinde AG4

Susanne Danhier, Kreisvorstand

Altersarmut

Arbeit und Rente

Material:

- Change – Das Magazin der Bertelsmann Stiftung. „Demografischer Wandel“, 1/2011
- Aus Politik und Zeitgeschichte (Bundeszentrale für politische Bildung). „Demografischer Wandel“, 7. März 2011
- Hamburg-Randkreise Pinneberg, Segeberg, Stormarn, Herzogtum Lauenburg: Gemeinsames Datenprofil 2011
- „Gestalten statt Verwalten“, Regierungserklärung von Erwin Sellering von 17. März 2011

<http://www.bagso.de/>

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) e.V.

www.wegweiser-kommune.de

Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung von Gemeinden ab 5000 EW.

Keine Kommentare

Die Interessen der Region wahrnehmen!

Beschluss des Landesparteitages zur Fehmarnbelt-Querung (Husum, April 2011)

Bei einer Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung fordert die SPD Schleswig-Holstein für die Ausgestaltung der von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Hinterlandanbindung:

- dass auf der Grundlage des Artikel 22 des Staatsvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark zusätzliche Gespräche mit Dänemark eingefordert und geführt werden;
- ein öffentlich moderiertes Verfahren bei der Planung der Hinterlandanbindung, in dem dann auch das "ob" ergebnisoffen diskutiert wird und nicht nur das "wie";
- dass die Bundesrepublik Deutschland - anders als in einer „Streichliste“ der Deutschen Bahn vom Frühjahr des vorigen Jahres vorgesehen - die Schienenhinterlandanbindung in Schleswig-Holstein zeitgerecht finanziert und nicht auf unbestimmte Zeit verschiebt;
- eine Trassenführung abseits der Kurorte an der Lübecker Bucht, die gleichzeitig deren Erreichbarkeit sichert;
- es wird weiterhin die Forderung gestellt, anstelle eines Absenktunnels einen Tunnelbau im Bohrvortrieb zu favorisieren;
- dass negative Auswirkungen auf Menschen, Tourismus und Arbeitsplätze reduziert werden, und zwar durch alternative Trassen für die Schienenhinterlandanbindung (insbesondere durch Umfahrungen für Bad Schwartau, Ratekau, Lensahn und Großenbrode);
- dass für die Schienenhinterlandanbindung Schallschutzmaßnahmen verbindlich zugesagt werden. Für Anwohner und Tourismuswirtschaft muss auf der ganzen Strecke – auch zwischen Lübeck und Hamburg - ein optimaler Lärmschutz gewährleistet werden;
- dass Wege gefunden werden, um die Kommunen an der Bahntrasse finanziell von den Regelungen des Eisenbahnkreuzungsgesetz zu entlasten;
- dass neben dem vierspurigen Ausbau der E 47 auf Fehmarn eine leistungsfähige Querung über den Fehmarnsund geschaffen wird - ein „Nadelöhr“ Fehmarnsundbrücke darf es nicht geben;
- dass die Belange der Tourismuswirtschaft in größtmöglichem Umfang berücksichtigt werden;
- dass die Schienenverbindung zwischen Fehmarn und Hamburg bedarfsgerecht für den Güter- und Personenverkehr ausgebaut wird; Vorrang hat der Ausbau und die Sicherstellung eines schnellen, attraktiven Personennah- und -fernverkehrs auf der Schiene vor Ausweitung des Güterverkehrs auf dieser Strecke. In die Planung ist der dänische Fernverkehrszug zwischen Kopenhagen und Hamburg einzubeziehen. Es muss sichergestellt werden, dass der Güterverkehr nicht zu Lasten des Schienenpersonennahverkehrs ausgebaut wird.
- dass mindestens ein Bauhafen, sowie eine Fertigungsstelle für Bauteile in Schleswig-Holstein eingerichtet wird;
- dass die Arbeitsbedingungen sowie Entgelte der Beschäftigten für das gesamte Projekt dänischen oder deutschen Tarifen entsprechen;
- dass die am Bau der Fehmarnbelt-Querung beteiligten Unternehmen während der Bauzeit junge Menschen ausbilden und die Ausbildung auf beiden Seiten zu anerkannten Berufsabschlüssen führt; dass in der Neuauflage des Bundesverkehrswegeplans bis 2015 sichergestellt wird, dass der Bau der Hinterlandanbindung nicht zu Lasten anderer wichtigerer Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein geht. Dazu gehören die A 7 bis zur Landesgrenze im Norden, die B 5 an der Westküste, die A 21

zwischen A 1 und A 24 und vor allem die Fortführung des Baus der A 20 nach Glückstadt.

Die bestehenden sowie geplanten grenzübergreifenden Projekte aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Kultur usw. werden in der Region Sonderjylland/Schleswig ungeachtet der Planung und des Baus der festen Fehmarnbelt-Querung fort- und umgesetzt und weiterentwickelt. Eine Prioritätensetzung in Richtung Fehmarnbeltregion lehnen wir ab.

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 24.04.2011, 20:08 Uhr:

Forderungen

Was soll man dazu sagen. Wir, die deutsche SPD wollen uns zwar möglichst gar nicht an der Finanzierung der Beltquerung beteiligen, stellen aber jede Menge Forderungen an die dänische Seite. Das ist natürlich auch eine Form besonderer Nachbarschaftsbeziehung. Schade, ich hätte uns SPD in dieser Frage mehr Fingerspitzengefühl zugetraut. Mit traurigen roten Grüßen, Martin Preuschhof

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 20.04.2011, 12:30 Uhr - 13077 Clicks - Nr. 447

Thönnies unterstützt Aufruf der Stiftung „Lebendige Stadt“:

Stiftungspreis 2011 „Die unverwechselbare Stadt: Identität, Heimat, Marke“ wird vergeben

Jährlich prämiert die Stiftung „Lebendige Stadt“ Städte und Gemeinden, die sich in besonderer Weise positiv hervortun und somit als Beispiel für andere Städte und Gemeinden dienen können. Hierzu werden zu Beginn jedes Jahres europaweit Städte, Gemeinden, Institutionen, Universitäten und Vereine aufgerufen, um sich mit ihren Projekten zu bewerben. Der von einer Jury bestimmte Gewinner erhält ein Preisgeld von 15.000 Euro.

In diesem Jahr wird der Schwerpunkt auf Konzepte und Projekte gelegt, die ihren Städten und Kommunen eine eigene, unverwechselbare Identität verleihen, bei den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Maß an Identifikation und Gefühl von Heimat wecken oder sie sogar zu einer Marke machen.

Der SPD Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies wünscht sich eine möglichst große Beteiligung aus den Kreisen Segeberg und Stormarn: „Identifikation und das Gefühl zu Hause zu sein werden immer wichtiger in der heutigen Zeit, wo häufige Wohnortwechsel durch berufliche Unsicherheit und die Globalisierung des Arbeitsmarktes zur Lebenswirklichkeit der Menschen gehören. Unsere Gesellschaft ist viel mobiler geworden. Deshalb ist es besonders wichtig für Städte und Gemeinden, eine eigene Identität zu entwickeln. Nur so kann es gelingen, dass Menschen, die hinzuziehen, sich schnell heimisch fühlen und vielleicht für immer bleiben.“

Bewerbungsschluss ist der 15. Juni 2011. Interessierte Städte, Gemeinden und Einrichtungen finden nähere Informationen unter: www.lebendige-stadt.de



Keine Kommentare

Herzlichen Glückwunsch Schüler Helfen Leben!

Jugendhilfsorganisation aus Neumünster erhält Europäischen Bürgerpreis

Die von Schülerinnen und Schülern gegründete Jugendhilfsorganisation Schüler Helfen Leben aus Neumünster erhält den diesjährigen Europäischen Bürgerpreis. Die gute Nachricht aus Brüssel erreichte die Preisträger am Mittwochmorgen. „Der Europäische Bürgerpreis geht an alle bei Schüler Helfen Leben beteiligten Jugendlichen. Symbolisch zeichnet er damit über 100.000 Kinder und Jugendliche aus, die sich jedes Jahr am Sozialen Tag für ihre Altersgenossen auf dem Balkan engagieren. Es macht uns stolz, dass dieses Engagement nun auch auf europäischer Ebene gewürdigt wird“, so Katharina Rogge, Pressesprecherin des Vereins.

**SCHÜLER
HELFFEN
LEBEN**

„Dass diese vom Europäischen Parlament verliehene Auszeichnung nach Schleswig-Holstein geht, ist natürlich großartig“, freut sich die Europaabgeordnete Ulrike Rodust. „Ich verfolge die tolle Arbeit des Vereins aus Neumünster schon lange und habe sie deshalb gerne für den Preis vorgeschlagen. Dass das nun auf Anhieb geklappt hat, bedeutet verdiente Anerkennung auch auf europäischer Ebene“, so die schleswig-holsteinische SPD-Politikerin weiter.

Die Jugendhilfsorganisation Schüler Helfen Leben ist seit 1992 tätig. Damals wollten Schülerinnen und Schüler den Jugoslawienkriegen nicht länger tatenlos zusehen und gründeten die Initiative Schüler Helfen Leben. Hinter allen Aktionen von Schüler Helfen Leben steckt der Grundgedanke, Jugendliche für soziales Engagement zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv für Gleichaltrige im ehemaligen Jugoslawien einzusetzen. Ein besonders erfolgreiches Projekt des Vereins ist der bundesweit stattfindende Soziale Tag, an dem jährlich rund 100.000 Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Sie tauschen für einen Tag den Klassenraum gegen einen Arbeitsplatz und spenden ihren erwirtschafteten Lohn für Hilfsprojekte in Südosteuropa. Bis jetzt sind auf diese Weise bereits über 20 Millionen Euro zusammengekommen. Unter dem Motto „Spende deine Hände“ findet am 8. Juni 2011 der elfte Soziale Tag statt. Zwei Tage später entscheiden 250 delegierte Schülerinnen und Schüler, in welches Projekt das Geld geht.

Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments kann in einer Hälfte einer Wahlperiode nur eine einzige Nominierung einreichen. Rodust hatte die Jugendhilfsorganisation im Januar vorgeschlagen. Die Preisverleihung plant das Präsidium des Europäischen Parlaments als „öffentliche Feier in der Nähe des Wohnorts der Preisträger“, Details hierzu sind noch nicht bekannt. Mit dem Europäischen Bürgerpreis wollen die Europaabgeordneten die Arbeit einzelner Bürgerinnen und Bürger, aber auch die von Gruppen und Vereinen würdigen, die sich in besonderer Weise engagieren.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.04.2011, 15:30 Uhr - 1866 Clicks - Nr. 449

Feuerlöschschiff „Kiel“ ist kein Privatisierungsobjekt!

Der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, und die feuerwehrpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, erklären zur geplanten Ausschreibung der Bereederung für das Feuerlöschschiff „Kiel“:

„Wer die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere bei Schadstoffunfällen auf See und im Brandschutz, auf private Unternehmen übertragen will, spielt im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Feuer.

Das Feuerlöschschiff „Kiel“ wird durch den intelligenten Doppel-Einsatz von Mannschaften – tagsüber in Löschzügen an Land und im Brandfall durch den Einsatz an Bord des Feuerlöschschiffes – in funktionaler als auch Kostensicht äußerst sinnvoll bewirtschaftet. Die Betriebskosten für das Schiff wurden von einst 800.000 Euro auf 450.000 Euro deutlich verringert, auch durch die besondere Rolle des Kapitäns und der Besatzung.

Wenn nun die Landesregierung, vereint mit den Regierungen der anderen Küstenländer, den bisherigen Bereederungsvertrag mit der Landeshauptstadt Kiel kündigt und stattdessen ein privates Unternehmen mit der Gefahrenabwehr beauftragen will, um den Länderanteil um weitere rund 100.000 Euro zu drücken, dann spart sie an der öffentlichen Sicherheit. Private Unternehmen arbeiten gewinnorientiert und werden bei einer niedrigeren Vergütung als die jetzige Pauschale des Landes (351.000 Euro) den Einsatzzustand des Feuerlöschschiffes „Kiel“ und seiner Crew nicht halten können und wollen. Käme es dann zu einem Großschadensfall, dann käme es der Ostsee und den Küstenstädten und –gemeinden teuer zu stehen – nicht nur der Landeshauptstadt Kiel. Mit seinen kombinierten Einsatzfähigkeiten ist das Feuerlöschschiff „Kiel“ für den von der Stadt zu leistenden Brandschutz im Kieler Hafen und für die vom Land zu leistende Schadstoffunfallbekämpfung auf See (z. B. Ölverschmutzungen) zuständig. Eindrucksvoll hat es wiederholt seine Fähigkeiten zur Schiffsbrandbekämpfung gezeigt, zuletzt im Oktober 2010 beim Brand der Ostseefähre „Lisco Gloria“ nördlich von Fehmarn.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.04.2011, 17:46 Uhr - 8561 Clicks - Nr. 450

Zwei neue Foren in der SPD Stormarn

Das Themenfeld „Seniorenpolitik“ hatten sich die Mitglieder der SPD Stormarn auf ihrem letzten Parteitag in Glinde vorgenommen. Dort war unter anderem beschlossen worden, in einem „Forum Seniorenpolitik“ an verschiedenen Aspekten weiterzuarbeiten, die man in Glinde andiskutiert hatte. Dessen Gründung stand nun in Bad Oldesloe an. „Es war beeindruckend, wie viele Anfragen und Rückmeldungen uns innerhalb kürzester Zeit auf unsere Einladung erreichten.



Offensichtlich haben wir den richtigen Nerv getroffen,“ so Gesa Tralau, Schatzmeisterin im Kreisvorstand der SPD Stormarn.

Anstelle eines Forums wurden es denn auch zwei, die sich in den kommenden Monaten schwerpunktmäßig einerseits um die Belange von Senioren und andererseits um die Belange von Menschen mit Behinderungen kümmern wollen. Wenn es um Barrierefreiheit und manch bauliche Notwendigkeiten geht, wollen die Foren kooperieren, aber auch viele eigenständige Themenfelder haben sie sich jeweils vorgenommen. Zum Sprecher des Forums Seniorenpolitik wurde Jürgen Schneider, zu seiner Stellvertreterin Christine Stehn gewählt. Direkt im Anschluss wurde das Forum für Menschen mit Behinderung, mit der Sprecherin Marion Janssen und der Stellvertreterin Gesa Tralau ins Leben gerufen.

„Wir möchten mit diesen Foren ganz gezielt Alltagsprobleme und Lösungsmöglichkeiten ansprechen und freuen uns auf gute und konstruktive politische Arbeit,“ so Marion Janssen. Jürgen Schneider hat sich bereits ein konkretes Ziel gesteckt: „Wir wollen aus den vielen - oft sehr allgemein gehaltenen - seniorenpolitischen Grundsätzen und Zielen konkrete Anforderungen an die Kommunalpolitik erarbeiten.“ Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat freute sich über die neuen Gruppen: „Im politischen Alltag kommen langfristige Überlegungen zu einem Themenfeld manchmal zu kurz. Es ist immer gut, wenn viele engagierte Menschen sich gemeinsam um ein Thema kümmern möchten. Diese Foren sind auch gut geeignet, über die Parteigrenzen hinaus Themen zu bewegen.“

Das Forum Seniorenpolitik lädt ein zum ersten Arbeitstreffen am 5.5.2011 um 18.00 Uhr.

Das Forum für Menschen mit Behinderung lädt ein zum ersten Arbeitstreffen am 19.5.2011 um 19.30 Uhr- Ort ist in beiden Fällen das Kreisbüro der SPD Stormarn, Lübecker Str. 35, 23843 Bad Oldesloe.

Herzlich eingeladen sind auch Menschen ohne SPD-Parteibuch, die sich beratend in den Foren einbringen möchten. Weitere Informationen gibt es bei Jürgen Schneider unter Jürgen.Schneider@spd-badoldesloe.de oder 04531/84603.

Foto: Gesa Tralau, Marion Janssen, Christine Stehn, Jürgen Schneider

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 20.04.2011, 17:52 Uhr - 6320 Clicks - Nr. 451

Ein Hauch von Bali in Lübeck

Arbeitskreis Bildung hospitiert bei der Musikhochschule.

Professor Dieter Mack stellte 27 Schülerinnen und Schülern der Klasse 6b der Grund- und Gemeinschaftsschule Scharbeutz die Instrumente seines Gamelan-Orchesters vor und spielte gemeinsam mit Studenten einige Stücke. Die Schülerinnen und Schüler durften erst zuhören, dann aber auch die Instrumente selbst ausprobieren. Neben der Musik ging es auch um die Kultur und die Menschen auf der indonesischen Insel Bali, der Heimat dieses Orchesters



Dabei sein durften auch die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung der SPD Landtagsfraktion.

Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises: „Für mich war diese Vorführung auch ein Beweis dafür, wie wichtig authentische Lehrpersonen sind, die aus ihrem Leben heraus viel zu erzählen haben. Auch für Lernen an anderem Ort als dem Klassenraum war dieser Vormittag eine Werbung. Die Klasse war gespannt und aufmerksam, hat begeistert mitgemacht und an einem Vormittag viel gelernt.“ Sogar musiktheoretische Überlegungen hatten in diesem Rahmen ihren Platz. Dass balinesische Instrumente nicht leicht zu spielen sind, fand Habersaat anschließend in einem Praxistest schnell heraus.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 21.04.2011, 17:00 Uhr - 1719 Clicks - Nr. 452

Für bessere Teilhabe für Menschen mit Behinderungen steht Geld zur Verfügung

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der behindertenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Thomas Wehner, sowie die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, erklären:

„SPD und GRÜNE wollen die Hilfen für benachteiligte Menschen vor Ort, in den Stadtteilen verbessern und dabei gleichzeitig die besonderen Herausforderungen jedes einzelnen Stadtteils berücksichtigen. Für Menschen mit Behinderungen wollen wir bessere Teilhabechancen schaffen. Dazu gehört die Schaffung von Vor-Ort-Angeboten in den Stadtteilen.

Für diesen Umbauprozess in der Eingliederungshilfe steht Geld zur Verfügung, wenn Mittel aus dem Ausgleichs- und Erstattungsbetrag des Landes für die Sozialhilfekosten der Stadt nicht vollständig verbraucht werden. Für das Haushaltsjahr 2011 ist ein Ausgleichsbetrag von rd. 66,3 Mio. Euro veranschlagt – fast fünf Millionen Euro mehr als von der Stadt selbst eingeplant (61,6 Mio. Euro).

SPD und GRÜNE unterstützen die Verwaltung in ihrem Bestreben, hier ein Anreizsystem zu schaffen, das diesen Umbauprozess in der Eingliederungshilfe fördert. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung selbstbestimmt entscheiden können, wie und wo sie leben wollen. Hierfür ist der Aufbau eines differenzierten Netzes von Wohnmöglichkeiten notwendig. Es muss fließende Übergänge zwischen ambulanten, teilstationären und stationären Angeboten geben.

Auch mit den Mitteln des Ausgleichs- und Erstattungsbetrages, die für sozialpolitische Zwecke ausgegeben werden müssen und sonst verfielen, kann die Stadt eine aktive kommunale Sozialpolitik verwirklichen. In unserem Kooperationsvertrag haben wir bekräftigt, dass Menschen mit Behinderungen Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe und größtmögliche Eigenständigkeit haben. Wir werden dafür sorgen, dass das Leitbild und die örtliche Teilhabeplanung umgesetzt werden und damit Inklusion verwirklicht wird."

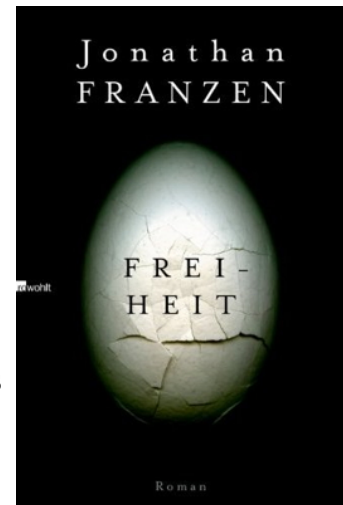
Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.04.2011, 17:25 Uhr - 7005 Clicks - Nr. 453

Rezension: Jonathan Franzen - Freiheit

Jeder Mensch ist frei, aus seinem Leben das zu machen, was er möchte. Theoretisch. Praktisch wird diese Freiheit durch Entscheidungen eingeschränkt, durch Freunde, Familie. Dieses Denkmuster spielt Jonathan Franzen am Beispiel der Familie Berglund in seinem Roman „Freiheit“ durch, vom Spiegel gelobt als „Neuaufgabe des großen amerikanischen Romans“: Patty und Walter lernen sich auf dem College kennen. Er verliebt sich in sie, sie hat eher Interesse an seinem Mitbewohner.

Ihre Entscheidung fällt dann doch zugunsten Walters, man kauft ein Haus in der Vorstadt und bekommt zwei Kinder.



Weiter:

http://www.martinhabersaat.de/Rezension_Freiheit.html

Ich freue mich auch über Gastrezensionen!

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.04.2011, 18:26 Uhr - 5071 Clicks - Nr. 454

1. Mai in Kappeln

Unter dem Motto: "Das ist das Mindeste! Faire Löhne - Gute Arbeit - Soziale Sicherheit" finden Veranstaltungen des DGB zum diesjährigen 1. Mai statt. Die AfA Schleswig-Flensburg ruft zur Teilnahme in Kappeln um 09.00 Uhr im Schlei-Bistro, Poststr. 18 (Eingang Deekelsenplatz) auf.

Hauptredner ist der DGB-Kreisvorsitzende Holger Groteguth.

Deutschland befindet sich wieder auf dem Wachstumspfad.

Möglich gemacht haben das die Opfer der ArbeitnehmerInnen, die Initiativen der Betriebsräte und das Engagement der Gewerkschaften. Sie haben dafür gesorgt, dass die Auswirkungen der Finanz-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise begrenzt werden konnte. Jetzt, nachdem die Talsohle der Krise durchschritten ist, geht man ganz kühl wieder über zum neoliberalen "Business as Usual" über.

Dass sich das Kapital bedient und die Menschen verhöhnt werden, damit muss endlich Schluss sein. Die Politik gegen die Menschen - Ungerechtigkeit, falsche Lobbypolitik und Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft – muss ein Ende haben.

Da der DGB Kreisverband Schleswig-Flensburg wie in jedem Jahr ein Frühstück im Rahmen eines Frührschoppens im Schlei-Bistro in Kappeln anbietet, bitten wir um Anmeldung beim DGB unter der Telefonnummer (0461) 144010 oder über E-Mail Flensburg@DGB.de

Keine Kommentare

Peter Eichstädt: 1984 – Big Apple is watching you!

Zur Speicherung von Standort-Informationen in mobilen Geräten des Computer- und Software-Unternehmens Apple erklärt der datenschutz- und medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Ob der Vorwurf stimmt, dass Apple die Standort-Informationen in mobilen Geräten speichert, muss dringend geklärt werden, denn dies wäre nicht hinnehmbar und nach deutschem Recht auch nicht zulässig. Vor allem möchten wir wissen, was Apple mit den Daten macht.

Der Vorgang zeigt, dass jeder Nutzer und jede Nutzerin moderner Kommunikationsmittel den Unternehmen nicht blind vertrauen sollten. Man kann sich gegen solche Entwicklungen nur schützen, indem man sich informiert – im vorliegenden Fall z. B. die Gebrauchsanweisung genau liest und die entsprechende Funktion deaktiviert. Übrigens: Es ist dieselbe Funktion, mit der auch die Standorte von Urlaubsfotos gespeichert werden...

Hier wird deutlich: Medienkompetenz ist und bleibt eine wichtige Aufgabe in der heutigen Gesellschaft!

Der Fall führt aber auch vor Augen, wie schwierig es ist, die großen multinational operierenden Software- und Kommunikationsunternehmen und ihre Datensammelwut in Schach zu halten. Das zeigt nach Google nun auch Apple."

Keine Kommentare

Aufruf zur Teilnahme an der Mai Demo

Sozialdemokraten wollen zusammen mit den Gewerkschaften in Wedel für Arbeitnehmeranliegen demonstrieren

Der SPD-Kreisverband Pinneberg ruft zur Teilnahme an der diesjährigen Mai-Demo des DGB in Wedel am 1. Mai um 10.30 Uhr auf. „Die Forderung nach fairen Löhnen, guter Arbeit und sozialer Sicherheit, die das Motto in diesem Jahr formuliert, verdient gerade angesichts der Neuregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit entschiedene Unterstützung“, bekräftigt der SPD-Kreisvorsitzende Hans-Helmut Birke.



Wenn ab 1. Mai die Einschränkungen bei der Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind aufgehoben würden, werde die Forderung von SPD und Gewerkschaften nach einem branchenübergreifenden Mindestlohn umso dringlicher, so Birke. „Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundprinzipien des zusammenwachsenden Europas“, betont der SPD-Kreisvorsitzende. „Grundlage für die Akzeptanz der grenzüberschreitenden Freiheiten ist aber die

Existenz des fairen Wettbewerbs. Und das bedeutet: gleicher Lohn für gleiche Arbeit statt Lohndumping und prekäre Arbeitsverhältnisse!“

An der Zeit ist es nach Birkes Auffassung außerdem, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Früchten des Aufschwungs beteiligt werden. „Wir brauchen starke Gewerkschaften, die gute Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das stärkt auch die Binnennachfrage und die Gesamtwirtschaft“, betont der SPD-Kreisvorsitzende anlässlich der anstehenden Mai-Aktionen.

Die DGB-Veranstaltung in Wedel beginnt mit der Zusammenkunft zum Demonstrationszug auf dem Rathausplatz um 10.30 Uhr. Nach dem Marsch durch die Stadt sind eine Kundgebung und ein Familienfest geplant.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 25.04.2011, 22:24 Uhr - 4863 Clicks - Nr. 457

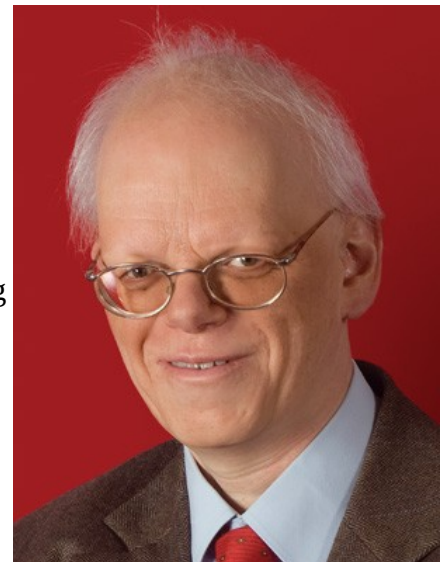
NEUE MITGLIEDER IM VORSTAND

Liebe Suchsdorferinnen,
liebe Suchsdorfer,

auf der letzten Versammlung des SPD-Ortsvereins wählten die Mitglieder gleich drei neue Beisitzer in den Vorstand. Verstärken werden den Vorstand von nun an Andreas Arend, Anemone Helbig und Erwin Witzel.

Andreas Arend wird die Internetplattform

www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf



des Ortsvereins betreuen. Sie ist bereits im Umbau, schauen Sie mal herein! Außerdem wählte der Ortsverein die Delegierten für die Kreiswahlkonferenz zur Vorbereitung der Landtagswahl. Neben den Wahlen diskutierten die Mitglieder über eine zeitgemäße Kulturpolitik in Kiel. Der frühere Vorsitzende des Kulturausschusses Cai-Uwe Lindner lieferte hierfür den Impuls. Neben den wichtigen städtischen Einrichtungen (Theater, Oper, Museen) sollte die Stadtteilkultur nicht vergessen werden. In Mettenhof organisiert Cai-Uwe Lindner jährlich die Mettenhofer Kulturtage. In Suchsdorf hat sich unser Lesefest gut etabliert. Aber es darf gerne noch mehr kulturelle Events im Stadtteil geben...

Ihr Thomas Wehner, Ratsherr
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,
Telefon: 311836,
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de
Internet: www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf,

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 25.04.2011, 23:32 Uhr - 3997 Clicks - Nr. 458

KONZEPT FÜR RUNGHOLTPLATZ WIRD ERARBEITET

KONZEPT FÜR RUNGHOLTPLATZ

Liebe Suchsdorferinnen, liebe Suchsdorfer, im Januar hat die Ratsversammlung das „Gesamtstädtische Einzelhandelskonzept“ beschlossen. Kurz zusammengefasst definiert das Einzelhandelskonzept die Voraussetzungen dafür, an welchen Standorten welcher Einzelhandel möglich sein kann. Damit soll in Kiel eine geordnete Entwicklung gefördert und Wildwuchs vermieden werden. Das Konzept ist eine wichtige Weichenstellung.

Die SPD hat die Erarbeitung intensiv begleitet und unterstützt. Gerade für die Stadtteile am Stadtrand ist das Konzept bedeutsam, da sich bei ihnen für die Nahversorgung ähnliche Fragen stellen. In Suchsdorf gilt das insbesondere für den Rungholtplatz. Für viele insbesondere ältere Menschen ist es wichtig eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit zu haben.



Auf dem Weg zur Attraktivitätssteigerung des Rungholtplatzes sind wir jetzt einen Schritt weiter. Denn auf der Grundlage des Einzelhandelskonzeptes hat jetzt der Bauausschuss beschlossen, dass (neben Steenbek/Projensdorf, Russee und Elmschenhagen) für Suchsdorf die Entwicklung eines Zentrumskonzeptes „für den vorhandenen zentralen Versorgungsbereich“ begonnen werden soll“.

Die Voruntersuchungen zum Einzelhandelskonzept hätten deutlich gemacht, dass die wohnortnahe Versorgung der Kieler Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs grundsätzlich positiv zu beurteilen sei. Deshalb sei in Suchsdorf zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des vorhandenen Versorgungsbereichs ein Zentrumskonzept zu entwickeln.

Konkret denkbar seien Gespräche mit Akteuren, Einzelhändlern und Grundeigentümern, die Anpassung des Planungsrechts, Marketingmaßnahmen über Laden- und Flächenmanagement und gestalterische Aufwertungen, bis hin zu punktuellen städtebaulichen Neuordnungen.

Baudezernent Peter Todeskino (Grüne) weist in seiner Vorlage darauf hin, dass bereits für Suchsdorf Vorarbeiten geleistet wurden. Es könne mit der (zeitaufwändigen) Umsetzung begonnen werden.

Die SPD begrüßt diese Vorlage nachdrücklich. Der Rungholtplatz benötigt dringend eine Aufwertung.

Erste Überlegungen sind vor einigen Jahren auch bereits skizziert worden. Sicherlich sind keine Wunder zu erwarten. Standortentscheidungen bleiben in der Hand der Händler bzw. ihrer Vermieter. Ist aber der Standort ersichtlich attraktiver geworden oder dieses zumindest in Sicht, fällt die Entscheidung womöglich leichter.

Eine dezernatsübergreifende Projektgruppe unter Einbeziehung der Kieler Wirtschaftsförderung soll das Zentrumskonzept erarbeiten. Der Ortsbeirat wird natürlich einbezogen. Das stimmt hoffnungsvoll.

Ihr Thomas Wehner, Ratsherr
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,
Telefon: 311836, Telefax: 3197273,
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de,
Internet:www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm
www.spd-fraktion-kiel.de

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 26.04.2011, 19:19 Uhr - 118922 Clicks - Nr. 459

Anti-Atomkraft Demonstration in Brunsbüttel

Nach einer Busrundreise durch den südlichen Kreis Steinburg trafen die Demonstranten aus dem Süden des Kreises in Wilster ein. Noch ein kurzer Fußweg zum Marktplatz und das Ziel war erreicht. Auf dem Markt gab es zunächst ein Unterhaltungsprogramm und dann Reden zum Thema.

Die Pastorin verlas einen Brief des Probstes, der den Zusammenhang zwischen Ostern und dem Kampf gegen die Atomkraftnutzung herstellte.

Dann folgten Beiträge von Bernd Voss - Die Grünen - sowie Otto Andresen (s. Bild) - SPD - die beide als Urgesteine des Protestes angekündigt wurden. Es folgte Ranka Prante -Die Linke - die als Vertreterin der Nachfolgegeneration sprach. Auch in der Runde der DemonstrationsteilnehmerInnen gab es diese Mischung aus alten Kämpen und jungen Leuten, die gemeinsam gegen die Hochrisikotechnologie demonstrierten. Im Anschluss ging es weiter nach Brunsbüttel zum z.Zt. stillgelegten Altkern, wo sich etwa 6000 Demonstranten trafen.



In Brunsbüttel wo die Demonstranten aus mehreren Richtungen zusammen trafen, begann die Hauptdemonstration.

Immer wieder wurde lauthals die Forderung nach "ABSCHALTEN" gerufen. Auch hier gab es interessante Reden und Musik. Zwischendurch wurde noch eine Direktübertragung von den auf der Elbe demonstrierenden Booten eingespielt. Es war eine eindrucksvolle Demonstration, die deutlich machte, dass die Menschen in Schleswig-Holstein und Hamburg die Kernkraftnutzung nicht (mehr) wollen. Als Botschaft blieben die Forderungen an den Atomkonzern in Brief- und Bannerform am Zaun des AKW zurück. (rr)

Hier gibt es Bilder von der Demonstration in [Wilster](#) und [Brunsbüttel](#).

Kommentar von [Isidra Taghon](#) vom 14.06.2011, 13:47 Uhr:

RE: Anti-Atomkraft Demonstration in Brunsbüttel

Es geht den Kraftwerksbetreibern immer nur um ihren Gewinn. Sie kümmern sich nicht um unsere Natur, Hauptsache sie haben ihren Profit. Jetzt reden die Konzerne davon, dass nicht genug Strom produziert würde ohne die Atomkraft, jedoch ist dies erneut nur eine Ausrede um den Ausstieg aus der Atomkraft aufzuhalten. Auch die Regierung will den Kraftwerksbetreibern entgegenkommen, indem sie den Kraftwerksbetreibern erlaubt, die Stromkontingente der sieben Atomkraftwerke, die sofort ausgeschaltet werden sollen, auf neuere Meiler zu übertragen. Ich denke, dass das alles nur zur Zeitgewinnung dient. Ich werde weiterhin gegen die Atomkraft vorgehen.

Kommentar von [Natascha Böhnisch](#) vom 27.04.2011, 07:54 Uhr:

RE: Anti-Atomkraft Demonstration in Brunsbüttel

Es war eine tolle Veranstaltung. Trotz tollem Wetter und Ostermontag konnten 6000 Leute mobilisiert werden. Das war schön!

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.04.2011, 20:22 Uhr - 13210 Clicks - Nr. 460

Friedlicher Protest am Tschernobyl-Tag

Am Ostermontag protestierten bundesweit bei herrlichem Sonnenschein über 120.000 Menschen friedlich gegen Atomkraftwerke. Bei herrlichem Wetter starteten aus Flensburg und Schleswig 4 Busse mit über 120 Leuten in Richtung Kernkraftwerk Brunsbüttel. Zu dem Protest hatten in unserer Region neben Gewerkschaften und der BI „Wir gegen Atomkraft in SL“ u. a. auch die Grünen, SSW, SPD und Die Linke aufgerufen. Eindrucksvoll war die Aktion „5 vor 12“ von den Teilnehmenden aus FL und SL in St. Michaelisdonn, wo ein Mahnmal enthüllt wurde (siehe Foto).



Auf dem Mahnmal steht: „An einem solchen Tag darf man nicht einfach sagen, unsere Kernkraftwerke sind sicher - sie sind sicher.“ Angela Merkel am 12. März 2011

In Brunsbüttel vor dem Atomkraftwerk angekommen trafen sich alle über 6000 Protestierenden, die rund um die Haupttribüne und auf den anliegenden Feldern den vielen Redebeiträgen und dem anschließenden Rock-Konzert mit u. a. „Ton, Steine, Scherben & family“ lauschten. Den Absperrzaun rund um das Atomkraftwerk nutzten viele mit bunten Karten an den Stromanbieter Vattenfall ihren Unmut zu äußern und diese an den Zaun anzubringen.

Die Tschernobyl-Proteste waren der Anfang. Es werden weitere Proteste im Mai durchgeführt bis zur Entscheidung der Bundesregierung über die Zukunft der AKW.

In Schleswig findet seit 25 Wochen jeden Montag um 17.00 Uhr vor Hertie ein Stadtspaziergang gegen Atomkraft, gegen eine Laufzeitverlängerung und für eine Politik, die für den Ausbau erneuerbarer Energien sind und die die Interessen des Volkes vertreten.

Foto: Anne Marxen

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 27.04.2011, 08:45 Uhr - 5945 Clicks - Nr. 461

SPD Ortsverein Süd lud zu Kaffee und Kuchen ein

Ein voller Erfolg waren wieder die traditionellen Kaffee-Nachmittage des SPD-Ortvereins Neumünster-Süd in verschiedenen Seniorenheimen.

Bei selbst gebackenem Kuchen konnten die Seniorinnen und Senioren interessante Gespräche mit den jeweils zuständigen Ratsmitgliedern Helga Hein, Claus-Rudolf Johna und Bernd Delfs sowie weiteren SPD-Mitgliedern führen. Aber auch die Geselligkeit kam nicht zu kurz. Schließlich animierte das für den musikalischen Rahmen engagierte Musik-Duo „Liederwind“ kräftig zum Mitsingen.

Während die Veranstaltung im „Senioren- und Pflegeheim am Sachsenring“ Premiere feierte, findet diese Feier im „Seniorenheim an der Stör“ bereits seit 26 Jahren statt. Und auch im „Propst-Riewert-Haus“ wurde bereits zum vierten Mal gefeiert.

Insgesamt nahmen an den drei Veranstaltungen über 220 Menschen teil.

„Der SPD-Ortverein möchte mit diesen Veranstaltungen auch einmal Danke sagen bei den Menschen, die in der Vergangenheit viel dafür gearbeitet haben, dass es uns heute so gut geht.“ So der langjährige, ehemalige Vorsitzende Uwe Holtz, der die Organisation mit übernommen hatte.

Keine Kommentare

Mitmach-Infostand zur Verkehrssicherheit

„Was bringt uns das schönste Verkehrskonzept, wenn es an den tatsächlichen Bedürfnissen der Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder vorbeigeplant wird?“, fragt sich die SPD-Fraktion Osterrönfeld, die vor rund einem Jahr mit ihrem Antrag zur Einrichtung von Fahrradstraßen den neuerlichen Anstoß zur Diskussion über die mangelhafte Verkehrssicherheit in Osterrönfeld gegeben hatte.



Die SPD Osterrönfeld lädt daher alle Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder zu einem "Mitmach-Infostand" ein.

Dieser findet am kommenden Samstag, den 30.04.2011 statt. In der Zeit von 09:00 Uhr bis 11:00 Uhr haben alle Interessierten nicht nur die Möglichkeit, sich am Infostand vor Kühls Gasthof in der Dorfstraße über das Thema Verkehrssicherheit in Osterrönfeld zu informieren, sondern auch selbst aktiv zu werden. Gesucht werden nämlich die Problemschwerpunkte, die jeder Osterrönfelder selbst in Sachen Verkehrssicherheit in Osterrönfeld sieht. Diese Gefahrenpunkte können an einer Straßenkarte gekennzeichnet werden, sodass alle Problemschwerpunkte übersichtlich erfasst werden können. Dabei können auch Ideen und Anregungen geäußert werden, die bei der Erhöhung der Verkehrssicherheit helfen werden. Alle am Samstag gesammelten Hinweise wird die SPD Osterrönfeld in die weiteren Beratungen der Gemeinde einfließen lassen, die hierdurch ein Verkehrskonzept für Osterrönfeld erstellen wird.

Weitere Infos zum Thema erhalten Sie hier [[mehr](#)]

--

Keine Kommentare

Maritimes Entwicklungspotenzial in Friedrichsort nutzen!

Zum Neubau der „Ebba 2“ bei Lindenau erklären der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir gratulieren Lindenau zur erfolgreichen Übergabe der „Ebba2“. Wir teilen die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Lindenau über die Zukunft der Werft.

Die Kieler Werften werden im internationalen Wettbewerb nur durch beste Qualität und durch garantierte reibungslose Abläufe bestehen können – nicht durch niedrigste Preise. Zu den reibungslosen Abläufen gehört eine verlässliche Zwischenfinanzierung und eine Zahlungszusage nach Abnahme durch die finanzierenden Bankhäuser. Insbesondere sehen wir hier die HSH Nordbank in der Pflicht, einen der weltweit größten Schiffsfinanzierer.

Den Aufbau einer Genossenschaft insbesondere zwischen den maritimen Betrieben Gebr. Friedrich Werft, der Yacht- und Bootswerft Rathje und der Lindenau Werft unterstützen wir ausdrücklich. Dabei wird es ebenfalls um eine gute Zusammenarbeit mit den Kreditinstituten gehen. Auch hier werden besonders die sich teilweise in öffentlicher Hand befindlichen Bankhäuser in die Pflicht zu nehmen sein.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 29.04.2011, 13:42 Uhr - 1546 Clicks - Nr. 464

Projekt "SALA" kann Vorbild für Stadtverwaltung sein!

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann und der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, erklären:

"Eine erfolgreiche, moderne Verwaltung muss eine wirtschaftlich und sozial verantwortlich handelnde Verwaltung sein. Dies zeigen eindrucksvoll die Erfolge des Abfallwirtschaftsbetriebs Kiel (ABK) mit seinem Projekt "Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze (SALA)": steigende Zufriedenheit der Belegschaft, sinkende Krankenstände, bessere Arbeitsfähigkeit der einzelnen Beschäftigten - und dadurch auch Kostenersparnisse. Wir unterstützen dieses Projekt ausdrücklich.

Mit dem SALA-Projekt soll die Fähigkeit der Betriebsbeschäftigten erhalten werden, ihre oft schwere körperliche Arbeit für unsere Stadt auch bis zur Rente bewältigen zu können. Dazu werden ein ganzheitliches betriebliches Gesundheitsmanagement aufgebaut, praktische Maßnahmen zur Verbesserung der Ergonomie von Geräten und Fahrzeugen umgesetzt und das ganze Projekt wissenschaftlich von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel begleitet.

Das SALA-Projekt dient der Entwicklung eines professionellen Gesundheitsmanagements und wird sowohl von der Werkleitung als auch von den Vertretungen der Beschäftigten - Personalrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenbeauftragter - getragen. Es ist ein sehr gutes Beispiel moderner Verwaltungsführung, das Vorbild für die Stadtverwaltung sein kann."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.04.2011, 18:56 Uhr - 10336 Clicks - Nr. 465

Neuwahlen auf der Jahreshauptversammlung der SPD Gaarden

Auf der gut besuchten Jahreshauptversammlung des SPD Ortsvereins Gaarden am 19. April 2011 stand der gesamte Vorstand zur Wahl.

Bei den Neuwahlen zum Vorsitzenden wurde Heinz Rudolf Jungnickel bestätigt, ihm zur Seite stehen weiterhin Serpil Midyatli und Ute Kohrs als Stellvertreterinnen.

Auch Kassierer Kurt Arndt wurde wiedergewählt. Neue Schriftführerin wurde Isabella Altunok. Ebenfalls neu sind die Beisitzern/innen Barbara Knott, Nesimi Temel und Janine Wendler, als Beisitzer bestätigt wurden der Gaardener Ortsbeiratsvorsitzende Bruno Levtzow und die beiden

Gaardener Ratsherren Michael Schmalz und Wolfgang Schulz. Revisoren sind Walter Ohls und Karlheinz Petersen.

Kommentar von [Michael Schmalz](#) vom 30.04.2011, 12:31 Uhr:

RE: Neuwahlen auf der Jahreshauptversammlung der SPD Gaarden

Die Revisoren Walter Ohls und Karlheinz Petersen wurden bestätigt, alter und neuer Seniorenbeauftragter ist Klaus Kätelhön. Neues Kreisausschussmitglied ist Henning Güthe. Zu Kreisparteitagsdelegierten wurden Serpil Midyatli, Heinz Rudolf Jungnickel, Wolfgang Schulz, Bruno Levtzow und Janine Wendler gewählt. Wir freuen uns, dass nun auch vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund aktiv im Vorstand mitarbeiten.

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 30.04.2011, 09:53 Uhr - 3719 Clicks - Nr. 466

Volkszählungsunterlagen „ZENSUS 2011“ werden verschickt

Ab Montag, d. 2. Mai 2011, werden die Unterlagen für die Volkszählung „ZENSUS 2011“ verschickt, die mit Stichtag zum 9. Mai 2011 findet zwischen Mai 2011 und Mitte 2012 die Volkszählung „Zensus 2011“ stattfindet. Die Mehrzahl der Befragungen werden zwischen Mai und Juli 2011 durchgeführt.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis und der Kreisverband Schleswig-Flensburg weisen darauf hin, dass niemand verpflichtet ist, einen Erhebungsbeauftragten in die Wohnung zu lassen.

Es kann zwar Hilfe in Anspruch nehmen, wenn es gewünscht wird. Genauso kann man aber auch den Bogen entgegennehmen und alleine ausfüllen oder die Informationen über das Internet übermitteln. Im Übrigen raten wir dringend, bei besonderen Vorkommnissen und aufdringlichen Befragern die Behörden zu benachrichtigen.

Bei der Durchführung der Volkszählung „Zensus 2011“ handelt es sich um eine staatliche Maßnahme, die Bürgern zur Teilnahme verpflichtet. Deshalb müssen diese darauf vertrauen können, dass nur absolut zuverlässige Personen an der Tür klingeln. Hierfür hat der Staat Sorge zu tragen. Die NPD und ihre Freien Kameradschaften haben ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich als Volkszähler zu bewerben.

Die Bewerberinnen und Bewerber für die Befragungen von den Erhebungsstellen - im Kreis Schleswig-Flensburg die Kreisverwaltung in Flensburg – sind nach einem Bewerbungsgespräch ausgewählt und bestellt worden.

Auch wenn die Erhebungsbeauftragten keinen Zutritt zu Wohnungen haben, ist es nicht hinnehmbar, dass sich Rechtsextremisten durch ehrenamtliche Tätigkeit Zugang zu sensiblen Daten verschaffen und, wie es die NPD in Schleswig-Holstein formuliert, „in Bürgergesprächen und mit Flugblattverteilungen die Bürger über eine wirkliche Alternative zum herrschenden Parteienkartell zu informieren“.

Weitere Informationen unter:

<http://www.zensus2011.de/>

Keine Kommentare

Gute Hinweise für das (Rad-) Verkehrskonzept

Die Gemeinde Osterrönnfeld sowie ein Planungsbüro sind derzeit dabei, ein (Rad-) Verkehrskonzept für den Ort zu erstellen, um die in manchen Teilen des Dorfes mangelhafte Verkehrssicherheit endlich zu verbessern. Stein des Anstoßes war ein Antrag der SPD-Fraktion, die vor rund einem Jahr die Einrichtung einer Fahrradstraße in Osterrönnfeld als ersten lösungsorientierten Vorschlag seit langem vorschlug, um eine notwendige Diskussion über die örtliche Verkehrssicherheit in Gang zu bringen.



Mittlerweile befindet sich die Osterrönnfelder Gemeindevertretung auf diesem Weg und erarbeitet gemeinsam mit einem dafür beauftragten Planungsbüro ein Konzept. Damit soll erörtert werden, wie die Verkehrssicherheit in Osterrönnfeld zum Wohle der Verkehrsteilnehmer, vor allem der Fahrradfahrer und Fußgänger, erhöht werden kann. Großen Wert legen alle Beteiligten auf die Einbindung der Osterrönnfelder selbst, wissen diese doch nur zu gut, wo sie selbst Gefahrenpunkte in ihrem alltäglichen Umfeld in Osterrönnfeld erleben und können daher evtl. schon eigene Anregungen geben, wie diese entschärft werden könnten.

Genau aus diesem Grund ermöglicht es die SPD Osterrönnfeld seit einem Jahr auf ihrer Internetseite sowie bei direkten Gesprächen, dass genau diese Hinweise und Anregungen geäußert werden. Außerdem veranstalteten die Osterrönnfelder Sozialdemokraten am 30. April in der Dorfstraße vor Kühls Gasthof einen „Mitmach-Infostand“, bei dem Interessierte an einer Straßenkarte die bereits erwähnten „persönlichen Gefahrenpunkte“ kennzeichnen und eigene Vorschläge zur Problemlösung geben konnten.

Auffallend war und ist, dass nicht nur bloß auf Gefahrenpunkte hingewiesen wird, sondern auch gleich mögliche Lösungsansätze mitgebracht werden. Dies verdeutlicht, dass viele sehr an einer baldigen und konkreten Erhöhung der Verkehrssicherheit interessiert sind und dafür auch aktiv mithelfen möchten.

Sowohl durch Hinweise via Internet, Mitmach-Infostand und persönliche Gespräche konnte die SPD Osterrönnfeld bereits viele sehr konkrete und helfende Aspekte für das zu erstellende Verkehrskonzept sammeln sowie durch eigene Ideen und Erfahrungen bereichern. All diese zusammengetragenen Punkte wird die SPD nun in die weitere Arbeit in der Gemeinde mitnehmen, um diese bestmöglich bei der Erstellung des Verkehrskonzeptes berücksichtigen zu lassen.

Die weiteren Sitzungen und Infoveranstaltungen sind stets öffentlich, sodass interessierte Osterrönnfelderinnen und Osterrönnfelder herzlich eingeladen sind, sich auch bei den kommenden

Gelegenheiten zu diesem Thema einzubringen. Termine werden auf dieser Internetseite bekanntgegeben [[mehr](#)]!

Mehr Infos zum Thema erhalten Sie hier [[mehr](#)] --

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 01.05.2011, 17:37 Uhr - 5722 Clicks - Nr. 468

GLÜCKSBURG; 125 JAHRE DRK-GLÜCKSBURG

Heute feiert der Ortsverband DRK-Glücksburg sein 125jähriges Bestehen.

Der Ortsverbandsvorsitzende Welschhoff begrüßte viele Ehrengäste und verdiente Mitglieder des DRK.

Der Kreisvorsitzende Johannes Petersen übergab Herrn Welchhoff die Henry Dunant Medaille für die geleistete Arbeit.

Der Festvortrag wurde von Dr. Rolf Glawischnig gehalten.

In seiner ihm eigenen, humorvollen und eloquenten Art blickte Dr. Rolf Glawischnig auf 125 Jahre Vereins- und Verbandsleben der hilfsbereiten ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Glücksburg.

Ein mit viel Beifall bedachter Vortrag endete mit einem Dank an die vielen Mitglieder des DRK Glücksburg, die in den einzelnen Sparten tätig sind.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 01.05.2011, 18:48 Uhr - 9005 Clicks - Nr. 469

Gerechter Lohn für gute Arbeit

Gerechter Lohn für gute Arbeit, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, mit diesen Forderungen stellte der schleswig-holsteinische SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig sich an die Seite der Gewerkschaften. Die Kundgebungen zum Tag der Arbeit seien auch mitnichten „Folklore“. Albig widersprach damit der aktuellen Äußerung von Gesamtmetall-Präsident Kannegiesser.



„Auch am 125. Tag der Arbeit müssen wir unsere Stimme erheben und zwar bis wir in einem Land leben, in der jede und jeder von seiner Arbeit leben kann“, sagte Torsten Albig und unterstützte die Gewerkschaften auch in ihrer Forderung nach einem Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde. Rund 1.000 Kielerinnen und Kieler nahmen an der Mai-Kundgebung teil, darunter auch die Kieler SPD-Abgeordneten Hans-Peter Bartels, Rolf Fischer, Bernd Heinemann und Jürgen Weber.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 02.05.2011, 13:10 Uhr - 5649 Clicks - Nr. 470

Interesse am Asset-Modell des UKSH nutzen!

Zum laufenden Markterkundungsverfahren für das UKSH erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch (Lübeck) und Jürgen Weber (Kiel):

Offensichtlich gibt es etliche Interessenten, die nicht an einer Privatisierung, sondern am Asset-Modell interessiert sind - dieses Interesse sollten wir nutzen! Wir können uns gut vorstellen, dass die Gebäude an einen Privatinvestor verkauft und vom UKSH zurückgemietet werden. Klar ist jedoch: Der Betrieb des UKSH muss in öffentlich-rechtlicher Verantwortung bleiben, denn er sichert die gesundheitliche Maximalversorgung und Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein. Eine Defusionierung der beiden Standorte lehnen wir ab, weil sie zu einer Schwächung der Hochleistungsmedizin führen würde. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang auch der Erhalt der Universität Lübeck mit ihrer Spitzenforschung, die eine breite Ausstrahlung in die Region hat.

Die Vorstellung, dass Hamburg den Lübecker Teil des UKSH kaufen könnte, halten wir für absurdes Theater. Das Universitätsklinikum Eppendorf, das angeblich den Campus Lübeck des UKSH übernehmen möchte, schreibt trotz besserer Rahmenbedingungen keine schwarzen Zahlen und wäre somit kein ernst zu nehmender Partner. Es würde sich mit einer Übernahme eindeutig verheben. Eine Degradierung der Lübecker Uni zur Außenstelle der Hamburger ist mit uns nicht zu machen. Die SPD lehnt die Privatisierung des UKSH und die Aufgabe des Standortes Lübeck sowie der Uni Lübeck ab!

Kommentar von [Rüdiger Sengebusch](#) vom 22.06.2011, 15:35 Uhr:

RE: Interesse am Asset-Modell des UKSH nutzen!

Das Asset Modell nutzen zu wollen, darf ja wohl nicht wahr sein !!! Dahinter steckt im Kern das teure Modell public private partnership. Man braucht sich doch bloß den lübschen Tunnel anzusehen, um zu erkennen, was da für wen mal wieder teuer wird. Private Anleger, die lukrative Geschäfte suchen, werden sich freuen, wenn der Staat so dämlich mit seinen Assen umgeht. Der Staat könnte auch in SH investieren, wenn er nur wollte, zumal es um relativ geringe Summen geht, wenn man den Bedarf mißt an anderen "notwendigen" Ausgaben für die Konvertibilität des EURO-TEURO-DESASTERS, daß Milliarden ohne Grenzen frißt. Wer Asset nutzen will, der hat keinen Durchblick im Dschungel moderner Investitionsstrategien kapitalkräftiger Geldsäcke.

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 02.05.2011, 14:57 Uhr - 113716 Clicks - Nr. 471

1. Mai 2011: Tag der guten Arbeit

Zum 1. Mai erklären der SPD-Ministerpräsidentenkandidat Torsten Albig und der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:

An diesem 1. Mai denken wir vor allem an die Menschen in Japan, die unter den Folgen von Erdbeben und der atomaren Gefahr leiden. Die Energiewende ist nicht nur eine Frage der Vernunft und der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen. Sie ist auch eine Chance für technologischen Fortschritt in unserem Land und birgt enorme Beschäftigungspotentiale. Mit Energieeffizienz, ressourcenschonenden Materialien, modernen Antriebstechniken und den weltweit führenden Entwicklungen der erneuerbaren Energien können in Deutschland viele zukunftsfähige, gute Arbeitsplätze entstehen. Das ist der Schlüssel zu einem Wachstum, das wirtschaftlichen Erfolg,

soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit verbindet.

Ab dem 1. Mai gilt die uneingeschränkte Freizügigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundprinzipien des zusammenwachsenden Europas. Grundlage für die Akzeptanz der grenzüberschreitenden Freiheiten ist die Existenz des fairen Wettbewerbs. Das bedeutet gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Bundesregierung hat diesen fairen Wettbewerb jedoch verhindert – zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Fast alle unsere europäischen Nachbarn haben einen gesetzlichen Mindestlohn und andere Regelungen, die Lohndumping - auch bei der Leiharbeit - unterbinden. Die SPD hat in der für Dumpingkonkurrenz besonders anfälligen Leiharbeitsbranche einen Mindestlohn durchgesetzt. Denn sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Der gesetzliche Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro bleibt für die SPD deshalb auf der Tagesordnung! 1. Mai als Tag der Arbeit ist für uns ein Tag der guten Arbeit.

Gerechter Lohn für gute Arbeit, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit; das alles sind keine Maximalforderungen. Es sind Mindestansprüche an eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung, in der der Wert der Arbeit geschätzt und die Würde der arbeitenden Menschen geachtet wird. Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei auf, am 1. Mai 2011 gemeinsam mit den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes für diese Ziele zu demonstrieren.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 02.05.2011, 17:18 Uhr - 7893 Clicks - Nr. 472

Einladung zum 21. SPD – Fahrradflohmkt

Schon zum 21. Mal findet am Samstag, 14. Mai 2011 der jährliche Fahrradflohmkt der SPD auf dem angestammten Platz an der Berliner Allee, in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr statt.

Karstadt Norderstedt hat den Platz freundlicherweise wieder kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Schon zum 21. Mal findet am Samstag, 14. Mai 2011 der jährliche Fahrradflohmkt der SPD auf dem angestammten Platz an der Berliner Allee, in der Zeit von 10.00 bis 13.00 Uhr statt.



Karstadt Norderstedt hat den Platz freundlicherweise wieder kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die Plätze für die Anbieter werden wieder ohne Anmeldung und Kosten zu haben sein.

Die Bürger können gebrauchte Fahrräder aller Art, Einzelteile und Zubehör anbieten. Kinderräder, aus denen die Kleinen viel zu schnell herausgewachsen sind, aber auch besonders Gebrauchsfahrräder sind bei diesem Flohmkt sehr beliebt.

„Damit wird auch deutlich, dass das Fahrrad nicht nur ein Freizeit- und Sportgerät, sondern ebenso ein praktisches, gesundes, umweltfreundliches und kostengünstiges Nahverkehrsmittel ist. Die Voraussetzungen in Planung und Wegebau für die Nutzung des Fahrrades für die täglichen Wege in der Stadt zu schaffen und damit den Fahrradverkehr zu fördern ist ein ständiges Anliegen der Norderstedter SPD.“, so Katrin Fedrowitz, Vorsitzende der Sozialdemokraten.

Neben dem Verkauf von Fahrrädern wird es auch bei diesem Flohmarkt wieder Informationen rund um das Fahrrad geben.

Der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) informiert über sein Tourenprogramm für den Sommer und bietet Radwegekarten für die nähere und weitere Umgebung an.

Im Zelt der SPD gibt es Informationen und die Möglichkeit zu Gesprächen mit Kommunalpolitikern.

Für das leibliche wird mit Grillwürstchen und alkoholfreien Getränken gesorgt sein.

Außerdem wird der Fahrradcodierer seine Dienste anbieten. Codierte Fahrräder sind sicherer gegen Diebstahl, denn die eingravierte Kennzeichnung gibt nicht nur die Möglichkeit den rechtmäßigen Besitzer zu ermitteln, sondern schreckt auch Diebe ab.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 09:58 Uhr - 6196 Clicks - Nr. 473

Niederlassungsfreundliche Infrastruktur für Ärzte
Pressemitteilung

03.05.2011

SPD Kreistagsfraktion:
Niederlassungsfreundliche Infrastruktur für Ärzte im Kreis Plön vorhalten

Die Antwort der Kreisverwaltung auf die kleine Anfrage der SPD-Fraktion zur haus- und fachärztlichen Versorgung im Kreis Plön, bezieht sich zu einem großen Teil auf Erhebungen aus dem Jahre 2009 und lässt einige wichtige Komponenten bei der Bewertung des mittelfristigen Versorgungsgrades außer Acht, die gerade für unsere ältere Generation von Bedeutung sind, stellen die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit und der sozialpolitischer Sprecher Kai Bellstedt nach Durchsicht der Vorlage fest.

Schon heute bedeutet der steigende Behandlungsbedarf altersbedingter Krankheiten, dass im Grunde mehr Ärzte erforderlich sind, um die gleiche ärztliche Leistung zu erbringen. Hinzukommt

die demographische Entwicklung, die für 2015 einen Anteil der über 60jährigen von ca. 31 % und im Jahr 2025 von ca. 39 % für den Kreis Plön prognostiziert. Das führt dazu, dass auf die 92 Hausärzte im Kreis eine Vielzahl von neuen Patienten zu kommt, wenn sich nichts an der bestehenden Bedarfsplanung, deren Grundlagen Anfang der 80er Jahre festgelegt worden ist, ändert. Die einfache Arzt-Einwohner-Relation der Bedarfsplanung bildet weder die zunehmende Alterung der Gesellschaft noch die Morbiditätsentwicklung ab.

Deshalb ist die Forderung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) nach einer kleinräumigen Bedarfsplanung, die den Versorgungsbedürfnissen gerade auch in ländlichen Regionen - wie den Kreis Plön - besser entspricht, nur zu unterstützen.

Wir sehen uns also dem Problem gegenüber, dass die Zahl der Behandlungsfälle in den nächsten Jahren steigen wird und wir deshalb versuchen müssen, dass die durch Altersabgang frei werdenden Praxisstandorte wieder neu besetzt werden können. Und da kann ich die Auffassung der Verwaltung nicht ganz teilen, dass dieses grundsätzliche Problem, Ärzte im ländlichen Bereich zu halten bzw. neu hinzuzugewinnen, ausschließlich mit dem bloßen Hinweis auf die Zuständigkeit des Bundes, Landes oder der KVSH zu heilen ist. An vielen Stellschrauben, die die Niederlassungsbereitschaft junger Ärzte fördern würden, kann weder Kreis noch Gemeinden drehen, aber an der Ausgestaltung eines niederlassungsfreundlichen Umfeldes wie z.B. Kitaplätze, Anpassung des ÖPNV, Parkplätze, Fahrdienste, Fortbildungsmöglichkeiten usw. kann gemeinsam gearbeitet werden, ist sich Helga Hohnheit sicher.

Es muss uns gelingen, ein gemeinsames Bewusstsein für die künftige Herausforderung in der ambulanten ärztlichen Versorgung im Kreis zu geschaffen, damit der ländliche Bereich auch zukünftig nicht der große Verlierer der medizinischen Versorgung wird.

Die nun vorliegende Erhebung der Kreisverwaltung mit ihrer Bewertung der Sachlage kann nur der Einstieg in einen Austausch mit allen Beteiligten, wie Kommunen, Ärzteschaft, KVSH usw. sein. Nur die breite Information untereinander kann gewährleisten, dass die richtige Weichenstellung für eine zukunftsfähige medizinische Versorgung im Kreis vorgenommen werden kann. Die SPD-Kreistagsfraktion wird einen entsprechenden Antrag in der nächsten Sozialausschusssitzung einbringen, so Kai Bellstedt abschließend.

Keine Kommentare

SPD stellt erste Weichen auf dem Weg ins Wahlkampfjahr 2012 Torsten Albig kündigt „Demokratie-Sommer“ an

Rund ein Jahr vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein hat die SPD erste Weichen auf dem Weg ins Wahljahr 2012 gestellt. Der neue Landesvorstand der SPD hat in seiner Auftaktsitzung in Abstimmung mit dem Ministerpräsidentenkandidaten der SPD, Torsten Albig, wichtige Strukturentscheidungen für die Vorbereitung des Wahlkampfes getroffen.



Die Wahlkampfzentrale der SPD, die sog. KAMPA-Nord, hat ihre Arbeit in dieser Woche aufgenommen. Hier werden jetzt Konzepte und Planungen für den Wahlkampf entwickelt. „Wir haben wieder ein tolles Team an jungen Frauen und Männern zusammengestellt, die mit viel Freude und Elan an die Sache rangehen. Die Stimmung stimmt!“ so der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner, der zuvor mit Torsten Albig die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesgeschäftsstelle willkommen hieß.

Der Landesparteitag und die Landeswahlkonferenz der SPD zur Aufstellung der Landesliste und zur Verabschiedung des Regierungsprogramms werden am 20. und 21. Januar 2012 stattfinden. Ihm vorgeschaltet sein werden die Kreisparteitage und Wahlkreis Konferenzen in den Kreisverbänden der SPD und Landtags-Wahlkreisen.

„Für die Diskussion um das Regierungsprogramm nehmen wir uns viel Zeit. Ich freue mich, dass wir für die Leitung und Koordinierung der Programmherstellung Brigitte Fronzek und Uwe Döring gewinnen konnten. Beide haben sich in den vergangenen Jahren intensiv in unserer Partei eingebracht. Ihre unterschiedlichen Erfahrungen, die sie in den Prozess mit einbringen, können wir gut gebrauchen“, so Ralf Stegner.

Torsten Albig freut sich ebenfalls über die Bereitschaft beider, für den Wahlsieg intensiv mitzuarbeiten: „Uwe Döring ist mit seiner landespolitischen Erfahrung und als zentraler Autor des Regierungsprogramms 2005 prädestiniert für diese Aufgabe. Mit Brigitte Fronzek wird eine leidenschaftliche Kommunalpolitikerin dafür Sorge tragen, dass die kommunalpolitische Sicht ein besonderes Gewicht in der Beratung unseres Regierungsprogramms erhält.“

Mit der Berufung von Döring und Fronzek zeige die SPD zudem ihren Willen geschlossen und breit aufgestellt in den Wahlkampf zu gehen. „Nach der Urwahl des Spitzenkandidaten und den Wahlen auf dem Landesparteitag haben wir keine Verlierer oder Gewinner – wir haben hoch motivierte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die zeigen wollen: Wir können es besser!“ sagte Torsten Albig.

Albig kündigte einen „Demokratie-Sommer“ in Schleswig-Holstein an, den er als Spitzenkandidat der SPD nutzen wolle, um mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes vor Erstellung des Regierungsprogramms ins Gespräch zu kommen. „Ich will von den Menschen hören, was sie wirklich wollen, wo sie der Schuh drückt und was sie für sich und ihre Familien denken, erhoffen und wünschen“ so Albig.

Mit dem „Demokratie-Sommer“ will die SPD an die erfolgreiche und gut besuchte Kandidatentour

vor der Wahl ihres Spitzenkandidaten anknüpfen. „Wir haben etwas aus unserem Experiment gelernt: Beteiligung ist ein Gewinn für alle! Wir werden auch in Regierungsverantwortung die Bürgerinnen und Bürger an Planungen und Entscheidungen aktiv einbeziehen und beteiligen. Damit fangen wir bei der Erarbeitung unseres Regierungsprogramms an!“ sagte Torsten Albig.

Der Demokratie-Sommer wird Torsten Albig in das ganze Land führen. Zentraler Bestandteil seines Programms werden die öffentlichen Zukunftsgespräche sein, zu denen alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch Vertreter von verschiedenen Organisationen eingeladen werden.

Unter dem Titel „Das Stärkste am Norden“ wird der Spitzenkandidat der SPD zudem Orte und Einrichtungen besuchen, die den gesellschaftlichen Reichtum des Landes ausmachen. „Ich freue mich darauf, die Menschen und die Orte noch besser kennen zu lernen, die unser schönes Land prägen. Das Engagement, der Ideenreichtum und die Erfahrung unserer Bürgerinnen und Bürger sind es, die unser Land stark machen. Ich möchte auch viele Orte ganz neu kennen lernen – unsere Heimat hat so viel mehr zu bieten, als die jetzige Regierung wahrnimmt oder wahrhaben will“ so Torsten Albig.

Höhepunkt der Diskussion um die Zukunft des Landes soll ein „Bürgerparteitag“ werden. Dazu sagte Torsten Albig: „Ich wünsche mir, dass zentrale Themen der Landespolitik nicht nur von uns in der Politik besprochen werden, sondern wir den Menschen im Land ein Forum bieten, sich selbst stärker und hörbar in die Debatten mit einzubringen. Dazu werde ich auch bei meiner Reise durch das Land viele Menschen einladen können. Ich bin mir sicher, dass das auch eine große Chance ist, wieder neues Vertrauen in die Landespolitik zu schaffen. Danach dürstet unser Land.“

Foto des Ministerpräsidentenkandidaten der SPD, Torsten Albig, mit dem Wahl-Countdown-Kalender der KAMPA-Nord.

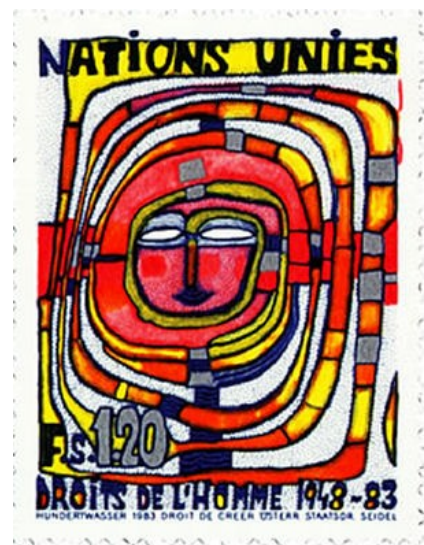
Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 14:01 Uhr - 5691 Clicks - Nr. 475

AG 60plus fährt zur Hundertwasser-Ausstellung

„Hundertwasser war nicht nur ein überaus kreativer Maler und Architekt, sondern auch einer der ersten Künstler, der sich für die Erhaltung der Umwelt eingesetzt hat,“ so Jürgen Schneider, Vorsitzender der AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn. „Wahrhaftig kreativ seine Entwicklungshilfe für arme afrikanische Staaten: er zeichnete Briefmarken-Serien für diese Länder, deren Druck dank des hohen Sammler-Wertes dann die Staatskassen füllte.“

Diese Briefmarken, eine Auswahl von Graphiken, Designer-Arbeiten und Architektur-Modelle, zeigt das Museum in Bad Schwartau in einem einzigartigen Überblick der Werke Hundertwassers.



Die AG 60plus besucht diese Ausstellung am 10.Mai 2011. Treffpunkt um 8:40 Uhr in der Bahnhofshalle Bad Oldesloe. Kostenbeitrag 20 Euro pro Person.

Nach einer Führung, die neben den Exponaten auch auf die Persönlichkeit von Friedensreich Hundertwasser eingeht, fährt die Gruppe nach Travemünde. Dort wird an der berühmten Mole noch etwas Ostseeluft geschnuppert.

Anmeldung erforderlich Tel. 04531/84603 oder juergen.schneiderbadoldesloe@t-online.de

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 14:13 Uhr - 5571 Clicks - Nr. 476

Musikhochschule Lübeck

Von November bis Februar 2011 hat eine Kommission zu Evaluation der Musikhochschule Lübeck getagt und sich mit der Struktur der Hochschule befasst. Der Untersuchungsbericht liegt seit Ende März 2011 vor und war nun Thema eines Gespräches des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion mit der Präsidentin der Musikhochschule, Prof. Inge-Susann Römhild und dem Vizepräsidenten, Prof. Dieter Mack.



Die Musikausbildung in Lübeck blickt in diesem Jahr auf eine 100jährige Geschichte zurück, hat in den vergangenen Jahren viel mit der Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem zu tun gehabt und wird sich auch künftig verändern müssen, um zu bestehen. Das Gutachten war allerdings noch so frisch, dass die Gremien der Musikhochschule es noch nicht beraten konnten. „Ein erstes Gedankenaustausch über das Gutachten hilft mir aber schon in der Einschätzung vieler Zusammenhänge sehr“, befand Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Das Gutachten sei eine gute Grundlage für konzeptionelle Überlegungen in der Zukunft.

Seit 2004 gibt es an der Musikhochschule Lübeck eine Professur für Populärmusik, besetzt mit Professor Bernd Ruf. Ruf führte den Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion durch das hochschuleigene Popstudio in der Holstentorhalle, informierte über abgeschlossene Projekte und stellte aktuelle Vorhaben und Projekte im Bereich der Populärmusik vor.

Neben der Theorie konnten die Abgeordneten auch die musikalische Praxis genießen. Den Abschluss des ersten Tages ihrer zweitägigen Klausur in Lübeck bildete das Konzert „Popgesang“ im Kammermusiksaal der Musikhochschule. Studierende der Klasse Popgesang von John Lehmann präsentierten Ergebnisse ihrer Arbeit, gespielt wurden selbstkomponierte Stücke genauso wie Klassiker und aktuelle Hits aus den Bereichen Rock und Pop.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 15:57 Uhr - 2195 Clicks - Nr. 477

Sicherheitskonzept Kieler Woche

Zum vorgelegten „Sicherheitskonzept Kieler Woche 2011“ erklären der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, sowie die ordnungspolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Karin Weichert:

„Wir begrüßen das Sicherheitskonzept zur Kieler Woche 2011, das sowohl die Sicherheitsvorkehrungen der beteiligten Behörden dokumentiert als auch als Grundlage für die Sicherheitsmaßnahmen der einzelnen Veranstalter während der Kieler Woche 2011 dient.

Unter Beteiligung der Bundespolizei, der Polizeidirektion Kiel, dem Wasserschutzpolizeirevier Kiel und zahlreichen Ämtern der Stadt ist dieses umfangreiche Werk entstanden.

Besonders hervorzuheben ist die öffentliche Vorstellung des Konzeptes. Es muss erreicht werden, dass mit diesem Konzept das Vertrauen in die Sicherheit des größten Volksfestes Nordeuropas weiter gestärkt wird. Das geht nur, wenn darüber eine breite Öffentlichkeit hergestellt wird. Wir sind sicher, dass die Landeshauptstadt Kiel alles Menschenmögliche tut, um größere Schadensereignisse zu vermeiden. Das nun vorliegende Sicherheitskonzept ist dafür eine sehr gute Grundlage.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 17:54 Uhr - 5143 Clicks - Nr. 478

Prüfantrag der SPD-Fraktion - Straßenreinigungssatzung überarbeiten

Während sich viele an dem schönen Frühling mit teils sommerlichen Temperaturen erfreuen, wird in der Osterrönfelder Politik schon über den nächsten Winter diskutiert, was komisch anmutet, aber einen ersthaften Hintergrund hat. Für die Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses der Gemeinde Osterrönfeld am 12. Mai hat die SPD-Fraktion Osterrönfeld einen Prüfantrag gestellt, der die Überarbeitung der in die Jahre gekommenen Straßenreinigungssatzung anstoßen soll.



In den letzten beiden Wintern haben große Schneemengen die meisten Gemeinden in Schleswig-Holstein, so auch Osterrönfeld, überfordert. Neben der Tatsache, dass die Schneemassen von den Anliegern kaum noch zu bewältigen waren und viele Bürgerinnen und Bürger in ihrem täglichen Leben stark eingeschränkt waren, ist aufgefallen, dass ebenso viele Bürgerinnen und Bürger ihren gemeindlichen Pflichten nicht nachgekommen sind bzw. nicht mehr nachkommen konnten.

Die Unzufriedenheit kennt dabei viele Facetten:

- Die persönliche Ohnmacht macht unzufrieden. Hilferufe beim Amt verhallen, da auch hier nur begrenzte Möglichkeiten zur Abhilfe gegeben sind.

- Die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde wird kritisiert. Sie sei veraltet und berücksichtige nicht, ...

... - dass viele Anlieger aus gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen nicht mehr in der Lage sind, selbst ihren Pflichten nachzukommen,

... - die Intensität der Winter. Die vorgesehenen Maßnahmen der Gemeinde reichen nicht aus, einem sehr strengen Winter mit viel Schneefall entgegenzuwirken.

Zudem führt Unwissenheit über die Einbindung externer Räumdienste zu weiteren Vorwürfen an die falschen Adressaten. Außerdem wird auch die Auswahl der von externen Dienstleistern zu räumenden Straßen und der Umfang der zu erbringenden Arbeitsleistung immer wieder kritisiert.

Die Fraktion der SPD beantragt daher, die Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Osterröfnfeld einer Überarbeitung zu unterziehen.

Zunächst erwartet die SPD-Fraktion Osterröfnfeld einen ausführlichen Bericht zur derzeitigen IST-Situation inklusive der aktuellen Kosten des Winterdienstes.

Die SPD-Fraktion beantragt deshalb, Zeit- und Kostenaufstellungen vorzulegen, die Auskunft geben über den aktuellen Aufwand gemeindeeigener Personal- und Materialressourcen (z. B. Arbeitszeit, Streugut, Fuhrparkstunden) sowie über extern bezogene Sach- und Dienstleistungen. Dabei ist das betroffene Straßennetz differenziert zu betrachten.

Zudem ist zu erläutern, welche Erkenntnisse die Beteiligten, speziell die Mitarbeiter des Bauhofes, in den vergangenen Wintern gesammelt haben (an welchen Stellen besteht besonderer Handlungsbedarf?), mit welchen Gegenmaßnahmen reagiert wurde, welche Vorbereitungen oder Planauswirkungen für den nächsten Wintereinbruch getroffen wurden/werden und ob bzw. welche Notfallpläne es bereits in der Gemeinde gibt.

Vorstellbar ist dann, in einem zweiten Schritt, Anforderungen bzw. Ansprüche zu formulieren, denen die Gemeinde gerecht werden möchte und kann. Es sollte erfasst werden, welche Alternativen es zu den bisherigen Vereinbarungen oder Vorgaben gibt und ein möglichst objektives und transparentes Raster gefunden werden, das die Entscheidungen für oder gegen gemeindliche Verantwortung vs. Bürgerliche Eigenverantwortung nachvollziehbar macht. Dies einbindend muss natürlich auch immer die Finanzierbarkeit ggf. notwendig erscheinender Veränderungen berücksichtigt werden.

Ziel des Antrages ist, die Satzung zu überarbeiten und die Bürger noch vor dem nächsten Winter, aber spätestens im November 2011, über die sich verändernden oder gleichbleibenden Verantwortlichkeiten und Pflichten zu informieren.

Die Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses findet am 12. Mai um 19 Uhr in der Amtsverwaltung Osterrönhof statt. Weitere Themen sind u. a.: Einwohnerfragestunde; Information über den aktuellen Sachstand zum [Verkehrskonzept](#); Beratung über die Schaffung einer BMX- und Skaterbahn; Beratung und Beschlussfassung über die Spielfläche am Bürgerzentrum; Beratung und Beschlussfassung über die Erneuerung der Straßenbeleuchtung Am Kamp; Beratung und Beschlussfassung über die Schulwegsicherung im Bereich der Straße Aukamp / Wehrau. --

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 04.05.2011, 23:19 Uhr - 6134 Clicks - Nr. 479

Öffentliches Gedenken am 8. Mai

Am kommenden Sonntag, den 8. Mai 2011, um 17 Uhr gedenken die Norderstedter Sozialdemokraten am Mahnmal auf dem Garstedter Friedhof des 66. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Alle Norderstedter Bürgerinnen und Bürger sind hierzu eingeladen.



Am kommenden Sonntag, den 8. Mai 2011, um 17 Uhr gedenken die Norderstedter Sozialdemokraten am Mahnmal auf dem Garstedter Friedhof des 66. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus. Alle Norderstedter Bürgerinnen und Bürger sind hierzu eingeladen.

„In vielen Ländern wird der 8. Mai als Tag des Sieges gefeiert. Wir gedenken der Opfer des deutschen Faschismus und ehren die mutigen Männern und Frauen, die gegen Völkermord, Krieg und Besatzung eintraten. Dieser Tag steht für das Ende des Krieges und die Befreiung vom Terrorregime der Nationalsozialisten, das die Demokratie beseitigte und millionenfachen Mord in den Konzentrationslagern, auf den Schlachtfeldern des Krieges sowie Flucht, Vertreibung, Elend und Zerstörung zu verantworten hatte. Das dürfen wir nie vergessen.

Am 8. Mai gedenken wir der zahllosen Opfer. Und das Erinnern muss zugleich Mahnung sein für heutige und künftige Generationen, dass sich die Gräueltaten des Nationalsozialismus nie wiederholen dürfen. Auch heute versuchen alte und neue Nazis wieder, mit ihrem menschenverachtenden Denken und Handeln Fuß zu fassen in der Gesellschaft.

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land ist entsetzt über das Treiben der Rechtsextremisten, und viele engagieren sich für Demokratie und Toleranz. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung“, so Katrin Fedrowitz, Vorsitzende der SPD Norderstedt.

Keine Kommentare

„Rückwurfverbot ist zentrales Thema der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik“

Brüssel: „Die zukünftige Gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union muss auf langfristige Planung setzen, statt auf kurzfristiges Quotengefeilsche“, das hat die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust anlässlich einer Anhörung deutlich gemacht, zu der die Sozialdemokratische Fraktion am Mittwochnachmittag ins Europäische Parlament eingeladen hatte.



Die gut besuchte Veranstaltung bot Vertretern von Wissenschaft, Fischereiindustrie, Nichtregierungsorganisationen, Verwaltung und Politik die Möglichkeit zu Diskussionen über den Erhalt der „Ressource Fisch“. In ihrer Begrüßungsrede betonte Rodust, der als fischereipolitischer Koordinatorin der S&D-Fraktion die Rolle der Gastgeberin zufiel, die Notwendigkeit für die verschiedenen Interessensgruppen, besser zusammenzuarbeiten.

Zwei Monaten bevor die Kommission ihre Reformvorschläge auf den Tisch legt benannte die für Fischerei verantwortliche Kommissarin, Maria Damanaki, die Beendigung von Rückwürfen als eines der zentralen Themen der GFP-Reform: Es müsse einen verbindlichen Zeitplan für ein Rückwurfverbot geben.

„Besonders gefreut hat mich auch, dass sich die Kommissarin für eine dezentralere Ausrichtung der Europäischen Fischereipolitik ausgesprochen hat“, erklärte Rodust: „Nicht jede Detailregelung muss in Brüssel entschieden werden, häufig wäre es sinnvoller, wenn vor Ort flexibler und schneller reagiert werden könnte.“

Rodusts Fazit der Veranstaltung: „Wir konnten deutlich machen, dass die Sozialdemokratische Fraktion für eine Reform eintritt, die dafür sorgt, dass unsere Europäische Fischerei am Leben bleibt, indem wir die Ressource Fisch behutsam managen und dass wir uns stark machen für Fairness in der Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern.“

Keine Kommentare

Kein Atomstrom für Landesgebäude – CDU/FDP sagt nein!

Zur heutigen Sitzung des Finanzausschusses erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Wie ernst es CDU und FDP mit dem Ausstieg aus der Atomkraft ist, zeigt ihr Verhalten zur Ausschreibung für den Strombezug der Landesliegenschaften. Hintergrund: Die GMSH hat in der Osterpause das gesamte Stromnetz für die Landesgebäude, zu denen auch der Landtag gehört, neu ausgeschrieben.

Sie hat jedoch keine Vorgabe dahingehend gemacht, dass anstelle von Atomstrom Ökostrom angeboten werden soll. Deshalb haben die Oppositionsparteien gefordert, dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Finanzausschuss-Sitzung zu nehmen. Dies wurde von CDU und FDP mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt. Da die Ausschreibung jedoch nur noch bis Ende dieser Woche geändert werden könnte, ohne dass sie angreifbar und zu Vergabenaachprüfungsverfahren führen würde, müsste der Ausschuss heute entscheiden. CDU/FDP lehnen jegliche Debatte und Information über das Thema ab!

Wer, wie die Regierungsfractionen, fordert, dass z. B. die AKWs Brunsbüttel und Krümmel nicht wieder ans Netz gehen und Deutschland so schnell wie möglich aus der Atomkraft aussteigen soll, müsste seinen Reden auch Taten folgen lassen. Die Gelegenheit wäre nun da: Schwarz-Gelb hat sie ungenutzt verstreichen lassen und macht sich damit unglaubwürdig. Sie entlarven sich damit als scheinheilige Wendehälse. So ist der „schnellstmöglich Atomausstieg“, wie ihn z. B. die FDP in Schleswig-Holstein fordert, nicht zu erreichen. Da muss man schon mit gutem Beispiel vorangehen!"

Keine Kommentare

Beim Kita-Ausbau ist Kiel landesweit Spitze!

Zur heutigen (5.5.2011) Sitzung des Jugendhilfeausschusses erklären der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhard Hanns, der jugendpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Markus Engelmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Fortschreibung der Kindertagesstätten-Bedarfsplanung:

"Wir bauen in Kiel die Kita-Plätze weiterhin massiv aus. Vor allem im Bereich der Betreuung der unter dreijährigen Kindern gehen wir in großen Schritten voran. Wenn wir weiterhin am Ball bleiben, können wir unsere Ziele bis 2013 erreichen: eine Versorgungsquote für die Betreuung der unter dreijährigen Kinder von 35 %, für die Drei- bis Sechsjährigen von 100 % und für die Schulkinder (Hort und betreute Grundschulen) 50 %.

Mit dem eingeführten Wartelistenprogramm konnte erreicht werden, dass sich das Anmeldeverfahren für einen Kita-Platz deutlich verbessert gestaltet. Eltern werden sich dadurch nicht mehr gezwungen sehen, ihre Kinder in mehreren Kita "vorsichtshalber" anzumelden. Damit

wird ein Teil unserer Forderung im Kooperationsvertrag nach mehr Transparenz und höherer Effizienz bei der Kitaplatzvergabe wird damit Rechnung getragen.

Im Landesvergleich ist Kiel ganz vorne dabei, vor allem was die Anzahl der Betreuungsplätze, die Dauer der Angebote und die verbesserte Betreuung in Randzeiten betrifft.

Es bleibt noch einiges zu tun. So werden künftige Schwerpunkte und Herausforderungen an die politische Gestaltungskraft sein, die Rahmenbedingungen für eine gute frühkindliche Bildung zu garantieren, Stadtteile mit großen Lücken zwischen Angebot und Nachfrage zu unterstützen (also vor allem Suchsdorf und Meimersdorf), die konkrete Ausgestaltung der Umstellung auf subjektorientierte Finanzierung zu begleiten und eine verbesserte Schulkindbetreuung, vor allem an Schulen, umzusetzen."

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 05.05.2011, 19:17 Uhr - 42574 Clicks - Nr. 483

Kein Atomstrom für Landesgebäude – CDU/FDP sagt nein!

Zur Sitzung des Finanzausschusses am 05. Mai 2011 erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



Wie ernst es CDU und FDP mit dem Ausstieg aus der Atomkraft ist, zeigt ihr Verhalten zur Ausschreibung für den Strombezug der Landesliegenschaften. Hintergrund: Die GMSH hat in der Osterpause das gesamte Stromnetz für die Landesgebäude, zu denen auch der Landtag gehört, neu ausgeschrieben. Sie hat jedoch keine Vorgabe dahingehend gemacht, dass anstelle von Atomstrom Ökostrom angeboten werden soll. Deshalb haben die Oppositionsparteien gefordert, dieses Thema auf die Tagesordnung der heutigen Finanzausschuss-Sitzung zu nehmen. Dies wurde von CDU und FDP mit fadenscheiniger Begründung abgelehnt. Da die Ausschreibung jedoch nur noch bis Ende dieser Woche geändert werden könnte, ohne dass sie angreifbar und zu Vergabennachprüfungsverfahren führen würde, müsste der Ausschuss heute entscheiden. CDU/FDP lehnen jegliche Debatte und Information über das Thema ab!

Wer, wie die Regierungsfractionen, fordert, dass z. B. die AKWs Brunsbüttel und Krümmel nicht wieder ans Netz gehen und Deutschland so schnell wie möglich aus der Atomkraft aussteigen soll, müsste seinen Reden auch Taten folgen lassen. Die Gelegenheit wäre nun da: Schwarz-Gelb hat sie ungenutzt verstreichen lassen und macht sich damit unglaubwürdig. Sie entlarven sich damit als scheinheilige Wendehälse. So ist der „schnellstmöglich Atomausstieg“, wie ihn z. B. die FDP in Schleswig-Holstein fordert, nicht zu erreichen. Da muss man schon mit gutem Beispiel vorangehen!

Kommentar von [Hans Peter Robin](#) vom 06.05.2011, 06:42 Uhr:

RE: Kein Atomstrom für Landesgebäude – CDU/FDP sagt nein!

Habt Ihr ein anderes Verhalten erwartet ? Gleiches haben wir in Rendsburg erlebt - große Worte von CDU und FDP zum Ausstieg, als es dann zur Abstimmung kam, waren sie dagegen, wegen der geringfügigen Kostensteigerung. Mehrheitlich wurde aber der SPD-Antrag Umstieg auf Naturstrom für städtische Liegenschaften und Straßenbeleuchtung zum 01.07.11 beschlossen.

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 05.05.2011, 19:24 Uhr - 7093 Clicks - Nr. 484

Torsten Albig überzeugte in Norderstedt

Der Spitzenkandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten. In seiner erfrischenden Vorstellung nannte Torsten Albig seine vier Schwerpunkte für den kommenden Landtagswahlkampf: Bildung, Familien, Umwelt und Finanzen.

Vor 80 interessierten Norderstedter Bürgern präsentierte sich der frisch gewählte Spitzenkandidat der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche.

In seiner erfrischenden Vorstellung nannte Torsten Albig seine vier Schwerpunkte für den kommenden Landtagswahlkampf: Bildung, Familien, Umwelt und Finanzen.

Norderstedts SPD-Vorsitzende Katrin Fedrowitz freute sich über die gut besuchte Veranstaltung und sicherte Torsten Albig die volle Unterstützung der Norderstedter Genossen zu.

Während der rund zweistündigen Veranstaltung nutzten viele Besucher die Gelegenheit Torsten Albig nach seinen Vorstellungen für ein besseres Schleswig-Holstein zu befragen.

Torsten Albig machte in seiner Vorstellung deutlich:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben eine gute Chance, bei der nächsten Landtagswahl die schwache schwarz-gelbe Regierung abzulösen. Es reicht dafür aber nicht, dass wir das bessere Programm haben. Wir müssen es auch in der Staatskanzlei umsetzen können. Dazu müssen wir stärkste Fraktion im nächsten Landtag werden.

Schleswig-Holstein ist ein starkes Land. Es braucht endlich wieder einen starken Ministerpräsidenten, der nicht nur scheinbaren finanziellen Sachzwängen hinterher verwaltet, sondern der dem Land wieder eine klare Richtung gibt.

Schleswig-Holstein muss ein modernes europäisches Land sein, das die klugen Köpfe wieder anlockt und nicht abschreckt. Anstatt immer nur zu sagen "Zu teuer", wird unsere Antwort wieder sein: **"Wir suchen neue Wege. Und wir finden sie auch!"**.“

Katrin Fedrowitz überreichte zum Dank zwei Pakete von Norderstedts „Fairflixt goot!“-Kaffee an Torsten Albig, verbunden mit dem freundlichen Hinweis, dass spätestens wenn die Pakete verbraucht sind, er doch wieder nach Norderstedt kommen solle. Der Spitzenkandidat nahm die Einladung gerne an und freute sich auf einen aktiven und spannenden Wahlkampf mit den Norderstedter Genossen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 07.05.2011, 11:29 Uhr - 6078 Clicks - Nr. 485

SPD-Kreistagsfraktion bei der Kreisfeuerwehrzentrale

5. 5. 2011

SPD-Kreistagsfraktion bei der Kreisfeuerwehrzentrale

„Rund um die Uhr“ für die Menschen im Kreis Plön tätig

Anlässlich eines Besuches der SPD-Kreistagsfraktion konnten sich die Mitglieder der Fraktion über die



umfassende und eindrucksvolle Arbeit der Kameradinnen und Kameraden in der Kreisfeuerwehrzentrale informieren. Der Kreiswehrführer, Herr Manfred Stender, begrüßte die Gäste und gab einen ausführlichen Bericht über die Arbeit in der Zentrale.

Für die 108 Feuerwehren in 85 Gemeinden, mit 45 Jugendfeuerwehren und 3302 aktiven Frauen und Männern im aktiven Dienst, ist die Zentrale in Plön die Koordinierungsstelle für alle Belange der Feuerwehren. Die Kreisfeuerwehrzentrale ist auch die technische Überwachung der Feuerwehren im Kreis Plön. Hier werden die halbjährlichen Atemschutzgeräte-Prüfungen sowie die jährlichen Prüfungen der technischen Geräte auf den Fahrzeugen durchgeführt.

Vor allem ist sie Ausbildungsstätte für die Frauen und Männer im blauen Rock. Eindrucksvoll demonstrierten die Kameraden in der Atemschutzübungsanlage den Ernstfall und zeigten insbesondere ihre Übungen, die nötig sind, um ständig auf dem höchsten Niveau die Arbeit verrichten zu können.

Den Mitgliedern der Fraktion wurde wieder einmal sehr deutlich, welche große Bedeutung und welchen hohen Rang die Feuerwehr im Kreis Plön hat. Anl. der Besichtigung der vielen speziellen Ausbildungsräume und Werkstätten war auch zu erkennen, dass bauliche Veränderungen notwendig sind, um zu gewährleisten, dass die Arbeit optimal geleistet werden kann. Über das bereits erarbeitete Gesamtkonzept wurde diskutiert. Der Kreistag hat mit der Bereitstellung der Planungskosten in 2012 auch die grundsätzliche Bereitschaft für notwendige Maßnahmen anerkannt. Bei der konkreten Planung, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen müsse man noch einmal den Gesamtumfang der Maßnahmen erörtern. Die Feuerwehr und der Kreis verbindet eine enge Sicherheitspartnerschaft, und die beinhaltet Verpflichtungen für beide Seiten, die jedoch finanziell machbar sein müssen.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Sie haben uns heute eindrucksvoll gezeigt, wie oft und mit welchem Umfang sie ihre Arbeit machen, das ist Schwerstarbeit. Sie leisten einen gefährvollen Dienst mit hoher Belastung, nicht nur körperlich. Es gilt auch immer einen klaren Kopf zu behalten in ungewohnten unübersichtlichen Situationen.

Vielen Dank für das große ehrenamtliche Engagement hier in Plön, aber vor allem auch in den Feuerwehren vor Ort, kommen Sie gut zurück von Ihren Einsätzen im vor uns liegenden Jahr.“

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 07.05.2011, 18:42 Uhr - 5540 Clicks - Nr. 486

Arbeitnehmerempfang in Kiel

Arbeitnehmerempfang der SPD Schleswig-Holstein

Der SPD-Landesverband Schleswig-Holstein gab am 07. Mai in Kiel im Gewerkschaftshaus seinen Arbeitnehmerempfang. Für den verhinderten Landesvorsitzenden Ralf Stegner begrüßte Andreas Breitner alle Teilnehmer. Der Vorsitzende des DGB Bezirks Nord Uwe Polkaehn richtete in seiner Rede den Blick auf die verfehlte Politik auf Bundes- und



Landesebene. Die Wackelei beim Atomausstieg der Bundesregierung und das Kürzen z.B. beim Blindengeld im Lande sei eine Schande. Ein gesetzlicher Mindestlohn von € 8,50 bringt dem Staat 8 Milliarden Steuermehreinnahmen, wenn die Bundesregierung es nur will. Zum Schluß stellte der SPD-Kandidat für das Ministerpräsidentenamt Torsten Albig seine Vorstellungen von Bürgerbeteiligung vor. Am Schluß gab es noch eine lebhafte Diskussionsrunde unter der Leitung der Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum. Im Schlußwort versprach Torsten Albig, bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten im nächsten Jahr wird er sofort den Arbeitnehmer-Empfang unter seiner Regie durchführen.

Foto: H. Ulbrand

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 08.05.2011, 13:35 Uhr - 5015 Clicks - Nr. 487

Hans Wiesen zum 75 Geburtstag

AfA Landesvorstand gratuliert Hans Wiesen zum 75. Geburtstag

Hans war ein langjähriger Wegbegleiter der AfA in Schleswig-Holstein. Fast 10 Jahre war er stellv. Bundesvorsitzender der AfA und hat sich immer in Fragen die Arbeitnehmer betrafen in der Partei und der sozialdemokratisch geführten Landesregierung stark engagiert. "Er war das Sprachrohr der Arbeitnehmer und der AfA, auf ihn konnte man sich immer verlassen", so der Landesvorsitzende Wolfgang Mädels.

Wir begrüßen ausdrücklich die Würdigung und Anerkennung, die die Gesamtpartei unseren Kollegen Hans Wiesen zukommen lässt.

75. Geburtstag von Hans Wiesen: SPD verleiht ihm die Willy-Brandt-Medaille und die Ehrenmitgliedschaft

Am 7. Mai 2011 feiert Schleswig-Holsteins ehemaliger Minister Hans Wiesen seinen 75. Geburtstag. Dazu gratuliert der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner mit folgenden Worten: „Im Namen der gesamten Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein ist es mir eine Freude und Ehre, Hans Wiesen zum 75. Geburtstag zu gratulieren. Für das neue Lebensjahr wünschen wir ihm alles erdenklich Gute, immer ein gutes Blatt beim Skat und vor allem Gesundheit.

Hans Wiesen hat in vielen, vielen Jahren besonderes für die Sozialdemokratie und das Land Schleswig-Holstein geleistet. In verschiedenen Funktionen und Mandaten hat er zum Erfolg der Sozialdemokratie beigetragen. Hans Wiesen lernte Politik von der Pike an. Er war Mitglied im Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Bordesholm und einige Jahre Mitglied im Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Sechs Jahre war er Kreisvorsitzender der SPD in Rendsburg-Eckernförde und gut 23 Jahre gehörte er dem SPD-Landesvorstand an.

Im Land bekannt wurde Hans Wiesen als Abgeordneter des Landtages, dem er 23 Jahre angehörte (1975-1998). Sein Metier war die Landwirtschafts- und Umweltpolitik. Nach dem Regierungswechsel 1988 wurde er von Björn Engholm in das erste sozialdemokratische Kabinett seit 38 Jahren berufen. Als ausgebildeter Landwirt und versehen mit viel landespolitischer Erfahrung war er prädestiniert für das Amt des Landwirtschaftsministers, welches er auch im Kabinett Simonis bis 1998 mit Leidenschaft ausfüllte.



Hans Wiesen ist ein Politiker, der in seiner aktiven Zeit immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte von Bürgerinnen und Bürgern hatte – auch und gerade für diejenigen aus eher benachteiligten Schichten. Er war im Wortsinn immer ein „Politiker zum Anfassen“, ein „Kumpel“, verlässlich und überaus beliebt bei den Menschen im Lande: ein typischer, uriger Schleswig-Holsteiner.

In einer Feierstunde wird die SPD Schleswig-Holstein – vertreten durch den Landesvorsitzenden - Hans Wiesen mit der Willy-Brandt-Medaille für die besonderen Verdienste um die Sozialdemokratie ehren. Sein Ortsverein Bordesholm verleiht ihm in diesem Rahmen die Ehrenmitgliedschaft.

Wir freuen uns und sind stolz Hans Wiesen in unserer Mitte zu haben.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.05.2011, 15:25 Uhr - 5833 Clicks - Nr. 488

Werben mit der Europa-Union

In ganz Deutschland wird jedes Jahr in Erinnerung an die „Schuman-Erklärung“ vom 9. Mai 1950, die den Grundstein für die heutige Europäische Union legte, als gemeinsame Aktion der deutschen Länder, der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments die Europawoche gefeiert. 2011 beteiligte sich Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Kreisvorsitzender der SPD-Stormarn, aus diesem Anlass an einem Informationstand der Europa-Union.



„Vor allem die Finanzen der Europäischen Union beschäftigten die Menschen“, berichtet Habersaat von seinen Gesprächen. Wie geht es weiter mit Griechenland? Warum profitiert Deutschland vom Euro? Wie schaffen wir es, die Schulden der europäischen Staaten abzubauen? Diese und andere Fragen diskutierte der Abgeordnete und die Mitglieder der Europa-Union mit den Passanten auf dem Gliner Markt. „Die Europäische Idee sorgt seit über 60 Jahren für Frieden und Wohlstand. Dafür zu werben und sie weiterzuentwickeln ist eine lohnende Aufgabe“, befand Habersaat.

Die Europa-Union ist eine unabhängige und überkonfessionelle Bürgerbewegung. Ihr Ziel ist, dass die Bürger und Bürgerinnen an der Einigung Europas beteiligt werden. Die Europa-Union Deutschland ist keine politische Partei, sie arbeitet über Partei- und Ländergrenzen hinweg für die europäische Einheit. Der Ortsverband Glinde wurde gegründet mit dem vorrangigen Ziel, sich für die Förderung der Völkerverständigung zu engagieren und dies auf lokaler Ebene von Mensch zu

Mensch und überregional / international zu praktizieren.

Link: <http://www.europa-union-glinde.de/>

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.05.2011, 15:39 Uhr - 2857 Clicks - Nr. 489

AG 60plus: Wie finde ich das richtige Pflegeheim?

Margot Sinning informiert am 25. Mai über Pflegeheime

15.30 - 17.30 Uhr, Delingsdorf

Irgendwann geht es nicht mehr anders, eines Tages stellt sich die Frage: „Ich muss ins Heim, was nun?“ Meist sehr schnell müssen dann viele Fragen gelöst werden. Welches Heim nehme ich? Auf dem Land oder in der Nähe der bisherigen Wohnung? Reicht meine Rente? Kriege ich noch ein Taschengeld?

Ihren nächsten Bunten Nachmittag hat die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn dem Thema : „Wie finde ich das richtige Pflegeheim?“ gewidmet.

Die Kreistagsabgeordnete Margot Sinning (SPD), Vorsitzende des Stormarner Sozial- und Gesundheitsausschusses, wird die dabei auftretenden Probleme erklären und alternative Lösungsmöglichkeiten ausführlich erläutern und auf viele Fragen eingehen. Was leistet die Pflegeversicherung? Betreutes Wohnen oder Wohnheim? Wer prüft die Heime? Gibt es einen Heim-TÜV? Was bieten die Heime? Kann ich mich gegen „Ruhigstellen“ wehren? Was mache ich, wenn ich für eine Tasse Tee 3 Euro bezahlen soll? Welche Rechte hat der Heimbeirat? Natürlich können von den Gästen noch weitere Fragen gestellt werden.



Wie immer haben wir auch wieder eine Kultur-Ecke. Diesmal wird Niels-Peter Horn etwas vorlesen. Der Nachmittag findet statt am Mittwoch, dem 25. Mai im Bürgerhaus Delingsdorf, An der Friedenslinde 1 (B75 Ortsmitte an der Telefonzelle/am Teich, Buslinie 8110 bis Delingsdorf/Dorfstraße). Der Eintritt ist frei. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen wird um Anmeldung gebeten bei Jürgen Schneider 04531/84603; juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 08.05.2011, 16:35 Uhr - 3900 Clicks - Nr. 490

13. Gliner Fischzug

Mühlenteich Glinde - Ein abwechslungsreiches Programm boten Gliner Vereine und Verbände den großen und kleinen Gästen beim 13. „Gliner Fischzug“; bei bestem Wetter war auch der SPD-Ortsverein Glinde dabei. Die Sozialdemokraten hatten auch in diesem Jahr ihr Glücksrad und leckere Preise mitgebracht.

Andere Spiele waren Magnetangeln, Aalfischen, Aalzielwurf etc. Auf ihren Rundgängen trafen sich am Stand der SPD auch Bürgermeister



Rainhard Zug und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Mit Marietta Exner plauderte man über eine geplante Ausfahrt des Diskusstreffs 60plus zur Landesgartenschau.

Keine Kommentare

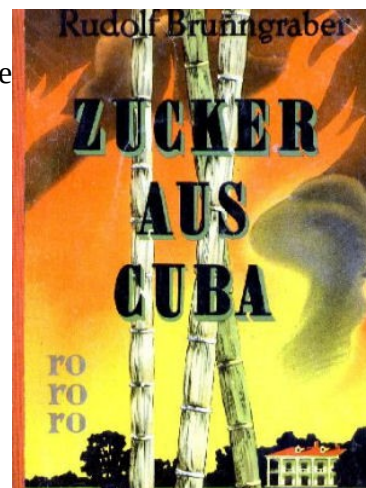
[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.05.2011, 17:26 Uhr - 6948 Clicks - Nr. 491

Rezension: Rudolf Brunngraber - Zucker aus Cuba

Der Wiener Rudolf Brunngraber (1901-1960) widmete sich vornehmlich der Form des Tatsachenromans, der sich eng an historische Vorlagen hält. Mit „Zucker aus Cuba“ gelang ihm, der später Präsident der sozialistischen Journalisten und Schriftsteller Österreichs wurde, 1941 ein Bestsellererfolg im nationalsozialistischen Deutschland. Geschildert werden die Jahre 1915 - 1933, die Cuba zunächst einen märchenhaften Aufschwung bescherten, dann aber auch einen tiefen Fall.

Fortsetzung hier:

http://www.martinhabersaat.de/Rezension_Brunngraber_Zucker.html



Keine Kommentare

Frühlingsgespräche der SPD ein voller Erfolg

Am Montag, den 2. Mai, fanden im Rathaus von Schwarzenbek die Frühlingsgespräche der SPD statt. Als Hauptredner hierfür stand der Spitzenkandidat um das Amt des Ministerpräsidenten der SPD, Torsten Albig, bereit.



Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden, Peter Eichstädt, den Fraktionsvorsitzenden, Gunar Schlage und der Vorsitzenden des OV Schwarzenbek, Josefin Francke, bekam Torsten Albig die Gelegenheit zu einer einführenden Rede. Darin bezog Albig klare sozialdemokratische Positionen. So sprach sich der Kieler Oberbürgermeister deutlich für einen generellen gesetzlichen Mindestlohn aus. "Es darf keine Lohnsklaven in unserem Land geben", so Albig. Er machte dabei auch deutlich, dass Menschen erst gar nicht in eine Situation kommen dürfen, in der sie auf Mindestlöhne angewiesen sind. Konsequenterweise müsse in Bildung investiert werden, auch wenn dies bedeute, auf andere Dinge verzichten zu müssen.

Im Anschluss diskutierte Albig mit Änne Rickert-Petrick vom Regionalen Berufsbildungszentrum des Kreises, Dr. Heiko Behrens von Dan Tabacco, Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord und Frank Ruprecht, Bürgermeister von Schwarzenbek.

Nach den Diskussionsrunden hatten die Gäste Gelegenheit, bei einem Imbiss, Getränken und netten Gesprächen den Abend ausklingen zu lassen.

Eines wurde an diesem Abend deutlich: Schleswig-Holstein muss wieder SPD regiert werden. Mit einem klaren Wertekompass und einem starken Ministerpräsidenten. Die SPD wird in der Bevölkerung um Vertrauen werben, damit dieser Ministerpräsident Torsten Albig heißt.

David Welsch, Pressereferent

Keine Kommentare

SPD-Fraktion im Schönberger Gemeinderat

5.5.2011

SPD-Fraktion Schönberg besucht die Ostseeklinik Schönberg-Holm:

Ein Schmuckstück; hier kann man gesund werden!

Bürgermeister Wilfried Zurstraßen, stellvertr. Bürgermeisterin Antje Klein, Fraktionsvorsitzender Dieter Winkler, Gemeindevertreter Uwe Kassler und Ortsvereinsvorsitzender Peter Domeier

informierten sich anl. eines Besuches in der Ostseeklinik über die Arbeit. Die Ostseeklinik ist eine zertifizierte Klinik zur stationären medizinischen Rehabilitation einschließlich Anschlussheilbehandlung / Anschlussrehabilitation und für Prävention.

Die Gäste wurden von dem Geschäftsführer Herr Fettweis begrüßt und über die Geschichte der Klinik und über die Umbaumaßnahmen informiert. In eindrucksvoller Weise schilderte Herr Fettweis die vielen Entscheidungen und Erneuerung der Klinik. Mit einem Gesamtvolumen von 18 Mio. € wurde ein neues Bettenhaus gebaut, Umbaumaßnahmen finanziert und viele Erneuerungen im therapeutischen Bereich finanziert. Die Entscheidung wurde zugunsten der Arbeitsplätze getroffen, insgesamt gibt es 175 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Klinik, somit ist sie der größte Arbeitgeber in Schönberg. Die Klinik erzielt 9 Mio. € Umsatz und hat sich durch viele Verbesserungen und Erneuerungen neu aufgestellt und ist somit sehr erfolgreich. Für viele Patienten ist das gute Angebot, das Qualitätsmanagement, die integrierte Versorgung und letztlich die besondere Lage an der Ostsee ausschlaggebend, die Klinik zu belegen. Der Geschäftsführer dankte dem Bürgermeister und den Gemeindevertretern für die gute Zusammenarbeit, die Unterstützung insbesondere beim Bau der neuen Klinik war groß, schnell und unbürokratisch wurden die Bauanträge seitens der Gemeinde behandelt, um das Projekt auf den Weg zu bringen.

Sanitätsgeschäft für Schönbergerinnen und Schönberger Bürger

Ab 1. April 2011 gibt es auch ein Sanitätsgeschäft in der Klinik, damit ist eine bedeutende Versorgungslücke geschlossen. Das Ladengeschäft bietet den Kunden ein breites Sortiment an Mobilitätshilfen, Kompressionstherapie sowie Pflege- und Alltagsprodukten anbieten. Der Kunde wird von einer Assmann-Mitarbeiterin beraten und versorgt. Geschäftsführer, Thomas Fettweiß: „Wir wollten die Neueröffnung und das erweiterte Konzept unserer Klinik nicht nur unseren Gästen, sondern allen Bewohnern des Umlandes öffnen. Hier, wo wir seit so vielen Jahren freundlich aufgenommen werden, möchten wir uns auch für das Umland engagieren. Auf der Suche nach einem Partner ist Sanitätshaus Assmann eine gute Adresse. Seit vielen Jahren ein verlässlicher Partner in der Gesundheitsvorsorge und -therapie.“

Auch eine medizinische Fußpflegerin hat sich dort etabliert. Kiosk und Frisör runden das Angebot für die Patienten ab.

Die Gäste wünschten dem Geschäftsführer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute und weiterhin viel Erfolg: „Was für die Ostseeklinik gut ist, ist auch für Schönberg gut“.

Strompool – ein wichtiger Stromvermittler in der Region

Im Rahmen der Schönberger Zukunftsgespräche führten Mitglieder der SPD-Fraktion ein Informationsgespräch mit den Vorstandsmitgliedern des Strompool Probstei e.G., Wilhelm Westendorf und Peter Zimmermann.

In eindrucksvoller Weise schilderte Wilhelm Westendorf die Idee des SPD-Ortsvereins Probsteierhagen 2007, sich gegen ständige Erhöhungen der Strompreise zu wenden und hier eine Initiative zu gründen. Die erste Zusammenkunft war ein voller Erfolg, denn der Zuspruch der

Bürgerinnen und Bürger war groß, und 2008 wurde die Genossenschaft gegründet. Seitdem hat sich der Strompool zur Aufgabe gemacht, Strom zu vermitteln. Außer der Vorstandsmitgliedern gibt es vielen Orten der Probstei kundige Vertrauensleute, die die Menschen beraten.

Bedingt durch die Veränderungen im Klimawandel und insbesondere nach den Ereignissen in Fukushima hat sich das Bewusstsein der Menschen in Energiefragen sehr verändert und der Bedarf an Naturstrom, der ausschließlich vom Strompool vermittelt wird, ist immens gewachsen.

Die SPD-Fraktion wird im Gemeinderat am 26. Mai einen Antrag stellen, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen sämtliche Einrichtungen der Gemeinde statt mit Atomstrom mit Ökostrom versorgt werden können. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dieter Winkler, betonte, dass gerade die Kommunen eine Vorbildfunktion übernehmen müssen.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion dankten Wilhelm Westendorf und Peter Zimmermann für die Information und stellten fest, dass sie mit Ihrem großen Engagement einen bedeutenden Beitrag zur Energiewende beisteuern. Mit 3.600 Verträgen für Stromverträge und insgesamt 4.800 Interessenten arbeiten Strompool und Bürgerinnen und Bürger vertrauensvoll zusammen.

Bericht aus der Gemeindevertretung zu unserem Antrag Ökostromprüfung.

Der Bürgermeister hat zur Sitzung eine Vorlage mit einer Gegenüberstellung der „Graustromkosten“ von 2008 und der Kosten für Öko-/Naturstrom nachgereicht und damit quasi unseren Antrag schon erfüllt.

Aus den gelieferten Zahlen konnte man ersehen, dass durch eine Umstellung auf Naturstrom nur geringe Mehrkosten entstehen werden.

Bei einem Kostenvolumen von ca. 200.000,-€ würde bei dieser Rechnung lediglich eine Verteuerung von etwa 5.000,- € zu Buche stehen.

Diese Summe wird sich mit großer Wahrscheinlichkeit noch verringern wenn man die Graustrompreise noch auf das augenblickliche Preisniveau hochrechnet.

Das bestätigte auch der anwesende Vertreter des Strompools Probstei Herr Peter Zimmermann. Er errechnete sogar einen Preisvorteil von Naturstrom gegenüber Graustrom.

Das war für die SPD-Fraktion Anlass genug Nägel mit Köpfen zu machen.

In einem zusätzlichen Antrag baten wir die Gemeindevertretung hier und heute zu beschließen: Die Verwaltung soll bei der zum Jahresende fälligen Neuausschreibung für sämtliche gemeindlichen Einrichtungen Naturstrom auszuschreiben.

Nach kurzer Diskussion folgte die Vertretung einstimmig unserem Antrag.

Ich denke das war eine zukunftsweisende Entscheidung, die auch richtig ist, wenn sich wider Erwarten eine geringe Verteuerung herausstellen sollte.

Wie gesagt wir wollen dass die Gemeinde eine Vorbildfunktion übernimmt und viele Bürger ihr nacheifern.

Es ist zwar noch ein Traum, aber wenn kein Strom mit Atomanteilen mehr gekauft wird, dann erledigen sich das Abschalten der Atommeiler und das Geschacher der Bundesregierung mit der Atomlobby hoffentlich von selbst.

Dieter Winkler
SPD Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.05.2011, 20:14 Uhr - 6171 Clicks - Nr. 494

Die feste Fehmarnbeltquerung – Chancen und Risiken für Stormarn und die ganze R

Für zwei Tage zog sich die SPD Kreistagsfraktion auf Fehmarn zur Klausurtagung zurück, um sich über die geplante feste Fehmarnbeltquerung und die damit verbundenen Chancen und Probleme sowie die Auswirkungen auf den Kreis Stormarn zu informieren. Gespräche wurden sowohl mit Vertretern der Dänischen Betreibergesellschaft als auch des Aktions-bündnisses gegen die feste Querung geführt. Gäste waren auch von der SPD-Kreistagsfraktion Ostholstein und der Ortsfraktion Fehmarn gekommen.

„Die feste Querung, voraussichtlich in Form eines Absenktunnels, wird kommen“ ist sich der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel sicher. Die SPD-Fraktion sieht darin große Chancen für Wirtschaft und Tourismus, erkennt aber auch die Probleme für die betroffene Region und die Umwelt. Hier gilt es, durch geeignete Techniken und Ausgleichsmaßnahmen die Beeinträchtigungen auf ein Mindestmass zu beschränken.

In der politischen und damit finanziellen Verantwortung Deutschlands steht die Hinterlandbindung. „Hier muss die Bundesregierung sicherstellen, dass zeitgleich die Eisenbahnverbindung bis nach Hamburg einschließlich eines zusätzlichen Gleises ausgebaut wird“ sagt die Vorsitzende des Stormarner Verkehrsausschusses Sigrid Kuhlwein. Die mit der Fehmarnbeltquerung verbundenen Chancen dürfen nicht wegen einer unzureichenden Eisenbahnverbindung bis nach Hamburg vertan werden.

Die SPD-Fraktion sieht in der Fehmarnbeltquerung auch einmalige Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der Wirtschaft und Infrastruktur in Stormarn. „Wichtig ist für uns, dass frühzeitig und umfassend die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und Verbände über das Vorhaben informiert werden und sich in Entscheidungsprozesse einbringen können.“ sagt Reinhard Mendel. „Ein Desaster wie bei Stuttgart 21 darf sich hier nicht wiederholen.“ Die Fraktion sieht sich in der Verantwortung das Vorhaben auch weiterhin politisch zu begleiten, damit auch Stormarn von den Chancen einer festen Fehmarnbeltquerung profitiert.

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 09.05.2011, 23:57 Uhr:

RE: Die feste Fehmarnbeltquerung

Wenn Dänemark wieder Grenzkontrollen einführt, sollten wir es auch lieber bei einer Fährverbindung belassen, denn dann können die Kontrollen doch wie früher auf der Fähre stattfinden. Außerdem bleibt uns dann vielleicht der Transit dieser Rechtsradikalen aus Dänemark erspart, die sich in ihrer Heimat mit ausländerfeindlichen Sprüchen profilieren, bei uns aber vor allem als Autobahnrambos auffallen.

Wir machen Mittagessen in Kitas für Menschen mit geringem Einkommen

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhart Hanns, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und der jugendpolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Markus Engelmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

"SPD, Grüne und SSW werden der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderung der Gebührensatzung der Landeshauptstadt Kiel für Kindertageseinrichtungen und geförderte Kindertagespflege zustimmen. Damit setzen wir unseren sozialpolitischen Kurs fort: In Kiel wird es kein Kind ohne gesunde Mahlzeit geben. Und deshalb werden Menschen mit geringem Einkommen nur noch einen Beitrag von 20 Euro statt bisher 28 Euro für den monatlichen Essensbeitrag für ein Kind in einer Kindertageseinrichtung bezahlen müssen.

Dies bedeutet keine finanzielle Mehrbelastung für den Stadthaushalt. Vielmehr ist jetzt ein wichtiger Einstieg in die finanzielle Entlastung der Landeshauptstadt Kiel geschafft. Durch die mit der neuen Gebührensatzung bewirkte Umstellung der Gebührenberechnung entstehen zwar geringere Erträge durch die Reduzierung des Essensgeldes (bis zu 288.000 Euro), andererseits erhöhen sich aber Einnahmen durch Mittel des sog. "Bildungs- und Teilhabepakets" um rd. 1,9 Mio. Euro. Damit beginnt der Bund endlich eine seit langem von SPD, Grünen und SSW in der Kieler Ratsversammlung erhobene Forderung umzusetzen, die Städte von gesamtgesellschaftlichen - und nicht nur örtlichen - sozialen Herausforderungen finanziell zu entlasten."

Kommentar von [K.Schmieder](#) vom 11.05.2011, 12:05 Uhr:

RE: Wir machen Mittagessen in Kitas für Menschen mit geringe

Wenn das der "sozialpolitische Kurs" ist - mit Herrn Albig vorne weg- Prost Mahlzeit! Mit dem hier zu erwartenden Beschluss wird nicht ein Kieler Kind mehr an der Mittagsverpflegung teilnehmen. Genau die dafür notwendigen Maßnahmen sind in der geplanten Beschlussfassung überhaupt nicht enthalten!?! Hier geht es ausschließlich darum - da machen die Akteure gar keinen Hehl daraus und der Wunsch ist durchaus nachvollziehbar- Mittel aus dem Bundes-Bildungspaket für die Entlastung der Stadtkasse zu gewinnen - immerhin satte 1,9 Mio. Euro pro Jahr(!). Die Teilhabe der Betroffenen wird damit allerdings überhaupt nicht gesteigert: Anstatt bisher 28,-€ zahlen "Bildungspaket-Begünstigte" zukünftig - analog zur bisherigen Stiftung "kein Kind ohne Mahlzeit" nur noch 1€/Mahlzeit sprich ca. 20,-€ im Monat, aber nur, wenn sie auch einen Antrag stellen- wenn nicht, zahlen sie 75,-€/Monat. "Nichbegünstigte" zahlen hingegen weiter nur 28,-€. Zusätzlich zahlen allerdings die "Begünstigten", anders als in einigen anderen Kreisen Schleswig-Holsteins , in Kiel Kitagebühren, die überhaupt nicht durch das Bildungspaket bezuschußt werden, weil die Bundesregierung fälschlicher Weise davon ausging, dass unterhalb der Hartz IV-Regelsätze keine Kitagebühren zu zahlen seien. Fazit ist hier: An diesem kreativen Ansatz ist überhaupt kein sozialpolitischer Kurs zu erkennen, so lange nicht in der selben Beschlussfassung festgelegt wird, wie mit den "zusätzlichen" bzw. "frei werdenden" 1,9 Mio Euro jährlich eine Mittagsverpflegung für alle Kita- und Grundschul Kinder sicher gestellt wird, auch für "Halbtagsplätze" und endlich der Kitazugang für diese Kinder nicht durch Restgebühren verwehrt bleibt! Anschließend bleibt

abzuwarten, ob die Mittelverteilung aus dem Bildungspaket eine derartige "Doppeldeutung" von Kosten und Gebühren überhaupt zulässt. Wenn das Schule macht, ist das Paket leer, bevor die Kinder ihre "Teilhabe" ermöglicht bekommen haben - soviel zum "sozialpolitischen Kurs"!

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.05.2011, 17:21 Uhr - 1512 Clicks - Nr. 496

Vereint Menschen und Werte gerettet

Zur Brandbekämpfung am Rewe-Markt erklären der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, Ratsfrau Dagmar Hirdes der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Für die souveräne Hilfeleistung bei diesem zum Glück in unserer Stadt selten vorkommenden Großeinsatz danken wir den Mitgliedern der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr sehr. Ihr zügiges Eingreifen hat größeren Schaden für Menschen und Werte im Umfeld des Großfeuers verhindert. Der Ablauf des Ereignisses hat einmal mehr gezeigt, wie rasch sich bei ungünstigen Umständen aus einem kleinen Brand eine Katastrophe entwickeln kann.

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass wenige Tage vor der Festveranstaltung zum 150-jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr in Kiel in diesem Einsatz ihre Bedeutung noch einmal unterstrichen wurde.

Für die Beschäftigten und Kunden des Lebensmittelmarktes hoffen wir, dass er möglichst schnell wiedererrichtet werden kann. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alles hierzu seitens der Stadt Nötige unbürokratisch geschieht.“

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 11.05.2011, 13:17 Uhr - 94595 Clicks - Nr. 497

Rechtspopulistischer Forderung nach Grenzkontrollen nicht nachgeben

Straßburg: Als Skandal hat die Europaabgeordnete Ulrike Rodust die Ankündigung der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei (DVP) bezeichnet, an der deutsch-dänischen Grenze wieder Kontrollen durch dänische Zöllner einführen zu wollen. „Offene Grenzen in der EU sind ein wichtiges Symbol für ein vereintes Europa“, betonte die schleswig-holsteinische SPD-Politikerin während der Debatte mit Ratspräsidentschaft und EU-Kommission am Dienstag vor dem Plenum des Europäischen Parlaments.

Rodust forderte die dänische Regierung auf, sich nicht von der DVP „ans Gängelband nehmen zu lassen und sich auf die Wiedereinführung von Grenzkontrollen einzulassen.“ Die dänischen Rechtspopulisten, die als treibende Kraft hinter der harten Kopenhagener Ausländerpolitik gelten, hatten von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen verlangt, die Kontrollleinrichtungen wieder installieren zu lassen und dies damit begründet, der organisierten Kriminalität aus Osteuropa so besser entgegen treten zu können.



„Schutz vor grenzübergreifender Kriminalität muss es natürlich geben“, stellte Rodust klar, betonte aber, dass die Sicherheitsbehörden längst Alternativen zur Passkontrolle gefunden hätten. Seit Dänemark vor zehn Jahren das Schengen-Abkommen umgesetzt und die festen Kontrollen an der Grenze abschafft hat, nehmen Zoll und Polizei gemeinsam stichprobenartig Hinterlandkontrollen vor.

Die Kontrollen im Hinterland gelten als mindestens genauso wirksam wie eine ständige Präsenz an den Übergängen, deshalb liege die Vermutung nahe, dass der wahre Grund für die DVP-Forderung die anstehenden Neuwahlen in Dänemark seien, so Rodust weiter. Die Rechtspopulisten entwickelten sich rasant zu einer realen Gefahr in Europa, befürchtet die Europaabgeordnete, die es sehr traurig findet, „dass hier eine unserer zentralen Errungenschaften aufs Spiel gesetzt wird.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 11.05.2011, 21:15 Uhr - 6165 Clicks - Nr. 498

Windkraft braucht klare Ausbauregeln

Zur Diskussion über den Vorschlag von Bundesumweltminister Röttgen, die Abstandsregeln der Länder beim Neubau von Windkraftanlagen zu streichen, erklären die Sprecherin für Landesplanung Regina Poersch und der Sprecher für Energie Olaf Schulze der SPD-Landtagsfraktion:



"Wir wollen und begrüßen den Ausbau der Windenergie an Land im Windkraftland Schleswig-Holstein.

Damit dies Akzeptanz in der Bevölkerung findet, sind klare Regeln insbesondere zum Abstand der Windenergieanlagen zu Siedlungen erforderlich. In den von der Landesregierung in Kraft gesetzten Grundsätzen zur Planung von Windkraftanlagen ist ein einheitlicher Mindestabstand von 800 m vorgesehen. Dies ist angesichts anderer Forderungen von 1,5 km Mindestabstand ein guter Kompromiss und eine gute Grundlage für die kommunalen Genehmigungsbehörden. Ein Streichen dieser Vorschrift würde die Praxis verunsichern und Genehmigungen zumindest verlangsamen. Dies können wir uns auf dem Weg in eine Energiewende nicht leisten. Wir brauchen den Ausbau der Windkraft auf dem Land und auf dem Meer, allerdings mit Schutzvorschriften für die betroffenen Menschen sowie die Natur und Umwelt. Den Handlungsempfehlungen Minister Röttgens zum Streichen der Abstandsregeln ist daher eine klare Absage zu erteilen."

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 07:26 Uhr - 6502 Clicks - Nr. 499

SPD-Landtagsabgeordnete machen Praktikum in der Pflege

Zu den Praktika von SPD-Landtagsabgeordneten in Pflegeeinrichtungen erklärt die pflegepolitische Sprecherin der Fraktion, Birte Pauls:

Wie sieht der Alltag von Pflegekräften aus? Wo sehen sie vordringliche Probleme bei der Betreuung, wie empfinden sie ihre berufliche Belastung?

Solche und ähnliche Fragen werden im Mittelpunkt der eintägigen Praktika stehen, die Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion in Pflegeeinrichtungen, bei ambulanten Pflegediensten oder in Krankenhäusern ihrer Wahlkreise absolvieren. Die Sozialdemokraten nehmen den internationalen Tag der Pflege (12. Mai) zum Anlass, Fachkräfte in der Pflege zu begleiten und deren Alltag kennenzulernen.

Die Erfahrungen aus dieser Aktion sollen in die Arbeit der Landtagsfraktion einfließen. Am 25. Mai werden die Politiker mit Vertreterinnen und Vertretern der von ihnen besuchten Einrichtungen über ihre Erfahrungen sprechen, Meinungen austauschen und Informationen vertiefen.

So wird beispielsweise der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster hospitieren, die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls verbringt einen Tag in den städtischen Senioreneinrichtungen Schleswig. Der Sozialpolitiker Andreas Beran begleitet eine Pflegeschicht im Klinikum Bad Bramstedt, der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch im Haus Simeon der Caritas in Lübeck. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Birgit Herdejürgen ist im Krankenhaus Itzehoe, der gesundheitspolitische Sprecher Bernd Heinemann im AWO Servicehaus Wellingdorf, die Abgeordnete Anette Langner im Pflegeheim Schönberg.

Die SPD-Landtagsfraktion wird sich auch nach dem Praktikumstag intensiv mit dem Thema Pflege beschäftigen. „Wir fordern z. B., dass die Altenpflegeausbildung für die Auszubildenden kostenfrei ist. Wir halten an der Fachquotenregelung von 50 % fest, und setzen uns für bessere Rahmenbedingungen ein, z.B. feste und verlässliche Arbeitszeiten die vereinbar sind mit den Bedürfnissen von Familien.“

Die zwar wichtige und unerlässliche Dokumentation, bindet zu viel Arbeitszeit und muss dringend überarbeitet und reduziert werden. Ein weiterer wichtiger Schritt für die Pflegebedürftigen und die Pflegefachkräfte ist die Umstellung auf einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff, der weg von der Minutenpflege hin zur patientenorientierten Pflege führt. Der ständige Spagat zwischen fachlicher Anforderung und geforderten wirtschaftlichem Denken lässt viel zu viele Pflegekräfte den Beruf vorzeitig verlassen. Deutschland ist hier trauriger Spitzenreiter. Das darf nicht sein. Wir müssen die Attraktivität des Berufes verbessern – dazu gehören auch die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung“, erläutert Birte Pauls, selbst von Beruf Krankenschwester, die Positionen der Fraktion.

Die Erfahrungen aus dieser Aktion sollen in die Arbeit der Landtagsfraktion einfließen. Am 25. Mai werden die Politiker mit Vertreterinnen und Vertretern der von ihnen besuchten Einrichtungen über ihre Erfahrungen sprechen, Meinungen austauschen und Informationen vertiefen. Die SPD-Landtagsfraktion wird danach konkrete Initiativen ergreifen.

Keine Kommentare

Ausweitung der Grenzkontrollen: Eine europäische Rolle rückwärts

Der Arbeitskreis Europa und Minderheiten der SPD-Landtagsfraktion hat sich in Kopenhagen über die aktuelle politische Situation in Dänemark informiert und auch die Minderheitenpolitik diskutiert. Dazu erklären der europapolitische Sprecher Rolf Fischer und die minderheitenpolitische Sprecherin Birte Pauls:

Die Entscheidung der dänischen Regierung, die Grenzkontrollen wieder einzuführen, ist eine europäische Rolle rückwärts. Die Idee der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei ist eine sehr durchsichtige Strategie im dänischen Wahlkampf. Sie schürt die Ausländerfeindlichkeit in Dänemark und trägt in keiner Weise dazu bei, die Grenzen sicherer zu gestalten und die grenzüberschreitende Kriminalität wirksam zu bekämpfen.

Die heute bestehende Zusammenarbeit der Grenzbehörden hat sich dagegen bewährt und sollte weiter gestärkt werden. Wir werden dazu eine Landtagsinitiative auf den Weg bringen.

Eine Schließung der dänischen Grenzen hätte europaweit fatale Auswirkungen und wäre ein Angriff auf alles bisher Erreichte in Europa. Die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Europa ist eine nicht wegzudenkende Errungenschaft der europäischen Einigung. Das Europa ohne Grenzen ist ein Garant für Freiheit, Offenheit, Solidarität und Toleranz innerhalb der Union. Wer dies infrage stellt, stellt die europäische Einigung insgesamt infrage.

Im Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Kopenhagen Dr. Johann Christoph Jessen haben wir zudem die kommende EU-Ratspräsidentschaft Dänemarks, die Dänemark-Strategie der Landesregierung, die Fehmarnbeltquerung sowie die Minderheitenpolitik angesprochen. Das Gespräch hat für uns deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark ausbaufähig ist und leider oft noch von Zufälligkeiten geprägt ist. Insbesondere im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ist die bestehende Kooperation ausbaufähig. Wir schließen uns der Idee des Botschafters an, dass das Schleswig-Holstein Musikfestival in Dänemark eine noch größere Rolle spielen kann.

Wir meinen: die Dänemark-Strategie der Landesregierung ist darauf keine ausreichende Antwort. Die Zusammenarbeit mit Dänemark ist von besonderer Qualität. Deshalb ist es wichtig, die gute Nachbarschaft zu pflegen und bestehende Irritationen auszuräumen.

Die Gespräche zur Minderheitenpolitik, u.a. mit dem Leiter des Sekretariats der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Jan Diedrichsen, bestätigten die Ziele unseres vor kurzem vorgestellten Masterplans für die Minderheiten. Wichtigstes Ziel muss es sein, fraktionsübergreifend Lösungen zu finden und eine bessere Kommunikation zwischen den politischen Ebenen herzustellen.

Keine Kommentare

Ausweitung der Grenzkontrollen: Eine europäische Rolle rückwärts

Der Arbeitskreis Europa und Minderheiten der SPD-Landtagsfraktion hat sich in Kopenhagen über die aktuelle politische Situation in Dänemark informiert und auch die Minderheitenpolitik diskutiert. Dazu erklären der europapolitische Sprecher Rolf Fischer und die minderheitenpolitische Sprecherin Birte Pauls:

Die Entscheidung der dänischen Regierung, die Grenzkontrollen wieder einzuführen, ist eine europäische Rolle rückwärts. Die Idee der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei ist eine sehr durchsichtige Strategie im dänischen Wahlkampf. Sie schürt die Ausländerfeindlichkeit in Dänemark und trägt in keiner Weise dazu bei, die Grenzen sicherer zu gestalten und die grenzüberschreitende Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Die heute bestehende Zusammenarbeit der Grenzbehörden hat sich dagegen bewährt und sollte weiter gestärkt werden. Wir werden dazu eine Landtagsinitiative auf den Weg bringen.

Eine Schließung der dänischen Grenzen hätte europaweit fatale Auswirkungen und wäre ein Angriff auf alles bisher Erreichte in Europa. Die Freizügigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Europa ist eine nicht wegzudenkende Errungenschaft der europäischen Einigung. Das Europa ohne Grenzen ist ein Garant für Freiheit, Offenheit, Solidarität und Toleranz innerhalb der Union. Wer dies infrage stellt, stellt die europäische Einigung insgesamt infrage.

Im Gespräch mit dem deutschen Botschafter in Kopenhagen Dr. Johann Christoph Jessen haben wir zudem die kommende EU-Ratspräsidentschaft Dänemarks, die Dänemark-Strategie der Landesregierung, die Fehmarnbeltquerung sowie die Minderheitenpolitik angesprochen. Das Gespräch hat für uns deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark ausbaufähig ist und leider oft noch von Zufälligkeiten geprägt ist. Insbesondere im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich ist die bestehende Kooperation ausbaufähig. Wir schließen uns der Idee des Botschafters an, dass Schleswig-Holstein Musikfestival in Dänemark eine noch größere Rolle spielen kann.

Wir meinen: die Dänemark-Strategie der Landesregierung ist darauf keine ausreichende Antwort. Die Zusammenarbeit mit Dänemark ist von besonderer Qualität. Deshalb ist es wichtig, die gute Nachbarschaft zu pflegen und bestehende Irritationen auszuräumen.

Die Gespräche zur Minderheitenpolitik, u.a. mit dem Leiter des Sekretariats der Deutschen Volksgruppe in Nordschleswig Jan Diedrichsen, bestätigten die Ziele unseres vor kurzem vorgestellten Masterplans für die Minderheiten. Wichtigstes Ziel muss es sein, fraktionsübergreifend Lösungen zu finden und eine bessere Kommunikation zwischen den politischen Ebenen herzustellen.

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 11:27 Uhr - 3499 Clicks - Nr. 502

SPD unterstützt Spielstraße im Quartier Groß-Kielstein

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Kieler Mitte, **Benjamin Raschke**, erklärt anlässlich der Sitzung des Ortsbeirats Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook am 11. Mai 2011:



Die SPD im Stadtteil unterstützt die Anwohnerinnen und Anwohner in der Siedlung Groß-Kielstein in ihrem Bestreben, die gleichnamige Straße in eine Spielstraße umzuwandeln.

Da in dem Quartier viele Familien mit Kindern wohnen, aber bisher noch keine verkehrsberuhigenden Maßnahmen getroffen wurden, ist es wohl schon häufiger zu gefährlichen Situationen gekommen.

Wir werden uns daher im Ortsbeirat und gegenüber der Ratsversammlung dafür einsetzen, dass die Umwandlung in eine Spielstraße zügig erfolgt.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 14:03 Uhr - 95287 Clicks - Nr. 503

„EU-Fischfang vor Westafrika muss fair und nachhaltig sein“

Europäisches Parlament verabschiedet Resolution zu Fischereipartnerschaftsabkommen mit Mauretanien

Straßburg: Bei den Verhandlungen über das neue Fischereipartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Mauretanien müssen umwelt- und entwicklungspolitische Aspekte stärkere Beachtung finden, als das in der Vergangenheit der Fall war. Das machte die sozialdemokratische Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Donnerstag in Straßburg deutlich.



„Mit der nun verabschiedeten Resolution stellen wir Sozialdemokraten bereits jetzt klar, dass wir dem neuen Abkommen nur zustimmen können, wenn es entwicklungs- und umweltpolitisch sinnvoll ist“, erklärte Rodust. Die Verhandlungen über das neue Fischereipartnerschaftsabkommen sollen im Juni beginnen, da das bisherige Abkommen im Juli 2012 ausläuft. „Nach den Vorgaben durch den Lissabon-Vertrag kann das Nachfolgeabkommen nur bei Zustimmung des Europäischen Parlaments in Kraft treten“, erläuterte die fischereipolitische Koordinatorin der S&D-Fraktion.

Das Abkommen zwischen der EU und Mauretanien gilt aus finanzieller und fischereipolitischer Sicht als das wichtigste Fischereiabkommen der EU mit einem Drittland: „Für uns bedeutet das einerseits Verantwortung zu tragen gegenüber den Fischern aus zwölf europäischen Ländern, die

derzeit Zugangsrechte zu den Fischgründen Mauretaniens haben. Andererseits muss endlich Schluss sein mit EU-Fischereiaktivitäten, die zur Überfischung beitragen und dem lokalen Fischereisektor schaden“, betonte Rodust.

Mit der jetzt angenommenen Resolution legt das Europäische Parlament der EU-Kommission seine Forderungen und Bedingungen für eine Zustimmung zum neuen Abkommen vor.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 16:38 Uhr - 1650 Clicks - Nr. 504

Maritimes Entwicklungspotenzial in Friedrichsort nutzen!

„Wir gratulieren Lindenau zur erfolgreichen Übergabe der „Ebba2“. Wir teilen die Sorgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Lindenau über die Zukunft der Werft.

Die Kieler Werften werden im internationalen Wettbewerb nur durch beste Qualität und durch garantierte reibungslose Abläufe bestehen können – nicht durch niedrigste Preise.

Zu den reibungslosen Abläufen gehört eine verlässliche Zwischenfinanzierung und eine Zahlungszusage nach Abnahme durch die finanzierenden Bankhäuser. Insbesondere sehen wir hier die HSH Nordbank in der Pflicht, einen der weltweit größten Schiffsfianzierer.

Den Aufbau einer Genossenschaft insbesondere zwischen den maritimen Betrieben Gebr. Friedrich Werft, der Yacht- und Bootswerft Rathje und der Lindenau Werft unterstützen wir ausdrücklich. Dabei wird es ebenfalls um eine gute Zusammenarbeit mit den Kreditinstituten gehen. Auch hier werden besonders die sich teilweise in öffentlicher Hand befindlichen Bankhäuser in die Pflicht zu nehmen sein“, erklären der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Neubau der „Ebba 2“ bei Lindenau.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 16:43 Uhr - 1600 Clicks - Nr. 505

Kiel muss die Chancen der maritimen Wirtschaft auch nutzen

„Kiel wird Zentrum des maritimen Clusters der norddeutschen Länder. Das ist ein großer Erfolg für Kiel und das Land. Diese wirtschaftliche Chance muss Kiel auch nutzen. Die Rahmenbedingungen sind gut: kompetente Werften, der boomende Seehafen, die Universität mit Geomar, die Fachhochschule und die maritime Zulieferindustrie.

Kiel hat Zukunft im Bereich der Offshore-Windenergie. Direkt am Nord-Ostsee-Kanal gelegen kann von Kiel aus Ostsee wie Nordsee schnell erreicht werden. Mit dem Unterland in Holtenau mit Fördeufer steht eine vorzüglich Fläche für die Offshore-Industrie in Kürze zur Verfügung.

Kiel kann das packen!“ erklären die wirtschaftspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Hans-Werner Tovar und Lutz Oschmann zu der Bestimmung von Kiel als Zentrum des maritimen Clusters.

Kommentar von [Günther](#) vom 20.05.2011, 16:03 Uhr:

RE: Kiel muss die Chancen der maritimen Wirtschaft auch nutz

Mich bedrückt hier am meisten der Zustand der Lindenuwerft hier vor Ort. Eine Traditionswerft so am Existenzminimum herumkriechen zu sehen, in der so einige Bekannte und Freunde von mir gelernt und gearbeitet haben, ist sehr bitter. Hier müssen dringend Lösungen gefunden werden. Wie oben beschrieben sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hier in Kiel sehr gut. Nutzen wir sie!

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.05.2011, 19:22 Uhr - 16245 Clicks - Nr. 506

SPD-AG 60 plus wirbt für die Bürgerversicherung

„Kaum etwas ist so wichtig wie die Gesundheit“, so die Motivation der AG 60 plus des SPD-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde für den InFoStand am 11.05. auf dem Rathausmarkt in Eckernförde als Beitrag zum Aktionstag 2011 Die Bürgerversicherung.

„Aber“, so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin, „es werden zum Thema auch sehr berechtigte Fragen gestellt!“

Bekomme ich auch morgen noch die beste Versorgung ?

Nehme ich teil am medizinischen Fortschritt ? Kann ich mir in Zukunft die Behandlung noch leisten

? Diese ganz persönlichen Fragen müssen Maßstab sein für eine verantwortungsbewusste und faire Gesundheitspolitik, aber nur wenn die Antworten darauf mit ja beantwortet werden.

Der Schwarz-Gelbe Weg, die Gesundheitspolitik für den Einzelnen allein auf den Geldbeutel auszurichten ist die völlig falsche Richtung.

Die AG 60 plus der SPD bevorzugt allein die Bürgerversicherung und damit ein faires, solidarisch finanziertes System, von dem alle gleichermaßen profitieren.

„Die Bürgerversicherung ist gerecht, leistungsfähiger, solidarisch, weil einheitlich und transparent“, ergänzt Robin „unser Motto soll sein: Bürgerversicherung – Gesundheit für Alle statt 3-Klassen-Medizin!“



Die SPD-KreisAG 60 plus lädt ein zu einer weiteren Öffentlichen Veranstaltung zum Thema Bürgerversicherung am 16.06.11 nach Nortorf – Alter Landkrug. Referentin wird sein die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag, Frau Dr. Carola Reimann, MdB-SPD.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 13.05.2011, 13:58 Uhr - 4884 Clicks - Nr. 507

SPD bringt Dänemark-Frage ins Parlament

Die SPD-Landtagsfraktion startet eine parlamentarische Initiative, in der sie die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Dänemark kritisiert. Dazu erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Die SPD-Landtagsfraktion spricht sich dafür aus, den Beschluss der dänischen Regierung, die direkten Grenzkontrollen wieder einzuführen, im Landtag zu debattieren. Die Entscheidung der konservativ-liberalen Fraktionen, sich die Unterstützung der Dänischen Volkspartei zu sichern, belastet den europäischen Integrationsprozess. Deshalb erwarten wir, dass die Bundesregierung umgehend ihre Möglichkeiten nutzt, um diese Entscheidung rückgängig zu machen. Es reicht nicht, wenn der Außenminister Kopenhagen um Aufklärung bittet. Den Einfluss rechtspopulistischer Kräfte gilt es abzubauen und nicht noch zu verstärken. Touristen, Pendler und Tagesgäste werden die Leidtragenden dieser Entwicklung sein und zu potenziellen Straftätern gemacht. Dies widerspricht fundamental den Prinzipien unserer bisherigen Kooperation. Deshalb werden wir folgenden Antrag in die nächste Landtagssitzung einbringen:

Freizügigkeit in Europa sichern

Der Landtag wolle beschließen:

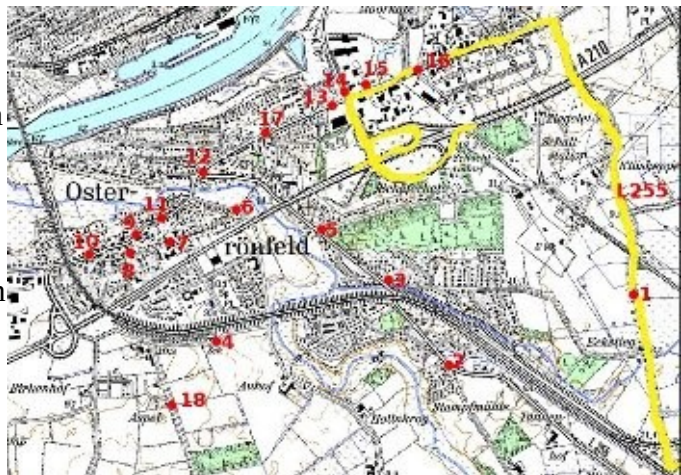
Mit Sorge betrachten wir den Beschluss der konservativ-liberalen Regierung, zwischen Deutschland und Dänemark wieder Grenzkontrollen einzurichten und damit das Schengen-Abkommen erheblich einzuschränken. Damit wird die Offenheit und Freizügigkeit, die das Schengen-Abkommen für Europa und seine Menschen sicherstellt, konterkariert. Gerade auch in der deutsch-dänischen Grenzregion bedeutete der Wegfall der direkten Grenzkontrollen ein noch engeres Zusammenwachsen. Durch die Entscheidung der dänischen Regierung würde nicht nur die grenzüberschreitende Kooperation in vielen wichtigen Feldern erschwert, sondern vor allem entsteht der Eindruck, in der Grenzregion herrsche eine ausgeprägte Unsicherheitslage. Wir stellen deshalb fest, dass

- wir am Ziel der offenen Grenzen in Europa festhalten,
- ein starkes Europa der Regionen nur in einem Europa der offenen Grenzen verwirklicht wird,
- die Bürgerinnen und Bürger Europas weiterhin Freizügigkeit und Mobilität als Chance wahrnehmen können,
- die grenzüberschreitende Kooperation ein wichtiger sozialer, ökonomischer und kultureller Aspekt zur Integration der Menschen nicht nur in unserer Grenzregion ist und ausgebaut werden muss,
- die Hinterlandkontrollen sehr erfolgreich gemeinsam durchgeführt werden und Polizei und Zoll auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze ihre Arbeit effektiv und erfolgreich zum Schutz der Menschen leisten.

Keine Kommentare

Zusätzliche Bewegung für das Verkehrskonzept

Eines der beherrschenden Themen der letzten zwölf Monate war und ist die mangelhafte Verkehrssicherheit in Osterrönnfeld. Angestoßen durch einen Antrag der SPD wurde die Diskussion im letzten Jahr erneut begonnen, auf einen zielgerichteten Weg gelenkt und befindet sich derzeit in der Phase einer genauen Detailanalyse. Dabei konnte die SPD Osterrönnfeld in der zurückliegenden Zeit zahlreiche Hinweise und Ideen aus der Bevölkerung entgegennehmen und nun am gestrigen Tage an die Gemeinde übergeben.



Die Ideen reichen von einer auf 30 km/h beschränkten Dorfstraße samt Lkw-Durchfahrtsverbot bis hin zur Verlegung der Landesstraße L 255, die bisher noch durch das Dorf verläuft.

Zwar hatten auch Verwaltung und Planungsbüro eine eigens eingerichtete Internetseite für die Einbringung von Hinweisen und Ideen bereitgestellt (www.osterroennfeld.ap1.de), doch war die Resonanz auf diese Internetseite laut Aussagen der Verwaltung sehr dürftig. Über die genauen Ursachen dafür kann nur gemutmaßt werden. Auffällig sind jedoch die bis dahin teils wenig zielführenden bzw. nicht vorhandenen Hinweise zur genauen Beteiligungsmöglichkeit auf dieser Internetseite, was Interessierte nicht unbedingt zur Abgabe eigener Hinweise bzw. Ideen animiert haben dürfte (Stand vom 12.05.2011). Dies wird nun aber nach Hinweisen der SPD an die Verwaltung hoffentlich geändert.

Das Planungsbüro wird wiederum Ende Mai / Anfang Juni Verkehrszählungen und Befragungen von Verkehrsteilnehmern im Ort durchführen, um fundierte sowie aktuelle Zahlen und Daten als Grundlage für weitere Beratungen zu liefern.

Die nun von der SPD Osterrönnfeld während der letzten Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses überreichten Hinweise und Anregungen finden Sie hier [\[mehr\]](#).

Mehr zum Thema erhalten Sie zudem hier [\[mehr\]](#). --

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.05.2011, 19:03 Uhr - 5883 Clicks - Nr. 509

Martin Habersaat organisiert Bustour nach Kiel

Für den 25. Mai haben der Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und seine Mitarbeiterin Angelika Lütjens eine Bustour nach Kiel organisiert. Auf dem Programm stehen ein Spaziergang an der Förde, ein Mittagessen in der Kantine des Landeshauses (Kosten: ca. 4 - 7 Euro, je nach Hunger), ein Besuch des IFM-Geomar-Aquariums (reduzierter Eintritt: 2 Euro), Kaffee in den Räumen der SPD-Landtagsfraktion, der Besuch einer Landtags Sitzung nach thematischer Einführung durch den Besucherdienst des Landtags und eine abschließend Gesprächsrunde mit mehreren Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen.



Martin Habersaat: „Mir ist wichtig, die Arbeit des Landtages transparent zu machen, schließlich bin ich im Auftrag der Bürgerinnen und Bürger aktiv. Ein Baustein bei diesem Vorhaben ist diese Fahrt nach Kiel.“ Es stehen 30 Plätze zur Verfügung. Weitere Informationen und Anmeldung bei Angelika Lütjens unter Tel. 04104-4577. Los geht es morgens ab 9.00 Uhr in Reinbek und 9.30 Uhr ab Glinde, Rückkehr gegen 19.30 Uhr. Außer den genannten Summen entstehen keine Kosten.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.05.2011, 19:58 Uhr - 6359 Clicks - Nr. 510

Neue Energiekonzepte - SPD besucht geothermisches Kraftwerk

Im Rahmen einer Kurzreise nach München informierten sich die Mitglieder des Arbeitskreises Energie und Landesplanung der SPD-Landtagsfraktion über Energiegewinnung aus regenerativen Quellen. Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter aus Stormarn, war dabei. Er berichtet: „In Schleswig-Holstein setzen wir vor allem auf Windkraft, Solarenergie und Biomasse. In Bayern spielt Wasserkraft eine wichtige Rolle, außerdem gibt es in Unterhaching ein kommunal betriebenes Geothermie-Kraftwerk.“



„Geothermie zu nutzen bedeutet, die erneuerbaren Energiereserven des Erdinneren anzuzapfen“, erklärt Habersaat. In Unterhaching wird dazu aus 3.300 Metern Tiefe 122 Grad heißes Wasser gefördert, das zu Heizzwecken und zur Stromerzeugung genutzt wird. Anschließend wird es in dieselbe geologische Schicht zurückgeleitet, aus der es entnommen wurde. Im Frühjahr 2009 ging das kommunale geothermische Kraftwerk in Betrieb. Hausbesitzer in Unterhaching haben nun

neben der sauberen und preisstabilen Energie haben den Vorteil, mit dem Anschluss an das Fernwärmenetz im neuen Energieausweis in den fast CO₂-neutralen Bereich zu kommen.

Die Besucher aus dem Norden informierten sich über die technischen Daten des Kraftwerks, sprachen mit Wolfgang Panzer, dem sozialdemokratischen Bürgermeister Unterhachings, aber auch über die kommunalpolitischen Weichenstellungen, die auf dem Weg zum geothermischen Kraftwerk in kommunaler Hand nötig waren. Martin Habersaat: „Die Zukunft der Energieversorgung liegt in dezentralen Lösungen, nicht mehr in zentralen Großkraftwerken. Die Energiewende wird umso besser gestaltet werden können, je stärker jede einzelne Kommune unter Berücksichtigung ihrer speziellen Gegebenheiten sich um ein eigenes, nachhaltiges Energiekonzept bemüht.“ Die Vorteile lägen auf der Hand, beispielsweise sichere und saubere Energie ebenso wie in der Region verbleibende Gewinne aus der Stromerzeugung.

Foto 1: Unterhachings 1. Bürgermeister Wolfgang Panzer und Martin Habersaat im Gespräch. Im Hintergrund die Anlage zur Förderung des heißen Wassers.

<http://www.geothermie-unterhaching.de>

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.05.2011, 22:01 Uhr - 5826 Clicks - Nr. 511

Peter Eichstädt: Die Zeit ist reif

„Die Veranstaltung zum 20 jährigen Bestehen des Zweckverbandes Schaalsee–Landschaft hat nach Auffassung des Landtagsabgeordneten Peter Eichstädt, SPD, deutlich gemacht:

Die Zeit ist reif für einen neuen Anlauf zu einem gemeinsamen Biosphärenreservat der Länder Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern im Bereich der Schaalsee–Landschaft.



Während auf Mecklenburger Seite ein solches Reservat bereits seit Jahren besteht, hat sich in Schleswig – Holstein das Gebiet der Schaalsee–Landschaft in dem gemeinsamen Zweckverband ebenfalls sowohl unter Naturschutz–Gesichtspunkten als auch touristischen Effekten grundsätzlich positiv entwickelt.

Ein gemeinsames Biosphärenreservat würde aber für alle beteiligten Vorteile bringen. Es entstünde eines der größten Gebiete dieser Art unter gemeinsamer Verantwortung und Führung. Es könnte allein durch seine zusammenhängende Größe noch mehr an Leuchtkraft und Attraktivität gewinnen, was dem Naturschutz, aber auch dem Tourismus zugute käme."

Peter Eichstädt: „Das Naturschutzgebiet, das erst seine Entwicklungschancen durch die Trennung der beiden Deutschen Staaten und die damit verbundene Unberührtheit der Natur erhalten hat,

könnte nun zusätzlich durch ein gemeinsames, die Grenze überschreitendes Biosphärenreservat, zu einem Naturschutzdenkmal der deutsch-deutschen Wiedervereinigung werden.“

Es müsse möglich sein, die seit Jahren bestehenden Vorbehalte vor allem im Bereich der Landwirtschaft auszuräumen. Die vertraglichen Vereinbarungen, die zum Zwecke des Naturschutzes mit Landwirten getroffen sind, würden weiterbestehen und die ausgewiesenen Schutzflächen würden im bestehenden Umfang für die Ausweisung als Biosphärenreservat ausreichen. Zusätzliche Eingriffe in landwirtschaftlich genutzte Flächen können daher ausgeschlossen werden.

Eichstädt weiter: „Nach meinem Eindruck haben viele Landwirte in der Region, die inzwischen auch von eigenen angeboten im touristischen Bereich profitieren, erkannt, dass ein biosphärenreservat für sie Vorteile bringt.“

Hoffnung macht die positive Bewertung eines gemeinsamen Biosphärenreservates durch die Umweltministerin von Schleswig-Holstein, Frau Rumpf, die auch zu berichten wusste, dass der Innenminister und MdL aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg, Klaus Schlie, einem solchen Projekt ebenfalls positiv gegenüberstehe.

Die Fraktionen des Lauenburgischen Kreistages sollten einen gemeinsamen Anlauf machen und den Dialog mit den betroffenen Menschen in der Region suchen. Im Land jedenfalls scheinen die Türen offen zu stehen. Allerdings wartet man dort auf eine Initiative aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.05.2011, 09:15 Uhr - 6505 Clicks - Nr. 512

SPD Stormarn mit neuer Kreisgeschäftsstelle

Mit einem Sektempfang, Kaffee und Kuchen feierten die SPD Stormarn und der SPD Ortsverein Bad Oldesloe den Bezug ihrer neuen Geschäftsstelle. Die Sozialdemokraten sind innerhalb Bad Oldesloes umgezogen und nun in der Lübecker Straße 35 zu erreichen. Martin Habersaat, der SPD-Kreisvorsitzende, dankte allen fleißigen Helfern und freute sich: „Die neuen Räume sind zentral gelegen, schön hell, und bieten einen freundlichen Arbeitsplatz für unsere Mitarbeiterin, Monika Poppe-Albrecht.“



Neben einem Büro umfasst die neue Adresse Platz für die Jusos und einen großen Sitzungsraum, in dem beispielsweise der Kreisvorstand und die neugegründeten Foren für Senioren und Menschen

mit Behinderungen tagen.

Viele Gäste aus der SPD Stormarn und der Nachbarschaft waren gekommen, um die neuen Räume in Augenschein zu nehmen. Lars Winter, Kreisvorsitzender der SPD Ostholstein, kam mit einer Orchidee für die Fensterbank, Dietrich Drescher, Mitarbeiter der SPD im Kreis Segeberg, hatte ein rotes Stempelkissen mitgebracht und Reinhard Mendel ein paar Flaschen Wein. „Die sind aber erst für den Zeitraum nach den Sitzungen“, mahnte er augenzwinkernd. Alle Beteiligten freuten sich, mit der neuen Geschäftsstelle eine starke Zentrale beispielsweise für den anstehenden Landtagswahlkampf zu haben.

So ist die SPD Stormarn zu erreichen: Lübecker Straße 35, 23843 Bad Oldesloe. Tel. 04531-188365, Fax 04531 - 188366. E-Mail: kv-stormarn@spd.de. Internet: www.spd-stormarn.de.

Foto 1: Martin Habersaat, Monika Poppe-Albrecht, Lars Winter

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 16.05.2011, 10:27 Uhr - 14737 Clicks - Nr. 513

Birgit Herdejürgen: Mit dem Landesrechnungshof sparen – hoffentlich!

Zu den Bemerkungen 2011 des Landesrechnungshofs sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Zu Recht stellt der Landesrechnungshof die Haushaltslage in Zeiten der Schuldenbremse in den Mittelpunkt seiner Bemerkungen, denn mit ein bisschen Reduzierung hier und Kürzung dort wird es in den kommenden Jahren nicht getan sein.



Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrem Konsolidierungskonzept klar gemacht, wo die Schwerpunkte liegen sollen. Für uns sind das Bildung, Bildung und Bildung. Bildung schafft Zukunftschancen und Bildung ist der Schlüssel für eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Maßnahmen müssen sozial, ökologisch und finanziell nachhaltig sein, sonst verspielen wir unsere Perspektiven.

Der Landesrechnungshof benennt deutlich, dass Kürzungen notwendig sind, und zwar für viele

Jahre. Kürzungen bedeuten, dass für viele wichtige Aufgaben, die wir hoch schätzen, künftig kein Geld mehr zur Verfügung steht, und das muss man den Menschen offen sagen: gerade jenen, die davon konkret betroffen sein werden. Man muss den Mut haben, sich auf Bundesebene stark zu machen für Einnahmeverbesserungen durch höhere Steuern auf Vermögen und auf Spitzeneinkommen. Nötig ist nach wie vor eine durchgreifende Altschuldenregelung.

Wir wollen Schuldenbegrenzung mit Sinn und weitem Blick, um kommenden Generationen nicht auf der einen Seite zu geben und ihnen auf der anderen Seite zu nehmen. Wenn der Landesrechnungshof dabei auf unserer Seite steht: Willkommen im Boot!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 16.05.2011, 12:08 Uhr - 17298 Clicks - Nr. 514

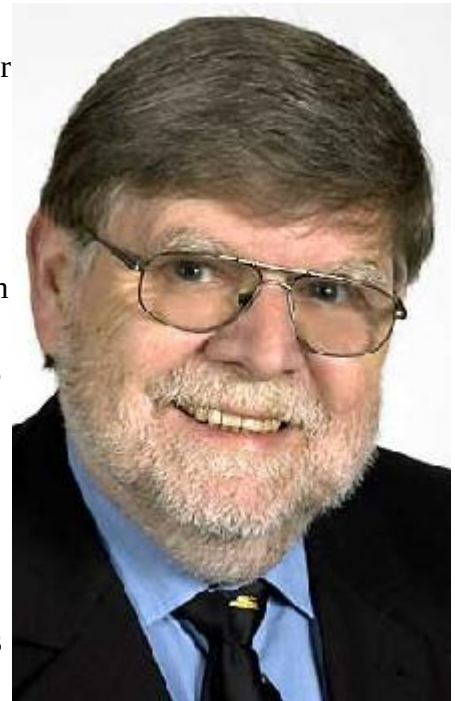
Die SPD verlangt Sondersitzung des Kreistages.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf eine ausführliche sachliche Aufklärung der Feststellungen des Landesrechnungshofes und der politischen Hintergründe über die Geschäftsführung und den Verkauf der Regio-Kliniken

Die SPD-Kreistagsfraktion beantragt für die Behandlung des vom Landesrechnungshof vorgelegten Prüfberichtes über die Regio-Kliniken eine Sondersitzung des Kreistages, der schwerwiegende Verstöße bei der Geschäftsführung, dem Verkauf der Regio-Kliniken und der politischen Kontrolle festgestellt hat.

Der Antrag ist notwendig, da CDU und FDP den Bericht nur „unter ferner liefen“ behandeln wollen. So soll der 92seitige Bericht neben einer Fülle von anderen Tagesordnungspunkten als letzter behandelt werden. CDU und FDP spekulieren darauf, dass bei der zeitlichen Begrenzung der Kreistagssitzung nur eine unzureichende Beratung möglich ist. Sie befürchten zu Recht, dass ihre politische Verantwortung für die skandalösen Vorfälle bei den Regio-Klinken nachhaltig aufgeklärt wird.

Die Öffentlichkeit hat aber ein Recht auf eine ausführliche sachliche Aufklärung der Feststellungen des Landesrechnungshofes und der politischen Hintergründe. Die Feststellungen sind gravierend. So stellt der Bericht u.a. Manipulationen von Wirtschaftsplänen fest, verweist auf vergaberechtlichen Fehlern bei Auftragsvergaben mit vermutlich strafrechtlichen Konsequenzen, kritisiert überhöhte Personalkosten mit „Selbstbedienungsmentalität“ leitender Angestellter, geht von bewusste Täuschung des Aufsichtsrates über die finanzielle Situation der Klinken durch den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Grimme und den Geschäftsführer aus und wirft dem Kreistag mangelnde Kontrolle beim „sale and lease back“ Geschäft vor.



Ferner bezweifelt er die Angemessenheit des Verkaufspreises von 2,5 Mio € und verweist darauf, dass der Wert der an die SANA AG verkauften Anteile 75 Mio € betrug. Als Ursache kritisiert der Rechnungshof den unnötigen Zeitdruck des Verkaufes der Anteile.

Es ist zu vermuten, dass der Bericht mit Auslöser zu staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen den ehemaligen Geschäftsführer und den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden und Landrat Dr. Grimme geführt hat, gegen den auch ein von Innenminister eingeleitetes Disziplinarverfahren läuft, das auf Grund der staatsanwaltlichen Ermittlungen zurzeit ruht.

Der nur auszugsweise dargelegte und zu behandelnde Sachverhalt rechtfertigt eine Sondersitzung des Kreistages, da ihm bislang aus rechtlichen Gründen eine politische Behandlung verweigert wurde. Ein Antrag der SPD Fraktion den Bericht in unmittelbarer zeitlichen Nähe nach Vorlage durch den LRH im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ im Kreistag zu behandeln, ist mit dieser Begründung vom Kreispräsidenten abgelehnt worden.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.05.2011, 14:46 Uhr - 2341 Clicks - Nr. 515

„Gut für Kids“ – eine tolle Aktion

„Wir freuen uns über die Charity-Aktion „Gut für Kids“. Die Unterstützung des Premiumpartners HSH Nordbank ist dabei ein großer Erfolg. Die Spenden aus dem Erlös des Verkaufs der blauen Bänder fließen in das Projekt „Kids in die Clubs“, welches Kindern aus einkommensschwachen Familien die Mitgliedschaft in Sportvereinen ermöglichen soll.

Das Projekt „Kids in die Clubs“ ist ein tolles Beispiel für soziale Sportpolitik in Kiel, das wir fortführen werden“, erklären der sportpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Rats Herr Torsten Stagars, Andrea Hake, Mitglied der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Schule und Sport, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.05.2011, 15:10 Uhr - 6091 Clicks - Nr. 516

Die Landrätin beim SPD-Kreisparteitag

Frau Ladwig im Gespräch mit Lutz Schlüsen

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen begrüßte auf dem Kreisparteitag in Schönkirchen die neu gewählte Landrätin, Frau Stephanie Ladwig. Interessiert verfolgten die Delegierten die Unterhaltung mit der Landrätin, die sehr deutlich ihre Schwerpunkte über ihre zukünftige Arbeit darstellte.

Sie ist der Auffassung, dass mit sehr viel Teamgeist und dem



Einbinden der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimale Ergebnisse erzielt werden können. Angesprochen auf ihre bisherige Tätigkeit führte sie aus, dass sie alle Abteilungen der Kreisverwaltung durchlaufen hat, sie hat als persönliche Referentin des Landrats gearbeitet und ständig neue Aufgabengebiete dazu bekommen hat. Schwerpunkt ihres besonderen Interesses war die Sozialpolitik. Zuletzt war sie stellvertretende Landrätin. Angesprochen auf die anwesenden SPD-Gemeindevorteiler und SPD-Bürgermeister hob sie hervor, dass sie den engen Kontakt mit den kommunalen Vertreterinnen und Vertreter für außerordentlich wichtig hält, um im Kreis Plön erfolgreich zu sein und die Probleme der Zukunft zu bewältigen.

Bezüglich ihres neuen Wohnsitzes betonte sie, dass der Kreis Plön landschaftlich überall sehr schön ist, sie sich jedoch davon leiten ließ, dass der Arbeitsplatz in der Nähe und er nahe am Wasser sein soll, da bietet sich die Kreisstadt Plön an.

In ihrer Freizeit, erklärte die Landrätin, wandert sie gern in der Natur, liebt die Gartenarbeit und bei Haushaltsarbeiten, wie bügeln, lauscht sie Hörbüchern. Sie geht somit sehr effektiv mit ihrer Zeit um, verbindet das etwas unangenehme mit dem angenehmen. Ihre geografischen Kenntnisse bewies sie, auf die Frage, wobei sie denken würde, wenn sie Brasilien hört. Mit Schönberg lag sie richtig. Die Frage nach Klaar Kiming beantwortete sie mit: Weiter Horizont und Weitblick. „Übertragen auf ihre Arbeit wünsche ich Ihnen stets Weitsicht und einen endlosen Horizont“, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlünsen. Als Geschenk für ihr Amtszimmer überreichte Lutz Schlünsen der Landrätin ein Bild des Schönberger Malers und Kulturamtsleiters Rainer Runge. Zu sehen ist der Hessenstein, Gut Panker und die Region um den Selenter See. .

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 17.05.2011, 11:41 Uhr - 19249 Clicks - Nr. 517

Zwischen Mono-Kultur und Wertschöpfung auf dem Lande

SPD-Kreisvorstand im Gespräch mit dem Kreisbauernverband

Der SPD-Kreisvorstand Segeberg traf sich zu einem Gespräch mit dem Kreisvorsitzenden des Bauernverbandes Dietrich Pritschau und dem Kreisgeschäftsführer Hans-Georg Otten.

Dioxin-Skandal, intensive Landwirtschaft, Mais-Anbau für Biogasanlagen, regenerative Energie mit Windkraftanlagen: Viele Themen beschäftigen die Landwirte im Kreis Segeberg. Mit Konsumverlagerung Richtung Bio-Produkte, dem Schreckgespenst der Mais-Monokultur und damit einhergehenden Extensivierungsforderungen sieht sich der Kreisbauernverband Segeberg konfrontiert. Dazu kommen zahlreiche Bürgerbegehren gegen landwirtschaftliche Projekte im Kreis.

In Sachen Dioxin im Kreis Segeberg konnte der Kreisbauernverband Entwarnung geben. Lediglich eine sehr geringe Zahl an Betrieben sei wirklich betroffen gewesen und die gemessenen Schadstoffbelastungen geben laut Pritschau keinen Grund zur Sorge: „Die hierzulande erzeugten Nahrungsmittel sind von höchster Qualität.“

Bei den Ängsten vor Mais-Monokulturen im Land hoffen die Kreisbauern auf eine sachliche Debatte. Die Zahlen in Hektar Mais-Anbaufläche für Biogasanlagen seien im Vergleich zur Fläche für den Futteranbau immer noch deutlich geringer und werden es auch bleiben. Viele Landwirte speisen ihre Anlagen auch zusätzlich mit alternativen Energieträgern.

Pritschau stellte fest, dass der Begriff Mono-Kulturen unpassend sei: „Weizen ist und bleibt die Leitfrucht in Schleswig-Holstein.“ Nur sei er visuell weniger einprägsam als Mais, daher mache auch die perspektivische Komponente einen großen Teil der Hysterie aus.

Geschäftsführer Otten brachte im Gespräch den großen Willen der Bauern zum Ausdruck, Naturschutzbelange wie Teilextensivierung mitzutragen. Jedoch dürfe man nicht vergessen, dass extensive Landwirtschaft auch immer mit Ernterückgängen einhergehe. „Landwirtschaft und Tierhaltung bedeutet auch Wertschöpfung direkt vor Ort auf dem Land“, resümiert Pritschau im Gespräch mit den Sozialdemokraten. Diese versicherten ihm, zur Versachlichung der Debatte im Kreistag und in der politischen Praxis beitragen zu wollen.

Der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Marc-André Ehlers sprach die Herausforderungen für eine nachhaltige Agrarpolitik an. Ziel der Sozialdemokraten sei eine Landwirtschaft, deren Funktion nicht ist, nur möglichst agrarindustriell erzeugte billige Rohstoffe für die Nahrungsmittelwirtschaft zu liefern. Ehlers: „Wir wollen eine Lebensmittelerzeugung, die flächendeckend betrieben wird, ökologisch intakte Kulturlandschaften prägt, Arbeitsplätze schafft und Tierschutzanliegen ebenso ernst nimmt wie globale Entwicklungsfragen und den Klimawandel.“

Der SPD-Kreisvorstand sucht seit geraumer Zeit das direkte Gespräch mit Vereinen und Verbänden im Kreis Segeberg für den politischen Austausch. Bisher diskutierte die SPD-Spitze im Kreis Segeberg mit der jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg, dem Kreiselternbeirat der Gymnasien und dem Kreisbauernverband.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.05.2011, 13:08 Uhr - 9553 Clicks - Nr. 518

Albig verspricht Koalition des Dialogs

Eine neue Qualität des Dialogs versprach Torsten Albig den Gewerkschaften auf dem Arbeitnehmerempfang der SPD in Kiel. „Politik muss wieder zuhören“, sagte der Ministerpräsidentenkandidat der SPD für die Landtagswahl 2012. In einsamen Hinterzimmern mit einer sog. Haushaltsstrukturkommission Sparprogramme im dreistelligen Millionenbereich aufzustellen, sei töricht und zum Scheitern verurteilt.



Albig sagte zu, die Bürgerinnen und Bürger in Entscheidungsfindungen über wichtige Zukunftsfragen des Landes künftig einzubinden. „Und damit fangen wir bereits bei der Erarbeitung unseres Regierungsprogramms an.“ Mit Zukunftsgesprächen in allen Regionen des Landes und einem Bürgerparteitag werde in den Sommermonaten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern am Regierungsprogramm der SPD gearbeitet.

Als wichtigen Partner einer SPD-geführten Landesregierung bezeichnete Albig die Gewerkschaften. Sozialdemokratie und Gewerkschaften hätten nicht nur gemeinsame Wurzeln, sie vereine auch ein

gemeinsames Ziel: Arbeit zu schaffen, von der man leben kann. Eine „Geiz ist geil“-Mentalität der Konsumenten passe hierzu ebenso wenig wie die Erwartungshaltung von Arbeitgebern, dass der Staat ihre Dumpinglöhne mit Steuergeldern aufstockt.

Derzeit werden Arbeitgeber mit jährlich 50 - 60 Milliarden Euro solcher Aufstockungsleistungen subventioniert. Der von den Gewerkschaften eingeforderte Mindestlohn sei daher zwingend notwendig und längst überfällig, sagte Albig vor den über 60 Gästen aus Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaften.

Foto: H. Ulbrand

Kommentar von [Günther](#) vom 20.05.2011, 15:38 Uhr:

RE: Albig verspricht Koalition des Dialogs

Die neue Qualität des Dialogs ist ausgezeichnet und wird Erfolg haben. Ich hoffe alle anderen Landes und Kreisverbände der SPD werden diesem Beispiel folgen. Wir haben hier ausserdem die Idee Sigmar Gabriel als erstes umgesetzt und den Spitzenkandidaten per Mitgliederentscheid gewählt.

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 18.05.2011, 10:00 Uhr - 20346 Clicks - Nr. 519

Gelber Sack ade?

Folgt man der Meldung in der Dithmarscher Landeszeitung vom 10.5.11 wird das Ende des gelben Sackes bis spätestens 2014 eingeläutet. Ab 2015 muss der Verbraucher seinen Kunststoffverpackungsmüll in eine neue Wertstofftonne entsorgen.

Soweit so gut, oder auch nicht:

Der Grüne Punkt, Duales System Deutschland DSD, Gesellschaft für Abfallvermeidung und Sekundärrohstoffgewinnung wurde 1990 gegründet. Ursprünglich war es als Non-Profit-Unternehmen gedacht, um eine Entlastung für Hersteller und Vertreiber bei ihrer Erfüllung der Verwertungspflichten zu sein. 1997 wandelte man die Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft um. Ende 2005 wurde die AG wieder zu einer GmbH. Inzwischen hat das System weltweit Anerkennung gefunden. Man darf aber die Augen nicht davor verschließen, dass sich hier inzwischen ein hoch profitabler Markt der Abfallentsorgung entstanden ist, der zu großen Teil aus Steuergeldern finanziert wurde, wobei auch das Monopol der DSD als höchst kritisch angesehen werden muss.

Die SPD Kreisvorsitzende Angelika Hansen sagte in einer Stellungnahme:

„Sollte es bei der Abfallentsorgung zu neuen „Planspielen“ und Überlegungen kommen, müssen die Bürger von finanziellen Beteiligungen heraus gehalten werden!“

Die Meinung der Dithmarscher SPD zu diesem Thema lautet:

Neue Tonne Ja – zusätzliche Kosten Nein!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.05.2011, 16:26 Uhr - 18961 Clicks - Nr. 520

Kreis-SPD freut sich über Fortbestand des Wedeler Frauenhauses

Das Land bleibt beim Frauenhaus Wedel in der Verantwortung!“

„Das ist eine gute Nachricht für Wedel und den Kreis Pinneberg!“ Mit diesen Worten haben der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Thomas Hölck und SPD-Pressesprecherin Elke Schreiber auf die Nachricht über den Fortbestand des Wedeler Frauenhauses reagiert. „Der dankenswerte Einsatz von Stadtwerken, Sparkasse und anderen Spendern entlässt das Land aber nicht aus der Verantwortung, die Versorgung mit Frauenhausplätzen für die Region sicherzustellen und die Strukturen in der Rolandstadt zu erhalten.“

Hölck weist darauf hin, dass die Wedeler Einrichtung mit ihrer engagierten Präventions-, Beratungs- und Informationsarbeit in der Stadt hervorragend vernetzt und unverzichtbar sei. „Hier geht es nicht nur um die vorgehaltenen Plätze für Frauen in Not sondern auch um wichtige Vorfeldarbeit“, betont Hölck. Schreiber kritisiert, Es sei ein Armutszeugnis, wenn Kiel noch nicht einmal daran denke, sich mit den Hamburger Nachbarn über eine gemeinsame Regelung für die Einrichtungen in der Metropolregion zu verständigen und stattdessen immer wieder darauf verweise, dass das Frauenhaus Wedel auch Betroffene aus der Hansestadt aufnimmt. „Wie bei den zähen Verhandlungen zum Gastschulabkommen mit ihrem letztlich unzulänglichen Ergebnis praktiziert Schwarz-Gelb wieder einmal ganz kleines Karo. Das ist Kirchturmpolitik zulasten von Menschen in Notsituationen“, ärgert sich die SPD-Politikerin.

Nach Auffassung der Kreis Pinneberger SPD ist die Landesregierung jetzt erneut aufgefordert, sich mit dem Träger- und Förderverein des Frauenhauses über ein Modell der Finanzierung der Arbeit zu verständigen. „Die Stadt Wedel, ihre Bürgerinnen und Bürger und Einrichtungen wie Stadtwerke und Sparkasse haben auf eindrückliche Weise deutlich gemacht, wie wichtig ihnen das Frauenhaus in der Stadt ist. Nach diesem starken Signal ist jetzt Kiel am Zuge“, mahnen Hölck und Schreiber Richtung Landeshauptstadt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.05.2011, 16:32 Uhr - 3284 Clicks - Nr. 521

„Krippen, Kindergärten und Schulkinder: Mehr Plätze für alle!“

In einer gemeinsamen Erklärung teilen der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhard Hanns, der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, der jugendpolitische Sprecher der CDU-Ratsfraktion, Ratsherr Jan Wohlfarth, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kirsten Wegner, die schul- und jugendpolitische Sprecherin der FDP-Ratsfraktion, Ratsfrau Silke Jürgensen, Ratsfrau Antje Danker (SSW), der Stadtelternbeirat der städtischen Kindertagesstätten, vertreten durch ihre Vorsitzende Andrea Lüdtke, und die Kreisarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände (KAG), vertreten durch Herrn Nahmen Roeloffs, zur Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung 2011/ 2012 mit:

„Mit der Kindertagesstättenbedarfsplanung schafft die Landeshauptstadt Kiel einen großen Schritt

für mehr Betreuung von vielen Kindern vom Krippen- bis zum Grundschulalter. Diese Fortschreibung ist aus einer intensiven und breiten Kommunikation zwischen Verwaltung, freien Trägern und Eltern erwachsen. Angesichts des Umfangs und der Komplexität der Thematik ist der Leistung der Verwaltung hier Respekt zu zollen. Kritik von Eltern wird ernst genommen. Hier sollte in der Umsetzung der Bedarfsplanung und der Fortschreibung weiter optimiert werden. Dieses ist aber nur möglich, wenn die Betroffenen konstruktiv und ergebnisoffen mitarbeiten.

Bedauerlicherweise sind die Elternvertreter der Kreiselternvertretung der Kindertagesstätten (KEV) sowie der Grundschulen und Förderzentren, die sich öffentlich sehr kritisch geäußert hatten, den Einladungen der Stadt zu einem „Runden Tisch“ nicht gefolgt, obwohl dieser in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses so dringend erbeten wurde. Auch vor diesem Hintergrund ist aber darauf hinzuweisen, dass die vorgebrachten Vorwürfe inhaltlich nicht belastbar sind, sondern einige in der laufenden Diskussion sogar zurückgenommen worden sind.

So wird die Zurückstellung der bereits beschlossenen Kita im Wissenschaftspark mit sieben Gruppen gefordert, ungeachtet, dass der Betrieb am 01.09.2011 erfolgen soll, viele Eltern mit diesen Plätzen rechnen und sie brauchen. Dass die ebenfalls beschlossenen fünf Gruppen des Kinderwaldes für Waldkindergartengruppen nicht zustande kommen können, ist wirklich bedauerlich, aber die Konsequenz aus den fehlenden Anmeldungen von Kindern. Die weitere Bindung von Mitteln und die damit verbundene massive Einschränkung des weiteren Ausbaus der Betreuungsmöglichkeiten in Kiel sind nicht zu rechtfertigen. Im Übrigen ist durch den Ausbau der Wiker Plätze mit einer deutlichen Entlastung in Suchsdorf zu rechnen, was durchaus durch das gute und sehr gut angenommene Angebot des Strandkindergartens in Friedrichsort unterstützt werden kann. Hier wird abzuwarten sein, wie die Eltern das Angebot annehmen.

Die Betreuten Grundschulen leisten mit viel ehrenamtlicher Tätigkeit in Kiel einen kaum zu unterschätzenden, auch qualitativ hochwertigen Beitrag zur nachmittäglichen Betreuung von Schulkindern. Die Forderung der KEV und der Elternvertretung der Grundschulen und Förderzentren, die Betreuten Grundschulen, die vor allem durch Elternvereine getragen werden, aufzulösen sowie sie komplett in Offene Ganztagschulen oder Horte umzuwandeln, ist ein Affront gegenüber den Betreuten Grundschulen und würde einen massiven Verlust an Betreuungsplätzen bedeuten, z.B. dadurch, dass die Offenen Ganztagschule in der Regel nur drei Tage die Woche ihre Angebote aufrechterhalten. Zudem ist das Angebot einer Betreuten Grundschule qualitativ eher dem Hort angepasst.

Den strukturellen Veränderungen im Bereich der Schulkinderbetreuung ist selbstredend Rechnung zu tragen, eine Sozialermäßigung im Bereich der Betreuten Grundschulen muss in naher Zukunft erreicht werden. So lange gewährt die Landeshauptstadt Kiel für alle Eltern von jetzigen Hortkindern Bestandschutz, es muss also niemand Nachteile befürchten. Das ist sehr wichtig.“

Keine Kommentare

Martin Habersaat im Vorstand der Landtagsfraktion

Im Rahmen einer zweitägigen Klausurtagung in Damp hat die SPD-Landtagsfraktion den Stormarner Landtagsabgeordneten Martin Habersaat (34, Barsbüttel) zu ihrem neuen bildungspolitischen Sprecher und Vorsitzenden des Arbeitskreises Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur gewählt. Als Arbeitskreisvorsitzender gehört Martin Habersaat ab sofort auch dem Fraktionsvorstand an.



Die Nachwahl war notwendig geworden, weil der bisherige Arbeitskreisvorsitzende Dr. Henning Höppner (62, Plön) sein Amt in jüngere Hände übergeben wollte; er wird 2012 nicht wieder für den Landtag kandidieren und wünscht sich Kontinuität in der Bildungspolitik der SPD-Landtagsfraktion. Habersaat war seit der Landtagswahl 2009 sein Stellvertreter. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner dankte Höppner, der schulpolitischer Sprecher bleibt, für seinen jahrelangen Einsatz für eine moderne sozialdemokratische Bildungspolitik, die dem Grundsatz des längeren gemeinsamen Lernens verpflichtet ist.

Martin Habersaat gehört dem Landtag seit 2009 an. Vorher unterrichtete er Deutsch, Geschichte und PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft) an einem Hamburger Gymnasium, wo er auch Fachleiter für Geschichte war. Seit 2004 ist er Vorsitzender der SPD Stormarn. Er freute sich über die Wahl: „Es ist ein schönes Gefühl, als einer der jüngeren Abgeordneten bereits nach anderthalb Jahren mit so einer verantwortungsvollen Aufgabe betraut zu werden. Das nehme ich als Verpflichtung und Ansporn, schließlich wollen wir in knapp einem Jahr die Landtagswahl gewinnen und die Pannenserie der Regierung Carstensen in der Bildungspolitik beenden.“

Keine Kommentare

Thönnes übernimmt Gefangenen-Patenschaft für Nikolai Statkevich

Franz Thönnes, SPD-Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär a.D. und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages, übernimmt eine Gefangenen-Patenschaft für Nikolai Statkevich.



Zu seinem Engagement erklärte der Bundestagsabgeordnete:

„Für seine Kandidatur um das Präsidentenamt und die Teilnahme an den Demonstrationen nach der gefälschten Wahl von Alexander Lukaschenko gebührt Nikolai Statkevich höchster Respekt und unsere Solidarität. Selbst unter dem Druck einer möglichen langen Haftstrafe kämpft er im Gerichtssaal für mehr Demokratie. Mit meiner Patenschaft will ich dazu beitragen, dass der

Präsident Weißrusslands die demokratische Bewegung in seinem Land nicht unbemerkt unterdrücken kann. Jetzt gilt deutlich zu machen, dass die Welt die Vorgänge vor Ort sehr genau registriert.“

Das Patenschafts-Programm für die politischen Gefangenen in Belarus wurde von der Menschenrechtsorganisation [Libereco - Partnership for Human Rights](#) initiiert, um die Gefangenen und ihre Angehörigen zu unterstützen. Als Pate wird sich Franz Thönnies für die Freilassung „seines Gefangenen“ einsetzen.

Nikolai Statkevich, Sozialdemokrat und Präsidentschaftskandidat, wurde am Abend des 19. Dezembers 2010, dem Tag der Präsidentschaftswahlen, während einer friedlichen Demonstration vom KGB verschleppt. Mit ihm wurden weitere Präsidentschaftskandidaten, Aktivisten und Journalisten verhaftet. Nach rund fünf Monaten unter schwierigsten Haftbedingungen und in Isolationshaft drohen Statkevich nun bis zu 8 Jahre Gefängnis. Erste Fotos von ihm (seit Dezember 2010) aus dem Gerichtssaal zeigen ihn in verhältnismäßig guter Verfassung. Allerdings hat er stark abgenommen und klagt über Sehschwäche und Herzprobleme.

Belarussische und internationale Menschenrechtsorganisationen betrachten Nikolai Statkevich als Gewissensgefangenen und fordern seine sofortige und bedingungslose Freilassung.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.05.2011, 10:45 Uhr - 14493 Clicks - Nr. 524

Birgit Herdejürgen: Steuerung an- und Steuersenkungsfantasien abschalten!

Zu den heute vorgestellten Ergebnissen der regionalisierten Steuerschätzung sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Die Ergebnisse der Steuerschätzung für Schleswig-Holstein sind kein Grund zur Entwarnung. Immer noch liegen unsere Steuereinnahmen unter den Planungen, die wir vor der Finanzmarktkrise vorgenommen haben. Durch Mindereinnahmen in den letzten Jahren fehlen Schleswig-Holstein Hunderte Millionen Euro, für die das Land neue Schulden machen

CDU und FDP setzen mit ihrem Streit um Wirtschaftsliberalismus und Steuerpopulismus keine nachhaltigen Schwerpunkte, sondern bedienen einseitige Lobby-Interessen.



Für Steuersenkungsfantasien gibt es keinerlei Raum. Schleswig-Holstein muss von den Schulden herunter, damit wir so schnell wie möglich Handlungsfähigkeit zurückgewinnen. Wir müssen im Gegenteil sehr engagiert für die Verbesserung unserer Einnahmesituation streiten: Wer mehr schultern kann, muss es auch tun, deshalb wollen wir sehr hohe Einkommen und Vermögen stärker belasten. Wir wollen eine übersichtliche und transparente Besteuerung, die Steuerschlupflöcher schließt. Und wir müssen bei den Ausgaben Prioritäten setzen. Nur eine solidarische Gesellschaft ist

eine gerechte Gesellschaft. Davon profitiert die Solidargemeinschaft und davon profitiert auch unsere Wirtschaft.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.05.2011, 16:30 Uhr - 1543 Clicks - Nr. 525

Vielfalt statt Einfalt

Zum zurückgezogenen Antrag „Beflaggung der Stadt zum CSD“ der Linken erklären die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Gesa Langfeldt, Antje Danker, SSW und B90/Die Grünen, Katja Günther, diesjährige Schirmfrau des Kieler CSD:

„Zum wiederholten Male beantragt die Linke die Beflaggung der Stadt während des CSD mit der Regenbogenfahne. Zum wiederholten Male weisen wir darauf hin, dass es seit Jahren gute Tradition in Kiel ist, die Regenbogenfahne zum CSD vor dem Rathuas zu hissen. Von daher ist dieser Antrag unnötig und wurde von der Linken zurecht zurückgezogen.

Stattdessen geht es darum, weitere Möglichkeiten der Unterstützung durch die Stadt für eine vielfältige Gesellschaft zu sondieren. Darum haben wir die Verwaltung gebeten, gemeinsam mit den Vereinen und Verbänden, die den CSD in Kiel ausrichten, darüber zu beraten, wie eine noch engere Zusammenarbeit und ideelle Unterstützung aussehen könnte.

Wir können uns vorstellen, dass die Stadt künftig beim CSD und anderen Kulturereignissen, etwa den rosa Wochen im Kommunalen Kino oder bei Sportveranstaltungen der Szene ihre Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit einbringt.

Auch halten wir es für sinnvoll, über eine zielgruppenbezogene Tourismuswerbung z.B. zum CSD nachzudenken.

Darüber hinaus gehen wir davon aus, dass es etwa im Rahmen von Rechtsberatung zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Anknüpfungspunkte für eine engere Zusammenarbeit geben könnte. Schließlich regen wir an, im Rahmen des Weiterbildungsangebots der Stadtverwaltung Angebote zur Sensibilisierung für die Gleichstellung von Schwulen und Lesben, Bisexuellen und Transgender anzubieten.

Diese konkreten Formen einer engen Kooperation zur Stärkung der Vielfalt unsere Gesellschaft erscheinen uns vor dem Hintergrund anhaltender Homophobie sinnvoller als das Aufhängen oder gar den Ankauf weiterer Regenbogenfahnen für einen Tag: Symbole sind wichtig ersetzen aber keine gestaltende Politik“

Keine Kommentare

SPD fordert Schutz der Bürger bei Riesenmasten

Politik ist offensichtlich kein leichtes Geschäft. So jedenfalls überrascht uns die Bürgerinitiative gegen Riesenmasten, die sich öffentlich darüber beschwert, dass wir das Thema Riesenmasten NICHT parteipolitisch ausschlichten. Und das, obwohl wir die Forderungen der Bürgerinitiative seit über 1 Jahr tatkräftig unterstützen.

Wir haben mit der BI gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt, haben an Demonstrationen teilgenommen, waren bei der Anhörungsverhandlung in Pinneberg anwesend und haben uns an den Veranstaltungen der BI beteiligt. Alles dies mit möglichst großer parteipolitischer Neutralität.

Wir nehmen den Wunsch der Bürgerinitiative auf, uns ab jetzt eben doch klar parteipolitisch zu äußern und haben mit der unten angefügten Pressemitteilung unsere Position zum Thema Riesenmasten beschrieben.

- Wir sagen JA zu neuen Durchleitungen
- Dabei sind unsere Forderungen:
 - ausreichender Abstand zu Wohnbebauung und Schule
 - oder Erdkabel
- Diese Position haben wir von Anfang an vertreten
- Bürgermeister Köppl hat öffentlich eine Klage zugesagt und wir unterstützen ihn dabei ausdrücklich!
- Wir lehnen die jetzige Planung ab, da sie gefährlich ist und heute nicht wieder genehmigungsfähig wäre!
- Der Hinweis auf die Wintrack-Masten ist nur eine Scheinlösung, weil weder ein vermindertes Strahlungsrisiko, noch Baugenehmigungsaussicht erkennbar sind!

Wir fordern die Quickborner Bürger auf, sich verstärkt für ihre Belange einzusetzen und sich nicht von Scheinlösungen (z.B. Wintrak-Masten) ablenken zu lassen.

Keine Kommentare

Regierung soll jetzt zügig den Wahltermin bestätigen!

Zur gescheiterten Klage eines CDU-Abgeordneten gegen die Verkürzung der Wahlperiode und zum aktuellen Stand der Vorbereitungen des Wahltermins 6. Mai 2012 erklären der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner, und sein Stellvertreter und Wahlrechtsexperte Peter Eichstädt:



"Der CDU-Landtagsabgeordnete Jens-Christian Magnussen ist mit seiner Beschwerde gegen eine Neuwahl des Landtages im kommenden Jahr vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Dieses Ergebnis ist nicht wirklich überraschend. Damit ist der Weg nun endgültig frei für eine zügige Neuschneidung der Wahlkreise und die Festlegung des Wahltermins 6. Mai 2012 durch die

Landesregierung. Die laufenden Verfahren sollten nun rasch abgeschlossen werden, damit die Parteien ausreichend Zeit haben, ihre Kandidaten aufzustellen, Wahlprogramme auszuarbeiten und den Wahlkampf zu planen."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 19.05.2011, 22:49 Uhr - 5736 Clicks - Nr. 528

Wahlkreisschneidung: CDU setzt Absurdität durch, SSW klatscht dazu

Zum Ergebnis der heutigen Sitzung des Wahlkreisausschusses erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt, und der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber:



"Die CDU hat im Wahlkreisausschuss ihr Modell durchgesetzt. In diesem sind nach rein parteipolitischen Interessen und in einigen Fällen völlig absurde Wahlkreise neu geschnitten worden.

Das Argument, man wolle den ländlichen Raum stärken, ist fadenscheinig, wenn man sich folgende Beispiele vor Augen hält: Die beiden verbleibenden Lübecker Wahlkreise haben zwischen 94.000 und knapp 97.000 Einwohner, die Wahlkreise in Dithmarschen/Steinburg und in Schleswig-Flensburg jeweils zwischen 65.300 und 68.400 Einwohner.

Dass die ostholsteinische Kreisstadt Eutin dem Wahlkreis Plön-Süd, Malente dem WK Plön-Nord zugeschlagen wird, die Gemeinde Schwentinental auf zwei Wahlkreise „verteilt“ wird, ist an Absurdität nicht zu überbieten. Hier ging es ganz klar um die Formung von Wahlkreisen mit eindeutig „schwarzem“ Profil. Es wurde so zurechtgeschnitten, dass es parteipolitisch passt. Das regionale Gewicht ist aus dem Lot gebracht worden.

Der SSW ist dieser fadenscheinigen Argumentation leider auf den Leim gegangen und fährt damit – genau wie die CDU – einen klaren Kurs gegen die Städte, insbesondere gegen Lübeck. Offensichtlich hat der SSW den Überblick verloren, wenn er einerseits in Dithmarschen den ländlichen Raum stärken will, ihn andererseits jedoch in Ostholstein und Plön massiv schwächt. Es ist unübersehbar, dass die Hansestadt für ihr Engagement für den Erhalt der Universität und damit gegen die schwarz-gelbe Koalition im Land mit vielen gelben T-Shirts jetzt abgestraft wird."

Keine Kommentare

Kreistagsfraktionsbericht



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir möchten Euch mit diesem Bericht einen Überblick über unsere Fraktionsarbeit im Plöner Kreistag geben. Er umfasst den Zeitraum von Juni 2009 bis heute.

[Kreistagsfraktionsbericht](#)

Keine Kommentare

Schwarz-Gelb hat Landtagswahl schon abgeschrieben

Zur gestrigen Entscheidung im Wahlkreisausschuss des Landtages erklärt der Landesvorsitzende der SPD und Oppositionsführer im Landtag Ralf Stegner:

„Knapp ein Jahr vor der vorgezogenen Landtagswahl und offenbar getrieben von aktuellen schlechten Meinungsumfragen ist unmissverständlich klar geworden, dass CDU und FDP einen Wahlerfolg, der auf den besseren Ideen für die Zukunft Schleswig-Holsteins beruht, offenkundig bereits aufgegeben haben.“



Die Mehrheitsentscheidung im Wahlkreisausschuss zur notwendigen Neuschneidung der weniger gewordenen Wahlkreise ist ein dreister parteipolitischer Tagessieg über das Gemeinwohl. Die Wahlkreise wurden mit atemberaubender Willkür und gerade noch legal innerhalb der vom neuen Wahlgesetz zugelassenen möglichen Abweichung der Einwohnerzahl eines Wahlkreises von 20 % (Lübeck Nord und Süd + 16 bis + 19,5 % - Steinburg, Dithmarschen, Schleswig-Flensburg zwischen – 17 und – 19 %) konsequent schwarz zurecht geschnitten und die Region Lübeck abermals vor den Kopf gestoßen. Alles nach dem Motto: Erst die Partei und dann das Land.

Die jüngsten Appelle des Landtagspräsidenten zu mehr politischer Gemeinsamkeit sind

ausgerechnet in einer Frage, bei der es um die politische Ausgestaltung des Rahmens für die nächsten Landtagswahlen geht, binnen weniger Tage zur Farce geworden. Dass dieser Affront auch noch mit Billigung des SSW erfolgt ist, dessen Mandaten CDU und FDP noch 2005 die volle Gültigkeit abgesprochen hatten, ist eine traurige Randnotiz dieses unwürdigen Vorgangs. Dass auch die unabhängige Wahlleiterin nach ihrem ursprünglichen, insgesamt sachgerechten eigenen Vorschlag nunmehr für diese einseitig parteipolitische Wahlkreisschneidung die Hand gehoben hat, wirft unerfreuliche Fragen an den Innenminister auf.

Dem CDU Fraktions- und Parteivorsitzenden von Boetticher fehlte offenbar die Kraft, sich gegen die aufkommende Panik in den eigenen Reihen durchzusetzen und eine Wahlkreisschneidung zu vertreten, die auch für SPD, GRÜNE und Linkspartei akzeptabel gewesen wäre.

Mein Dank gilt den Kollegen Peter Eichstädt und Jürgen Weber, die sicher auch sozialdemokratische Interessen vertreten haben, aber über Monate im Wahlkreisausschuss versucht haben, tragfähige gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Die SPD Schleswig-Holstein wird sich trotz dieser eklatanten politischen Wettbewerbsverzerrung nicht in die Pose des schlechten Verlierers in der Schmollecke zurückziehen. Die Union sollte sich aber nicht zu früh freuen. Mögen einige Wahlkreise nunmehr auch als scheinbar schwarze Bastionen abgesichert worden sein – die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner durchschauen solche Manöver und werden die potemkinschen Dörfer erkennen. Noch ist kein einziger Wahlkreis vergeben und wir werden in diesen Wahlkreisen mit besonderer Freude für unsere Ideen, einen neuen Politikstil und unseren Ministerpräsidentenkandidaten Torsten Albig werben.

Ich bin sicher, dass sich die Bürgerinnen und Bürger am Wahntag für das tragfähigere politische Konzept für unser schönes Land Schleswig-Holstein entscheiden werden. Die Sozialdemokratie steht für eine Politik, die sozial gerecht, wirtschaftlich stark, finanzpolitisch solide und ökologisch vernünftig ist. Wir werden umso entschlossener dafür arbeiten, dass der zukünftige Ministerpräsident Torsten Albig heißt und für eine gute und solide Landesregierung ein klares rot-grünes Mandat der Bürgerinnen und Bürger erhalten wird. Dies ist nach dem gestrigen Tag noch ein Stück wahrscheinlicher geworden.“

Kommentar von [Günther](#) vom 20.05.2011, 15:30 Uhr:

RE: Schwarz-Gelb hat Landtagswahl schon abgeschrieben

Ralf Stegner hat hier im vollem Umfang recht!

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 12:00 Uhr - 18681 Clicks - Nr. 531

„Keine Tricks, Frau Merkel!“

SPD ruft zur Teilnahme an Ausstiegsdemo in Hamburg auf

„Die Bundesregierung muss jetzt schnell einen ehrlichen Fahrplan für den zügigen

Ausstieg aus der Atomkraft und für die Wende hin zu den erneuerbaren Energien vorlegen!“ Das hat der SPD-Kreisvorstand auf seiner Sitzung am 19. Mai gefordert. Die Kreis Pinneberger



Sozialdemokraten entschieden einstimmig, zur Ausstiegsdemonstration in Hamburg am 28. Mai aufzurufen.

SPD-Kreisvorsitzender Hans-Helmut Birke wies darauf hin, dass von Seiten der SPD bereits ein detailliertes Ausstiegskonzept vorliege. „Wer es ernst meint, kann jetzt entscheiden. Es gibt keinen Grund, weiter auf Zeit zu spielen“, betonte Birke. „Wir müssen aus der Atomtechnologie so schnell wie möglich raus. Das heißt aber auch, dass Schwarz-Gelb endlich den Weg für das Umsteuern auf regenerative Energien frei machen muss!“

Auch Juso-Kreisvorsitzender Lars Oehme warb eindringlich für eine Beteiligung an der Demonstration in Hamburg: „Frau Merkels Moratorium ist bald abgelaufen. Dann wird sich zeigen, was vom schwarz-gelben Atomausstieg übrig bleibt. Ob die Atomindustrie einpacken muss, wird auch der öffentliche Druck bestimmen. Deshalb ist es gut, wenn am 28. Mai viele Menschen auf die Straße gehen.“ Er hoffe insbesondere auf die Beteiligung vieler junger Leute. „Schließlich wird hier über unsere Zukunft entschieden. Das kann uns nicht egal sein“, so Oehme.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 12:25 Uhr - 19029 Clicks - Nr. 532

SPD ruft zur Teilnahme an Ausstiegsdemo in Hamburg auf
„Keine Tricks, Frau Merkel!“

„Die Bundesregierung muss jetzt schnell einen ehrlichen Fahrplan für den zügigen Ausstieg aus der Atomkraft und für die Wende hin zu den erneuerbaren Energien vorlegen!“ Das hat der SPD-Kreisvorstand auf seiner Sitzung am 19. Mai gefordert. Die Kreis Pinneberger Sozialdemokraten entschieden einstimmig, zur Ausstiegsdemonstration in Hamburg am 28. Mai aufzurufen.

SPD-Kreisvorsitzender Hans-Helmut Birke wies darauf hin, dass von Seiten der SPD bereits ein detailliertes Ausstiegskonzept vorliege. „Wer es ernst meint, kann jetzt entscheiden. Es gibt keinen Grund, weiter auf Zeit zu spielen“, betonte Birke. „Wir müssen aus der Atomtechnologie so schnell wie möglich raus. Das heißt aber auch, dass Schwarz-Gelb endlich den Weg für das Umsteuern auf regenerative Energien frei machen muss!“

Auch Juso-Kreisvorsitzender Lars Oehme warb eindringlich für eine Beteiligung an der Demonstration in Hamburg: „Frau Merkels Moratorium ist bald abgelaufen. Dann wird sich zeigen, was vom schwarz-gelben Atomausstieg übrig bleibt. Ob die Atomindustrie einpacken muss, wird auch der öffentliche Druck bestimmen. Deshalb ist es gut, wenn am 28. Mai viele Menschen auf die Straße gehen.“ Er hoffe insbesondere auf die Beteiligung vieler junger Leute. „Schließlich wird hier über unsere Zukunft entschieden. Das kann uns nicht egal sein“, so Oehme.

Die Demonstration findet unter dem Motto „Atomkraft: Schluss!“ am 28. Mai in Hamburg statt. Auftakt ist um 11.30 Uhr auf dem Jungfernstieg / Ballindamm.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 12:39 Uhr - 8430 Clicks - Nr. 533

Olaf Schulze, MdL, zu Besuch in Norderstedt

Der Geesthachter Landtagsabgeordnete und energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion Olaf Schulze sprach sich anlässlich seines Besuches im Norderstedter Ortsvereinsvorstand für die Energiewende in Schleswig-Holstein aus.



Auch auf Schleswig-Holstein wird der Treibhauseffekt mittelfristig direkte Auswirkungen haben. Eine prognostizierte Erhöhung des Meeresspiegels für das Jahr 2100 um 1 Meter würde dazu führen, dass z.B. Fehmarn fast vollständig von der Landkarte verschwindet. Man müsste sich also fragen, ob die Fehmarn-Belt-Querung nicht gleich bis nach Oldenburg führen sollte. Ein Thema der nächsten Jahre wird also auch der Küstenschutz und damit eine mögliche Küstenschutzabgabe sein.

Für die Zukunft muss auf einen Mix aus Solarenergie, Windenergie, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie gesetzt werden, nur so werden wir das Ruder rumreißen und die Energiewende vollziehen können. Die Ziele sind die Energieeinsparung, die Nutzung von erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz. In diesem Bereich werden auch viele neue qualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 15:55 Uhr - 6642 Clicks - Nr. 534

SPD-Kreisparteitag: Anette Langner zur SPD-Kreisvorsitzenden wiedergewählt-

20. 5. 2011

Pressemitteilung

SPD-Kreisparteitag: Anette Langner zur SPD-Kreisvorsitzenden wiedergewählt-

Neue Landrätin Stephanie Ladwig stellte vor

Anette Langner ist am Sonnabend erneut zur Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Plön gewählt worden. 77 Delegierte stimmten in geheimer Wahl für die 49-Jährige, bei nur drei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen. "Das ist ein großer Vertrauensbeweis", freute sich Langner. Seit sechs Jahren steht sie bereits an der Spitze des derzeit 1439 Mitglieder

Ehregast der SPD war die neue Plöner Landrätin Stephanie Ladwig. Ihr Besuch sei ein sehr gutes Zeichen für eine künftig gute Zusammenarbeit, freute sich Langner. Im lockeren

"Vorstellungsgespräch" stellte sich Ladwig den Fragen von Lutz Schlüsen, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden im Plöner Kreistag. Nach zehn Tagen im Amt habe sie bereits eine Vielzahl von Außenterminen wahrgenommen, sich aber zunächst bemüht, die Mitarbeiter in der Kreisverwaltung kennen zu lernen. Dabei sei eine Personalversammlung zu ihren Amtsantritt ein besonderes Erlebnis gewesen. Auch Persönliches gab sie den Delegierten preis. "Ich haben einen Blumenfimmel", berichtete sie bei ihrer Vorstellung.

Sie wohnt zurzeit in Plön in der Nähe des Großen Plöner Sees. Politisch wünscht sich die parteilose

Landrätin einen partnerschaftlichen Zusammenarbeitsstil und ein Miteinander zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung. Sie hoffe im Geiste dieser Zusammenarbeit auch einiges für den Kreis und die Region zu bewegen. Ihre geografischen Kenntnisse bewies sie, auf die Frage, wobei sie denken würde, wenn sie Brasilien hört. Mit Schönberg lag sie richtig. Die Frage nach Klaar Kiming beantwortete sie mit: Weiter Horizont und Weitblick. „Übertragen auf ihre Arbeit wünsche ich Ihnen stets Weitsicht und einen endlosen Horizont“, so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen. Als Geschenk für ihr Amtszimmer überreichte Lutz Schlüsen der Landrätin ein Bild des Schönberger Malers und Kulturamtsleiters Rainer Runge. Zu sehen ist der Hessenstein, Gut Panker und die Region um den Selenter See.

In ihrem Jahresbericht ließ Anette Langner zwei wechselvolle Jahre Revue passieren. Vor allem das Superwahljahr 2009 mit Europa-, Bundestags- und vorgezogener Landtagswahl habe die haupt- wie nebenamtliche Arbeit im Kreisverband entscheidend bestimmt. Darüber hinaus habe die Verbesserung der Organisationsstruktur den Kreisvorstand erheblich beansprucht. "Jedoch geht das Schwinden unserer Organisationskraft in der Fläche weiter voran", mahnte Langner. Zusammenlegungen von kleinen, kaum noch aktiven Ortsvereinen zu größeren Einheiten führe jedoch dazu, dass die Partei vor Ort immer weniger präsent sei.

"Wir wollen neue Mitglieder werben", hob die wieder gewählte Kreisvorsitzende hervor. Langner verwies darauf, dass in den vergangenen beiden Jahren 71 Mitglieder der Partei den Rücken gekehrt hätten, während nur 34 neu gewonnen worden seien. Mit fast 38 Prozent Frauenanteil unter den Mitgliedern gehöre der Plöner Kreisverband aber landesweit zur Spitze. Allerdings nehme auch der Teil der älteren Mitglieder kontinuierlich zu. Durch vielfältige Aktivitäten solle die Mitgliedersituation wieder verbessert werden. Dieses soll mit dem "Konzept 10 unter 40" erfolgen, das es Interessierten ermöglichen solle, in Praktika und Hospitationen die politische Arbeit näher kennen zu lernen.

Neben der Kreisvorsitzenden Anette Langner wurden auch ihr Stellvertreter Norbert Maroses (Preetz) und Schriftführerin Monika Vogt (Schwentinental) in ihren Ämtern bestätigt. Zum neuen Schatzmeister wählten die Delegierten Dietmar Katzer, nachdem Harald Tews (Mönkeberg) nicht erneut kandidierte.

Als thematischen Schwerpunkt hatte der Kreisparteitag das Thema „Stadtregionalbahn“, bei dem sich in einer einstündigen Debatte intensiv austauschten. Insbesondere der von der SPD-Kreistagsfraktion angeschobene Beteiligungsprozess der Bürgerinnen und Bürger wurde von allen gelobt und unterstützt. Man war sich einig, dass eine abschließende Entscheidung Anfang September auf einem Sonderparteitag getroffen werden sollte, wenn der Prozess abgeschlossen ist. Auf der einen Seite wurden gute Chancen für die Region als Infrastrukturmaßnahme bewertet auf der anderen Seite wurden die hohen laufenden Kosten als Problem beschrieben.

[Rede zum Kreisparteitag von Anette Langner](#)

[Rede zum Kreisparteitag von Lutz Schlüsen](#)

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 16:00 Uhr - 4621 Clicks - Nr. 535

Wahlkreisschneidung: CDU setzt Absurdität durch, SSW klatscht dazu

Zum Ergebnis der Sitzung des Wahlkreisausschusses erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt, und der Parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber: Die CDU hat im Wahlkreisausschuss ihr Modell durchgesetzt. In diesem sind nach rein parteipolitischen Interessen und in einigen Fällen völlig absurde Wahlkreise neu geschnitten worden. Das Argument, man wolle den ländlichen Raum stärken, ist fadenscheinig, wenn man sich folgende Beispiele vor Augen hält: Die beiden verbleibenden Lübecker Wahlkreise haben zwischen 94.000 und knapp 97.000 Einwohner, die Wahlkreise in Dithmarschen/Steinburg und in Schleswig-Flensburg jeweils zwischen 65.300 und 68.400 Einwohner.

Dass die ostholsteinische Kreisstadt Eutin dem Wahlkreis Plön-Süd, Malente dem WK Plön-Nord zugeschlagen wird, die Gemeinde Schwentinental auf zwei Wahlkreise „verteilt“ wird, ist an Absurdität nicht zu überbieten. Hier ging es ganz klar um die Formung von Wahlkreisen mit eindeutig „schwarzem“ Profil. Es wurde so zurechtgeschnitten, dass es parteipolitisch passt. Das regionale Gewicht ist aus dem Lot gebracht worden.

Der SSW ist dieser fadenscheinigen Argumentation leider auf den Leim gegangen und fährt damit – genau wie die CDU – einen klaren Kurs gegen die Städte, insbesondere gegen Lübeck. Offensichtlich hat der SSW den Überblick verloren, wenn er einerseits in Dithmarschen den ländlichen Raum stärken will, ihn andererseits jedoch in Ostholstein und Plön massiv schwächt. Es ist unübersehbar, dass die Hansestadt für ihr Engagement für den Erhalt der Universität und damit gegen die schwarz-gelbe Koalition im Land mit vielen gelben T-Shirts jetzt abgestraft wird.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 20.05.2011, 23:48 Uhr - 5951 Clicks - Nr. 536

"Das ist alles nur geklaut"

Zum überraschenden Schwenk der CDU-Führung bei der Atompolitik im Kreis nimmt der SPD-Kreisvorsitzende Peter Eichstädt für seine Partei Stellung:



"Das ist alles nur geklaut."

Man möchte sich ja freuen, denn das, was die CDU Kreis Herzogtum Lauenburg auf ihrem nächsten Parteitag beschließen will, ist weitgehend zu begrüßen. Allerdings bleibt die Frage, woher dieser plötzliche Sinneswandel kommt.

Seit Jahrzehnten fordern Sozialdemokraten (mit Grünen gemeinsam) im Lauenburgischen Kreistag eine Abkehr von der Atomenergie, fordern die Abschaltung des Pannereaktors in Krümmel, treten ein für alternative, regenerative Energieversorgung im Kreis Herzogtum Lauenburg.

Mit schöner Regelmäßigkeit wurden all diese Anträge im Kreistag von CDU und FDP niedergestimmt. Erstaunliche Beiträge über die angebliche Sicherheit der Atomanlagen im

Besonderen in Krümmel kamen immer wieder von der Union, erst unter der Führung des jetzigen Kreisvorsitzenden Klaus Schlie und später des MdB Brackmann.

Und eine Umstellung der Stromversorgung auf regenerative Energien wurde regelmäßig mit dem Argument abgebugelt, damit sei keine Versorgungssicherheit zu erreichen. Eine jetzt von der CDU-Führung angestrebte Umstellung der Versorgung von öffentlichen Gebäuden des Kreises auf alternative Energien wurde ebenfalls von SPD und Grünen immer wieder gefordert.

Natürlich begrüßt die SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg den Sinneswandel zunächst einmal der CDU - Spitze. Alle Forderungen gehen in die richtige Richtung und sind dringend notwendig. Warum auch nicht?

Es sind komplett unsere jahrzehntelang erhobenen Forderungen. Die CDU auch im Kreis hat stattdessen noch vor einem Jahr die Aufkündigung des Atomkonsenses der Bundesregierung mitgetragen und damit für längere Laufzeiten und eine großzügige Förderung der Atomkonzerne gesorgt.

Die rasante Atomwende der Kreis-CDU ist jedenfalls nicht das Ergebnis eines innerparteilichen und gesellschaftlichen Diskussionsprozesses, wie er in der SPD seit Jahrzehnten geführt wird. Der hat in der CDU nie stattgefunden.

Da läuft sie roter und grüner Politik Jahre hinterher. wir werden die Union beim Wort nehmen.

Den scheinbaren Schwenk der CDU wird die SPD auf allen Ebenen, in den Gemeinden und im Kreistag einem scharfen Praxistest unterziehen. Dann wird sich herausstellen, ob das ganze mehr als ein populistischer Schwenk ist.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 22.05.2011, 13:49 Uhr - 3798 Clicks - Nr. 537

Was wird aus dem Stiefenhoferplatz?

Beteiligungsveranstaltung am 23. Mai ab 19.30 Uhr im Rathaus Barsbüttel

Mit dem Bürgerentscheid zum Rathaus ist erneut die Frage in den Raum gestellt worden, wie der Stiefenhoferplatz umgestaltet werden könnte. Bevor eine professionelle Planung begonnen und konkrete Gespräch mit den unmittelbar Betroffenen geführt werden können, sollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligt und ihnen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche und Vorstellungen zu äußern.



Insbesondere die Eigentümer der Immobilien sollen dieses aus erster Hand erfahren und für sich bewerten können.

Deshalb sind interessierte Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde, die Eigentümer der Immobilien am Stiefenhoferplatz, die Beschicker des Wochenmarktes und die Betreiber der dortigen Gewerbebetriebe eingeladen, die zukünftige Gestaltung des Stiefenhoferplatzes zu diskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von Landrat Klaus Plöger. Veranstalter ist die Gemeinde Barsbüttel.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 23.05.2011, 10:55 Uhr - 16263 Clicks - Nr. 538

Ein Tag in der Pflege

Wie sieht der Alltag von Pflegekräften aus? Wo sehen sie vordringliche Probleme bei der Patientenversorgung, wie empfinden sie die berufliche Belastung? Solche und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt der eintägigen Praktika, die Abgeordnete der SPD-Landtagsfraktion in Pflegeeinrichtungen, bei ambulanten Pflegediensten oder in Krankenhäusern ihrer Wahlkreise absolvierten. Die Sozialdemokraten nahmen den



internationalen Tag der Pflege zum Anlass, Fachkräfte in der Pflege zu begleiten

Im Vergleich zu einem gleich großen Krankenhaus in Rheinland-Pfalz, als Spitzenreiter in der Landesbasisfallwertvergütung auf Bundesebene, ergibt sich ein Mindererlös von mindestens 5 Millionen EUR.

Auch im Vergleich zu unserem direkten Nachbarland Hamburg beträgt dieser Mindererlös immer noch 2 Millionen EUR. Dieses Geld fehlt für dringlich erforderliche Investitionen.

Durch diese eklatante finanzielle Benachteiligung ergeben sich für die Arbeitnehmervertreter folgende Hauptforderungen:

1. Der Landesbasisfallwert soll bundesweit vereinheitlicht werden. Motto: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
2. Statt des bisherigen Grundlohnsummenmodells soll es einen „Warenkorb“ geben. Damit werden die realen Kosten der Krankenhäuser unabhängig von den Einnahmen der Krankenkassen bewertet.
3. Für die zusätzlich von der damaligen Bundesregierung beschlossenen Mittel zur Anstellung weiterer Pflegekräfte soll es eine Nachfolgeregelung geben. Grundsätzlich müsse die Personalbemessung in den Krankenhäusern angesichts der stetig steigenden Arbeitsverdichtung angepasst werden.

„ In diesem Jahr haben sich aufgrund der dramatischen Verschlechterung bei der Krankenhausfinanzierung noch weitere Arbeitnehmersvertretungen unserer Kampagne angeschlossen“, berichtet Dr. Heike Lehmann, Personalratsvorsitzende des Klinikums Itzehoe und bat zum Abschluss des Gesprächs um Unterstützung der Landtagsabgeordneten.

„ Die SPD-Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Schere zwischen den Bundesländern nicht noch weiter auseinanderklafft“, versprach Birgit Herdejürgen.

Die Erfahrungen aus dieser Aktion sollen in die Arbeit der Landtagsfraktion einfließen. Am 25.Mai werden die Politiker mit Vertreterinnen und Vertretern, der von ihnen besuchten Einrichtungen über die Erfahrungen sprechen, Meinungen austauschen und Informationen vertiefen.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 23.05.2011, 12:50 Uhr - 4493 Clicks - Nr. 539

Die Vernunft hat am Freitag eine letzte Chance

Zur Entscheidung des Wahlkreisausschusses über die Neuschneidung der Wahlkreise erklären die beiden Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im Ausschuss, Peter Eichstädt und Jürgen Weber: Die in der letzten Sitzung des Wahlkreisausschusses getroffene Einigung der Mehrheit der Mitglieder auf die Grundzüge der Neuschneidung der Wahlkreise muss noch nicht das letzte Wort sein. Denn die endgültige Abstimmung im Ausschuss wird erst am nächsten Freitag fallen, wenn das gesamte Paket mit straßengenaue Aufteilung vorliegt. Möglicherweise führt der heftige Protest in Lübeck und Ostholstein gegen die an Absurdität nicht zu überbietende Neuschneidung der Wahlkreise, die in der letzten Sitzung des Wahlkreisausschusses getroffen wurde, bei einzelnen Mitgliedern zum Nachdenken. Zumindest die Landeswahlleiterin und den SSW sollten die Reaktionen in Ostholstein und Lübeck zum Nachdenken gebracht haben.

Das wird sich am nächsten Freitag um 9.00 Uhr herausstellen, wenn der Wahlkreisausschuss zusammentritt, um eigentlich nur noch über die straßengenaue Schneidung der beschlossenen Wahlkreise in Lübeck und Kiel sowie einem Teil von Plön formal zu entscheiden. Der Wahlkreisausschuss muss dann erneut und endgültig über die gesamte, in einem Paket schriftlich vorliegende detailgenaue Aufteilung der Wahlkreise entscheiden.

Wir als Vertreter der SPD-Fraktion werden an diesem Tag erneut den ursprünglichen, wesentlich ausgewogeneren Antrag der Landeswahlleiterin zur Abstimmung bringen. Deshalb werden wir die Landeswahlleiterin auffordern, zur Vorbereitung dieser letzten Abstimmung für die Stadt Lübeck die Einteilung "straßengenaue" auf der Basis ihres Vorschlages vorzulegen. Angesichts der heftigen Reaktionen und vor allem der guten Argumente auch von Seiten örtlicher CDU-Politiker setzen wir darauf, dass alle Mitglieder noch einmal nachdenken.

Wir appellieren an sie, zu einer Entscheidung zu kommen, die sich an dem Vorschlag der

Landeswahlleiterein orientiert. Der ist zwar auch nicht perfekt, aber sachlich und rechtlich nicht zu beanstanden und deshalb akzeptabel.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 23.05.2011, 15:35 Uhr - 6674 Clicks - Nr. 540

Herzlichen Glückwunsch, Uwe Möller!

Der Kreisvorsitzende der SPD, Peter Eichstädt, gratuliert dem neuen und alten Bürgermeister von Büchen, Uwe Möller, zu seiner überzeugenden Wiederwahl.



Das tolle Ergebnis, aber vor allem der Verzicht der anderen Parteien auf Aufstellung eines Gegenkandidaten zeigt: Es gab einen großen gesellschaftlichen Konsens, dass der sozialdemokratische Bürgermeister eine gute Arbeit in der Vergangenheit gemacht hat und diese fortsetzen soll.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 24.05.2011, 20:00 Uhr - 4143 Clicks - Nr. 541

SPD Reinbek bekräftigt Grundposition für Rahmenplanung Schönningstedt

Die SPD Reinbek hat anlässlich des Bürgerbegehrens der Bürgerinitiative Schönningstedt zum Erhalt landschaftlicher Freiflächen ihre Grundposition für eine koordinierende städtische Rahmenplanung bekräftigt.

Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Peter Puls: "Wir befürworten auch und gerade zum Schutz angemessener Freiflächen zwischen den Stadtteilen eine planerische Gesamtkonzeption, die das scheinbar Vordringen gewerblicher und anderer baulicher Nutzungen verhindert. Jede städtische Planung muss allerdings auch Veränderungen zulassen, wenn und sobald der gesetzliche Maßstab einer geordneten Stadtentwicklung es verlangt." Das gelte nach Auffassung der SPD - so Puls - auch für die Landschaftsplanung "im Verhältnis zu konkurrierenden Flächenansprüchen". Die derzeitige Position der SPD Reinbek lässt sich für den Bereich Schönningstedt in drei Punkten zusammenfassen:

1. Holzvogtland: Die SPD Reinbek sieht keinen Bedarf für die Ausweisung von Bauflächen im Holzvogtland südlich des EKZ Schönningstedt und nördlich des Stadtteils Prahlsdorf, obwohl dort nach den "Darstellungen des derzeit gültigen Landschaftsplans", auf die sich das Bürgerbegehren beruft, Wohnbauplanung möglich wäre, sodass ein "Ja" zum Bürgerbegehren die Freiflächen im Holzvogtland nicht erhalten würde, sondern beseitigen könnte. Die SPD Reinbek will die Grünflächen im Holzvogtland - durch eine feste planerische Grenze im Westen - auch von gewerblichen Erweiterungen freihalten.

2. Gewerbegebiet Haidland: Die SPD Reinbek befürwortet eine maßvolle Erweiterung des Gewerbegebiets Haidland nach Osten in Richtung Schönningstedt über die "Darstellungen des

derzeit gültigen Landschaftsplans" hinaus. Mit der Erweiterung wäre die Sicherung vorhandener und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze möglich. Zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen könnten die Finanzierung der sozialen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten) auch in Schönningstedt verbessern. Zwischen Haidland-Gewerbe und Wohnbebauung Schönningstedts muss ein großzügig dimensionierter Landschaftsfreiraum planerisch gesichert bleiben.

3. Ortslage Schönningstedt: Die SPD Reinbek befürwortet im "Dorf" Schönningstedt (östlich der Königstraße) die maßvolle Ausweisung neuer Wohnflächen von der südlichen Wohnbesiedlung bis hin zum Kornblumenring, wenn dadurch die Verkehrsinfrastruktur nicht überstrapaziert wird. Eine "Eindeichung" der Königstraße im gesamten Verlauf mit Lärmschutzwänden ist für uns inakzeptabel. Für prüfenswert halten wir die planerische Idee, die bewohnte Ortslage Schönningstedts insgesamt durch Verlegung der Landesstraßendurchfahrt und Umwidmung der Königstraße zur Wohnsammelstraße vom Durchgangsverkehr zu entlasten und zu beruhigen.

Klaus-Peter Puls: "Wesentliche SPD-Positionen sind mit den Zielvorgaben des Bürgerbegehrens nicht vereinbar, sodass wir den Reinbeker Bürgerinnen und Bürgern auch aus sozialen Gründen nicht empfehlen können, das Bürgerbegehren zu unterzeichnen."

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 24.05.2011, 22:05 Uhr - 4323 Clicks - Nr. 542

Quickborner Jusos informieren die Bürger

Mit viel Elan und guter Laune diskutieren die Quickborner Jusos am vergangenen Samstag mit den Bürgern über die drohenden Riesenmasten am Peperkamp. Mit Unterstützung der Jusos aus Elmshorn und der Quickborner SPD stellten sie sich den Fragen der Quickborner Bürger. Wichtig war es, klarzumachen, dass wir für die Durchleitung von Strom und auch für den damit verbundenden erweiterten Netzausbau sind. Aber das darf nicht zu Lasten der Gesundheit der Anwohner und der Schulkinder geschehen.

Zumal es die Alternativen gibt.

Einmal kann der Abstand zu Wohnbebauung und Schule eingehalten werden, d.h. die Trasse kann auf das freie Feld verschwenkt werden. Es ist nur nicht so bequem für den Betreiber.

Zum Anderen muss die derzeit in Holland erprobte Erdverkabelung ernsthaft in die Betrachtung einbezogen werden. Die Bürger jedenfalls zeigten sich gut informiert und unterstützten diese Aktion der Quickborner Jusos zumeist mit Zustimmung.

Keine Kommentare

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 25.05.2011, 10:11 Uhr - 7204 Clicks - Nr. 543

Info über "Bürgerversicherung" in Neustadt

Informationsveranstaltung für alle, Andreas Hering, Vors. Landes-AG Gesundheit, informiert Information zur Bürgerversicherung

Kurzfristige zusätzliche INFO an alle jetzigen und baldigen AG 60ziger und deren Sympathisanten Die Kreis-AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Ostholstein trifft sich am Mittwoch, den 25. Mai um 15.00 Uhr im Hotel "Stadt Kiel" in Neustadt. Die Mitglieder und alle politisch-interessierten Bürger informiert zum Thema "Bürgerversicherung", der Kreis- und Fraktionvorsitzende der SPD der Stadt Neumünster, Andreas Hering, der zugleich der Landesvorsitzende der SPD-Landes-AG "Gesundheit" sowie Referent für neue Versorgungsformen in der Direktion der AOK Schleswig-Holstein ist. Wie alle Veranstaltungen der AG 60plus ist auch diese öffentlich.

Die Vorstandsmitglieder treffen sich schon um 14.00 Uhr. Peter N., von dem nachfolgende Mail verfasst wurde, wird selbige nochmals interpretieren und dann werden wir versuchen das Thema sinnvoll zu transportieren - in unserem Kreis- wie auch im Landesbereich der AG 60 plus und in die Gremien und der Partei und an die "Funktionäre"

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 25.05.2011, 12:37 Uhr - 12702 Clicks - Nr. 544

Ein Jahr in den USA – Jugend-Austauschprogramm von Bundestag und US-Kongress SPD-MdB Thönnnes wirbt:

Wer als junger Mensch Interesse hat an einem Jahr in den USA, sollte diese Chance nutzen: Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) fördert der Deutsche Bundestag auch im kommenden Jahr den Jugendaustausch mit den USA mit Stipendien für Schüler und junge Berufstätige.



Das Programm wird vom Deutschen Bundestag und dem US-Kongress finanziert. Zusätzlich zu dem kostenlosen Aufenthalt in den USA werden die Jugendlichen von jeweils einem Abgeordneten der beiden Parlamente betreut, der die Patenschaft für die Stipendiaten übernimmt.

"Nichts fördert die Völkerverständigung besser als persönliche Kontakte. Auslandserfahrungen bereiten Jugendliche besonders gut auf die internationalen Anforderungen der künftigen Gesellschaft vor", unterstreicht Thönnnes, der dieses Projekt seit Jahren betreut.

Für das Schuljahr 2012-2013 läuft die Bewerbungsfrist bis zum 2. September 2011.

Schüler müssen zum Beginn des Auslandsaufenthalts am 31.7.2012 zwischen 15 und 17 Jahre alt sein (Geburtstage vom 1.8.1994 bis 31.7.1997). Junge Berufstätige müssen ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und zwischen 16 und 24 Jahre alt sein (Geburtstage nach dem 31.7.1987). Die **Bewerbungsunterlagen können im Bürgerbüro** von Franz Thönnnes in Bad Segeberg

angefordert werden, per E-Mail buengerbuero@thoennes.de, telefonisch unter 04551-96 83 83, oder per Fax 04551-96 73 38.

Bildquelle: O. Fischer / www.pixelio.de

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 25.05.2011, 17:52 Uhr - 94519 Clicks - Nr. 545

„Greening in der 1. Säule ist notwendig“

Agrarausschuss stimmt über zweiten Initiativbericht zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab

Brüssel: "Ab 2014 wird die Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eine neue Richtung einschlagen und stärker an ökologischen Maßstäben ausgerichtet sein.“ Davon zeigte sich die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust nach der Vorlage des zweiten Initiativberichts des Europäischen Parlaments zur Reform der GAP überzeugt.



Der sozialdemokratischen Fraktion war es gelungen, entscheidende Änderungen bei der Abstimmung über den Bericht im Agrarausschuss am Mittwoch in Brüssel durchzusetzen.

Auch wenn die Sozialdemokratin gerne ein noch deutlicheres Signal an die EU-Kommission gesandt hätte, zeigte Rodust sich zufrieden über das Ergebnis der Kompromissverhandlungen im Vorfeld der Abstimmung: "Meiner Fraktion ist es gelungen, den Entwurf des konservativen Berichtstatters in unsere Richtung zu drehen und zu verhindern, dass er sich weiter von der ursprünglichen Linie des Parlamentes verabschiedet."

Der SPD-Politikerin ist es vor allem wichtig, dass die künftige Agrarpolitik transparenter und für den einzelnen Bürger besser zu verstehen ist: "Das heutige System ist sehr kompliziert und für einen Außenstehenden nicht nachvollziehbar. Das ist ein weiterer Grund weshalb wir dafür sorgen müssen, die Förderkriterien neu auszurichten." Rodust hält es dabei für dringend notwendig, dass die Agrarpolitik sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt: Dem Klimawandel, der Erhaltung der Biodiversität und der Ernährungssicherheit. "Die Direktzahlungen für die Landwirte in der 1. Säule müssen zukünftig stärker an der Erbringung öffentlicher Leistungen ausgerichtet werden. Das alte System des historischen Referenzrahmens ist überholt und nur für absolute Insider verständlich", so Rodust.

Die SPD-Europaabgeordnete setzt sich dafür ein, dass Europa seine älteste vergemeinschaftete Politik beibehält: "Wir müssen eine starke und vor allem gemeinsame Agrarpolitik erhalten. Allerdings ist es dringend erforderlich, das heutige Fördersystem zu reformieren." Bereits in seinem ersten Initiativbericht im Mai 2010 hatte das Parlament erklärt, dass eine Renationalisierung der Agrarpolitik nicht in Frage käme.

Keine Kommentare

Ein Sonntagsspaziergang

In der PRIMA SONNTAG vom 22. Mai 2011 schrieb Fraktions- und Kreisvorsitzender Andreas Hering:

Ich habe mir mal einen Sonntag freigenommen und bin durch unsere Stadt gewandert. Es ist ein Spaziergang durch die Neumünsteraner Kommunalpolitik geworden. Ich bin mit guter Sonntagslaune gestartet und mit guter Zuversicht wieder zu Hause angekommen:

Neumünsters Bild hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt, und zwar zum positiven. Ich will hier keine Parteipolitik machen, sondern einfach mal zeigen: Wir machen was aus unserer Stadt. Oder hätten Sie vor 10 Jahren geglaubt, dass Neumünster ein DesignerOutletCenter bekommen wird? Eine Einkaufsattraktion, die Städte wie Hamburg, Kiel und Lübeck nicht haben? Oder hätten Sie vor 10 Jahren geglaubt, dass aus dem traditionellen Volkshaus in Tungendorf ein attraktives Mehrgenerationenhaus für Jung und Alt wird? Der Wochenmarkt auf dem Großflecken? Vor 25 Jahren undenkbar! Das Friedrich-Ebert-Krankenhaus wird modernisiert und der „alte Neubau“ wird abgerissen? Man hätte Sie für verrückt erklärt! Die Holstenhalle wird saniert – Neumünster als attraktiver Messestandort? Ja, Neumünster ist ein attraktiver Messestandort! Oder gehen Sie mal in den Tierpark: Ein weltbekannter Eisbär hat hier in Neumünster seinen Ursprung. Menschen aus dem gesamten Norden kommen, um unseren Tierpark zu besuchen.

Sicherlich: Wir sind noch lange nicht am Ende mit der Entwicklung unserer Stadt, wir sind mittendrin. Aber eines sind wir schon lange nicht mehr: Schleswig-Holsteins graue Maus. Bei uns entwickelt sich was. Also: Entdecken Sie doch auch mal wieder unsere Stadt und erzählen Sie es weiter im Land. Und wenn Ihnen ein Verbesserungsvorschlag für unsere Stadt einfällt: Melden Sie sich bei uns, bei Ihrer SPD. Denn wir haben immer ein offenes Ohr für Sie!

Einen schönen Sonntagsspaziergang wünscht
Andreas Hering



Keine Kommentare

Von fairer Altschuldenregelung profitieren alle Länder

Birgit Herdejürgen: zu Top 12 – 25.5.11
Zur finanziellen Situation des Landes Schleswig-Holstein



Vorgestern haben wir erfahren, dass die Schleswig-Holsteinischen Spar-Anstrengungen nicht ausreichen und dass wir, wie auch Berlin, Bremen und das Saarland, künftig ein sehr eng gestaltetes Sanierungskonzept einhalten müssen, über das der Bund und die anderen Länder mitentscheiden.

In der Föderalismuskommission wurde 2009 eine Schuldenbremse vereinbart mitsamt Hilfen für besonders arme Länder. Schleswig-Holstein gehört dazu, und wir erhalten jährlich 80 Mio. Euro, die uns beim Abbau unseres strukturellen Defizits helfen sollen. Bund und Länder haben sich 2009 auf eine Grundgesetzänderung verständigt, um ihre Haushaltswirtschaft von einem gemeinsamen Stabilitätsrat überwachen zu lassen. Dieser hat nun festgestellt, dass Schleswig-Holstein eine Haushaltsnotlage droht.

Ich glaube, alle Fraktionen, die dann auch der Schuldenbremse in der Landesverfassung zugestimmt haben, war bewusst, dass die nötigen Kürzungen Schleswig-Holstein in besonderem Maße treffen. Das genau war der Grund, weshalb wir so auf einen Altschuldenfonds gedrungen haben. Die Bundesländer sollten unter vergleichbaren Voraussetzungen in einen fairen Wettbewerb treten. Wir haben die Umsetzung der Schuldenbremse ohne Altschulden-Regelung für sehr schwierig gehalten.

Offensichtlich fasst das Kürzungskonzept der Landesregierung zu kurz. Rechtzeitig Schritte einzuleiten für den Doppelhaushalt 2013/2014, reicht dem Stabilitätsrat offenbar nicht. Dieser kritisiert, dass die Finanzplanung für 2013 und 2014 nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Form vorgelegt wurde, sondern deutlich weniger detailliert und spezifiziert. Sie ist also mitnichten eine Basis für eine seriöse und nachvollziehbare Lösung für den Abbau des Defizits.

Es fehlen auch grundlegende strukturelle Veränderungen. Zwar ist das Defizit zurzeit geringer als der festgelegte Schwellenwert, aber das ist auf die gute Konjunktur zurückzuführen, die beileibe nicht das Verdienst unserer Landesregierung ist. Und ein umfangreicher Aufgabenabbau ist in weite Ferne gerückt, seit die CDU ihre „Projektgruppe Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung“ sang- und klanglos hat einschlafen lassen.

Fazit: Die Finanzplanung ist ein sicherlich hilfreiches, aber zurzeit eher theoretisches Konstrukt. Aufschluss darüber, wohin die Reise für die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein geht, gibt sie nicht. Angesichts der Tatsache, dass der Stabilitätsrat nun in das Verfahren eingebunden ist, enthält diese mangelnde Transparenz eine neue Bedeutung, da die Planungen auch zukünftige Landtage binden werden. Bürgernahe Politik sieht anders aus, und die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass mit ihnen Klartext geredet wird, wenn es um künftige Leistungen des Landes geht.

Wir freuen uns allerdings über Minister Wiegards Bekenntnis zum beitragsfreien Kindergartenjahr in der Dithmarscher Landeszeitung. Herr Minister: Von den hohen Steuerzahlungen, aus denen Sie die 35 Mio. Euro für das Kindergartenjahr gern bezahlt hätten, wussten Sie noch gar nichts, als Sie es – entgegen Ihren Wahlversprechungen – als eine der ersten Amtshandlungen einstampften.

Deutlich wehren sollten wir uns gegen die Steuerautonomie des Landes, denn dabei werden wir

verlieren: Entweder wir erheben besonders niedrige Steuern, um wettbewerbsfähig zu bleiben, dann fehlen uns die öffentlichen Mittel. Oder wir erheben hohe Steuern und setzen damit Anreize für Unternehmen wie für gut Verdienende, ihr Geld in steuerfreundlichen Nachbarländern abzuführen. Wie man's macht: Für Schleswig-Holstein ist Steuerhoheit genauso schlecht wie für andere arme Länder.

Daher fordern wir: Verhandeln Sie noch mal, und wenn nötig auch noch mehrfach, um eine faire Altschuldenregelung, denn davon profitieren alle Länder, wenn man das richtig eintütet. Lassen Sie die Finger von Steuerautonomie, vergessen Sie Steuergeschenke an besonders laute Lobbygruppen und sagen Sie den Menschen in Schleswig-Holstein endlich, wo der Sparkurs sie hinführen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 26.05.2011, 19:05 Uhr - 40355 Clicks - Nr. 548

Länderklausel im CCS-Gesetzentwurf ist eine Nullnummer

Zur Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages über die Wirksamkeit der sogenannten Länderklausel zum Ausschluss von CO₂-Speicherung im CCS-Gesetzentwurf sagen der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, und die nordfriesische Abgeordnete Marion Sellier:

Nun bestätigen auch die Chefjuristen im Bundestag unsere Vermutungen: Die von CDU und FDP bejubelte Länderklausel zum Ausschluss von CO₂-Speicherung in ganzen Bundesländern, die Ministerpräsident Carstensen angeblich dem Bundesumweltminister abgetrotzt hat, ist so löcherig wie ein Schweizer Käse und damit unwirksam. Zitat aus dem Gutachten: „Ein kategorischer Ausschluss des gesamten Landesgebietes unter Missachtung des Abwägungsgebotes ... dürfte danach nicht möglich sein.“

Klarer kann man es nicht sagen: Carstensen kann sein Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht einhalten, ein gesetzlicher flächendeckender Ausschluss von CO₂-Speicherung ist in Schleswig-Holstein durch das CCS-Gesetz nicht möglich. Die Landesregierung muss daher im Bundesrat gegen das Gesetz stimmen!

An dieser Lesart der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes ändern auch die besserwisserischen juristischen Anmerkungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki nichts. Der gleiche Vorwurf, den er gegenüber den Grünen im Bundestag macht, gilt auch für ihn: Er hätte die Stellungnahme ganz lesen müssen. So kann sich der Wissenschaftliche Dienst in Ausnahmefällen nach intensiver Abwägung zwar auch ein ganzes Landesgebiet als positives oder negatives Gebiet für eine CO₂-Speicherung vorstellen, durch einen kategorischen Ausschluss eines Bundeslandes aus einem Bundesgesetz wäre jedoch die Zielerreichung des Gesetzes insgesamt ausgehebelt und in Zweifel gezogen. Viel Spaß auf diesem Spielplatz für Juristen!

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 08:17 Uhr - 7122 Clicks - Nr. 549

AfA lädt ein

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
auf dem Kreisparteitag in Schönkirchen haben bereits einige von euch Interesse für unsere Arbeit gezeigt.
Wir würden uns freuen, wenn wir noch weitere Genossinnen und Genossen zu unseren Treffen begrüßen könnten.



Unsere nächste Sitzung ist am 31.05.11 um 17:00 Uhr in Kiel im Legienhof.

Falls ihr es diesmal zeitlich nicht einrichten könnt, ist das kein Problem, dann ja vielleicht bei einer der nächsten Sitzungen.

Unsere Termine werden wir euch weiterhin gern mitteilen.

Vom Kreisparteitag noch 1 Foto des AfA-Kreisvorstand Plön (von links) , Eckhard Voß, Jürgen Gieselmann, Klaus Jans, es fehlt Lena Lehmann.

Es grüßt recht herzlich
Eure AfA Kreis Plön
Jürgen Gieselmann
-Vorsitzender-

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 10:09 Uhr - 12482 Clicks - Nr. 550

Lukaschenko fällt Urteil gegen Demokratie und Freiheit

Zur Verurteilung Nikolai Statkevichs und anderer ehemaliger belarussischer Präsidentschaftskandidaten und Oppositionspolitiker erklären die stellvertretende außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Uta Zapf und der zuständige Berichterstatter Franz Thönnnes, Pate der Menschenrechtsorganisation Libereco für Nikolai Statkevich:



Wir verurteilen die durch nichts gerechtfertigten Urteile und fordern die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in Belarus.

Die Urteile von sechs Jahren gegen die ehemaligen belarussischen Präsidentschaftskandidaten und Oppositionspolitiker Nikolai Statkevich und von fünfenehalb Jahren gegen Dmitri Uss sind Urteile gegen Demokratie und Freiheit. Nikolai Statkevich und Dimitri Uss haben nichts anderes getan, als ihre selbstverständlichen demokratischen Rechte auf freie Meinungsäußerung und politisches Engagement wahrzunehmen. Das Urteil ist das Ergebnis von Auftragsjustiz und zeigt, dass die belarussische Justiz nicht unabhängig ist.

Das belarussische Regime versucht mit solchen Urteilen und der Isolierung der politischen Gefangenen, mit Folter und Gewalt seine Bürger von der Inanspruchnahme ihrer demokratischen Rechte abzuhalten. Sie verweigert jeden Dialog mit der Zivilgesellschaft und handelt damit gegen die von ihr selbst auf dem OSZE-Gipfel in Astana im Dezember 2010 mit bekräftigten Prinzipien der OSZE.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 11:38 Uhr - 5496 Clicks - Nr. 551

Letzte Chance am Freitag Morgen nutzen!

Zur Pressekonferenz des Lübecker Bürgermeisters Bernd Saxe und des Ostholsteiner Landrats Reinhard Sager erklären die beiden Mitglieder der SPD-Fraktion im Wahlkreisausschuss, Peter Eichstädt und Jürgen Weber:



"Die beiden Verwaltungsleiter haben die eklatanten Schwächen des drohenden Wahlkreiszuschnitts schonungslos, aber mit großer Sachlichkeit offengelegt.

Sie haben deutlich gemacht, dass in nicht vertretbarer Weise gewachsene Strukturen zerschnitten werden. Wir teilen die Einschätzung zur Wahlkreisneuschneidung, die, so Landrat Sager „augenfällig unsachlich“ ist.

Die von den beiden Verwaltungschefs vorgetragene Anregungen sind von uns ebenfalls in den Wahlkreisausschuss eingebracht worden. Doch sie sind alle gescheitert, weil die CDU auf ihrem unausgewogenen Vorschlag beharrt, der einzig darauf abstellt, amtierende Abgeordnete mit Wahlkreisen zu versorgen.

Die SPD ist weiterhin gesprächsbereit für alle Lösungen, die das drohende Ungleichgewicht des Südostens gegenüber den anderen Regionen Schleswig-Holsteins beseitigt."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 11:39 Uhr - 5841 Clicks - Nr. 552

Länderklausel im CCS-Gesetzentwurf ist eine Nullnummer

Zur Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages über die Wirksamkeit der sogenannten Länderklausel zum Ausschluss von CO₂-Speicherung im CCS-Gesetzentwurf sagen der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze, und die nordfriesische Abgeordnete Marion Sellier:



"Nun bestätigen auch die Chefjuristen im Bundestag unsere Vermutungen: Die von CDU und FDP bejubelte Länderklausel zum Ausschluss von CO₂-Speicherung in ganzen Bundesländern, die Ministerpräsident Carstensen angeblich dem Bundesumweltminister abgetrotzt

hat, ist so löcherig wie ein Schweizer Käse und damit unwirksam. Zitat aus dem Gutachten: „Ein kategorischer Ausschluss des gesamten Landesgebietes unter Missachtung des Abwägungsgebotes ... dürfte danach nicht möglich sein.“

Klarer kann man es nicht sagen: Carstensen kann sein Versprechen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht einhalten, ein gesetzlicher flächendeckender Ausschluss von CO₂-Speicherung ist in Schleswig-Holstein durch das CCS-Gesetz nicht möglich. Die Landesregierung muss daher im Bundesrat gegen das Gesetz stimmen!

An dieser Lesart der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Dienstes ändern auch die besserwisserischen juristischen Anmerkungen des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki nichts. Der gleiche Vorwurf, den er gegenüber den Grünen im Bundestag macht, gilt auch für ihn: Er hätte die Stellungnahme ganz lesen müssen. So kann sich der Wissenschaftliche Dienst in Ausnahmefällen nach intensiver Abwägung zwar auch ein ganzes Landesgebiet als positives oder negatives Gebiet für eine CO₂-Speicherung vorstellen, durch einen kategorischen Ausschluss eines Bundeslandes aus einem Bundesgesetz wäre jedoch die Zielerreichung des Gesetzes insgesamt ausgehebelt und in Zweifel gezogen. Viel Spaß auf diesem Spielplatz für Juristen!"

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 12:36 Uhr - 4981 Clicks - Nr. 553

Zur Fremdsprachenvermittlung in Schleswig-Holstein

Martin Habersaat; Landtagsrede vom 26. Mai 2011

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich habe 12 Minuten Zeit und hoffe, Sie sitzen bequem. In einer Zeit, da die FDP noch sehr beliebte Außenminister stellte, kam Hans-Dietrich Genscher einmal zu der Einsicht, sein Verhältnis zur französischen Sprache ähnele dem Verhältnis zu seiner Frau. Genscher sagte: „Ich liebe sie, aber ich beherrsche sie nicht.“ Politiker späterer Jahre konnten mit ihren Fremdsprachenkenntnissen weniger locker umgehen, Europäisierung und Globalisierung fordern mehr. Von der Aufzählung peinlicher Beispiele sehe ich ab.



Die Menschen sind im Umgang mit Völkern, die andere Idiome verwenden als sie selbst, im Wesentlichen mit zwei Strategien vorgegangen: Sie haben die Sprachen der anderen gelernt oder sie haben sich einer übergreifenden Verkehrssprache, einer lingua franca, bedient, die zumindest in einem Teil der Welt nationenübergreifend verwendet wurde.

Dabei ist die Beherrschung fremder Sprachen kein Privileg der sozialen und Bildungseliten

gewesen, sondern war gerade bei Soldaten und Händlern unerlässlich. Auch heute sollte die Beherrschung fremder Sprachen eine Chance für alle sein.

Ein paar Optimierungsmöglichkeiten auf diesem und anderen Feldern zeigt die Antwort auf unsere Große Anfrage auf. Ich werde fünf Punkte benennen, ohne Vorwurf an irgendwen, gemeint als Auftrag an uns alle.

Die Antwort auf unsere Anfrage liefert umfangreiche Fakten und Datenmaterial, für das ich mich beim Ministerium und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den vielen dafür befragten Einrichtungen bedanke.

Schleswig-Holstein hat seit längerem einen der Grundfehler des deutschen Bildungssystems überwunden, Kinder erst im Alter von zehn Jahren an eine Fremdsprache heranzuführen. Die Erfahrungen in bilingualen Familien zeigen, dass Kinder gerade in sehr jungem Alter in der Lage sind, mehrere Sprachen zu lernen und zu gebrauchen. Dass dabei Englisch im Mittelpunkt stehen muss, ist wohl unstrittig, weil es nun einmal die lingua franca unserer Zeit ist.

In zahlreichen Kindertageseinrichtungen wird den Kindern eine spielerische Begegnung mit der englischen Sprache ermöglicht. 15 Einrichtungen nutzen die Immersionsmethode, bei der die Fremdsprache in Gestalt einer Fachkraft Teil des Alltages wird. Außer Englisch werden auch Französisch, Russisch, Türkisch und sogar Japanisch angeboten. Neben der Offenheit für Fremdsprachen wird auch die Offenheit für fremde Kulturen gefördert, die bei Kindern per se vorhanden ist, aber zuweilen mit den Jahren verloren geht.

Leider gibt es dann einen Bruch im System – nämlich dann, wenn nach dem Kindergarten der Übergang in eine Grundschule folgt, in der Englisch erst ab Klasse 3 wieder auftaucht. Eine zu klärende Frage ist also: Wieweit ist sichergestellt, dass Kinder, die in der KiTa ins Englische eingeführt worden sind, in Klasse 1 und 2 der Grundschule ein solches Angebot vorfinden?

Optimierungspotential 1: Den Übergang von der Kita in die Grundschule verbessern.

Die Versorgung mit Fremdsprachenassistenten hält mit der Nachfrage an den Schulen bei weitem nicht Schritt. Aus Sicht der Landesregierung ist der wichtigste Grund dafür, dass die Nachfrage nach der Fremdsprache Deutsch in den englisch- und französischsprachigen Ländern deutlich zurückgegangen ist. Es ist nicht Sache des Landes, die Gründe dafür zu erforschen; dennoch wäre es interessant zu erfahren, warum das so ist.

Möglicherweise hat der Bund durch Einsparungen beim Goethe-Institut und anderen Einrichtungen zumindest dazu beigetragen, dass Deutsch im Ausland weniger präsent ist.

Optimierungspotential 2: Mehr Fremdsprachenassistenten werben.

Man darf nicht übersehen, dass in Osteuropa das Interesse am Deutschen ungebrochen ist. Deutsch ist keine Weltsprache und wird nie eine werden, aber das gilt für die meistgesprochene Sprache der Welt, das Chinesische, in noch stärkerem Maße. Es ist unterstützenswert und mutig, dass einige Schulen in Schleswig-Holstein Chinesisch im Angebot haben. Die Fachhochschule Lübeck konnte

dem Wirtschaftsausschuss dieses Hauses in der vergangenen Woche von beeindruckenden deutsch-chinesischen Projekten berichten. Im Lande tut sich einiges, auch Hamburg hat durch die Partnerschaft zu Shanghai das Chinesische an manchen Schulen eingeführt. Das kann gemeinsam ausgebaut werden.

Optimierungspotential 3: Den ganz nahen und den ganz fernen Osten mehr einbeziehen.

Der Weg zur Ganztagschule mit unterrichtsergänzenden Angeboten bietet Chancen, auch weniger verbreitete Fremdsprachen in die Schule einzubeziehen. Es müssen nicht immer die so oft bemühten Sportvereine sein, es können auch Einzelne sein, die eine etwas abgelegene Fremdsprache gut genug beherrschen, um Schüler mit ihr so vertraut zu machen, dass sie die Anfangsfähigkeiten erwerben und darauf aufbauend weiterlernen können.

Zurück zu den Standard-Fremdsprachen an unseren Schulen: Wenn ich mir die Zahlen zu den Partnerschaften mit ausländischen Schulen und Schulfahrten dorthin ansehe, ist festzustellen, dass solche Aktivitäten weiterhin weitgehend ein Privileg der Gymnasien sind.

Es überrascht mich die Aussage des Ministeriums, an den Regional- und Gemeinschaftsschulen des Landes seien keine bilingualen Angebote bekannt (S.12). Entweder werben Gemeinschaftsschulen im Internet mit unrichtigen Angaben, oder es wurde nicht gut genug hingeschaut.

Optimierungspotential 4: Alle Schulen des Landes in den Blick nehmen.

Wenn zur Vertiefung des Englisch-Unterrichts nicht nur nach Großbritannien, sondern auch in die USA, nach Kanada, Neuseeland oder Tansania gefahren wird, frage ich mich allerdings, wie das finanziert wird, dass dabei finanzschwächere Schüler nicht ausgeschlossen werden. Ich gehe davon aus, dass die Schulen dieses Problem verantwortungsvoll lösen.

Im Zusammenhang mit den Auslandsaufenthalten hat es mich besonders gefreut, dass die wenigen Schulen, die Russisch-Unterricht erteilen, nicht nur nach Russland, sondern auch nach Weißrussland reisen. Ich denke, wir sollten gerade solche Kontakte ganz besonders fördern, um durch zwischenmenschliche Kontakte die Bunkermentalität des dortigen Regimes aufzubrechen.

Das ist umso wichtiger, als vor wenigen Tagen eine ganze Reihe von Oppositionspolitikern und Kandidaten bei der zurückliegenden so genannten Präsidentschaftswahl zu drakonischen Gefängnis- und Lagerstrafen verurteilt wurden, darunter auch erneut der Vorsitzende der dortigen Sozialdemokraten, Nikolai Statkewitsch, den wir in der Vergangenheit wiederholt hier im Landtag haben begrüßen können. Wir fordern die Führung in Belarus auf, die Oppositionspolitiker freizulassen, und hoffen, dass wir Statkewitsch und andere weißrussische Demokraten bald wieder bei uns begrüßen können.

Optimierungspotential 5: Liegt nicht im eigenen Lande.

Die Nachwuchssicherung für die Lehrkräfte in den Fremdsprachen ist nach Auskunft der Landesregierung nicht zufrieden stellend. In Latein, Französisch und Spanisch besteht bereits jetzt akuter Mangel. Das Land muss die Universität Flensburg darin unterstützen, künftig Französisch-

Lehrer auszubilden. Die Universität Flensburg plant Romanistik-Initiativen, wird aber auf die Unterstützung des Landes angewiesen sein. Das wird nicht ohne zusätzliche Ressourcen zu machen sein.

Optimierungspotential 5 für Schleswig-Holstein lautet also: Ein gemeinsames Konzept mit den Universitäten zur Sicherung des Lehrernachwuchses umsetzen.

„Die beste Mitgift für eine gute Zukunft sind gute Sprachkenntnisse. Deshalb: ‚Sprachen lernen, ein Leben lang!‘“ Dieses Zitat stammt vom Vorsitzenden des Deutschen Volkshochschulverbandes, übrigens einer meiner Amtsvorgänger als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, unser heutiger Bundestagsabgeordneter Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Die Zahlen des Volkshochschulverbandes über die Nachfrage nach Fremdsprachenangeboten zeigen, dass die Bereitschaft dazu vorhanden ist. Jedes Jahr belegen rund 60.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner Sprachkurse an Volkshochschulen (Deutsch als Fremdsprache ist dabei nicht berücksichtigt).

Alles in allem ist Schleswig-Holstein auf einem guten Weg, es geht aber in Teilen besser.

Ich bitte darum, die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage in den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen.

Abschließen möchte ich mit einem Ceterum censeo, das, wie Sie wissen, nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun haben darf: Im Übrigen bin ich nämlich der Meinung, dass die von der Mehrheit dieses Hauses geplante Wahlkreiseinteilung selten dämlich geraten ist.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 12:39 Uhr - 5913 Clicks - Nr. 554

Familie und Studium

Martin Habersaat; Landtagsrede vom 26. Mai 2011

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

welche Zeit können wir jungen Menschen empfehlen, um Kinder zu bekommen?

Möglichkeit 1: Schulzeit

Das ist ungünstig, weil die Eltern sehr jung wären und der Schulalltag nur bedingt geeignet ist, neben den Elternpflichten wahrgenommen zu werden.

Möglichkeit 2: Studium und Ausbildung

Das ist ungünstig, denn dann hat man nicht mehr die Zeit, sich auf seinen Abschluss zu



konzentrieren, braucht möglicherweise viel mehr Zeit und verschlechtert damit seine Chancen.

Möglichkeit 3: nach Studium und Ausbildung

Das ist ungünstig, denn die wenigsten Arbeitgeber sind sehr erbau davon, wenn sich neu eingestellte Mitarbeiterinnen gleich in Schwangerschaftsurlaub und Elternzeit abmelden.

Möglichkeit 4: während der Berufstätigkeit

Das ist ungünstig, denn dann wird man im Karrierewettlauf ganz schnell abgehängt.

Bleibt eigentlich nur Möglichkeit 5:

nach dem Eintritt ins Rentenalter. Die ersten haben das erkannt, wie die Italienerin, die vor einigen Wochen mit 63 Jahren Mutter wurde.

Hochschulen sind mittel- bis große Einrichtungen, die nicht hinter den Standards privater Unternehmen zurückbleiben dürfen, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie mit Berufstätigkeit bzw. Studium geht. Jeder Fall, in dem eine Studierende ihr Studium abbrechen muss, weil sie die Doppelbeanspruchung nicht bewältigen kann, ist eine Niederlage nicht nur für sie, sondern für die gesamte Gesellschaft, die auf jeden klugen Kopf angewiesen ist.

In den Zielvereinbarungen zwischen dem Land und den Hochschulen ist der Aspekt der Chancengleichheit und Gleichstellung ein fester Bestandteil. Das gilt allerdings in erster Linie der Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen, nicht der Chancengleichheit zwischen Eltern und Kinderlosen.

Das Hochschulgesetz lässt eine Verlängerung der Regelstudienzeit unter anderem wegen Schwangerschaft und Kindererziehung sowie die Möglichkeit zu, Teilzeitstudiengänge zu organisieren. Natürlich können bis auf weiteres nicht alle Studiengänge alternativ in Vollzeit und in Teilzeit organisiert werden. Es hat mich aber doch überrascht, dass in der Antwort auf meine Kleine Anfrage nur für die Fachhochschule Kiel die Möglichkeit des Teilzeitstudiums vorgesehen ist; ich hatte sie eigentlich am ehesten die CAU in den geisteswissenschaftlichen Fakultäten erwartet. Die meisten Hochschulen ermöglichen eine individuelle Studiengestaltung, aber das genügt noch nicht.

Mit der familienfreundlichen Terminierung von Veranstaltungen ist das so eine Sache. Lässt man ein Seminar abstimmen, ob man sich montags von 8-10 treffen möchte (dann hat die KiTa auf), oder lieber von 16-18 Uhr (dann wird es mit der KiTa kritisch), entscheidet die Mehrheit nicht immer im Sinne des frühen Vogels. Bevor zu solchen Zeiten gegriffen wird, sollten künftig alle anderen Raumpotentiale ausgeschöpft werden.

Andere Unterstützungen für Studierende und Mitarbeiter mit Kindern sind an den Hochschulen des Landes sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Mehrzahl bietet eine campusnahe Kinderbetreuung an, fast überall stehen für Beschäftigte Möglichkeiten zur Verfügung, ihre Arbeit von zu Hause aus zu erledigen; Mensen richten sich hinsichtlich des Mobiliars auf Kinder ein, nicht allerdings beim Essensangebot.

Still- und Wickelräume sind fast überall vorhanden, hier allerdings lohnt ein genauerer Blick: ein einziger Stillraum auf einem Campus mit mehreren Standorten hilft nur einem Teil der Betroffenen. Ein Wickelraum auf dem Damenklo erfordert vom jungen Vater einiges an Mut.

An den meisten Hochschulen gibt es zentrale Beratungsstellen. Schlecht sieht es aus bei Tagesmüttern, flexiblen Betreuungsangeboten, etwa bei Wochenendexkursionen, Notfallbetreuungsangeboten, Betreuungen für Kinder unter einem Jahr oder für Schulkinder während der Ferien.

Hier müssen die Hochschulen nacharbeiten. Wir halten es deshalb für richtig, dass die besonderen Probleme, vor denen Studierende mit Kindern stehen, auch in den Verhandlungsprozessen über die Zielvereinbarungen einfließen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. Der Antrag der GRÜNEN sollte nicht als Änderungsantrag behandelt werden, weil er eine andere, wesentlich weiter gefasste Thematik hat.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 27.05.2011, 21:33 Uhr - 9335 Clicks - Nr. 555

Torsten Albig: Teilhabe statt Fürsorge in der Integrationspolitik

Einen neuen Blickwinkel in der Integrationspolitik hat der Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl 2012 Torsten Albig gefordert. „Wir müssen wegkommen von der reinen Fürsorgepolitik. Es gilt staatliche Strukturen so aufzustellen, dass alle teilhaben können“, sagte Albig vor rund 100 Vertreterinnen und Vertretern von schleswig-holsteinischen Migrantenselbstorganisationen am 18. Mai 2011 in Kiel.

Die Debatte um angebliche

Integrationsverweigerung bezeichnete er als

abwegig. Im Gros sei die Integration der rund 363.000 in Schleswig-Holstein lebenden Migrantinnen und Migranten gut gelungen. Versagende Integration habe meist mit versagender Bildung zu tun. Torsten Albig: „Wenn 2020 in unserem Land über 3.600 Lehrerstellen gestrichen werden sollen, dann ist das für mich ‚dumm sparen‘ im doppelten Sinne.“



Albig sprach sich für ein neues schleswig-holsteinisches „Wir-Gefühl“ aus. Denn Schleswig-Holstein habe sich durch die Zuwanderung verändert. „Bindestrich-Identitäten sind etwas ganz Normales. Sie gehören zu Schleswig-Holstein wie Wind und Meer“, sagte der Spitzenkandidat. Die neue Vielfalt sei eine Stärke für das Land und Zuwanderung notwendig, um auch in Zukunft

wirtschaftlich erfolgreich sein zu können.

Die Veranstaltung „Integration? Chancengleichheit!“ war Teil des Demokratie-Sommers von Torsten Albig. Die Diskussionen und Vorschläge dieser Veranstaltung fließen in das Regierungsprogramm der schleswig-holsteinischen SPD zur Landtagwahl 2012 ein.

[Rede von Torsten Albig](#)

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 28.05.2011, 15:54 Uhr - 5373 Clicks - Nr. 556

„Elektro-Mobile nicht nur was für's Alter“

Es hatte den Flair eines großen Spielplatzes für alle Altersgruppen: das Gelände um das Zentrum für Energie und Technik (ZET) in Rendsburg. Unter dem Slogan „Energie-aktiv-erfahren“ stellten am Samstag, 28. Mai, zwölf Aussteller rund um das ZET nahezu alles aus, was es derzeit auf dem Markt der Elektro-Mobile gibt. Ob es nun „Selbstbalanceroller“ – so genannte Segways – waren, Elektro-Rasenmäher, Elektro-Fahrräder (E-Bikes) oder Elektro-Autos (E-Cars).



Alles wurde ausgestellt, vorgestellt und konnte von den Besuchern rege genutzt werden. Genau dies taten dann auch die vielen Besucher und so hatten nicht nur die Kinder leuchtende Augen, als sie auf dem Segway ihre ersten Runden drehten, sondern auch die Eltern und Großeltern, die sich mit den Elektro-Autos oder Fahrrädern versuchten. Der 22-jährige Osterrönfelder Gemeindevertreter Jan-Niklas Potten (SPD) nutze als begeisterter Fahrradfahrer ebenfalls die Gelegenheit, sich die neusten Trends im Bereich der E-Bikes anzusehen und auszutesten. „Zugegeben, ich bin mit dem Vorurteil hierher gekommen, dass E-Bikes nur etwas für die ältere Generation seien und bin entsprechend skeptisch das erste Mal auf ein solches Fahrrad gestiegen. Was dann aber folgte, hat meine Meinung grundlegend geändert“, so der Osterrönfelder. Die beeindruckende Beschleunigungshilfe „katapultiert“ die Fahrräder je nach Wunsch schnell auf 25 km/h. Erst dann wird die elektronische Unterstützung automatisch abgeschaltet. „Gerade auf dem Weg zur Arbeit ist ein solches Fahrrad ideal, kommt man doch wesentlich entspannter dort an, als es mit einem gewöhnlichen Fahrrad der Fall wäre“, so Potten. Dabei reichen die Angebote von City-Fahrrädern bis hinzu Trecking- und Crossbikes, sodass jeder das für sich richtige Angebot finden kann. Einfallsreiche Entwicklungen wie das E-Trike, ein Elektro-Fahrrad mit drei Rädern (siehe Bild), ermöglichen es sogar ganzen Kleinfamilien, sich mit Elektro-Fahrrädern kinderleicht fortzubewegen.

Allerdings: die Neuheiten haben auch ihren Preis. Mit rund 1500 - 2000 Euro sind die durchschnittlichen E-Bikes bisher noch recht teuer. Aber wie so jede Neuerung wird sie mit der Zeit erschwinglicher, sodass E-Bikes, E-Cars und andere Angebote dann noch stärker nachgefragt werden können, als es schon jetzt der Fall ist. Bis dahin wird sich dann noch so einiges auf dem Markt tun, gerade im Hinblick auf die Akkuleistungen der E-Mobile. Wenn dann auch der Strom für die Elektro-Mobile aus erneuerbaren Quellen stammt, wird die Branche zukünftig nicht nur unter dem Aspekt des Fahrkomforts eine wichtige Stellung einnehmen, sondern auch beim Umweltschutz. Dann nämlich wird etwa das Umsteigen vom Auto auf das Fahrrad noch attraktiver, als es ohnehin schon ist. --

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.05.2011, 10:34 Uhr - 5228 Clicks - Nr. 557

Kooperationsverbot im Bildungsbereich jetzt aufheben!

Zum Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion, im Bundestag einen Antrag auf Änderung des Grundgesetzes einzubringen und damit das derzeit bestehende Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufzuheben, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Es kommt Bewegung in die Diskussion um die Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich.

Die meisten Beteiligten haben begriffen, dass das Kooperationsverbot im Bildungsbereich, das im Zuge der Föderalismusreform in Artikel 91 b des Grundgesetzes verankert wurde, mit der Priorität, das deutsche Bildungswesen zu verbessern, nicht vereinbar ist.

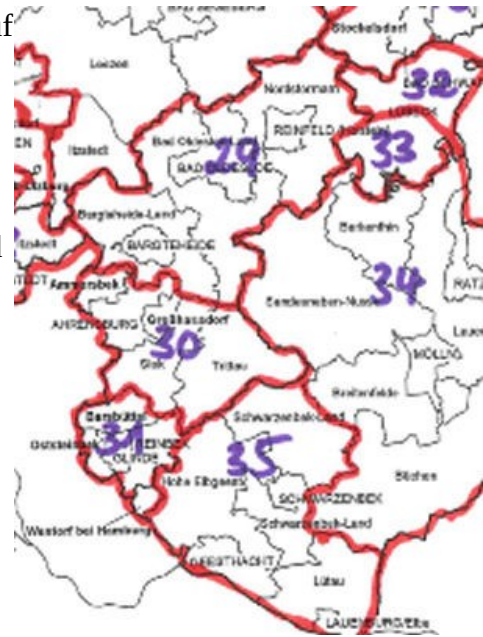
Ich begrüße deshalb nicht nur, dass die Bundestagsfraktion unserer Partei einen Antrag einbringen wird, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, eine entsprechende Grundgesetzänderung auf den Weg zu bringen. Ich würdige auch, dass sich nach den GRÜNEN, der LINKEN, der Union und der Bundesbildungsministerin auch die FDP-Bundestagsfraktion im gleichen Sinne geäußert hat.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat sich im Dezember 2010 ebenfalls zu dem Ziel bekannt, Möglichkeiten zu schaffen, dass der Bund die Länder im Bildungsbereich unterstützen kann. Wenn die Landesregierung ihren politischen Einfluss auf Bundesebene, auch bei den schwarz-gelb regierten Bundesländern, in diesem Sinne geltend macht, wird sie unsere Unterstützung haben!

Keine Kommentare

Neue Wahlkreise zur Landtagswahl - SSW verliert Freunde

Am 6. Mai 2012 ist Landtagswahl. Die Reduzierung von 40 auf 35 Wahlkreise machte eine Neuschneidung erforderlich. Der Kreis Herzogtum Lauenburg verliert seinen mittleren Wahlkreis, der auf den Norden und den Süden des Kreises aufgeteilt wird. Wentorf wird dem Wahlkreis Stormarn-Süd zugeordnet, der außerdem aus Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek besteht.



Martin Habersaat, SPD-Abgeordneter in diesem Wahlkreis, sagt: „Ich kann verstehen, wenn die Wentorfer lieber ihrem Heimatkreis zugeordnet geblieben wären. Immerhin gibt es durch das gemeinsame Mittelzentrum mit Reinbek und Glinde bereits Kontakte, die allerdings aus meiner Sicht noch ausgebaut werden können. Außerdem ist Wentorf im neuen Wahlkreis eine von nur fünf Kommunen, das kann Vorteile haben.“

Bei den anderen Stormarner Wahlkreisen bleibt alles beim alten, sie heißen künftig nur anders. Wie aus dem Wahlkreis Reinbek der Wahlkreis Stormarn-Süd (Wk 31) wurde, so wird aus dem Wahlkreis Ahrensburg der Wahlkreis Stormarn-Mitte (Wk 30) und der bisherige Wahlkreis Stormarn heißt künftig folgerichtig Stormarn-Nord (Wk 29). Die Stormarner Gemeinde Tangstedt bleibt dem Segeberger Wahlkreis Norderstedt (Wk 28) zugeordnet.

Mehr Aufregung um die Wahlkreise gibt es in anderen Teilen des Landes. Neben dem Herzogtum Lauenburg verlieren auch die Kreise Ostholstein, Rendsburg-Eckernförde Nordfriesland und die Hansestadt Lübeck einen Wahlkreis. Damit wurden drei der fünf wegfallenden Wahlkreise im Südosten des Landes gestrichen. Martin Habersaat: „Für 212000 Lübecker gibt es zwei Wahlkreise, ein Teil von ihnen wird Ostholstein zugeordnet. Damit das passt, wird Ostholsteins Kreisstadt Eutin einem Plöner Wahlkreis zugeschlagen. 198 000 Schleswig-Flensburger dagegen erhalten drei Wahlkreise. Die beiden verbleibenden Lübecker Wahlkreise haben zwischen 94.000 und knapp 97.000 Einwohner, die Wahlkreise in Dithmarschen/Steinburg und in Schleswig-Flensburg jeweils zwischen 65.300 und 68.400 Einwohner. CDU und SSW haben hier knallhart ihre Regionalinteressen durchgesetzt. Gerade der SSW hat durch diese Aktion im Süden des Landes viele Freunde verloren, wo die Dänen bisher eher als sachorientiert galten.“

Keine Kommentare

Ein Tag in Kiel

Zu einem Tag in Kiel hatte der Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat 30 Gäste aus seinem Südstormarner Wahlkreis und dem restlichen Kreis eingeladen. Auf dem Programm standen ein Besuch des Instituts für Meeresforschung Geomar und vor allem Termine im Kieler Landeshaus, wo Habersaat der Gruppe von



seiner Arbeit als Abgeordneter und bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion berichtete.

Anschließend nahmen die Gäste auf der Besuchertribüne des Plenarsaals Platz und diskutierte nach einer Stunde Parlamentsbeobachtung ihre Eindrücke mit Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen.

„Alle Fraktionen stellen nacheinander ihre Positionen dar, hinterher kennt man die verschiedenen Argumente - und mit etwas Glück hört man sogar Redner, die gleichzeitig auch noch unterhaltsam sind und nicht bloß vorlesen“, bilanzierte eine Teilnehmerin. „Laut und undiszipliniert“ fand Heiko Reimer aus Glinde das Parlament. Diesem Eindruck konnten die Abgeordneten nicht widersprechen, hatten aber verschiedene Erklärungsansätze: So seien oft während der Sitzung Änderungen der Tagesordnung erforderlich, zuweilen erfolgen Absprachen unter den Fraktionen zum Umgang mit den vorliegenden Anträgen und schließlich gehörten Zwischenrufe zum verbrieften Recht der Abgeordneten. Lediglich von Seiten der Regierungsbank sind Zwischenrufe verboten.

Bereits im Vorfeld hatte Habersaat seinen Gästen das Zustandekommen der Tagesordnung erklärt. Jede Fraktion darf zu jedem Thema Anträge stellen. Dann nimmt der Ältestenrat Sortierungen vor und fasst beispielsweise verschiedene Anträge zu einem Tagesordnungspunkt zusammen. Bei der Reihenfolge der Punkte dürfen die Fraktionen erneut mitreden und bestimmte Punkte „setzen“ - das heißt, dass dieser Punkt z.B. auf jeden Fall Mittwoch nach der Mittagspause aufgerufen wird. Alle anderen Punkte können sich verschieben, weil zunächst zwar jede Fraktion für jedes Thema eine bestimmte Redezeit zur Verfügung hat (in der Regel fünf Minuten), sich aber dann jeder Abgeordnete zu jedem Thema noch mit einem dreiminütigen Kurzbeitrag zu Wort melden darf.

Nach dem Gruppenfoto im Foyer traf die Gruppe zufällig auch den Ministerpräsidenten, Peter Harry Carstensen, der die Gäste freundlich begrüßte, sich einer vom Barsbüttler Holger Gettschat

begonnenen Diskussion über den künftigen Zuschnitt der Landtagswahlkreise jedoch nicht stellen mochte.

Foto: Gruppenfoto im Foyer des Landtags. Kniend Martin Habersaat und seine Wahlkreismitarbeiter Angelika Lütjens und Jonathan Stahn.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.05.2011, 17:30 Uhr - 15957 Clicks - Nr. 560

Rösler hinterlässt ein unsolidarisches und unsoziales Erbe

Rösler hat mit seiner Gesundheitsreform die paritätische Finanzierung der Kassenbeiträge zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgekündigt, diese Art von Politik ist unsolidarisch und unsozial.

Der Beitrag der Arbeitgeber wurde eingefroren, somit ist jede Beitragssteigerung künftig nur noch von den gesetzlich Versicherten zu tragen, Arbeitgeber und privat Versicherte bleiben dagegen verschont. Besonders belastet wurden wieder einmal Rentnerinnen und Rentner, weil die Kopfpauschale bei vielen zu einer erheblichen Belastung geführt hat.

Die SPD-AG 60plus lehnt diesen Systemwechsel zu Lasten der gesetzlich Versicherten weiterhin strikt ab und macht sich stark für die Bürgerversicherung.

Die Kreis- AG 60 plus lädt ein zu einer Informationsveranstaltung am 16.06.11 um 15.00 Uhr nach Nortorf – Alter Landkrug. Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag Dr. Carola Reimann, MdB-SPD, wird zum Thema „Gesundheit für Alle – Die Bürgerversicherung“ referieren. Gäste sind herzlich willkommen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.05.2011, 22:14 Uhr - 6523 Clicks - Nr. 561

Landtagsfraktion in Stormarn

Bildungspolitik in Trittau, Gesundheitspolitik in Bargteheide. Gleich drei SPD-Landtagsabgeordnete sind am 30. Mai im Kreis Stormarn unterwegs. „Gemeinsam gute Schule machen“ – das ist das Motto einer Podiumsdiskussion am Montag, dem 30.05. um 19:30 im Forum der Hahnheide-Schule, Im Raum 23, 22946 Trittau. „Und schon wieder ein Facharzt weniger in Bargteheide“ - Unter diesem Motto veranstaltet die SPD Bargteheide am Montag, dem 30. Mai um 19.00 Uhr eine Diskussionsveranstaltung.



Über die Auswirkungen und Möglichkeiten der Schulpolitik diskutieren zwei Bildungsexperten der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat und Dr. Henning Höppner, mit den Praktikern, den

Schulleitern des Gymnasiums und der Hahnheide Schule Trittau, Edgar Schwenke und Hartmut Hentschel.

Die Erfahrungen nach 3 Jahren Gemeinschaftsschule, mit G8/G9 sowie mit der Profilibstufe werden zur Sprache kommen und ein Blick in die Zukunft zu einer gebundenen Ganztagschule. Die Politik entscheidet in Kiel über die Zuweisung von Stellen und den Rahmen, in dem Lehrerinnen und Lehrer vor Ort arbeiten können. Über die Ausstattung mit Sachmitteln entscheidet der Schulträger. Wünschenswert wäre, wenn Land und Kommune eine verlässliche Konzeption haben, auf die sich alle einstellen können, die am System Schule mitwirken. Eltern, Lehrer und besonders Schüler sind herzlich eingeladen, offen Ihre Fragen zu stellen, Anregungen zu geben, Ideen, Erwartungen und Kritik zu äußern. Ein Dialog geht immer in zwei Richtungen – geben Sie den Landtagsabgeordneten Ihre Argumente mit auf den Weg.

Martin Habersaat (34) ist Landtagsabgeordneter aus Stormarn und Vorsitzender der hiesigen SPD. Seit 2011 ist der ehemalige Lehrer bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Sein Vorgänger, Dr. Henning Höppner (64, Plön), kümmert sich für die SPD seit vielen Jahren um die Schulpolitik.

Zu Gast in Bargteheider Schützenhof ist der SPD-Landtagsabgeordnete Bernd Heinemann (Kiel), der gesundheitspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion ist. "Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum", "die Rolle der Kassenärztlichen Vereinigung" und "Zusatzbeiträge bei den Krankenkassen" werden Themen seines Vortrages sein. Anschließend besteht ausreichend Zeit zu Fragen und Redebeiträgen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 30.05.2011, 11:12 Uhr - 12347 Clicks - Nr. 562

Thönnnes begrüßte Nachwuchsjournalisten aus Bad Segeberg

Jugendpressetage der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin:

Auf Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes hat Finn-Erik Digulla von der Schülerzeitung „Neue Litfaßsäule“ der Dahlmansschule Bad Segeberg, vom 25. bis 27. Mai 2011 an den Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen.



Finn-Erik Digulla war einer von 62 Schülerzeitungsredakteurinnen und –redakteuren aus ganz Deutschland, die in der Hauptstadt zu Gast waren. Bereits zum zehnten Mal trafen Nachwuchsjournalisten mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Hauptstadtjournalisten in Berlin zusammen.

Thönnnes: „Die Jugendpressetage sind eine gute Gelegenheit für journalistisch interessierte junge Menschen, in Mediengesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen

an die Abgeordneten zu formulieren, kritische Fragen zu stellen und zu sehen, wie sich das Verhältnis zwischen Zeitung, Radio, Fernsehen und Politik darstellt. Es freut mich, dass mit Finn-Erik Digulla ein Teilnehmer aus dem Kreis Segeberg daran teilgenommen hat.“

Höhepunkte des dreitägigen Programms waren die Teilnahme an einer großen Journalistenrunde mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse im Fraktionssaal der SPD im Reichstagsgebäude, ein Gespräch mit der Presseabteilung des SPD-Parteivorstandes sowie ein Besuch beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. Abgerundet wurden die Einblicke in die journalistische Arbeit durch ein Treffen mit zwei Hauptstadtberichterstatern. Doch auch das Politische kam in den Tagen in Berlin nicht zu kurz. So diskutierten die Teilnehmer mit mehreren SPD-Bundestagsabgeordneten und besuchten eine Plenarsitzung des Deutschen Bundestages.

„Das waren drei spannende Tage in Berlin, die mir einen nicht alltäglichen Einblick in die Arbeitsweise der Medien in der Hauptstadt ermöglicht haben. Besonders hat mir das private Gespräch mit einzelnen Politikern gefallen“, so Finn-Erik Digulla abschließend.

Bildunterschrift: Franz Thönnies, Finn-Erik Digulla und Wolfgang Thierse vor dem SPD-Fraktionssaal im Deutschen Bundestag

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.05.2011, 11:39 Uhr - 1714 Clicks - Nr. 563

Einladung an die Medien: Frauenpolitisches Frühstück mit dem Oberbürgermeister

Die frauenpolitischen Sprecherinnen der SPD-Ratsfraktion, Ingrid Lietzow, und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Birgit Rimpo-Repp, sowie Antje Danker (SSW) laden zu einem Gespräch über die Auswirkungen der Kürzungen der Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz §25a (FAG) auf die Kieler Frauenfacheinrichtungen ein.

„Wir werden mit dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, den Kieler Landtagsabgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW sowie Vertreterinnen der Frauenfacheinrichtungen diskutieren. Ein besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, welche Wege beschritten werden können, damit Hilfsangebote nicht eingestellt werden müssen.“

Das Frühstück findet statt am

Montag, 6. Juni 2011, von 9.00 bis 11.00 Uhr,
in der Alten Landwirtschaftskammer, Holstenstraße 106-108, 24103 Kiel,
Großer Sitzungssaal, Raum 3715, 3. Stock.

Zu dieser Veranstaltung sind Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich eingeladen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 30.05.2011, 14:32 Uhr - 115733 Clicks - Nr. 564

CDU und FDP sind jetzt da, wo wir ohne sie schon längst wären!

Zum von der Bundesregierung beschlossenen Zeitplan für einen Atomausstieg und der Reaktion des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Mit ihrer nunmehr vollzogenen Kehrtwende zum Atomausstieg versuchen CDU und FDP auf Bundesebene und die CDU auch auf Landesebene den Eindruck zu erwecken, sie seien die eigentlichen Motoren des Atomausstiegs. Das ist zynisch und setzt darauf, dass die Bevölkerung Tatsachen schnell vergisst: Noch im Herbst letzten Jahres waren CDU und FDP einig, dass nur eine pauschale Laufzeitverlängerung aller AKW von im Durchschnitt 12 Jahren die richtige Atomausstiegspolitik sei. Damit haben sie den von Rot-Grün bereits im Jahr 2000 mit der Atomlobby verhandelten und festgelegten vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft torpediert – gegen den Ratschlag nahezu aller Fachleute und Gutachter. Nun, nach Fukushima, fegen sie den selbst verursachten Scherbenhaufen wieder auf und wollen dafür auch noch Lob von den Menschen in Deutschland. Das einzig gute Signal in Herrn Kubickis „Begrüßung“ ist, dass die Alt- und Pannenmeiler Krümmel und Brunsbüttel nun rasch endgültig stillgelegt werden sollen, weil auch die FDP dies will. Diesen markigen Ankündigungen müssen nun auch Taten folgen! Vor allem muss entschlossen die Energiewende angegangen, die erneuerbaren Energien müssen rasch und nachhaltig ausgebaut werden.

Kommentar von [SPD Geschichtswerkstatt](#) vom 30.05.2011, 14:35 Uhr:

RE: CDU und FDP sind jetzt da, wo wir ohne sie schon längst

Vor 36 Jahren wurde der Atomausstieg in der SPD Schleswig-Holstein eingeleitet. Heute sind auch die Konservativen soweit... <http://spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Atomkraft>

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 30.05.2011, 17:24 Uhr - 6236 Clicks - Nr. 565

Gesundheitsreform – aber richtig!

Bürgerversicherung statt Kopfpauschale –
ein solidarisches System für alle

am Dienstag, 14. Juni 2011

um 19.00 Uhr

ASB-Stützpunkt Schönberg

Tagungsort

ASB-Regionalverband Plön, Stützpunkt Schönberg

Stakendorfer Tor 6-10

24217 Schönberg



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zukunft unseres Gesundheitswesens und der Pflege gehört zu den umstrittensten Themen der deutschen

Politik. Alle Bürgerinnen und Bürger sind auf eine gute gesundheitliche Versorgung angewiesen, alle sind – so oder so – von Veränderungen betroffen. Der medizinische Fortschritt und die demografische Entwicklung treiben die Kosten des Systems nach oben. Sozialdemokraten sehen das nicht nur als Problem, sondern als einen Gewinn an Lebensqualität, wenn bessere Versorgung für ein längeres Leben möglich ist. Das muss und kann in unserer reichen Gesellschaft finanziert werden – aber nur solidarisch!

[Einladung und Programm](#)

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.05.2011, 18:04 Uhr - 5501 Clicks - Nr. 566

Alle wollen mehr Kooperation

Zum Unternehmertag Nord hatten die vereinten Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein neben ihren Mitgliedern und zahlreichen Gästen aus der Kommunal- und Landespolitik auch zwei Regierungschefs nach Quickborn eingeladen: Den Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen und Olaf Scholz, den Ersten Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.



Beide sprachen über die norddeutsche Kooperation, weshalb auch Martin Habersaat, Stormarner Landtagsabgeordneter und Mitglied der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“, unter den interessierten Gästen war.

Peter Harry Carstensen sagte, die Zusammenarbeit mit Hamburg sei gut und er sei sich sicher, sie bleibe auch gut. „Wir bleiben eine Wohngemeinschaft, und ein neues Gesicht bringt eine neue Sichtweise.“ Olaf Scholz musste als Zweiter sprechen und stellte fest, dass beide Redner von ihren Verwaltungen die gleichen Beispiele bisher erfolgreicher Zusammenarbeit aufgeschrieben bekommen hatten. Er bekam spontanen Beifall, als er von „unserem Hafen“ sprach und mit Humor auf das Kohlekraftwerk Moorburg zu sprechen kam, dass ein CDU-Bürgermeister initiiert und eine grüne Senatorin genehmigt habe, bevor es in Kürze eine SPD-Bürgermeister eröffne. Scholz schmunzelnd: „Manchmal kommen die Dinge, wie sie kommen.“

Beide Regierungschefs bekannten sich zur Notwendigkeit einer vertieften Kooperation, wie sie auch die SPD-Landtagsfraktion anstrebt. Beide entwickelten auch weitergehende Ideen für die Zukunft. Carstensen schwebte eine gemeinsame Wirtschaftsförderung vor und eine Übernahme von Hamburger Aufgaben in der Landwirtschaftsverwaltung. Scholz lud Schleswig-Holstein ein, sich am Masterplan Industriepolitik zu beteiligen und wünschte sich eine gemeinsame Wissenschaftspolitik. Einig waren sich beide, dass es im Bereich der erneuerbaren Energien und der Dänemarkpolitik nur zusammen voran geht.

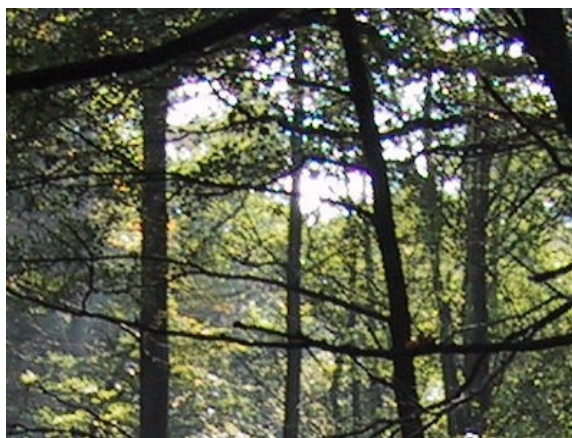
Fazit von Martin Habersaat: „Wenn beide Regierungschefs erklären, die Zusammenarbeit sei gut, und beide Perspektiven für eine weitergehende Zusammenarbeit entwickeln, dann in das absolut positiv. Auch CDU-Kronprinzen sollten sich dann konstruktiv verhalten und nicht durch Regierungserklärungsexegese und Eifersüchteleien das Klima verschlechtern. Wichtig ist ein konstruktiver Dialog aller Beteiligten, bei dem Landesgrenzen ebenso überschritten werden müssen wie Parteigrenzen. Dabei wird es auch mal kleine Rückschläge geben, die allerdings niemanden dazu verleiten dürfen, das ganze Vorhaben in Frage zu stellen.“

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.05.2011, 08:07 Uhr - 2522 Clicks - Nr. 567

AG 60plus - Frühlingsausflug zum Arboretum

Die AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn lädt zu einem Frühlingsausflug in das Arboretum bei Pinneberg ein. Auf 17 Hektar werden 4000 Baum- und Pflanzenarten gezeigt. Ursprünglich eine reine Forschungseinrichtung, wurde das Arboretum in den letzten 30 Jahren zu einem botanischen Garten umgestaltet, der jedes Jahr 100.000 Besucher anzieht. „Das ist eine einzigartige Kombination von buntem Augenschmaus und Bildungseinrichtung“ so Niels-Peter Horn, 2. Vorsitzender der AG 60plus.



Oder wie Gottfried Keller sagt: „Trink, o Auge, was die Wimper hält, von dem goldnen Überfluss der Welt“.

Attraktionen sind ein Steinkohlewäldchen aus dem Carbon zur Entwicklungsgeschichte der Bäume, das lebensgroßes Modell eines Sauriers, ein Sumpfyypressenwald aus dem Tertiär, ein geologischer Erlebnispfad, eine– Nutzpflanzenabteilung mit alten Getreidesorten, ein Bauerngarten, fleischfressende Pflanzen, Bernsteinwald mit lebensgroßen Foto-Tafeln des Bernsteinzimmers und vieles mehr.

Termin: Donnerstag 9. Juni, 9:15 Bahnhofshalle Bad Oldesloe – Rückkehr 17:30Uhr Kostenbeitrag 20 Euro/Person. Anmeldung erforderlich bei Jürgen Schneider: 04531/84603 oder juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 31.05.2011, 08:56 Uhr - 3827 Clicks - Nr. 568

Wie entwickelt sich die europäische Agrarpolitik?

Den Ortsvereinen im Amt Süderbrarup ist es gelungen, das Mitglied im Europäischen Parlament Ulrike Rodust, für eine Veranstaltung zu gewinnen. Ulrike Rodust wird über die Neuordnung der Agrarpolitik der Europäischen Union am 2014 am Freitag, den 10. Juni 2011 um 19.30 Uhr im Landgasthof Jäger´s Ruh in Steinfeld berichten und mit den Anwesenden diskutieren.

Ab 2014 wird die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) eine neue Richtung einschlagen und stärker an ökologischen Maßstäben ausgerichtet sein.

Im Sinne des Hamburger Grundsatz-Programms der SPD zur Agrarpolitik hat sich Ulrike Rodust zur Neuregelung der GAP eingesetzt. Hier das Zitat aus dem Hamburger Programm:

„Die Internationalisierung der Agrarmärkte setzt sich weiter fort. Wir wollen auch zukünftig eine starke Landwirtschaft in Deutschland. Sie soll Kulturlandschaften erhalten, natürliche Lebensgrundlagen schützen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Wir fordern eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an gesunden, hochwertigen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau. Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt.“

Die Ortsvereine im Amt Süderbrarup freuen sich auf eine spannende Veranstaltung und laden Mitglieder und Interessierte ganz herzlich ein.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2011, 15:59 Uhr - 1593 Clicks - Nr. 569

Alternativen für die Trinkerszene im Dialog mit der örtlichen Bevölkerung

„Die Kooperation aus SPD, Grünen und SSW unterstützt die Bemühungen der Verwaltung, den Gruppen der Drogen- und Alkoholszene, die sich im öffentlichen Raum aufhalten, wie in den anderen Kieler Stadtteilen alternative Aufenthaltsmöglichkeiten anzubieten. Dieses geschieht im Dialog mit der Szene und den derzeitigen und künftigen Anliegern in öffentlichen Veranstaltungen der seit langem tätigen Vineta-Koordinationsgruppe.

Ein alternativer Aufenthaltsort ist nur ein Baustein eines umfassenden Konzeptes zu Beratungs-, Hilfestellungs- und Beschäftigungsangeboten, um möglichst vielen Menschen aus der Szene herauszuhelfen.

Zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum müssen zudem Ordnungswidrigkeiten und Vergehen gegen Satzungen der Stadt auch in Gaarden sofort und systematisch geahndet werden. Die Sauberkeit auf Straßen und Plätzen muss zeitnah hergestellt und gesichert werden. In Gaarden sollen sich alle wohl und sicher fühlen können.

Vor diesem Hintergrund sind die bisherigen Gespräche der Verwaltung mit den Anliegern rund um die Mühlenstraße weiterzuführen, aber auch die Prüfung von Alternativlösungen weiter zu betreiben,“ erklären die Gaardener Ratsherren Michael Schmalz und Wolfgang Schulz (SPD-Ratsfraktion) zusammen mit dem sozialpolitischen Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2011, 22:37 Uhr - 8331 Clicks - Nr. 570

„Moderne Zeiten? Soziale Spaltung und Beschleunigung des Alltags“

„Moderne Zeiten? Soziale Spaltung und Beschleunigung des Alltags“ – unter diesem Titel kamen viele Mitglieder der Jusos Kiel am 20.-22. Mai mit über 20 anderen der Sozialdemokratie anhängenden Teilnehmer_innen vornehmlich aus Schleswig-Holstein in der Gustav Heinemann Bildungsstätte in Malente zusammen, um über aktuelle und künftige Phänomene und Probleme der Gesellschaft zu diskutieren. Die Organisation des Seminars, das 2009 einmal jährlich unter Mitwirkung der Jusos Kiel veranstaltet wird, hatte



bei unserem Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels und seinem Team gelegen. Themen waren unter anderem die flexiblere Arbeitswelt, Auswirkungen der Globalisierung und die Veränderungsmöglichkeiten der Demokratie. Dabei wechselten sich Arbeitsphasen jeweils mit Freizeit ab, sodass die konzentrierte Diskussion in der Gruppe ebenso stattfand wie die ausschweifende Debatte beim abendlichen Apfelsaft. Obwohl das Wasser des Sees noch recht kühl war, wurde auch der angrenzende Kellerssee zur ausgiebigen Erfrischung genutzt. Trotz der vielfältigen Themenauswahl zeigte sich, dass doch alle Themen verbindende Elemente aufweisen. Das Format, bei dem keine Expert_innen, sondern Mitglieder der Gruppe zu den einzelnen Themen referierten, sorgte besonders für die Sichtbarkeit dieser verbindenden Elemente. Überaus engagierte Diskussionen kamen rund um die „sozialen Medien“ auf. Sowohl die Rolle der Medien beim Rücktritt von KT zu Gutenberg als auch beim „arabischen Frühling“ wurde thematisiert. Vor allem aber hinsichtlich der Chancen und Risiken der Nutzung von E-Mail und Facebook in der täglichen Kommunikation gingen die Meinungen auseinander. Dennoch wurden die Diskussionen immer in anregender und nicht emotionaler Atmosphäre geführt, sodass alle Teilnehmenden mit dem Wissen nach Hause fuhren, dass politische Diskussionen nicht nur auf „Stammtischniveau“ geführt werden können. Wir hoffen, das Seminar auch im nächsten Jahr wieder durchführen und weiteren Mitgliedern des Kreisverbandes die Teilnahme ermöglichen zu können. Die Kooperation mit der Gustav Heinemann Bildungsstätte soll auf jeden Fall intensiviert werden.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 31.05.2011, 22:38 Uhr - 10613 Clicks - Nr. 571

Pressemitteilung: Grillen im Schrevenpark

„Der Schrevenpark zählt zu den wenigen großen Naherholungsgebieten nahe des Stadtzentrums, das den Kielerinnen und Kielern zur Verfügung steht. Besonders von jungen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt wird der Schrevenpark viel genutzt. Eine Einschränkung oder gar ein vollständiges Verbot des Grillens im Park stellt deshalb für die Jusos keine Alternative dar“, stellt Timm Wüstenberg, Kreisgeschäftsführer der Jusos Kiel, fest.



Dass der Schrevenpark sich bei vielen großer Beliebtheit erfreut, hat abermals auch eine Online Petition gezeigt, die sich gegen ein Grillverbot im Schrevenpark wendet und binnen nur drei Tagen mehr als 650 Mal unterzeichnet wurde. „Das Gemeinwohl darf nicht aufgrund von Beschwerden Einzelner leiden.“, so Timm Wüstenberg weiter.

Dennoch darf man die Augen nicht vor den existierenden Problemen im Schrevenpark verschließen. Eine zunehmende Verschmutzung des Parks sowie Ruhestörung bis spät in die Nacht sind nicht akzeptabel. Thies Petersen, Juso – Kreisvorstandsmitglied, fordert deshalb auf: „Wir appellieren an alle Besucherinnen und Besucher des Schrevenparks, sich rücksichtsvoll im Park zu verhalten und dafür zu sorgen, dass der Parkbesuch für alle weiterhin ein Vergnügen bleibt.“ Zudem schlagen die Jusos Kiel stärkere Kontrollen im Schrevenpark vor, um das Problem des Mülls und des Lärms einzudämmen.

„Ein Grillverbot im Schrevenpark würde diesen Problemen allerdings nur wenig entgegenwirken, weshalb wir uns für das Grillen im Schrevenpark und somit für die Erhaltung eines wichtigen Naherholungsgebiets stark machen.“, so Thies Petersen abschließend.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 01.06.2011, 11:29 Uhr - 12090 Clicks - Nr. 572

**SPD-MdB Franz Thönnnes ruft zur Organ-Spendenbereitschaft auf
Tag der Organspende am 4. Juni 2011**

Anlässlich des dieses Jahr unter dem Motto "Richtig. Wichtig. Lebenswichtig!" stehenden bundesweiten Tages der Organspende am 4. Juni 2011 erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes: „Der erste Samstag im Juni ist seit 29 Jahren der Organspende gewidmet. Er ist ein wichtiger Anlass, um das Thema verstärkt in das öffentliche Bewusstsein zu rücken und die Menschen zu informieren.“



Im Jahr 2010 spendeten in Deutschland 1.296 Menschen nach ihrem Tod ihre Organe, die Quote liegt bei knapp 16 Spendern pro eine Million Einwohner. Damit steht die Bundesrepublik im internationalen Vergleich nur im unteren Mittelfeld. Durchschnittlich sterben jeden Tag drei Menschen, weil sie nicht rechtzeitig ein Organ erhalten haben und 12.000 warten jährlich dringend auf ein Spenderorgan.

Dabei sagen fast 70 Prozent der Deutschen „Ja“ zur Organspende, aber nur rund 25 Prozent besitzen tatsächlich einen Organspendeausweis. Aus Umfragen geht außerdem hervor, dass die Spendebereitschaft höher ist, wenn man sich mit dem Thema bereits befasst hat und informiert ist. „Täglich sterben Menschen, die leben könnten, wenn ein Spenderorgan zur Verfügung stünde. Entschiedene Schritte sind nötig, um die Bereitschaft zur Organspende zu fördern. Information und Aufklärung sind wichtig, reichen aber nicht aus. Wir müssen Wege finden, dass jeder Mensch sich mit der Frage seiner eigenen Spendebereitschaft ernsthaft befasst - und sie selbst entscheidet. Dafür möchte ich als Besitzer eines Organspendeausweises werben“, so SPD-MdB Franz Thönnies.

Das Thema Organspende und die Änderung des derzeitigen Transplantationsgesetzes sind in diesem Jahr Teil der parlamentarischen Debatte. Der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages führt im Juni 2011 zwei öffentliche Anhörungen hierzu durch. Zum einen zu technisch-organisatorischen Verbesserungsmöglichkeiten in Kliniken und Transplantationszentren und zum anderen zu ethisch-rechtlichen Aspekten und der Möglichkeit zur Erhöhung der Bereitschaft zu spenden.

„Es muss mehr getan werden, um die Spendebereitschaft jedes Einzelnen zu erhöhen. Jeder sollte über dieses wichtige Thema aufgeklärt und informiert sein und einen Organspendeausweis besitzen“, erläutert der SPD-Politiker abschließend.

Bildquelle: Stiftung "FÜRS LEBEN"

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.06.2011, 16:40 Uhr - 5662 Clicks - Nr. 573

CDU und FDP sind jetzt da, wo wir ohne sie schon längst wären!

Zum von der Bundesregierung beschlossenen Zeitplan für einen Atomausstieg und der Reaktion des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



Mit ihrer nunmehr vollzogenen Kehrtwende zum Atomausstieg versuchen CDU und FDP auf Bundesebene und die CDU auch auf Landesebene den Eindruck zu erwecken, sie seien die eigentlichen Motoren des Atomausstiegs.

Das ist zynisch und setzt darauf, dass die Bevölkerung Tatsachen schnell vergisst: Noch im Herbst letzten Jahres waren CDU und FDP einig, dass nur eine pauschale Laufzeitverlängerung aller AKW

von im Durchschnitt 12 Jahren die richtige Atomausstiegspolitik sei. Damit haben sie den von Rot-Grün bereits im Jahr 2000 mit der Atomlobby verhandelten und festgelegten vollständigen Ausstieg aus der Atomkraft torpediert – gegen den Ratschlag nahezu aller Fachleute und Gutachter. Nun, nach Fukushima, fegen sie den selbst verursachten Scherbenhaufen wieder auf und wollen dafür auch noch Lob von den Menschen in Deutschland. Das einzig gute Signal in Herrn Kubickis „Begrüßung“ ist, dass die Alt- und Pannenmeiler Krümmel und Brunsbüttel nun rasch endgültig stillgelegt werden sollen, weil auch die FDP dies will. Diesen markigen Ankündigungen müssen nun auch Taten folgen! Vor allem muss entschlossen die Energiewende angegangen, die erneuerbaren Energien müssen rasch und nachhaltig ausgebaut werden."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 01.06.2011, 16:41 Uhr - 6127 Clicks - Nr. 574

Das Paffen muss ein Ende haben!

Zum morgigen Nichtraucherstutztag erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Wir bleiben dran: Wir wollen bundesweit einheitlich umfassenden Nichtraucherstutz in Gaststätten. Und: Rauchen in Autos, wenn Kinder mitfahren, darf es nicht mehr geben.

Unser Nichtraucherstutzgesetz hat noch zu viele Ausnahmeregelungen: Es gibt immer noch Kneipen, in denen fröhlich gepafft wird. Da bundesweit bisher keine Grundlinie für ein Regelwerk vereinbart wurde, haben wir einen Flickenteppich von Schleswig-Holstein bis Bayern. Doch Nichtraucherstutz ist Gesundheitsschutz, deshalb brauchen wir eine bundeseinheitliche Regelung. Diese ließe sich problemlos über den Arbeitnehmerschutz herstellen.

Trotz der Mängel im Gesetz haben wir viel erreicht: Das Rauchverbot ist gesellschaftlich akzeptiert, selbst Raucher finden rauchfreie Gaststätten inzwischen gut!

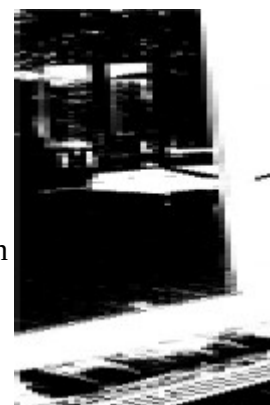
Zu einem umfassenden Nichtraucherstutz gehört, dass in Autos, in denen Kinder mitfahren, nicht geraucht werden darf. Das wollen wir durchsetzen."

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 01.06.2011, 17:32 Uhr - 5848 Clicks - Nr. 575

Infoveranstaltung: Einbrüche, Einzeltrick... - Wie schütze ich mich richtig?

Während die Anzahl der Straftaten in Deutschland im Jahr 2010 leicht um 2 % zurückging, stieg die Anzahl der Einbrüche um 6,6 % an. In Schleswig-Holstein betrug die Steigerung sogar 13,7 % (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2010). In den letzten Wochen gab es in Osterrönfeld und den umliegenden Orten mehrere Dutzend Einbrüche in Einfamilienhäuser. Die Täter kamen fast immer um die Mittagszeit und klauten Bargeld, Schmuck und elektronische Geräte.



Wie kann man als Hausbesitzer Einbrechern das Leben schwer machen? Mit welchen Tricks arbeiten Kriminelle heutzutage? Wie kann man sich in der

heutigen Zeit vor Schaden schützen, nicht nur bei Einbrüchen, sondern auch bei Themen wie Enkeltrick, Haustürgeschäften und Kontobetrug?

Um diese Fragen zu beantworten, hat die SPD Osterrönfeld eine Informationsveranstaltung am **Mittwoch, 29.06.2011, um 19:00 Uhr in Kühl's Gasthof** in Osterrönfeld organisiert. Die SPD konnte mit Polizeihauptkommissar Dietmar Benz, dem Leiter der Präventionsstelle der Polizeidirektion Neumünster, einen namhaften Referenten gewinnen.

Die Veranstaltung steht allen Interessierten offen. Der Eintritt ist kostenlos. --

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 02.06.2011, 00:03 Uhr - 4557 Clicks - Nr. 576

KITA-PLANUNG BESCHLOSSEN

Der von einer großen Mehrheit (SPD, Grüne, SSW, CDU, FDP) getragene Beschluss der Ratsversammlung zur Kindertagesstättenbedarfsplanung gibt vielen Eltern endlich Planungssicherheit.

KITA-PLANUNG BESCHLOSSEN

Liebe Suchsdorferinnen,
liebe Suchsdorfer,

der von einer großen Mehrheit (SPD, Grüne, SSW, CDU, FDP) getragene Beschluss der Ratsversammlung zur Kindertagesstättenbedarfsplanung gibt vielen Eltern endlich Planungssicherheit. Die hätten viele sicher gerne schon eher gehabt. Nur: dann hätte die Planung auf wesentlich weniger sicheren Anmeldezahlen aufbauen müssen. Das Anmeldeverhalten der Eltern und die damit zur Verfügung stehenden Plätze ändern sich nahezu täglich. So waren zur letzten Ortbeiratssitzung sogar noch einige Plätze in Suchsdorf frei.



Für die SPD-Ratsfraktion ist der weitere Ausbau von Kitaplätzen eindeutig einer der wichtigsten Schwerpunkte ihrer Politik. In den Jahren 2011/2012 werden in Kiel insgesamt 13.197 Plätze verfügbar sein, in 2013/14 sollen es 13.860 sein. Gegenüber den 9.278 Plätzen aus dem Jahr 2008 werden damit große Fortschritte gemacht. 2011/12 wird im Elementarbereich (3-6 Jährige) eine Versorgungsquote von 99,7 % erreicht sein. Im Krippenbereich (0-3 Jährige) wird die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 35 % in den Jahren 2012/13 erfüllt werden können. Ein weiterer

Ausbau ist dort aber weiter notwendig, um den Elternwünschen nachkommen zu können. Die Stadt Kiel beteiligt sich an den Investitionskosten in den Jahren 2011 bis 2013 mit fast 19 Mio. Euro. Dies tut sie – trotz der schwierigen Haushaltslage – sehr bewusst.

In Suchsdorf liegt die Versorgung deutlich über dem Kieler Durchschnitt (2010 im Elementarbereich 105,1 %, im Krippenbereich 50,8 %), Allerdings wurde festgestellt, dass Suchsdorfer Einrichtungen von 105 Kindern besucht werden, die eigentlich in der Wik wohnen. Dies darf natürlich nicht dazu führen, dass Suchsdorfer Kinder zu kurz kommen. Die Situation wird sich aber entspannen. Noch in diesem Jahr werden in der Wik drei Einrichtungen (Wissenschaftspark, Timm-Kröger-Schule, Osterkirche) in Betrieb gehen. Es ist zu erwarten, dass Eltern ihre Kinder wohnortnah anmelden wollen. Die Entwicklung ist aber zu beobachten, weil sicherlich nicht alle und nicht alle Kinder sofort aus ihren gewachsenen Kita-Beziehungen herausgenommen werden. Zur Verbesserung der Suchsdorfer Situation wird aber weiter beitragen, dass im Jahr 2012 die städtische Kita am Amrumring durch einen Anbau um zwei Krippengruppen erweitert wird.

Die Betreute Grundschule Suchsdorf ist ein wichtiger Bestandteil der Schulkindversorgung im Stadtteil. Die Nachfrage ist enorm: sie wird mittlerweile von 114 Kindern in Anspruch genommen und ist damit die größte in Kiel, auch ein Qualitätsmerkmal. Parallel zur stadtweiten Diskussion über die zukünftige Schulkindbetreuung wird auch die Frage angegangen werden müssen, ob die jetzigen Gebührenregelungen ohne Sozialstaffel in den Betreuten Grundschulen noch zeitgemäß sind. Hierzu muss die Stadt das Gespräch suchen.

Ihr Thomas Wehner, Ratsherr
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,
Telefon: 311836, Telefax: 3197273,
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de,
Internet: www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm
www.spd-fraktion-kiel.de

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 02.06.2011, 00:34 Uhr - 3909 Clicks - Nr. 577

VERTRAG ÜBER STADTTEILBÜCHEREI BESCHLOSSEN

Die Ratsversammlung hat auch hier – einstimmig – den Weg frei gemacht. Dem vom Büchereiverein Suchsdorf mit der Landeshauptstadt ausgehandelten Vertrag hat der Kieler Rat seinen Segen gegeben.

VERTRAG ÜBER STADTTEILBÜCHEREI BESCHLOSSEN

Die Ratsversammlung hat auch hier – einstimmig – den Weg frei gemacht. Dem vom Büchereiverein Suchsdorf mit der Landeshauptstadt ausgehandelten Vertrag hat der Kieler Rat seinen Segen gegeben. Damit ist die Fortführung der Suchsdorfer Stadtteilbücherei unter der hauptamtlichen Leitung der Stadt Kiel in trockenen Tüchern. Für die SPD ist dies ein ganz

wesentlicher Erfolg. Die Gefährdung der Bücherei ist damit endgültig abgewendet. Die Stadtteilbücherei ist nicht nur eine wichtige kulturelle Einrichtung im Stadtteil. Sie hilft insbesondere Kindern und Jugendlichen den Zugang zu Büchern zu erleichtern. Wir freuen uns mit allen Nutzerinnen und Nutzern, aber auch mit den Ehrenamtlichen vom Büchereiverein, deren Engagement nicht hoch genug eingeschätzt werden darf.

Ihr Thomas Wehner, Ratsherr
SPD-Ortsverein Suchsdorf, Wolliner Weg 11,
Telefon: 311836,
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de
Internet: www.spd-net-sh.de/kiel/suchsdorf,
www.kiel-suchsdorf.de/spd.htm
www.spd-fraktion-kiel

Keine Kommentare

[SPD-Schönberg](#) - veröffentlicht am 02.06.2011, 21:13 Uhr - 3456 Clicks - Nr. 578

Bücherbörse

Büchertausch bei der SPD Von Helmut Schmidt bis Kipling, Jerry Cotton und Michael Ende

Wir erwarten guten Zuspruch bei der nächsten Veranstaltung am 28.Oktober 2016 von 14.00-17.00 Uhr des SPD-Ortsvereins Schönberg im Sprüttenhus. Zwei große Tische mit Büchern erwartet die Besucherinnen und Besucher. Das Prinzip: Es werden Bücher gebracht und jeder kann sich Bücher nehmen. Dabei geht es um eine breit gefächerte Palette, die angeboten wird.. Das politische Buch ist vertreten, Neuerscheinungen, Gedichtbände und Sachbücher könnten mitgenommen werden. Ein besonderer Tisch bietet alte „Jerry Cotton“ Hefte, Wildwestromane an. Ortsvereinsvorsitzender Dieter Schimmer kann einige Krimi-Liebhaber evtl. begrüßen und es wird durch viele Tipps mehr „Lust auf Lesen“ gegeben. Kaffee und Kuchen runden das Angebot ab . Also liebe Leser kommen Sie, wir freuen uns auf Sie. Ihr Dieter Schimmer .Ortsvorsitzender

Keine Kommentare

Wie geht es weiter mit Hamburgs Schulen?

FES - Bildungsforum: „Wie geht es weiter mit Hamburgs Schulen?“ Das war die Frage, die über 200 Hamburgerinnen und Hamburger in den Saal des Hotels Baseler lockte. Und auch einen Schleswig-Holsteiner: Ebenfalls gekommen war Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er befand: „Wir brauchen in vielen Bereichen eine gute Zusammenarbeit mit den Hamburger Bildungspolitikern. Gerade mit unserem Nachbarland müssen wir uns um ein abgestimmtes Bildungssystem kümmern!“



Das Hamburger System bietet nach der Grundschule zwei weiterführende Schulen: neben dem achtjährigen Gymnasium (G8) ist dies die Stadtteilschule, an der das Abitur nach neun Jahren abgelegt werden kann. Eine weitere Möglichkeit zu allen Schulabschlüssen bieten die beruflichen Schulen Hamburgs. Martin Habersaat, der bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Lehrer an einem Hamburger Gymnasium war, sagt: „Zwei Schularten, die beide zum Abitur führen können, wären auch für Schleswig-Holstein der richtige Weg. In Stormarn haben dieses System bereits, neben den Beruflichen Schulen in Bad Oldesloe und Ahrensburg gibt es hier nur G8-Gymnasien und Gemeinschaftsschulen.“ Als Irrweg erwiesen sich die anderswo auf Druck der CDU eingeführten Regionalschulen, die an vielen Standorten unter Schülerschwund litten. Auch die 11 von der FDP eingeführten G9-Gymnasien trugen nicht zu einem klaren System bei. Dennoch müsse die Zeit der Strukturdebatten vorbei sein.

In Hamburg hat sich die CDU, anders als in Schleswig-Holstein, auf einen mehrjährigen Schulfrieden eingelassen, der den Bestand des aktuellen Systems sichert. So kann sich der Schulsenator auf wichtige Aufgaben konzentrieren, Ganztagschule und Inklusion. Der Vorteil der Ganztagschule: Eltern können Familie und Beruf besser miteinander verbinden, der Bildungsbenachteiligung vieler Kinder kann besser begegnet werden. Die Grundschulen sollen mit bestehenden Horten kooperieren, um keine Doppelstrukturen zu schaffen. Alle Hamburger Gymnasien sind seit der Einführung von G8 mit ihren 34 Wochenstunden zu teilgebundenen Ganztagschulen geworden. Die Stadtteilschulen sollen als offene Ganztagschulen beginnen und mit der Zeit verbindlichere Strukturen entwickeln. Habersaat: „Die Diskussion zeigte, dass hier noch Überzeugungsarbeit geleistet werden muss. Die Reaktionen der anwesenden Eltern reichten von ‚das muss sofort verbindlich eingeführt werden‘ bis hin zu dem Vorwurf, Sozialisten wollten ihnen die Kinder wegnehmen.“

Inklusion ist ein Ziel, zum dem sich Deutschland in einer UN-Konvention verpflichtet hat. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen nicht mehr an Förderschulen unterrichtet werden, sondern ein Recht haben, mit allen anderen Kindern gemeinsam beschult zu werden. In Hamburg gibt es pro Jahrgang 900 Kinder mit besonderem Förderbedarf. 550 davon besuchen inzwischen allgemeinbildende Schulen. Für jedes dieser Kinder stehen pro Woche 1,5 Lehrerstunden doppelt zur Verfügung. Bei vier solchen Kindern in einer Klasse können also sechs Stunden mit zwei Lehrkräften gegeben werden. Zusätzliche Unterstützung gibt es durch Sozialpädagogen und Erzieher. Bremen bietet diesen Kindern wöchentlich 2,6 Stunden, Bildungsforscher empfehlen 3,6. In Schleswig-Holstein hat Bildungsminister Dr. Klug diesen Wert gerade von 1,5 auf 0,9 reduziert.

Foto: Moderator Prof. Dr. Reiner Lehberger und Schulsenator Thies Rabe.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 08:13 Uhr - 6435 Clicks - Nr. 580

Nach Steuererhöhungen: SPD Norderstedt fordert Grote zu Verwaltungsumbau auf
Nachdem CDU, GALiN und Die Linke in seltener Einmütigkeit die Eigentümer und nicht zuletzt auch Mieter in Norderstedt mit einer saftigen Grundsteuererhöhung belastet haben, fordern die Norderstedter Sozialdemokraten jetzt eine umfassende Strukturreform der Stadtverwaltung.



„An einer Steuererhöhung mit Augenmaß sind auch wir in unserem Vorschlag nicht vorbeigekommen. Wir hatten eine gleichmäßige Erhöhung für Besitzer von landwirtschaftlichen Betrieben, Hausbesitzer und Gewerbetreibende vorgesehen. Wir wollten mit unserem Vorschlag Eigentümer und letztlich Mieter nicht über Gebühr belasten. Gerade Mieter mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen jetzt, wie von CDU, GALiN und Die Linke beschlossen, die Zeche für das Einnahmedefizit der Stadt.

Dennoch hätten unsere geplanten Erhöhungen den städtischen Haushalt ohne unsoziale Härte sauber ausgeglichen.

Für die Finanzierung künftiger Mehrausgaben im Bereich Kinderbetreuung und Schulen verlangen wir, dass die Verwaltung ihre Strukturen und Arbeitsabläufe überprüft und Ausgaben in der Kernverwaltung einspart. Der Oberbürgermeister hat die Vorlaufzeit von einem Jahr dazu leider nicht genutzt - obwohl er wusste, dass unsere Stadt in Zukunft mehr Geld braucht.“, sagt Katrin Fedrowitz, Vorsitzende der Norderstedter SPD.

Konkret setzt sich die SPD zur Kosteneinsparung für folgende Änderungen ein:

Die Betreuung der städtischen Gebäude sowie der städtischen EDV soll zukünftig durch die

Stadtwerke erfolgen.

„Bei den Stadtwerken und wilhelm.tel ist das technische Knowhow für die Gebäudeunterhaltung und EDV bereits heute gebündelt.

Unser Vorschlag, in einem ersten Schritt ein sogenanntes Sondervermögen Schulbau einzurichten, liegt der Verwaltung bereits seit mehreren Monaten vor.“, so Katrin Fedrowitz.

Dieser beinhalte, so Fedrowitz weiter, dass sich die Stadt bei Gebäudesanierungen von den starren Zwei-Jahres-Rhythmen der Haushaltsführung lösen und auch adhoc-Sanierungen durchführen kann. Das dafür zu gründende Sondervermögen (eine städtische Gesellschaft aber nicht rechtlich selbstständig) wäre eine "Dienststelle" der Stadt Norderstedt, die unter dem Dach der Stadtwerke für das Immobilienmanagement der Schulen zuständig ist.

Der entscheidende Vorteil sei die eigenständige Aufnahme von Krediten und damit eine erheblich flexiblere Reaktion auf die Sanierungsbedarfe in den Schulen.

Ziel des Sondervermögens sollte es sein, alle Norderstedter Schulen innerhalb von 10 Jahren umfassend zu sanieren, um damit sowohl den veränderten pädagogischen Anforderungen als auch den energetischen Belangen zu entsprechen.

„Zudem wollen wir die Zusammenarbeit auf der A7-Achse zwischen Norderstedt, Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen in den Bereichen Personalverwaltung, Rechtsamt und Rechnungsprüfung vorantreiben. Auch diese Kommunen stehen vor den gleichen finanziellen Problemen wie wir. Wir erwarten deshalb, dass Herr Grote ernsthaft die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auslotet. Hier muss jeder potenzielle Partner bereit sein, seine Eitelkeiten abzulegen und sich einem gemeinsamen Ziel unterzuordnen.

Die Idee Grottes für öffentliche Beschaffungen einen Einkaufsverbund mit anderen Städten und Gemeinden zu gründen ist im übrigen nicht neu und bereits in seinem 100-Punkte-Sparprogramm aus dem Jahr 2002 enthalten gewesen. Umso unverständlicher ist es, dass diese Idee immer noch nicht umgesetzt worden ist.

Die Bürger erwarten, dass wir gerade im Personalbereich sparsam mit unseren Mitteln umgehen. Deshalb wäre es gut, wenn die drei Kommunen gemeinsam Neuland betreten.

Für die Verwaltungen wird es angesichts des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels nicht leichter, gute Mitarbeiter zu gewinnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir im Personalwesen endlich beginnen an einem Strang zu ziehen.“, mahnt Katrin Fedrowitz.

In einer solchen Kooperation könnten durch Setzung von Schwerpunkten, einer stärkeren Spezialisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem interkommunalen Vergleich und Erfahrungsaustausch Qualitätsverbesserungen für alle drei Orte erreicht werden. Dieses gelte gerade für den Bereich der Personalverwaltung.

„Unter dem Strich zählt für uns, dass das Personal in der Kernverwaltung effizienter eingesetzt wird - die von uns vorgeschlagene Zusammenarbeit kann ein Weg dorthin sein. Herr Grote muss diese Chancen mit seinen Amtskollegen in Henstedt-Ulzburg und Kaltenkirchen jetzt nutzen, bevor er absehbar den Bürgern wieder in die Tasche greifen muss.“, so Katrin Fedrowitz abschließend.

www.spd-norderstedt.de

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 09:46 Uhr - 12014 Clicks - Nr. 581

6. Juni Tag der Mehrgenerationenhäuser:

Mehrgenerationenhäuser in Kaltenkirchen und Henstedt-Ulzburg müssen eine Zukunft haben:

Anlässlich des Tages der Mehrgenerationenhäuser am 6. Juni 2011 erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes: „Hier im Kreis Segeberg leisten die Mehrgenerationenhäuser „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und das Familienzentrum in Henstedt-Ulzburg wertvolle Arbeit und bieten passgenaue Angebote wie Familienbildung, Kinderbetreuung oder Seniorenarbeit für verschiedene Generationen an.“



Der SPD-Politiker kritisiert, dass die Zukunft dieser erfolgreichen Arbeit ungewiss ist: „Die Bundesregierung hat sich nicht ausreichend für den Fortbestand der bereits bestehenden Projekte eingesetzt. Das Bundesprogramm wird neu ausgeschrieben, die Träger der Häuser müssen sich neu bewerben. Hinzu kommt, dass der jährliche Bundeszuschuss ab 2012 pro Mehrgenerationenhaus von 40.000 auf 30.000 Euro sinkt.“ Damit drohe insbesondere in strukturschwachen Regionen und im ländlichen Raum die Gefahr von Projektruinen. Besonders zu kritisieren sei, dass die Bundesregierung keine Übergangslösung für diejenigen Häuser geschaffen habe, deren Bundesförderung bereits vor Ablauf des Jahres 2011 auslaufe.

Das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“, dessen fünfjährige Laufzeit 2011 zu Ende geht, ist eine Erfolgsgeschichte. Die 500 Begegnungsstätten für alle Generationen wurden 2006 ins Leben gerufen. Sie haben sich in Städten und Gemeinden als Anlaufstelle bewährt. Doch ab Herbst 2011 läuft schrittweise die Bundesförderung für alle Häuser aus, ein neues Programm folgt ab 1. Januar 2012. Einen Starttermin für die Ausschreibung des neuen Programms hat die zuständige Bundesfamilienministerin Schröder (CDU) noch nicht bekannt gegeben. Ebenso warten die Träger seit Monaten auf konkrete Hilfe des Bundes für finanzschwache Kommunen.

„Dass das bestehende Programm zusammengestrichen wird und in Zukunft bundesweit nur noch 450 statt 500 Häuser gefördert werden, zeigt, dass die schwarz-gelbe Koalition nicht an einer nachhaltigen Generationenpolitik interessiert ist. Es bleibt zu hoffen, dass der heutige Tag der Mehrgenerationenhäuser nicht der letzte in unserem Kreis ist und die Häuser ihre Pforten auch im

nächsten Jahr weit geöffnet haben“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete abschließend.

Bildquelle: Dieter Schütz / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 10:15 Uhr - 5451 Clicks - Nr. 582

SPD-Kreistagsfraktion: Am richtigen Ende sparen

In der kommenden Kulturausschusssitzung des Kreises soll erneut über weitere Sparmaßnahmen im Bildungsbereich gesprochen werden. Die Kreisverwaltung hat hierzu einen Antrag vorgelegt, in dem es um Kürzungen im Büchereiwesen geht.



Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion, Gitta Neemann-Güntner dazu: „Die Verwaltungsvorlage ist für meine Fraktion so nicht akzeptabel, denn sie sieht immerhin eine Kürzung von 20 Prozent für das Büchereiwesen vor, und nicht , wie bei allen anderen Vereinen und Verbänden, Kürzungen um 10 % in den nächsten 5 Jahren. Wenn diese Rasenmähermethode richtig wäre, dann kann sie aber nicht dazu führen, dass es heißt – alle Vereine und Verbände sind gleich, nur einige sind gleicher. Dazu kommt, dass wir erst vor 2 Jahren das Kreismedienzentrum geschlossen haben. In diesem Fachbereich gibt es glücklicherweise für die Schulen eine Kompensierung über das Internet und die neuen Medien. Darauf können Bücherein nicht zurückgreifen.

Auf der einen Seite stellen wir mit politischer Verantwortung fest, dass insbesondere unsere männlichen Schüler, die um die 15 Jahre alt sind, ein Lesedefizit gegenüber den Mädchen haben. Dann wollen wir auf der anderen Seite politisch vorgeben, dass die Büchereien in ihrem Handlungsfeld sehr beschränkt werden , das passt nicht zusammen. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass das Büchereiwesen im Kreis weiterhin handlungsfähig bleibt. Wir werden die Verwaltung auffordern, nach Alternativen zu suchen, die , ähnlich wie bei der Kreismusikschule, Kürzungen in anderen Produkten des gleichen Fachbereichs zu prüfen. Das Lesen eines Buches muss, unabhängig der sozialen Herkunft, jedem möglich sein.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 10:17 Uhr - 6392 Clicks - Nr. 583

SPD-Kreistagsfraktion: Aus für Krümmel - trotzdem nicht zur Tagesordnung übergeh

„Das jetzt von der Bundesregierung bekannt gegebene Aus für den Pannenmeiler Krümmel ist eine gute Nachricht für den Kreis Herzogtum Lauenburg und seine Bürgerinnen und Bürger. Es ist bedauerlich, dass es erst eines so tragischen Ereignisses wie in Fokushima bedurfte, um CDU, CSU und FDP zur Vernunft zu bringen.“ So kommentiert der SPD-Fraktionsvorsitzende der SPD im Lauenburgischen Kreistag, Gunar Schlage, die jetzt bekannt gewordenen Plänen der



Bundesregierung.

„Ich habe die Kreistagsinitiativen von Bündnisgrünen und SPD nicht gezählt, wo sich der Lauenburgische Kreistag für ein dauerhaftes Abschalten des Pannenreaktors eingesetzt hat und immer an der atomfreundlichen Mehrheit von CDU und FDP gescheitert ist. Erst die Ereignisse in Japan haben die Politik zur Vernunft gebracht. Ich erwarte, das politisch nicht zum jetzigen oder ab zu einem späteren Zeitpunkt mit irgendwelchen Tricks gearbeitet wird und die jetzige Entscheidung in Frage gestellt wird.“

Nach Ansicht der Sozialdemokraten im Kreistag ist unabhängig von der aktuellen Beschlusslage trotzdem die aktuelle Katastrophenschutzplanung bei einem Vorfall im Pannenreaktor zu hinterfragen.

Gunar Schlage: „Auch wenn Krümmel nicht mehr ans Netz geht, offene Fragen gibt es noch reichlich. Diese müssen noch vom Lauenburgischen Kreistag aufgearbeitet werden. Hierzu werden wir eine Initiativen ergreifen. Zunächst wollen wir das Thema in einer Aktuellen Stunde des Kreistages behandeln. Im Herbst soll es eine Anhörung hierzu geben.“

„Selbstverständlich muss es jetzt darum gehen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kernkraftwerkes Perspektiven zu erarbeiten. Hier ist Vattenfall in der Pflicht. Sinnvoll ist sicherlich, wenn sich alle Beteiligten hier zeitnah an einen Tisch setzen, um Alternativen zu erarbeiten. Ich wünsche, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft hierfür zeitnah ein Arbeitsplatz-Akquisekonzept entwickelt, auch wenn der Rückbau noch Jahre dauern wird.“

Gunar Schlage unterstützt die Aussage des Kreispräsidenten Meinhard Füllner, wenn dieser feststellt, dass Krümmel eine riesige Verantwortung für den Kreis gerade im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz ist. Gerade deshalb darf das Thema jetzt nicht von heute auf morgen ad acta gelegt werden.

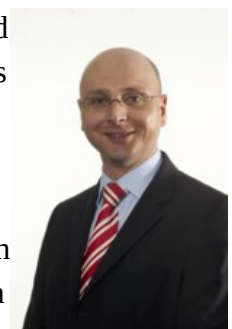
Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 12:34 Uhr - 8785 Clicks - Nr. 584

Andreas Hering bewirbt sich erneut um das Landtagsmandat!

SPD Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering hat dem SPD-Kreisvorstand in seiner Sitzung am Mittwoch, 01. Juni 2011 mitgeteilt, dass er sich erneut um das Landtagsmandat im Wahlkreis Neumünster/Boostedt bewerben wird.

„Ich will, dass Neumünster wieder mit einer starken Stimme in Kiel vertreten ist. Durch meine vielfältigen Aufgaben beruflicher und politischer Natur habe ich mein Ohr stets nah an den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt. Diese Erfahrungen will ich nun auch in Kiel einbringen“,
so Andreas Hering.



Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung als Fraktions- vorsitzender im Rathaus und der langjährigen Tätigkeit bei der AOK hat Hering Politik und Lebenswirklichkeit immer miteinander verbinden können. „Dieses Zusammenwirken aus ehrenamtlichem Engagement und Berufsleben hat mich immer auf dem Boden gehalten“, so Hering weiter.

Hering ist überzeugt, dass der Verlust des Landtagsmandates 2009 nur ein Ausrutscher war, der der allgemeinen politischen Lage geschuldet war. „Neumünster wird wieder rot.“

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 06.06.2011, 22:12 Uhr - 3492 Clicks - Nr. 585

SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlkampf zum Opfer!

Zum voraussichtlichen Aus der Planungen für eine StadtRegionalBahn (SRB) für Kiel und Umland nach der Ankündigung des Innenministers des Landes Schleswig-Holstein, die Kreditaufnahme für die Landeshauptstadt Kiel auf 30 Millionen Euro zu begrenzen, erklärt Benjamin Raschke, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Kieler Mitte:



"Wir bedauern sehr, dass ein zukunftsweisendes Projekt wie die StadtRegionalBahn nun nicht mehr realisiert werden kann. Die Planungen hätten in diesem Jahr begonnen werden müssen, damit Fördermittel des Bundes bis 2019 abgefragt werden können. Ohne diese Fördermittel ist das Projekt nicht zu finanzieren. Wir als SPD in der Kieler Mitte hätten uns gerne für eine umweltschonende Variante engagiert, Kiel mit seinem Umland zu vernetzen und ein zukunftsfähiges ÖPNV-Konzept umzusetzen. Nun muss das verhältnismäßig kostengünstige Konzept eingestampft werden - für eine billige Wahlkampfstrategie von Schwarz-Gelb."

Kommentar von [Benjamin Raschke](#) vom 13.06.2011, 11:44 Uhr:

RE: SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlk

Sehr geehrter Herr Schmidt, vielen Dank für Ihren Beitrag. Ich kann Ihren Unmut verstehen, dass es auf der letzten Sitzung des Ortsbeirats nicht möglich war, über das Projekt an sich zu diskutieren.- Aber: Von Seiten der SPD wurden schon diverse Veranstaltungen angeboten, bei denen genau darüber diskutiert wurde. Aus diesen Diskussionen habe ich zum Beispiel viele positive Punkte mitgenommen: Zum Beispiel dass eine Anbindung an die Region durchaus sinnvoll ist; bisher fahren ja auch schon viele Bürger_innen aus dem Umland per Bus nach Kiel - ob zum Arbeiten oder zum Einkaufen. Diese kämen nun noch einfacher nach Kiel. Genauso würden Ost- und Westufer wieder besser zusammenwachsen und meines Erachtens unterschätzen Sie die Massen an Studierenden, die mit den jetzigen Bussen nie bewältigt werden können. Im Übrigen sind auch Busse und Autos nicht gerade ruhige Verkehrsmittel - ja sie sind sogar lauter als eine StadtRegionalBahn: Aus anderen Städten kennt man ja eher das Problem, dass Straßenbahnen im Verkehr zu leise sind und deshalb für Fußgänger_innen eine Gefahr sein können. Kurzum: Ich finde, es spricht viel für eine StadtRegionalBahn - und unabhängig davon ist es natürlich ein Skandal, dass Schwarz-gelb auf Kosten der Städte Wahlkampf machen!

Kommentar von [Dr. Rainer Schmidt](#) vom 13.06.2011, 11:28 Uhr:

RE: SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlk

„Keine Diskussion“ – so hieß es aus dem Mund der Stadtverwaltung anlässlich der Präsentation der Pläne zur Stadtreionalbahn. Keine Diskussion? Es wurde in Kiel schon so Vieles wegdiskutiert: der Ausbau des Flughafens, die Marina am Fördeufer – schade! Aber wer – bitte sehr – will die Stadtreionalbahn? Wer wird mit einer Stadtreionalbahn in die Holtenauer Straße zum Einkaufen fahren, wie es uns die Stadtplaner glauben machen wollen? Die Eckernförder jedenfalls nicht, weil sie wissen, dass es in Eckernförde hervorragende Einkaufsmöglichkeiten gibt. Deshalb haben sie sich bereits aus dem Projekt verabschiedet. Also wer will die Stadtreionalbahn? Ich jedenfalls nicht. Weil ich nicht glaube, dass zu Gunsten der Stadtreionalbahn auch nur ein Auto weniger bewegt werden wird. Es gibt eine vollkommen ausreichende Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Neue Verkehrsmittel schaffen mehr Verkehr und nicht weniger. Die Interessen der Kaufleute in der Holtenauer Straße sind das Eine. Das Andere ist: in der Holtenauer Straße wohnen auch Menschen. Und die haben kein Interesse daran, dass vor ihren Wohnzimmer - und Küchenfenstern eine Eisenbahnlinie installiert wird. Vom Wegfall der ohnehin schon knappen Parkplätze soll hier gar nicht erst nicht die Rede sein. Aber wer erzählt den Leuten eigentlich, dass tonnenweise Stahl ohne erhebliche Geräusentwicklung und Erschütterungen bewegt werden können? Ja, technisch machbar ist Vieles, aber das kostet Geld, und das scheint knapp zu sein. Man kann sich denken, an welcher Stelle die Einsparungen vorgenommen werden – dort, wo man es nicht sieht und erst im Betrieb hört. Also, wer will die Stadtreionalbahn, wer braucht sie? Niemand! Sie ist ein tot geborenes Kind. Dass die Zeiten einer Straßenbahn vorbei sind, hat man offenbar schon bemerkt. Deshalb heißt es jetzt ja auch „Stadtreionalbahn“. Dass aber die Region durch die Holtenauer Straße, die eben nicht nur Einkaufsstraße sondern auch Wohnstraße ist, reisen soll, ist eine Zumutung. Möge die Straßenbahn den wohl verdienten Ruhestand genießen und in Frieden ruhen – keine Diskussion!

Kommentar von [Jannes Tanck](#) vom 09.06.2011, 13:32 Uhr:

RE: SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlk

Ich sehe es wie Herr Raschke - schwarz-gelb wollte Herrn Albig nch mal richtig einen reinwürgen und hat rein parteitaktisch entschieden. Die Bedürfnisse der Kieler sind ihnen sch...egal! Ein Skandal!

Kommentar von [Konrad Wetzel](#) vom 08.06.2011, 12:43 Uhr:

RE: SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlk

Über den Sinn der Stadtreionalbahn kann man wohl auch anderer Meinung sein, siehe die Bedenken im Kreis Plön.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 07.06.2011, 06:29 Uhr:

RE: SRB Aus: Zukunftsfähiger ÖPNV fällt schwarz-gelbem Wahlk

Hoffen wir, dass das schwarz-gelbe Chaos nächstes Jahr am 6. Mai ein Ende haben wird

Familie und Studium vereinbar machen

Mit der Vereinbarkeit von Familie und Studium befassen sich die Juso-Hochschulgruppe Kiel und Martin Habersaat, der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, seit geraumer Zeit. Im Mai verbanden sich ihre Bemühungen in einer Landtagsdebatte, die deutlich machte: Die Botschaft ist noch nicht überall angekommen.



Martin Habersaat hatte in einer kleinen Anfrage (Drucksache 17/1283) die Familienfreundlichkeit der schleswig-holsteinischen Hochschulen abgefragt. Die Ergebnisse waren durchmischt. Habersaat: „Was die campusnahe Kinderbetreuung angeht, sind wir relativ weit, vor allem im Bereich der 3-6jährigen.“

Stefanie Fahr de Henriquez hatte mit der Juso-Hochschulgruppe im vergangenen Jahr das Projekt „Familie und Campus“ initiiert, im Mai hatte die Studentin und Mutter nun einen runden Tisch ins Leben gerufen, in dem CAU-Studierende und MitarbeiterInnen mit AStA, Jugendamt und Studentenwerk über die Situation vor Ort ins Gespräch kamen. „Bei Kindern unter 3 und im Bereich der Hortbetreuung muss noch viel getan werden“, berichtet Stefanie Fahr de Henriquez. Auch fänden noch immer Veranstaltungen außerhalb der Zeiten statt, in denen Kinderbetreuung angeboten wird. Für Studierende mit Kindern ein echtes Problem.

Die Ergebnisse des runden Tisches und der kleinen Anfrage besprachen die beiden nun bei einem Arbeitstreffen im Landeshaus. Habersaat: „Das Vorhandensein eines Stillraumes an der CAU beispielsweise ist zunächst einmal gut. Interessant für mich zu erfahren war nun, dass dieser aus rein praktischen Gründen von Vielen gar nicht genutzt werden kann.“ Den TeilnehmerInnen des Runden Tisches war schnell klar, dass bis zur familienfreundlichen Universität noch erhebliche Missstände beseitigt werden müssen. Auch die Bedeutung eines anerkannten Teilzeitstudiums wird immer wieder von der Juso-Hochschulgruppe betont. Die SPD beantragte in der Landtagssitzung, Familienfreundlichkeit künftig in die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufzunehmen. Und auch der runde Tisch hat sich zahlreiche nächste Schritte vorgenommen.

Und während der Minister im Landtag betonte, alles sei in guter Ordnung oder auf dem Wege, erreichten den Abgeordneten im Anschluss weitere Hilferufe aus verschiedenen Hochschulen. Habersaat: „Wir, Politik, Kommunen und Hochschulen, haben noch viel zu tun!“

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 07.06.2011, 14:33 Uhr - 92703 Clicks - Nr. 587

**Debatte zu EHEC-Ausbreitung vor dem Europäischen Parlament:
Solidarischen Umgang gefordert**

Angesichts der Vehemenz der Ausbreitung und der Schwere der Erkrankungen muss die Suche nach den Hintergründen der EHEC-Infektionen höchste Priorität bleiben. Das betonte die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike Rodust, am Dienstag während der Plenardebatte in Straßburg.



„Mein Verständnis von hochwertigen Nahrungsmitteln ist, dass sie gesund sind und kontrolliert in den Handel gelangen“, erklärte die Europaabgeordnete. Hier gäbe es immer noch zu viele Lücken. „In den vergangenen Wochen haben sich die Agrarpolitiker im Europäischen Parlament mehrfach für eine deutliche Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung ausgesprochen, um so eine weitere Zunahme an Antibiotika resistenten Keimen zu verhindern – jetzt zeigt sich, welche Bedrohung von solchen Bakterien ausgeht“, so Rodust weiter.

„Ich komme aus der Region in Europa, in der der EHEC Erreger am Schlimmsten wütet, die Bürger bei mir zu Hause fürchten sich jeden Tag vor neuen Zahlen weiterer Erkrankungen“, erläuterte die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete während der Debatte vor dem Europäischen Parlament. Deshalb sei es für sie auch eine Selbstverständlichkeit, dass vor allen nur möglichen Trägern dieses Keimes gewarnt worden sei.

Bei aller verständlichen Panik, dürfe es aber auf keinem Fall zu einer "Hexenjagd" kommen, die viele gut arbeitende Landwirte in ganz Europa in den Ruin zu treiben drohe. „Für alle muss deshalb klar sein, dass wir als Europäische Union solidarisch miteinander umgehen müssen und uns in Notlagen gegenseitig hilfreich zur Seite stehen“, fordert Rodust. Deshalb müssten auf medizinischer Ebene alle Sachverständigen an einen Tisch und in ökonomischer Hinsicht müsse denen geholfen werden, die unschuldig in ein finanzielles Desaster geraten seien.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 07.06.2011, 15:56 Uhr - 12116 Clicks - Nr. 588

Kreisverband Schleswig-Flensburg aktiv gegen Neofaschismus

In Anbetracht der zunehmenden Aktivitäten der NPD, ihren freien Kräften und Neonazis in unserer Region und insbesondere am 1. Mai 2011 in Husum mit dem Überfall auf die DGB-Veranstaltung am Tag der Arbeit halten wir es für unbedingt notwendig, ein klares Signal zu geben. Wir wollen diese Art von rückwärtsgewandter politischer Ideologie und



Aktivität nicht und mahnen dringend: Wehret den Anfängen!

Die SPD hat aufgrund ihrer geschichtlichen Vergangenheit eine besondere Verantwortung in Bezug auf Erinnerung und Widerstand gegen jegliche Form von Unterdrückung, Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir erinnern uns. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von Nazis besetzt und Gewerkschaften wurden verboten! Gewerkschafter, Sozialdemokraten und anderes Denkende wurden verfolgt und viele kamen in Konzentrationslagern um.

Unser Ziel muss ein zukunftsorientiertes und friedliches Miteinander sein, in dem alle Menschen ohne Unterschied respektiert werden und sich wohlfühlen können.

Die demokratische Gesellschaft von Politik über Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirche und Einzelpersonen in den Städten und Gemeinden unserer Region und anderswo müssen sich gegen das menschenverachtende Treiben der Neonazis – wie und wo auch immer - entgegen zu stellen.

Der SPD-Kreisverband unterstützt die antifaschistische Arbeit in unserer Region und arbeitet zum Beispiel mit im „Runden Tisch gegen Nazis“ in Kappeln, die eine Reihe von Aufklärungsveranstaltungen durchgeführt haben. In den letzten Monaten wurde die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ der VVN-BdA und ver.di erfolgreich in Kappeln, Schleswig und in der Gemeinschaftsschule in Süderbrarup angeboten, die aktiv von Mitgliedern der SPD unterstützt wurde.

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 08.06.2011, 08:18 Uhr - 5373 Clicks - Nr. 589

Innenstadt Einkaufszentrum

Antragsteller: MV der SPD Ortsvereine Einfeld, West, Vorstand OV Süd

Antrag zum Einkaufszentrum Innenstadt für den Kreisparteitag am 17.06.11

Der Kreisparteitag möge beschließen:

- 1.) Die SPD Neumünster begrüßt den Baubeginn des DOCs als ersten wesentlichen Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Stadt Neumünster.
- 2.) Die SPD Neumünster begrüßt grundsätzlich das Engagement der Investorengemeinschaft HBB/ECE für den Standort Neumünster.
- 3.) Der SPD-Kreisverband Neumünster steht wie schon in der Vergangenheit voll hinter dem Projekt, in der Innenstadt ein Einkaufszentrum zu errichten. Die von der SPD initiierte Einwohnerversammlung hat sich in einem eindeutigen Votum für den auch von der SPD im Vorwege favorisierten Standort Großflecken ausgesprochen.
- 4.) Die SPD Neumünster ist nach wie vor der Auffassung, dass ein Einkaufszentrum nur am o.g.

Standort der Innenstadt die nötigen Impulse für eine positive Entwicklung Neumünsters als Einkaufsstadt geben kann, droht doch sonst eine weitgehende Verödung des zentralen Platzes Großflecken mit seinen angrenzenden Einkaufsstrassen und Einkaufspassagen.

5.) Die durch das Zusammenwirken der beiden ehemaligen Konkurrenten HBB und ECE neu entstandene vermeintliche monopolistische Situation, dass nur das Gebiet zwischen Gänsemarkt und Hauptbahnhof als Standort in Frage kommt, entspricht nicht dem Willen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sondern liegt vor allem im Interesse der Investoren sowie des Verkäufers der o.g. Immobilien.

6.) Die Mitgliederversammlung des SPD-Kreisverbandes Neumünster fordert die Mitglieder der SPD-Rathausfraktion auf, einem Bebauungsplan zur Errichtung eines Einkaufszentrums zwischen Gänsemarkt und Hauptbahnhof noch nicht zuzustimmen. Vielmehr sollte die Fraktion in einem Antrag den Oberbürgermeister auffordern, frühere potentielle Investoren (z.B. Fa. Sonae Sierra u.a.) erneut für die Errichtung eines Einkaufszentrums am Großflecken zu interessieren um mögliche Angebote einzuholen.

7.) Ferner sind die konkreten städtebaulichen Auswirkungen, die Umsetzung der verkehrstechnischen Planung aber auch den Anteil der kommunalen Finanzierungslast zu ermitteln.

8.) Wir fordern in diesem Zusammenhang auch, die bereits ortsansässigen Unternehmen (beispielsweise die Firma Nortex) endlich in ihren Erweiterungsplänen zu unterstützen, um sie wettbewerbsfähig zu halten. Es ist inakzeptabel, langjährig am Standort vertretene Unternehmen in ihrer Entwicklung auszubremsen.

9.) Vor endgültiger Beschlussfassung durch die Ratsversammlung wird der Kreisvorstand aufgefordert auf einer weiteren Kreismitgliederversammlung ein entsprechendes Votum der Partei einzuholen.

Begründung erfolgt mündlich

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 08.06.2011, 10:37 Uhr - 12816 Clicks - Nr. 590

Norderstedterin vier Tage als Bundestagsabgeordnete in Berlin

Thönnnes lud zu „Jugend und Parlament“ ein

Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes nahm Pia Louise Stamer aus Norderstedt vom 4. bis zum 7. Juni 2011 an dem Planspiel „Jugend und Parlament“ in Berlin teil.

„Die Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren durchspielten den Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag. Dabei wurden ihnen eigene Erfahrungen und Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe und in die Arbeit der Fraktionen vermittelt“, beschreibt der SPD-Politiker das Programm. Sie nahmen an Arbeitsgruppen-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen teil, um Gesetzentwürfe zu diskutieren und diese im Plenum des Parlamentes zu beschließen. Dabei wurde Ihnen jeweils die



Rolle einer/eines fiktiven Bundestagsabgeordneten zugelost. Sie mussten sich in der Zeit mit dieser Rolle identifizieren und die politischen Ansichten übernehmen. „Das hat mir sehr viel Spaß gemacht! Ich nahm die Rolle von Kira Ehrenbeck-Schmidt an, einer 42-jährigen Mutter von zwei Kindern, die als Abgeordnete für die ökologisch-soziale Partei im Parlament sitzt“, so die 17-jährige Schülerin des Gymnasiums Harksheide.

Gelegenheit gab es am 6. Juni 2011 auch für einen Besuch im Berliner Abgeordnetenbüro des SPD-Politikers. Dort erhielt sie einen Einblick in die Arbeit und die Büroabläufe. Am 7. Juni diskutierten die Vorsitzenden aller fünf Fraktionen mit den Jugendlichen und auch Thönnies nahm sich Zeit für ein ausführliches Gespräch bei dem er sich von der Norderstedterin ihre Erfahrungen mit dem Planspiel schildern ließ. „Darauf habe ich mich sehr gefreut und fand es toll die Politiker, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt, live zu erleben“, zieht Pia Louise Stamer Bilanz.

„Diese Planspiele unterstütze ich sehr, weil sie jungen Menschen die Möglichkeit gibt, einen detaillierten Einblick zu erhalten, in das, was wir hier in jeder Sitzungswoche tun. Das schärft ihren Blick für politische Abläufe und Inhalte. Und es weckt vielleicht auch ihr Interesse, Politik mit zu gestalten“, ergänzt Thönnies.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.06.2011, 10:59 Uhr - 1680 Clicks - Nr. 591

Zum Haushaltserlass des Innenministeriums

Die kommunale Selbstverwaltung hat im Dezember 2010 einen Haushalt mit einem Investitionsvolumen von 55 Millionen Euro für das laufende Jahr 2011 beschlossen. Dieses Geld sollte vor allem zu Verbesserungen des Gebäudebestandes und der energetischen Sanierung, vorrangig in Schulen und Kitas, eingesetzt werden und damit wichtige Weichen für die Zukunft unserer Stadt in den Bereichen Bildung und Klimaschutz stellen.

Auch wollten wir damit der Verpflichtung die Kanalisation und die Straßen der Stadt funktionsfähig zu erhalten, nachkommen.

Im Bereich des Finanzplans, aus dem heraus Investitionen getätigt werden, wird ganz entscheidend die Zukunftsfähigkeit der Landeshauptstadt Kiel gestaltet. Nachhaltige Investitionen sind wichtig und notwendig, um die Stadt zu entwickeln und in Zukunft den Haushalt zu entlasten. Denn in Kiel wird vor allem in die Regionalen Berufsbildungszentren (RBZ), in den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen und in den Kindertagesstätten- und Krippenausbau investiert. Wir müssen in Bildung investieren, um unsere Stadt nachhaltig zu stärken. Damit investieren wir im wahrsten Sinne in unsere Zukunft, nämlich in die Zukunft unserer Kinder. Gute Bildungschancen, auch durch optimale Bildungsinfrastruktur, zu schaffen, verhindern hohe Transferleistungen in der Zukunft und die energetische Sanierung der Gebäude schützt das Klima und den Haushalt vor hohen Energiekosten.

Durch den Bescheid des Innenministeriums und den damit verbundenen Kürzungen der

Investitionen von 55 auf 30 Millionen wird uns dies nun wohl erst mal nicht mehr möglich sein. Bezeichnend ist auch die Aussage des Landes, dass sich an der Genehmigungspraxis die nächsten Jahre nichts ändern soll. Wer solche Vorgaben macht, spart unter dem Motto "Koste es was es wolle."

Der Haushaltserlass des Innenministeriums hebt die erfolgreichen Konsolidierungsanstrengungen des Oberbürgermeisters, des Kämmerers und der Kooperation hervor. Unser Konsolidierungspfad weist in die richtige Richtung. Die Anstrengungen konzentrieren sich in besonderem Maße auf den Ergebnisplan, es werden also vor allem Ausgaben aus der laufenden Verwaltungstätigkeit optimiert. Beim Ergebnisplan gibt es keinerlei Beschränkungen durch das Innenministerium.

Wir werden jetzt die Situation und ihre Auswirkungen analysieren und politisch bewerten. Hierfür werden wir uns aber nicht wie das Innenministerium über 5 Monate im Stillen Zeit lassen. Wir werden das Gespräch und den Austausch im Rathaus, aber auch mit dem Land suchen und uns erklären lassen, warum gerade Kiel trotz seiner auch vom Land anerkannten Spar- und Konsolidierungsbemühungen soviel restriktiver behandelt wird als etwa Lübeck.

Für eine erste politische Sondierung und Stellungnahme der Verwaltung haben wir eine aktuelle Stunde für die kommende Ratsversammlung beantragt. Denn im Gegensatz zum Land liegen uns die Kielerinnen und Kieler am Herzen! Wir verstehen unsere Aufgabe auch im Erhalt des öffentlichen Vermögens und damit verbundenen Ausgabeneinsparungen in der Zukunft und nicht im sinn- und orientierungslosen Kaputtsparen und dauerhaften Eingriffen in den kommunalen Finanzausgleich", erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und die Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW, zum Haushaltserlass des Innenministeriums.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.06.2011, 11:44 Uhr - 4762 Clicks - Nr. 592

Jugend und Politik – (wie) geht das?

**Donnerstag, 16. Juni 2011, 17 Uhr, Kiel,
Landeshaus, Raum 342/342a**

Jugendliche können bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben. Sie können sich in ihren Gemeinden in Jugendbeiräten aktiv einbringen und ihr Umfeld mitgestalten. Bremen ist das erste Bundesland, in dem Jugendliche ab 16 Jahren die Bürgerschaft (das Landesparlament) wählen durften.



Auch die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein setzt sich für die Senkung des Wahlalters bei Landtagswahlen ein, damit Jugendliche das Recht auf landespolitische Mitbestimmung nutzen und ihrem Interesse an Politik durch ihre Stimmabgabe Ausdruck verleihen können.

Doch sind die Jugendlichen an diesem Wahlrecht überhaupt interessiert und auch darauf vorbereitet? Welche anderen Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung und Beteiligung gibt es oder sollte es geben? Hat Politik ein Image-Problem oder sollte sie attraktiver werden – und wie? Wir möchten diese und weitere Fragen mit jungen Menschen nach dem Workshop-Konzept des „World Café“ diskutieren.

Hier werden Menschen in Gruppen miteinander in ein konstruktives Gespräch gebracht, um möglichst viele Beteiligte zu Wort kommen zu lassen und ihnen so Mitwirkung und Engagement zu ermöglichen. Die Gespräche machen gemeinsames Wissen sichtbar und entwickeln neue Perspektiven, Denkweisen und Handlungsoptionen. Wir laden interessierte Jugendliche dazu herzlich ein.

Anmeldung: m.heinrich@spd.ltsh.de

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 08.06.2011, 13:31 Uhr - 5848 Clicks - Nr. 593

Schritte in die richtige Richtung

Etwa 40 interessierte Gäste, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Kommunalpolitiker und Lehrer war in das Forum der Hahnheide Schule Trittau gekommen, um auf Einladung der SPD unter der Überschrift „Gemeinsam gute Schule machen“ über Auswirkungen und Möglichkeiten der Schulpolitik zu diskutieren. Neben den örtlichen Schulleitern saßen auch die SPD-Landtagsabgeordneten und Bildungspolitiker Martin Habersaat (Barsbüttel) und Dr. Henning Höppner (Plön) auf dem Podium.



„Was ist eine gute Schule?“ - Eine simple Frage, mit der Moderatorin Ute Welter-Agatz gleich zu Beginn des Abends die vier Diskutanten auf Hochtouren brachte. Die Schulleiter Edgar Schwenke (Gymnasium) und Hartmut Hentschel (Hahnheide Schule) nutzten die Gelegenheit, Vorzüge ihrer Schulen darzustellen, etwa den Einstieg in die offene Ganztagschule und Logbücher für die

Schüler, formulierten aber gleichzeitig Forderungen an die Politik, die Rahmenbedingungen von schulischer Arbeit und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrer betreffend.

Martin Habersaat wünschte sich eine Schule, „die ihre Schülerinnen und Schüler befähigt, selbständig in der Welt zurechtzukommen, die gut in ihrem Umfeld vernetzt ist und flexibel ist in ihren Strukturen.“ Einfacher formulierte es Henning Höppner: „Eine Schule, in die die Schülerinnen und Schüler gerne gehen.“ Dass das nicht immer der Fall ist, ist auch auf die Bildungspolitik der vergangenen Jahre zurückzuführen. So kritisierten die anwesenden Eltern die mangelnde Vorbereitung der Umstellung auf das Abitur nach acht Jahren und die beiden Schulleiter die mangelnde Einbeziehung von Lehrerinnen und Lehrern, wenn es um Reformen am System Schule gehe. Ein Kritikpunkt, mit dem man beim gelernten Lehrer Martin Habersaat offene Türen einrannte: "Lehrerinnen und Lehrer sind hochqualifiziertes und teures Personal, das wir nutzen müssen, wenn wir Schule verbessern wollen."

Ein weiterer Schwerpunkt des Abends war die Schulsozialarbeit. Im Augenblick ist eine Schulsozialarbeiterin für alle 2216 Schülerinnen und Schüler Trittaus zuständig. Künftig wird sie Verstärkung bekommen: Landes- und Bundesmittel werden künftig über die Schulämter in Schulsozialarbeit an den Grundschulen investiert werden. Die Landtagsabgeordneten: „Es wird nicht einen Sozialpädagogen pro Schule geben, aber alleine der Einstieg von Bund und Land in diese wichtige Aufgabe ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.“

Podium: Dr. Henning Höppner, Edgar Schwenke (Gymnasium), Ute Agatz, Hartmut Hentschel (Hahnheide Schule) und Martin Habersaat

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 13:13 Uhr - 94625 Clicks - Nr. 594

"Europa braucht einen Richtungswechsel"

Fraktionsübergreifender Aufruf für eine neue Wirtschafts- und Finanzpolitik



Um breite Unterstützung für den [gemeinsamen Aufruf](#) des wirtschafts- und währungspolitischen Sprechers der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, und des Grünen-Abgeordneten Sven Giegold wirbt die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust.

Europa sieht sich mit einer Krise von historischem Ausmaß konfrontiert.

Selbst die Existenz des Euros ist bedroht. Vor diesem Hintergrund rufen wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament gemeinsam mit weiteren Kolleginnen und Kollegen fraktionsübergreifend zu einem politischen Richtungswechsel auf. Die derzeit diskutierten Gesetzesvorschläge zur Reform der Eurozone gefährden den sozialen Zusammenhalt und die ökologische Modernisierung unserer Gesellschaft. Unter dem Deckmantel einer vermeintlich verantwortungsvollen

Haushaltspolitik stellen Konservative und Liberale die europäische Solidarität in Frage. Inzwischen droht eine ganze Generation junger Menschen der blinden Sparwut zum Opfer zu fallen. Damit sich die wirtschaftliche Krise nicht zu einer politischen Krise ausweitet, muss Europa entschlossen handeln. Dazu zählt die Vermarktung eines Teils der öffentlichen Schulden durch Euro-Anleihen ebenso wie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. So ließen sich dringend benötigte Spielräume für Zukunftsinvestitionen schaffen. Damit die Menschen mit mittleren und niedrigeren Einkommen nicht die Hauptlast der Krise tragen, muss außerdem die Besteuerung von Kapitaleinnahmen zu Gunsten von Arbeitseinkommen erhöht werden. Nur mit Hilfe einer verantwortlichen und ausgewogenen Politik können wir einen Rückfall in Zeiten nationaler Egoismen, sozialer Ungerechtigkeit und Extremismus in Europa verhindern. Dafür bedarf es der Anstrengung aller Mitgliedstaaten - sowohl derer mit Handelsüberschüssen wie derer mit Defiziten. Gemeinsam müssen wir sicherstellen, dass Europa am Ende gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Der Aufruf hat bereits in kürzester Zeit eine Reihe namhafter Unterstützer gefunden. Unter ihnen sind Sigmar Gabriel (SPD-Parteivorsitzender), Martin Schulz (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im EU-Parlament), Poul-Nyrup Rasmussen (Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas), Martine Aubry (Vorsitzende der Sozialistischen Partei Frankreichs), Bernadette Ségol (Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes), Claus Matecki (DGB-Vorstandsmitglied), Gustav Horn (Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung), Jacques Delors (ehemaliger EU-Kommissionspräsident). Der Aufruf kann im Internet auf der Seite <http://www.changeforeurope.eu/de> unterzeichnet werden.

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 20.06.2011, 12:15 Uhr:

RE:

Neben der Erneuerung der Wirtschaftlichs- und Finanzpolitik in der EU darf natürlich nicht vergessen werden, dass die EU wesentlich demokratischer, sozialer und solidarischer werden muss. Die Menschen in der EU verlangen mehr Mitbestimmungsrechte, mehr direkte Demokratie und mehr Einfluss auf die Politik in der EU. Es kann nicht alles über unseren Köpfen hinweg entschieden werden. Darüber hinaus muss auch über den Abbau der Bürokratie nachgedacht werden. Beim derzeitigen Zustand in der EU muss man sich nicht wundern, wenn die Wahlbeteiligung bei EU-Wahlen immer weiter schwindet.

[SPD Kiel-Süd-West](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 14:14 Uhr - 3992 Clicks - Nr. 595

Alles wohlauf? Hausarztversorgung & Solidarprinzip

Schwerpunktthemen dieser 2. Podiumsdiskussion waren die ambulante ärztliche Versorgung und die Zukunft der Solidargemeinschaft.

Die City BKK, eine gesetzliche Krankenkasse, geht Pleite. Ihre Versicherten haben damit keine Krankenkasse mehr und wurden von anderen gesetzlichen Krankenkassen abgewimmelt. Während der Arbeitgeberanteil nicht weiter steigt, könnte es bald soweit sein, dass die



Arbeitnehmer/innen und Rentner/innen beispielsweise 50,- Euro und mehr im Monat Krankenversicherungsbeiträge (sog. Zusatzbeiträge) zahlen müssen. Eine paritätische Finanzierung für die Absicherung des Krankheitsrisikos gibt es nicht mehr. Der Arbeitgeberanteil wurde eingefroren. Was passiert, wenn jemand die Beiträge nicht bezahlen kann? Ist das Solidarprinzip für immer erledigt?

Wir, die SPD vor Ort, werden weitere Veranstaltungen zu verschiedenen Themen durchführen und dabei mit Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern im Kieler Süden – die Diskussion vorantreiben.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 15:34 Uhr - 1553 Clicks - Nr. 596

Rede Aktuelle Haushaltssituation der LH Kiel

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

die aktuelle Stunde am heutigen Tage ist keine Spaßveranstaltung und sicher auch der völlig falsche Ort, um politische Farbspiele zu betreiben. Und ich muss schon sagen, dass der Unsinn, den Sie da zum Haushaltserlass des Innenministeriums veröffentlicht haben, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU, kaum noch an Dreistigkeit zu überbieten ist. Sie können doch nicht so tun, als hätten Sie mit all dem nichts zu tun.

Sie können doch nicht so tun, als hätten Sie es ja eh schon alles immer besser gewusst. Um nur ein paar Beispiele aus dem aktuellen Haushalt 2011 zu nennen:

- wir veranschlagen in diesem Jahr vier Millionen Euro für das neue Sport- und Freizeitbad. Das haben Sie doch mitbeschlossen! Stehen Sie doch endlich mal zu Ihrer Verantwortung und heulen Sie jetzt nicht rum! Ich sage es Allen ganz deutlich: wir stehen zu dem Vorhaben, ein neues Sport- und Freizeitbad in Kiel zu errichten. Wenden Sie sich nicht davon ab, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CDU.
- Zweites Beispiel: Die Regionalen Berufsbildungszentren schlagen in diesem Jahr mit knapp fünf Millionen zu Buche. Sicher kein Pappenstiel. Aber Ihre Kritik, wir hätten das Projekt „kostenmäßig aufgebläht“, läuft doppelt ins Leere. Erstens wäre ein anderes Raumprogramm, und nur das können Sie ja meinen, in 2011 gar nicht haushaltswirksam geworden und wenn doch, dann nur mit einem kaum messbaren Betrag. Und zweitens: Wenn Sie den Aufbau von Regionalen Berufsbildungszentren auf dem pädagogischen Stand der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts machen wollen, dann treten Sie mit Ihrer Politik von gestern – ach, was sage ich, von vorgestern, aus dem letzten Jahrtausend! – mal vor die Öffentlichkeit. Sie fahren bei diesem Thema doch wunderbar in unserem Windschatten, weil Sie wissen, dass wir uns hier im Bereich der Bildung auf einen neueren Stand bringen müssen, wenn wir die Zukunftsfähigkeit der Stadt sichern wollen. Und jetzt kommt der Wind von vorn – und Sie wollens wieder nicht gewesen sein. Wer soll Ihnen das eigentlich noch glauben?

Und dass Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, gegen die Stadtreregionalbahn sind, das haben wir mittlerweile verstanden. Aber dass die Stadtreregionalbahn eine Zukunftsinvestition ist, das haben Sie noch immer nicht verstanden. Sie sollten mal bei Ihren Helden von der Bundes-FDP in die Lehre gehen: die haben doch jetzt den Klimaschutz quasi erfunden. Wie können Sie da nach wie vor Projekte wie die Stadtreregionalbahn torpedieren, die wirtschaftliche Effekte haben, etwas für den Klimaschutz tun und obendrein auch noch wirksame Sozialpolitik darstellen?

Allerdings, und da müssen wir gemeinsam drüber reden, ist die Stadtreregionalbahn ein Projekt, über dessen Realisierbarkeit wir angesichts des Haushaltserlasses neu werden nachdenken müssen. Denn wenn von 55,8 Millionen Euro nur noch 30 übrigbleiben, muss alles auf den Prüfstand.

Und noch eins: Wir nehmen die Hinweise des Innenministeriums sehr ernst. Allerdings sind die Vorschläge teilweise sehr drollig. Nehmen wir da zum Beispiel den netten Hinweis auf die „Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften“. Gerade wir in Kiel dürften in diesem Bereich eine Vorreiterrolle in Schleswig-Holstein einnehmen. Wir haben mit Altenholz und Kronshagen soeben eine Kooperation der Volkshochschulen verabredet. Mit Neumünster hat der Oberbürgermeister eine zukunftsweisende Kooperation in Sachen Energieversorgung verabredet. Und gemeinsam mit Hamburg haben wir die einheitliche Behördennummer „115“ auf den Weg gebracht.

Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Das müssen wir uns immer wieder vor Augen führen. Haushaltskonsolidierung ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit. Wenn die Schulden einer Kommune gigantische Ausmaße erreichen, dann erdrücken die Zinslasten in der Zukunft jede Entwicklungsmöglichkeit, dann verspielen wir in der Zukunft die Chancen zum Wachstum. Deshalb haben wir einen Konsolidierungspfad beschlossen, den wir auch konsequent weiter beschreiten werden. Wenn wir aber blind bei der Bildung und anderen Zukunftsinvestitionen kürzen, nur um dem Konsolidierungszwang hinterherzuhecheln, dann verspielen wir die Zukunftschancen schon heute! Deshalb müssen wir die Frage beantworten, wie wir aus diesem Wahnsinn rauskommen: der Bund verpflichtet die Kommunen, mehr Betreuungsplätze für Hort- und Elementarkinder zu schaffen. Das machen wir gern, weil wir es richtig finden. Und nun kommt das Land und kürzt die Kreditlinie ein. Kredite, mit denen wir auch den Ausbau der Betreuungsplätze hätten bezahlen wollen – im nächsten Jahr über zweieinhalb Millionen Euro. Wer soll das verstehen? Wie sollen wir das lösen?

Herr Kruber, Sie haben den Haushaltserlass des Innenministeriums als „Brachialpädagogik“ bezeichnet. Interessante Wortwahl, mit der Sie da dem CDU-Innenminister wohl das Anwenden der Prügelstrafe attestieren wollen. Abgesehen davon, dass wir uns wohl darauf einigen können, dass Sie von Pädagogik soviel Ahnung haben wie ich vom Paarungsverhalten der antarktischen Königspinguine, ist das in der Tat harter Tobak, den wir da vom Innenministerium für die Füße geworfen bekommen haben. Ich kann nur hoffen, dass Sie die Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit, die Sie alle im Hauptausschuss in Aussicht gestellt haben, ernst gemeint haben und dem nun auch Taten folgen lassen.

Wir sollten eines nicht vergessen: Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Stadt. Wir werden uns weiterhin dieser Verantwortung stellen; das wird sich auch zeigen, wenn es um unser Vorgehen bei der Beratung des CDU-Antrages geht.

Es geht um die Zukunft unserer Stadt. Diese Zukunft zu sichern ist unsere Aufgabe, jenseits aller Haushaltserlasse.

Rede der Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion

Gesa Langfeldt zur aktuellen Stunde „Aktuelle Haushaltssituation der Landeshauptstadt Kiel“

Ratsversammlung am 09.06.2011

Es gilt das gesprochene Wort! Sperrfrist: Beginn der Rede!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 16:20 Uhr - 18115 Clicks - Nr. 597

Jugend-Boom bei der SPD

Kreisverband freut sich über Eintrittswelle

Von Politik-Müdigkeit keine Spur: Gerade bei der jungen Generation punkten die Sozialdemokraten im Kreis Pinneberg derzeit besonders und gewinnen Mitglieder. „Seit Jahresbeginn hatten wir nicht weniger als 20 Neueintritte im Juso-Alter“, berichtet der SPD-Kreisvorsitzende Hans-Helmut Birke.

Grund dafür sei gerade auch der Ärger vieler junger Menschen über die unsoziale und als jugendfeindlich empfundene Politik der schwarz-gelben Bundesregierung. „Insbesondere die Laufzeitverlängerung für die AKWs im vergangenen Herbst hat viele Jugendliche aufgebracht! Sie trauen Merkel und ihrer Regierung bei der jetzt vollzogenen Kehrtwende nicht über den Weg und wollen deshalb den politischen Druck für eine konsequente Energiewende weiter hoch halten“, weiß Birke aus Gesprächen mit den Neumitgliedern.

„Dabei geht es aber nicht nur um eine simple Anti-Haltung“, ergänzt Juso-Kreischef Lars Oehme. „Wer neu zu den Jusos kommt, möchte in der Regel nicht nur protestieren, sondern Politik aktiv mitgestalten. Eine Mitgliedschaft in der SPD ist da häufig eine folgerichtige Entscheidung.“ Entsprechend finden sich junge Gesichter auch immer häufiger nicht nur bei den Straßenaktionen und Diskussionsabenden der Jusos sondern zum Beispiel auch bei den Sitzungen der Kreistagsfraktion.

Nach Oehmes Auffassung zahlen sich jetzt auch die offenen Diskussionsangebote des Juso-Kreisverbands und seiner Orts-AGen aus. „Bei unseren monatlichen Kreistreffen laden wir in der Regel zu einem frei wählbaren Thema einen Gast ein. Dabei sind Vorschläge von Neumitgliedern und Interessierten ausdrücklich erwünscht.“ Wichtig sei daneben aber auch, dass die Jusos einfach öfter auch in Innenstädten und Fußgängerzonen sichtbar sind. „insbesondere unsere Anti-Atomaktionen haben großen Widerhall gefunden. Aber auch zu Dioxin und Hartz IV haben wir uns in der letzten Zeit mit Straßenaktionen zu Wort gemeldet - und aktuell zum Thema der geplanten

Riesenstrommasten in Quickborn.“

Diesen erfolgreichen Weg wollen die Jungpolitiker auch weiter fortsetzen – am liebsten gemeinsam mit weiteren Mitkämpfern. Wer Interesse an einer Mitarbeit bei den Jusos hat kann sich unter Adresse l.oehme@jusos-pinneberg melden.

Die Jusos-Gruppen sind in den Ortsvereinen Elmshorn, Pinneberg, Wedel und Quickborn aktiv. In Halstenbek/Schenefeld ist eine Gruppe in Planung.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 21:20 Uhr - 8468 Clicks - Nr. 598

Schüler helfen Leben

SPD Abgeordnete Birte Pauls erhielt tatkräftige Unterstützung von drei Schülerinnen.

Leah Boysen, Alia Wrobel und Sissel Pauls begleiteten Birte Pauls heute ins Landeshaus, wo sie neben Postgängen an der Vorbereitung und Sitzung des Europaausschusses teilnahmen.



Es ging u.a. auch um die geplanten Grenzkontrollen, der dänische Botschafter Poulsen Hansen referierte zu dem Thema.

„Die Sitzung war zwar sehr spannend, aber doch etwas lang. Politiker reden doch sehr viel“, was Pauls schmunzelnd zur Kenntnis nahm.

„Wir haben uns gefreut, dass wir auch den Landtagspräsidenten Thorsten Geerds kennen gelernt haben. Das Landeshaus ist toll, besonders der Paternoster und die vielen netten Leute.“

Im Abgeordneten Büro war viel los, da auch die Kollegin Serpil Midyatli ihre Nichten mit zur Hilfe hatte, also ein Multi-Kulti-Tag – deutsch-dänisch- türkisch.

Die drei Schülerinnen verdienen für eine Aktion, die die Kinder und Jugendprojekte auf dem Balkan unterstützt, 200€.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.06.2011, 22:18 Uhr - 5406 Clicks - Nr. 599

Arbeitskreis Bildung in Gottorf

Der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion ist auch für das weite Feld der Kultur zuständig. Deshalb besuchten die Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, Dr. Henning Höppner, der kulturpolitische Sprecher Hans Müller, Detlef Buder und Dr. Kai Dolgner nun das Schloss Gottorf, um dort verschiedene neue Entwicklungen zu besichtigen und sich mit dem leitenden Direktor der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen, Prof. Dr. Claus von Carnap-Bornheim, auszutauschen.



Zunächst stand eine Besichtigung des Hirschaales mit Präsentation der neuen Audioguides auf dem Programm. Besonders die Audio-Führung für Kinder hatte es den Abgeordneten angetan. Anschließend ging es zum im Reitstall rekonstruierten früheren Thulow-Museum und in die Restaurationswerkstätten. Anschließend folgte eine Besprechung zur Kulturpolitik des Landes, zur Lage der Landesmuseen und zu den Chancen, Haithabu und das Danewerk als UNESCO-Weltkulturerbe anzuerkennen. Die Landesmuseen bemühen sich vor allem um Kinder, Jugendliche und Familien. „Vorbildliche museumspädagogische Angebote, die Erlebnisse bieten und nicht Langeweile“ - so bewertete Martin Habersaat, selbst gelernter Geschichtslehrer, das Gottorfer Angebot.

Hans Müller: „Wir haben verstanden, dass die Landesmuseen vor allem klare und belastbare Aussagen zur Finanzierung benötigt. Wir müssen klären, wie viel uns die kulturellen Leistungen der Landesmuseen wert sind. Die Fraktion ist aufgefordert, klare Aussagen, wenn es nach mir geht, klare und positive Aussagen für die Landesmuseen und ihre Arbeit zu treffen.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.06.2011, 12:16 Uhr - 1737 Clicks - Nr. 600

Maritimes Viertel in der Wik gefährdet

Viele engagierte Menschen aus der Wik und aus Holtenau haben sich zusammengefunden, um gemeinsam eine Kulturmeile unter Einbeziehung bereits vorhandener Sehenswürdigkeiten und kultureller Aktivitäten aufzubauen und dies erstmalig am 02.10.2011 mit einem großen Fest vorzustellen.

Und wieder einmal will die Allianz aus CDU und FDP gemeinsam mit den Linken ehrenamtliches Engagement zerstören.

Der eingebrachte Antrag des Ortsbeirates Wik zur Umsetzung des Konzeptes zur Erhöhung der touristischen Attraktivität des maritimen Viertels in der Wik und in Holtenau, der bereits mit großer Mehrheit in der Einwohnerversammlung beschlossen wurde, wurde von der CDU aus nicht nachvollziehbaren Gründen vertagt.

Die Aussage der CDU im Kulturausschuss, dass noch Fragen von der Verwaltung beantwortet werden müssten, ist reiner Populismus. Bis heute lag der Verwaltung keine einzige Anfrage der CDU vor. Dies zeigt einmal mehr, wie die CDU mit Bürgerinnen und Bürgern umgeht, die sich für ihren Stadtteil einsetzen wollen.

Wir appellieren an die „Aktiven“, sich dadurch nicht entmutigen zu lassen und hoffen auf viele Unterstützerinnen und Unterstützer, die sich unter www.maritimes-viertel.de über das Projekt informieren können. Ein auf der Homepage genanntes Konto wurde eingerichtet, auf dem bereits erste Sponsorengelder eingegangen sind.

Wir hoffen sehr, dass das Projekt noch realisiert werden kann, und werden die Initiatoren mit allen unseren Möglichkeiten unterstützen,“

erklären die kulturpolitischen Sprecherinnen der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Ulrike Kahlert, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Vertagung des Antrages „Umsetzung des Konzeptes zur Erhöhung der touristischen Attraktivität des maritimen Viertels in der Wik und in Holtenau“ in der Ratsversammlung am 09.06.2011.

Kommentar von [Antje M. Möller-Neustock](#) vom 10.06.2011, 18:01 Uhr:

RE: Maritimes Viertel in der Wik gefährdet

Das ist wirklich eine Enttäuschung für alle an dem Projekt Beteiligten und für die OBR-Mitglieder, die diesen Antrag unterstützt haben.

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 10.06.2011, 15:39 Uhr - 14365 Clicks - Nr. 601

Schließung der dänischen Grenzen sind rückwärtsgewandt

Der Einladung der SPD-Bundestagsfraktion in Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg am 6. Juni 2011 im Hotel des Nordens in Harrislee folgten viele Interessierte. In einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wieder Grenzkontrollen? Welches Europa wollen wir?“ zeigten viele wenig Verständnis für die beabsichtigten Grenzkontrollen der dänischen Regierung.



Das Podium war mit MdB Franz Thönnies, Benny Engelbrecht (S, Mitglied des dänischen Folketing), MdL Birte Pauls, Hinrich Jürgensen (Bund der Nordschleswiger), Simon Faber (Oberbürgermeister Flensburg), Joachim Franklin (Präsident Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt), Colette Hercher (Zoll) und Dr. Michael Schack (IHK Flensburg) kompetent besetzt.

In Dänemark wurde von der nationalistischen und rechtspopulistischen Dansk Folkeparti der Vorschlag zur Schließung der Grenzen aus sicherheitstechnischen und aus wahltaktischen Gründen eingebracht und von der konservativen Minderheitsregierung übernommen. Es steht noch eine Klärung aus, ob diese beabsichtigte Grenzschießung ein Verstoß gegen das „Schengener Abkommen ist“.

Hinrich Jürgensen, Benny Engelbrecht und andere befürchten, dass mit der Schließung der Grenze zur Landesgrenze in Südjütland die Bewerbung zur Europäischen Kulturhauptstadt der Region Sønderborg in Gefahr sei und dass der Zuschlag eher an Århus vergeben wird. Außerdem würde die Schließung der Grenze den arbeitsmarktpolitischen Pendelverkehr behindern.

In Vertretung des verhinderten MdB Sönke Rix wurde die Veranstaltung durch den Kreisvorsitzenden der SPD Flensburg Helmut Trost eröffnet und vom Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel beendet. Das gemeinsame Fazit von Trost und Wrobel war "Kooperation statt Kontrolle - das ist der richtige Weg, wenn wir ein handlungsfähiges und demokratisches Europa wollen."

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 13.06.2011, 18:47 Uhr - 6108 Clicks - Nr. 602

„10 unter 40“ Mitgliederwerbung

Liebe Genossin, lieber Genosse,

Unter 500 000 Mitglieder.....das war die Nachricht unseres Bundesvorsitzenden Siegmund Gabriel vor einigen Tagen . Sicherlich für uns alle keine Neuigkeit, bemerken wir die schwindenden Mitgliederzahlen und die Altersstruktur unserer Partei tagtäglich in unseren eigenen Ortsvereinen des Kreisverbandes Plön.



Und dennoch haben wir viel zu bieten! Die Treue der Genossinnen und Genossen über viele Jahrzehnte hinweg, durch „gute und auch schlechte Zeiten“ beweisen dies.

Frei nach dem Motto „Tu Gutes und sprich darüber“ wollen wir die SPD im Kreis Plön öffnen und uns von interessierten Menschen auf „Herz und Nieren“ überprüfen lassen.

Zu diesem Zweck bieten viele aktive Genossinnen und Genossen aus den unterschiedlichen Ebenen unseres Kreisverbandes in den nächsten Monaten ein buntes Veranstaltungsprogramm unter dem

Namen

„10 unter 40“ an.

Jede und jeder interessierte Bürger ist Herzlich Willkommen hier teilzunehmen, und unsere Begeisterung für sozialdemokratische Politik kennen zu lernen, und sich bestenfalls mitreißen zu lassen!

Von der aktiven Arbeit unserer Ortsvereine, bis zu einem Besuch in Berlin reicht das umfangreiche Programm, welches bis Dezember 2011 angeboten wird. Immer begleitet von Genossinnen und Genossen, die für alles ein offenes Ohr haben!

Dafür brauchen wir DICH, liebe Genossin, lieber Genosse!

Sprich Menschen, vorzugsweise bis 40 Jahre alt(aber kein Muß!)an, und erzähle ihnen von dieser Möglichkeit, SPD kennen zu lernen!

Melde sie mit dem anhängenden Formular an. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten von uns eine Einladung zum „Kennenlernen – Schnupper –Samstag“ am 13. August 2011.

Dort bekommen sie die verschiedenen Veranstaltungen präsentiert, lernen die aktiven Begleiter der Aktionen kennen, und stellen sich ihr individuelles „SPD Schnupperpaket“ zusammen.

Bei dir möchten wir uns für deine Werbung bedanken! Alle Werberinnen und Werber nehmen an der Verlosung toller Preise teil.

ACHTUNG! Es stehen 10 Plätze zur Verfügung, und ein schnelles Anmelden sichert die besten Plätze!

Die SPD – Kreis Plön -> auf jeden Fall immer ein Gewinn!
Gemeinsam gestalten wir die Zukunft!

Herzliche Grüße

Stephanie Karp

Für den Kreisvorstand der SPD in Plön

Noch Fragen?

Stephanie.Karp@web.de

[Anmeldeformular:](#)

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 13.06.2011, 23:52 Uhr - 1954 Clicks - Nr. 603

Sitzung Gemeindevertretung 14.06.2011

Am Dienstag den 14. Juni 2011 findet die nächste Sitzung der Gemeindevertretung LUTTERBEK statt.

Am Dienstag dem 14. Juni 2011 um 19:30 Uhr

findet im Dorfgemeinschaftshaus die nächste Sitzung der Gemeindevertretung statt.

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung vom 11.04.2011
4. Bericht aus den Ausschüssen
5. 1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan für das HH-Hahr 2011
6. Umstellung auf Ökostrom für gemeindeeigene Stromverbraucher
7. 7. Aufstellen von „Blumenringen“ in der Dorfstraße mRichtung Stein
8. Einweihung Spielplatz
9. Sonstiges
- nichtöffentliche Sitzung –
10. Bekanntgaben und Anfragen
11. Kaufvertrag Grundstück am Dorfteich
12. Sonstiges

Keine Kommentare

[AG60plus Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.06.2011, 06:22 Uhr - 6562 Clicks - Nr. 604

AG 60plus RD/Eck.

Rösler hinterlässt ein unsolidarisches und unsoziales Erbe

Rösler hat mit seiner Gesundheitsreform die paritätische Finanzierung der Kassenbeiträge zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufgekündigt, diese Art von Politik ist unsolidarisch und unsozial. Der Beitrag der Arbeitgeber wurde eingefroren, somit ist jede Beitragssteigerung künftig nur noch von den gesetzlich Versicherten zu tragen, Arbeitgeber und privat Versicherte bleiben dagegen verschont. Besonders belastet wurden wieder einmal Rentnerinnen und Rentner, weil die Kopfpauschale bei vielen zu einer erheblichen Belastung geführt hat.

Die SPD-AG 60plus lehnt diesen Systemwechsel zu Lasten der gesetzlich Versicherten weiterhin strikt ab und macht sich stark für die Bürgerversicherung.

Die Kreis- AG 60 plus lädt ein zu einer Informationsveranstaltung am 16.06.11 um 15.00 Uhr nach Nortorf – Alter Landkrug. Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag

Dr. Carola Reimann, MdB-SPD, wird zum Thema „Gesundheit für Alle – Die Bürgerversicherung“ referieren. Gäste sind herzlich willkommen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 14.06.2011, 12:51 Uhr - 5189 Clicks - Nr. 605

Regierung verhindert Schulfrieden

Zur Anhörung der Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein“ in der heutigen Sitzung des Petitionsausschusses erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die von der knappen CDU/FDP-Mehrheit durchgesetzte Änderung des Schulgesetzes hat Unruhe in viele Schulen getragen.

- Der Zwist um G8 oder G9 führt an vielen Gymnasien zu Ärger und wird z.T. vor Gericht ausgetragen. Aus der Sicht der Initiative sind Föhr, Schleswig und Wentorf besonders unrühmliche Beispiele.

- Die Möglichkeit zur Errichtung abschlussbezogener Klassen, verbunden mit der Streichung von Differenzierungsstunden, trägt Konflikte in die Gemeinschaftsschulen. Blanker Hohn sind die Ausführungen der Kollegin Conrad (FDP), die ernsthaft behauptete, wenn Gemeinschaftsschulen sich über den Wegfall von Differenzierungsstunden beklagten, beweise das nur, dass an Gemeinschaftsschulen schon immer differenziert worden sei.

- An vielen Regionalschulen wird kontrovers über die Abschaffung von Orientierungsstufen diskutiert.

Durch die Hintertür wird damit mancherorts das überwunden geglaubte dreigliedrige Schulsystem wieder eingeführt.

Die Initiatoren beklagen zu Recht, dass die knappe Landtagsmehrheit im Gesetzgebungsverfahren die Ergebnisse der Anhörungen ebenso ignorierte wie die über 21.000 beglaubigten Unterschriften für „Schulfrieden jetzt“. Auch aus Sicht der SPD ist es bedauerlich, dass im Gegensatz zu anderen Bundesländern ein Schulfrieden an der schwarz-gelben Mehrheit gescheitert ist. Eltern wissen heute kaum noch, welches Konzept sich hinter welcher Schulform verbirgt. „Längeres gemeinsames Lernen“ muss der Markenkern unserer Gemeinschaftsschulen bleiben.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 14.06.2011, 23:04 Uhr - 8739 Clicks - Nr. 606

Wahlkampf ist Handarbeit - auch für Kandidaten

Die Kieler Landtagsabgeordneten Rolf Fischer, Bernd Heinemann und Jürgen Weber sowie der Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein Torsten Albig haben zusammen mit rund 30 weiteren Freiwilligen das Himmelfahrtswochenende den Spachtel geschwungen und mehrere hundert Plakatträger gereinigt.

Nun warten in der Landeshauptstadt rund 1.500 saubere Plakatträger auf die neuen Plakate für den Landtagswahlkampf 2012.



Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.06.2011, 23:07 Uhr - 6748 Clicks - Nr. 607

SPD Stormarn lädt zum integrationspolitischen Abend Serpil Midyatli zu Gast im Peter-Rantzau-Haus

Die Stormarner SPD lädt am Mittwoch, den 22. Juni zu einem integrationspolitischen Abend ins Ahrensburger Peter-Rantzau-Haus ein. Als Gäste sind die integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Serpil Midyatli, der Ahrensburger Bürgermeister Michael Sarach und Mehmet Aydemir aus der internationalen Beratungsstelle für Migranten und Deutsche in Ahrensburg eingeladen.



Unter dem Titel "Integration? Chancengleichheit!" will die SPD über politische Strategien für eine bessere Integrationspolitik diskutieren.

Zuwanderung ist für viele Menschen Teil der eigenen oder familiären Identität. 367.000 Menschen mit Migrationshintergrund leben in Schleswig-Holstein. Auch in Stormarn leben viele Migrantinnen und Migranten. "Grund genug darüber zu sprechen, wie ein gleichgestelltes, solidarisches Zusammenleben am besten gestaltet werden kann." sagt Tobias von Pein vom SPD-Kreisvorstand, der die Veranstaltung moderieren wird. "Wir wollen deutlich machen, dass die SPD für Offenheit, Toleranz und eine faire Integrationsdebatte steht."

Was ist gute Integrationspolitik, welche Antworten hat die SPD? Welche Rahmenbedingungen müssen getroffen werden, damit Integration gelingt? Diese und andere Fragen werden ab 19:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus (Manfred-Samusch-Str.9, Ahrensburg) diskutiert. Eingeladen sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.06.2011, 07:54 Uhr - 6603 Clicks - Nr. 608

Tagespflege

14.6.2011

Pressemitteilung

SPD-Kreistagfraktion bittet Gemeinden um Unterstützung bei der Tagespflege

Der Ausbau der U3-Betreuung über Krippenplätze als auch über die Tagespflege ist eine große Herausforderung für die Gemeinden, Städte und den Kreis. Der Kreis Plön hat mit seinem angestrebten, aber gescheiterten Finanzierungsmodell der Tagespflege (Drittelfinanzierung) deutlich gemacht, dass er sich trotz angespannter und schwieriger Haushaltslage dieser Herausforderung stellt.

Landesweit nimmt der Kreis Plön sowohl bei der Kindertagesstättenförderung als auch bei der Förderung der Tagespflege einen Spitzenplatz ein. Dieses wird auch nach in Krafttreten der neuen Satzung weiterhin so sein, wenn die direkte Beteiligung auf 1,-- € Kreisanteil sinken wird, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen und die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit.

Zusätzlich werden noch ca.60.000€ Sozialversicherungsbeiträge für die Tagesmütter sowie die Personalkosten für die Abrechnungen vom Kreis gezahlt. Somit liegt die Bruttoförderung deutlich über 1,35€/Stunde. Die Veränderung der bisherigen Förderung dient auch dazu, Tagespflegeplätze und Kinderkrippenplätze zu vergleichbaren Kosten für die Eltern anzubieten.

Ziel muss es sein, zum einen den Ausbau von Kinderkrippenplätzen dort wo es Sinn macht, weiter zu fördern und umzusetzen, und zum anderen den Eltern gerade im ländlichen Bereich über die Tagespflege u.a. die Möglichkeit zu bieten, Familie und Beruf vereinbaren zu können. Das bisherige solidarische Zusammenwirken in den zurückliegenden Jahren von Kreis und Kommunen beim Aufbau der bisherigen Kindertagesstättenangebote lässt hoffen, dass sich bei einem zweiten Anlauf doch noch alle Gemeinden und Städte aus der gemeinsamen Verantwortung für ihre Kinder und Familie heraus, an der Finanzierung der Tagespflege beteiligen. Hier sollten die Gemeinden sehr genau betrachten, dass die Unterstützung von Krippenplätzen häufig teurer ist, als die von Tagesmütter, so dass insbesondere in ländlichen Räumen eine höhere Beteiligung als 1, 30€ /Betreuungsstunden immer noch deutlich unter den Bezuschussungen von Krippenplätzen liegt, so Lutz Schlüsen.

Auf der anderen Seite müssen, um den Rechtsanspruch 2013 zu realisieren, auch noch weitere Krippenplätze gebaut werden. Da das Vorgehen der Kreisverwaltung sehr kurzfristig erfolgte, wollen wir den Gemeinden bis Ende September 2011 die Möglichkeit eröffnen, sich noch einmal ausführlich mit dem Thema Tagespflege zu beschäftigen, um dann für die Eltern vor Ort zu einer unterstützenden Lösung zu kommen, so Helga Hohnheit.

Hierfür nimmt der Kreis noch einmal weitere 80.000€ für zwei Monate in die Hand und setzt die jetzige Regelung fort. Insgesamt waren für Tagespflege ca. 200.000€ im Haushalt eingeplant. Durch

die intensive Nachfrage würde sich bei einer unveränderten Fortführung von 2,60€ die Kosten auf 900.000€ erhöhen. Nach einer Aufbauphase, die manchmal Veränderungen erforderlich machen, haben Eltern und ihre Kinder sowie die Tagesmütter ein Anrecht auf dauerhafte, verlässliche und finanzierbare Versorgungsstrukturen und die können Land, Gemeinden, Städte und Kreis nur gemeinsam schaffen.

Große Anerkennung möchten wir auch der Interessenvertretung für Tagesmütter machen, die sehr sachorientiert und intensiv sich in den letzten Wochen eingebracht haben und somit auch in einigen Gemeinden sicher noch zum Nachdenken angeregt haben. Auch in der politischen Betrachtungsweise liegen alle Fraktionen sehr dicht beieinander, nur in der Form der Finanzierung möchten FDP, Bündnis90/Die Grünen ggf auch eine Erhöhung der Kreisumlage, dieses lehnen wir ab. „Am Ende hoffen wir, dass alle Eltern, Tagesmütter, Kreis und die Gemeinden eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden haben, so Lutz Schlüsen und Helga Hohnheit abschließend.

Lutz Schlüsen
Fraktionsvorsitzender
Fax:0431/603101191

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 15.06.2011, 08:10 Uhr - 6020 Clicks - Nr. 609

Beschluss zur Entschädigungssatzung kostet den Kreis 15.000€ -- Rückzahlung gefordert

Lutz Schlüsen
SPD-Kreistagsfraktion
Axel Hilker
Bündnis90 /DIE GRÜNEN
Dr. Mark Jahn
FWG
Bernd Friedrich
Abgeord. der Linken

Gemeinsame Presserklärung

14.6.2011

Beschluss zur Entschädigungssatzung kostet den Kreis 15.000€ -- Rückzahlung gefordert!
In einer gemeinsamen Presseerklärung fordern die Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen Lutz Schlüsen (SPD), Axel Hilker (Bündnis90/Die Grünen) und Dr. Mark Jahn (FWG) sowie der Abgeordnete der Linken, Bernd Friedrich, alle Kreistagsabgeordneten auf, die Nachzahlung ihrer Entschädigung für das erste Halbjahr an die Kreiskasse zurückzuführen.
Im Februar 2011 hatte der Kreistag fraktionsübergreifend beschlossen, einen Beitrag zur

Haushaltskonsolidierung zu leisten und die eigenen Aufwandsentschädigungen zu reduzieren. Damit sollten jährliche Einsparungen von 10.000 € erzielt werden.

Eine vom Land vorgegebene Erhöhung sollte nicht umgesetzt werden. Der Kreistagsbeschluss hierzu bot jedoch juristische Spielräume. Dieses wurde von den Mitgliedern von CDU, FDP, UWG und Linksbündnis im Hauptausschuss gegen das Votum des ehemaligen Landrats Dr. Gebel und des Kreispräsidenten Peter Sönnichsen (CDU) genutzt, um auf einer Nachzahlung für das erste Halbjahr zu bestehen.

Diese juristische Rechthaberei führte dazu, dass nun 15.000 € Mehrkosten fällig werden. „Dieses Verhalten ist ein Schlag in Gesicht aller, die von Kürzungen und Reduzierungen betroffen sind. Man kann sich nicht hinstellen und alle an Einsparungen beteiligen und im gleichen Atemzug durch juristische Winkelzüge Mehrkosten verursachen“, kritisieren die drei Fraktionsvorsitzenden und Bernd Friedrich. In einem Schreiben an alle Abgeordneten und bürgerliche Mitglieder fordern wir deshalb jeden einzelnen auf, seine Nachzahlung wieder an die Kreiskasse zurückzuzahlen.“

Ein Verzicht auf den „Nachschlag“ bei der Aufwandsentschädigung ist aus rechtlichen Gründen leider nicht möglich, Spenden an andere Einrichtungen würden ebenfalls zur Belastung der Kreiskasse führen. Die Abgeordneten von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FWG und Bernd Friedrich werden das Geld zurücküberweisen. Die Fraktionen werden im Herbst auch nach den Gesamtsummen fragen, die zurückgezahlt wurden. Auch die Abgeordneten der anderen Fraktionen werden aufgefordert, sich diesem Verfahren anzuschließen, so Schlüsen, Hilker, Dr. Jahn und Bernd Friedrich abschließend. Mit dem am Kreistag im Juni zu fassenden Beschluss können ab 2012 jährliche Einsparungen in Höhe von 10.000 € erzielt werden. Rückwirkend sind nur freiwillige Lösungen möglich.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.06.2011, 16:38 Uhr - 5638 Clicks - Nr. 610

Nach Atomausstieg in Schleswig-Holstein Energiewende umsetzen!

Die SPD-Landtagsfraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, einen Antrag auf Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein in den Landtag einzubringen. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher Olaf Schulze:



"Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache, 2022 geht das letzte AKW vom Netz. Nun müssen wir uns tatkräftig und effektiv daran machen, die Energiewende auf den Weg zu bringen.

Dann wird es auf dem Weg des Ausstiegs und danach keine Engpässe in der Stromversorgung im Land geben. Die SPD-Landtagsfraktion möchte weg von Atom- und fossiler Energie und hin zu einer Versorgung aus ausschließlich erneuerbaren Energiequellen. Diese wird gelingen, wenn wir dezentral agieren. Ideale Partner auf diesem Weg sind die kommunalen Energieunternehmen, z. B.

Stadtwerke und Genossenschaften. Diese müssen im Wettbewerb gestärkt werden. Die SPD schlägt vor, den Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung zu erhöhen und mit Förderprogrammen Neubauten energetisch auszurichten und weitere Photovoltaik- und Solaranlagen zu installieren. Ausbau und Modernisierung der Leitungsnetze sollten von der Planung bis zur Fertigstellung nicht länger als drei Jahre in Anspruch nehmen. Um Speicherkapazitäten zu schaffen, sollte die dazugehörige Forschung und Markteinführung vom Land gefördert werden.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Energiewende dezentral, erneuerbar und bezahlbar für die Menschen umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine Energiewende weg von Atom- sowie fossiler Energie hin zu einer ausschließlich erneuerbarer Energien einzusetzen und dabei vorrangig folgende Maßnahmen umzusetzen:

- o Die Stärkung der Wettbewerbsstellung kommunaler Energieunternehmen, Stadtwerke, Genossenschaften und einzelner Bürgerinnen und Bürger gegenüber den großen Energiekonzernen. Hierfür ist eine demokratisch kontrollierte und dezentral organisierte Energieversorgung durch z. B. Aufbau und Aufgabenerledigung in einer Landesnetzagentur oder in Kooperation mit anderen Bundesländern nötig. Die ab 2013 mögliche Förderung in Höhe von 15 % der Investitionskosten für neue und hocheffiziente Kraftwerke aus Einnahmen des Emissionshandels soll nur an mittelständische Energieunternehmen, Stadtwerke und Genossenschaften bereit gestellt werden;
- o Die Erhöhung des Anteils der Kraft-Wärme-Kopplung auf mindestens 30% des verbrauchten Stroms in Schleswig-Holstein, die dabei produzierte Wärme muss durch eine Anschluss- und Benutzungsverpflichtung genutzt werden;
- o Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen und der notwendigen Förderprogramme, damit
 - Neubauten energetisch optimiert ausgerichtet und errichtet werden,
 - eine Abnahmepflicht für Wärme entsteht,
 - Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen auf geeigneten Dachflächen die Möglichkeit gegeben wird, Photovoltaik- und Solarthermieanlagen zu installieren und die Restwärme von häuslichen Abwässern genutzt wird;
- o Die Rücknahme der im EEG vorgesehenen Degression von 1,5 % ab 2013 für Onshore-Windkraftanlagen, damit auch die dezentralen Potentiale auf dem Land stärker erschlossen werden können;

- o Der Ausbau und die Modernisierung der Energienetze sowie der Energiespeichermöglichkeiten ist zu beschleunigen, u.a. durch Transparenz über den tatsächlichen Bedarf und die breite Beteiligung der Öffentlichkeit in der späteren Realisierung;
- o Für die Ertüchtigung bestehender Stromtrassen sind bindende ambitionierte Fristen mit den Netzbetreibern zu vereinbaren;
- o Von der Planung bis zur Fertigstellung einer Netzausbaumaßnahme dürfen nicht mehr als drei Jahre vergehen;
- o Die Möglichkeiten der Erzeugung und des Eigenverbrauchs kleiner Anlagen der erneuerbarer Energien auch im Geschosswohnungsbau müssen gestärkt werden, damit Kosten für Mieterinnen und Mieter begrenzt werden;
- o Die Forschung und Markteinführung in Instituten und Firmen Schleswig-Holsteins muss insbesondere auf dem Gebiet der Energiespeicherung aktiv von der Landesregierung gefördert werden."

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 15.06.2011, 17:16 Uhr - 113759 Clicks - Nr. 611

Gelassen und geschlossen ins Wahlkampfjahr

SPD-Vorstand und Torsten Albig bereiten Partei konzentriert auf die Regierungsübernahme vor.

Gut gelaunt, voller Elan und kreativ ging es zu bei der Klausurtagung des SPD-Landesvorstandes am 10. und 11. Juni 2011 in Neumünster. Die auf dem Landesparteitag in Husum gewählten Vorstandsmitglieder und der

Ministerpräsidentenkandidat der SPD zur Landtagswahl,

Torsten Albig, steckten die Köpfe zusammen, um die Arbeitsplanung für das Jahr vor der Wahl am 6. Mai 2012 festzuklopfen. Dabei wurde eines deutlich: Die SPD-Spitze geht gelassen und geschlossen in diese wichtige Phase!



Den Planungen vorangestellt analysierte der Landesvorstand die gesellschaftliche und politische Ausgangslage im Land. „Nach der vor kurzem veröffentlichten Meinungsumfrage sind wir optimistisch, dass wir den Regierungs- und Politikwechsel in Schleswig-Holstein schaffen können“, so SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner.

Dies kann nach Ansicht des SPD-Landesvorstandes auch gelingen. Weit über Parteigrenzen hinweg entstände in Schleswig-Holstein der Eindruck, dass CDU und FDP das Ziel einer Fortsetzung ihrer Koalition innerlich längst aufgegeben hätten. Auch die Enttäuschung über den schwarz-gelben

Regierungskurs und -stil sei groß im Land. Einen Automatismus, dass allein die eigene Partei davon profitiert, sieht die SPD hingegen nicht, so Ralf Stegner: „Wir müssen noch mehr um Vertrauen in die SPD werben, damit wir unser Ergebnis bis Mai weiter steigern können.“

Schwarz-Gelb hat, so die Analyse der SPD, ein weiteres Problem. Eine schwache FDP und eine stagnierende CDU eint eines: Es fehlt ihnen eine reale Machtoption. Die SPD hingegen hat Machtoptionen. Sie sieht sich bestärkt im Ziel, dass Torsten Albig zum nächsten Ministerpräsident Schleswig-Holsteins gewählt werden kann. „Wir setzen dabei auf eine klare rot-grüne Regierungsmehrheit – und nur die SPD kann die Garantie dafür geben“, sagte Ralf Stegner.

Torsten Albig und der SPD-Landesvorstand haben klare Vorstellungen, wie eine SPD-geführte Landesregierung agieren wird. Ralf Stegner dazu:

„1. Wir werden das **Vertrauen in die Kraft der Solidargemeinschaft** wieder stärken. Fortschritt und Gerechtigkeit sind die Themen der SPD. Eine Landesregierung muss deshalb beherzt und selbstbewusst für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eintreten.

2. Wir schaffen Räume, dass Menschen ihr **Leben in Freiheit** gestalten können, eigenverantwortlich und so, dass sie sich erfolgreich mit ihrer eigenen Leistung in die Gesellschaft einbringen können. Bürokratische und finanzielle Hürden werden wir beseitigen.

3. Wir werden neue Solidität in der Politik beweisen. **Kontinuität, Verlässlichkeit und Bodenhaftung** wird unsere Politik prägen. Wir werden garantieren, dass das Wichtigste im Alltag auch funktioniert. Gerade Familien brauchen diese Planungssicherheit in ihrem Leben.

4. Wir werden durch **Dialog und Bürgerbeteiligung** neues Vertrauen in die Politik schaffen. Menschen aktiv an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen, ist eine Voraussetzung für modernes Regieren.“

Geleitet von diesen Grundsätzen will die SPD-Spitze das bevorstehende Jahr nutzen, sich intensiv und konzentriert auf die Regierungsübernahme vorzubereiten.

Torsten Albig werde als Ministerpräsidentenkandidat einen elementaren Teil zur Erarbeitung des Programms der SPD beisteuern, erläuterte Stegner. Den zukünftigen Weg für Schleswig-Holstein werde er im intensiven Dialog gemeinsam mit den Menschen im Land entwickeln. Seine in Form und Intensität ungewöhnliche Demokratiesommer-Tour durch das ganze Land beginnt am 9. Juli mit einem Zukunftsgespräch in der Landeshauptstadt.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.06.2011, 22:52 Uhr - 8614 Clicks - Nr. 612

**Wir werden Kiel gemeinsam zum Ausbildungsstandort Nr.1 entwickeln
Dies gilt auch für die Krankenpflegeausbildung am Städtischen Krankenhaus**

Zur Debatte um die Auslagerung der Pflegeschule des Städtischen Krankenhauses Kiel, erklärten der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und der Vorsitzende der DGB-Region KERN, Ralph Müller-Beck:

Im Gesundheitswesen werden wir in den nächsten Jahren einen weiteren Zuwachs an Fachkräften benötigen. Wir bekommen schon heute die offenen Stellen in diesem Bereich nur mühsam oder gar nicht besetzt.

Der Ausbildungsstandort muss mit allen Mitteln so attraktiv wie möglich gestaltet werden. Dazu gehören die besten Ausbildungsbedingungen für junge Menschen. Wir werden in den nächsten Jahren den Kampf um Schulabgänger genauso stark spüren, wie das Handwerk schon heute. Das Rennen gewinnen wir nur, wenn wir die besten Ausbildungsbedingungen im Land schaffen.

Wir werden in Kürze eine völlige Umkehr der Marktsituation haben: Von der Suche nach Ausbildungsplätzen zur Suche nach Auszubildenden. Der demographischen Falle werden wir entschlossen durch gezieltes politisches Handeln entgegenwirken.

Das heißt, Kiel muss für junge Menschen so attraktiv wie es nur geht sein. Die erwerbsfähige Bevölkerung (15-65 Jahre) wird in der Kiel-Region in den nächsten 14 Jahren um 30.620 Personen oder um 8% sinken.

Wir begrüßen, dass sich das Städtische Krankenhaus zielgerichtet auf diese Situation vorbereitet. Einer damit einhergehenden Verschlechterung der Bedingungen für Auszubildende erklären wir eine deutliche und entschiedene Absage.

Im Ergebnis sozialdemokratischer Politik und im Verständnis gewerkschaftlichen Handelns, wird es nur eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen geben und keine Verschlechterung, so Rolf Fischer und Ralph Müller-Beck.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.06.2011, 11:23 Uhr - 1586 Clicks - Nr. 613

Wieder hauptamtlich geführte Stadtteilbüchereien

„Nachdem die Verträge mit den Stadtteilbüchereien in Holtenau und Neumühlen-Dietrichsdorf schon unterzeichnet wurden, wird auch die Stadtteilbücherei Suchsdorf zukünftig durch eine hauptamtliche Kraft unterstützt. Wir freuen uns sehr, dass so langfristig ein breiter Zugang zu Bildungsangeboten wohnortnah gesichert wird.

Lesen ist gerade für Kinder und junge Menschen ein zentrales Instrument für den Erwerb von Bildung.

Auch wenn die Stadtteilbüchereien nun hauptamtlich geführt werden, ist das Gesamtangebot ohne ehrenamtliches Engagement nicht durchführbar. Wir bedanken uns daher bei den vielen HelferInnen und UnterstützerInnen der Fördervereine der Stadtteilbüchereien in Holtenau, Neumühlen-

Dietrichsdorf und Suchsdorf!“ erklären die kulturpolitischen Sprecherinnen der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Ulrike Kahlert, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) zur Vertragsunterzeichnung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und dem Büchereiverein Suchsdorf e.V.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.06.2011, 13:38 Uhr - 1788 Clicks - Nr. 614

Keine Dumpinglöhne in der Pflege

"Der dem Aufsichtsrat morgen zur Beschlussfassung vorliegende Antrag auf Ausgliederung der Krankenpflegeschule aus dem Städtischen Krankenhaus Kiel (SKK), um so die Ausbildungsgehälter absenken zu können, wird von uns abgelehnt. In der Pflegeausbildung müssen wir um junge Talente kämpfen, die sonst in andere Branchen abwandern.

Wir brauchen qualifizierte und motivierte junge Menschen in der Pflege. Mit Lohndumping erreichen wir dieses Ziel garantiert nicht. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung, um diesem Beruf die ihm zustehende Wertschätzung zu geben. Der demographische Wandel zeigt uns schon heute, wie wichtig gut ausgebildete Menschen in diesem Berufsfeld sind. Qualität in der Ausbildung ist mit Lohndumping nicht zu erreichen.

Um dauerhaft eine finanziell auskömmliche und qualifizierte Ausbildung in der Krankenpflege zu ermöglichen, sind alle Beteiligten im Gesundheitssektor wie Krankenhäuser, Krankenkassen, Land und Bund aufgefordert, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Die Rathaus-Kooperation ist gerne bereit, sich im Rahmen der kommunalen Gesundheitspolitik mit dem Städtischen Krankenhaus (SKK) in eine von allen im Gesundheitssektor getragene gemeinsame Aktion für eine qualifizierte und auskömmliche Krankenpflegeausbildung einzubringen,“ sind sich die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) einig.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 16.06.2011, 21:08 Uhr - 4883 Clicks - Nr. 615

Straßensanierungen und Fremdenverkehr auf der Tagesordnung

Für die am Donnerstag, 23.06.2011, anstehende Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung hat die SPD-Fraktion sowohl einen Antrag als auch eine Anfrage gestellt. Während der Antrag der SPD auf eine schnellere und langfristig orientierte Straßensanierung in Osterrönfeld abzielt, wollen die Sozialdemokraten mit ihrer Anfrage klären, wie das noch freie gemeindeeigene Grundstück am Nord-Ostsee-Kanal dem „Sondergebiet Fremdenverkehr“ zugeführt werden



kann und wie dort die Perspektive aussieht.

Den Antrag zum Straßensanierungsprogramm können Sie hier nachlesen [\[mehr\]](#). Die Anfrage zum "Sondergebiet Fremdenverkehr NOK" finden Sie hier [\[mehr\]](#).

Die für alle Osterrönnfelderinnen und Osterrönnfelder offenstehende Sitzung der Gemeindevertretung findet um 19:00 Uhr in der Amtsverwaltung Osterrönnfeld statt (Schulstraße 36). Nutzen Sie die Möglichkeit, sich aus erster Hand zu informieren, Fragen zu stellen und Anregungen loszuwerden!

Weitere Themen der Tagesordnung sind:

- Einwohnerfragestunde
- Streetsoccer-Anlage für die Spielfläche am Bürgerzentrum
- Straßenbeleuchtung Am Kamp
- Schulwegsicherung im Bereich der Straße Aukamp/Wehrau
- Entwicklung der Neuer Hafen Kiel-Canal GmbH
- Anteilige Verlustübernahme der Neuer Hafen Kiel-Canal GmbH für das Wirtschaftsjahr 2010
- Öffentlich-rechtlicher Bauplanungsvertrag zur Übertragung der Planungsaufgaben im ehem. PlanweRD-Gebiet
- Erschließungsvertrages für den Bau der Gemeindeverbindungsstraße (Marie-Curie-Straße) im interkommunalen Gewerbegebiet südlich der B 202
- Leitprojekte der Gebietsentwicklungsplanung für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg für das Jahr 2011
- Vergabe von Jahresvertragsarbeiten für den Tief- und Straßenbau
- Bericht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
- Beratung und Beschlussfassung über die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Straßensanierungsmaßnahmen (Antrag der SPD-Fraktion)
- Anfrage der SPD-Fraktion zur Vermarktung des Bebauungsplanes Nr. 29 "Sondergebiet für den Fremdenverkehr am NOK"
- Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 31 "Birkenhof"--

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.06.2011, 15:26 Uhr - 6123 Clicks - Nr. 616

Der Bundestag muss endlich ein neues Wahlrecht schaffen!

Zur Debatte um die Änderung des Bundeswahlgesetzes erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:

"Es ist ein starkes Stück, dass der Bundestag – und hier namentlich die Regierungskoalition – das Urteil des Bundesverfassungsgerichts einfach ignoriert!



Damit verhöhnen Christ- und Freidemokraten nicht nur das höchste Gericht, sondern auch die

Wählerinnen und Wähler, die offenbar erneut auf Basis eines nicht verfassungskonformen Wahlgesetzes den nächsten Bundestag wählen sollen. Es sind bis zum 30. Juni nur noch wenige Tage Zeit, um die vom Gericht gesetzte Frist einzuhalten.

Danach hat eine der bedeutendsten Demokratien der Welt keine verfassungsgemäße Grundlage mehr für die wichtigste Willensbildung des Volkes und die darauf aufbauende Staatsgewalt. Das darf nicht hingenommen werden.

In Schleswig-Holstein ist es gelungen, innerhalb von nicht einmal neun Monaten ein neues Wahlrecht im Landtag zu verabschieden, das die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts erfüllt. An guten Ratschlägen von Seiten der Kollegen des Bundes gab es dabei keinen Mangel.

Der Umgang des Bundestages mit der Verfassung und dem diese schützenden Gericht ist nicht hinnehmbar. Er gefährdet die Grundlagen der Demokratie.

Die Bürger und Bürgerinnen müssen sich darauf verlassen können, dass das Parlament ein Wahlrecht beschließt, das der Verfassung entspricht und das ohne wenn und aber im Ergebnis den Wählerwillen exakt widerspiegelt.

Von jedem Bürger und jeder Bürgerin wird erwartet, dass sie sich an Gesetze und Urteile von Gerichten halten – gilt dies etwa nicht für Bundestagsabgeordnete?"

Keine Kommentare

[SPD-Osterröfnfeld](#) - veröffentlicht am 18.06.2011, 08:18 Uhr - 4691 Clicks - Nr. 617

Neue Ausgabe vom Osterröfnfelder Echo

Das seit dem letzten Jahr neu aufgelegte Infoblatt der SPD Osterröfnfeld stieß bereits 2011 auf eine sehr gute Resonanz. Anlass für die Verantwortlichen, dass Infoblatt auch in diesem Jahr weiter zu veröffentlichen.

Dieser Tage wird nun die neuste Ausgabe des "Osterröfnfelder Echos" in der Gemeinde verteilt. Auch online ist das Infoblatt wieder erhältlich.

Themen dieser Ausgabe sind unter anderem: Interview zum Ehrenamt, Schwerlasthafen, 50 Jahre SPD, Verkehrssicherheit, die Entwicklung am ehemaligen Kleingartengelände...



Das Infoblatt erreicht mit einer Auflage von 2200 Stück alle Osterröfnfelder Haushalte und steht auf dieser Internetseite für alle Interessierten zum Nachlesen zur Verfügung: [Osterröfnfelder Echo, Ausgabe Juni 2011](#)

--

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.06.2011, 08:44 Uhr - 7401 Clicks - Nr. 618

Gemeinschaftsschule Probstei

Dr. Ralf Stegner und Anette Langner: Die Gemeinschaftsschule Probstei braucht Planungssicherheit! Wenn eine Gesamtschule eine gymnasiale Oberstufe aufbauen kann, dann diese!



Gesamter Bericht:

Gesamtschule Probstei braucht Planungssicherheit!

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.06.2011, 14:25 Uhr - 16488 Clicks - Nr. 619

Gesundheitspolitische Irrfahrt von Schwarz-Gelb muss ein Ende haben

Auf einer Informationsveranstaltung zur Bürgerversicherung der SPD-AG 60 plus Kreisverband Rendsburg/Eckernförde referierte die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Carola Reimann – SPD, zum Thema „Die schwarz-gelbe Gesundheitsreform: Risiken und Nebenwirkungen“ und über die Antwort der SPD „Die Bürgerversicherung“.

Zur Veranstaltung in Nortorf erschienen Vertreter der IG Metall-Senioren, Seniorenbeirat Nortorf und Kreissenorenbeirat, Landesvorstand der AG 60 plus, Vorstände von SPD-Ortsvereinen aus der Umgebung,

Vertreterinnen und Vertreter von Krankenkassen und natürlich interessierte Mitglieder der AG`s 60 plus aus dem Kreis, aber auch Nichtmitglieder hörten mit großem Interesse den Ausführungen der Gesundheitsexpertin Reimann zu.

Sönke Rix. MdB-SPD für den Kreis Rendsburg-Eckernförde hatte Carola Reimann nach Schleswig-Holstein eingeladen.

Reimann führte u. a. aus, dass die Bundesregierung mit der Einführung der unsozialen Kopfpauschale und dem Ende der Parität den solidarischen Weg im Gesundheitswesen verlassen hat. Alle zukünftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen gehen zukünftig allein zu Lasten der versicherten, nach dem Motto: Je weniger man verdient, desto höher ist die Belastung.

Der so hoch gelobte Sozialausgleich aus Steuermitteln entpuppt sich als Mogelpackung, als Beispiel: bei einer Rente von 800 Euro und 20 Euro Kopfpauschale gibt es 4 Euro Sozialausgleich. In Gänze also eine Rentenkürzung durch die Hintertür.

Die SPD geht in der Gesundheitspolitik einen anderen Weg, so Carola Reimann, sie will keine Drei-Klassen-Medizin. Die Bürgerversicherung sorgt für ein einheitliches und transparentes Krankenversicherungssystem. Sie beteiligt die Arbeitgeber und Arbeitnehmer paritätisch, zu gleichen Teilen an den Beiträgen. Und sie sorgt mit zusätzlichen Steuermitteln dafür, dass alle



Dr. Carola Reimann

solidarisch an den Kosten beteiligt sind.

Die Zuhörer gaben den Abgeordneten viele Fragen mit auf dem Weg und hatten allesamt eine Bitte: macht die Flyer für die Info-Stände so, dass der Bürger sie auch verstehen.

„Es war eine gelungene Veranstaltung“, so der Kreisvorsitzende AG 60 plus Hans Peter Robin, „wir werden weiterhin für die Bürgerversicherung werben – unser Motto Gesundheit für alle und Schluss mit dem 3-Klassen System in der Gesundheitspolitik. Dieser Röslersche Irrweg muss ein Ende haben.“

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 18.06.2011, 23:05 Uhr - 9018 Clicks - Nr. 620

Gegen eine Polarisierung der Städte in Schleswig- Holstein

Zu der Entscheidung des schleswig-holsteinischen Innenministers, die Kreditaufnahme der Stadt Kiel um fast die Hälfte zu kürzen, erklärten die Kieler Kreisvorsitzenden Rolf Fischer (SPD) und Willi Voigt (Bündnis 90/Die Grünen):

„Die Entscheidung des Innenministers wird erhebliche negative Konsequenzen für die Stadt Kiel haben. Wir rechnen damit, dass eine Reihe von wichtigen Projekten verzögert bzw. gestrichen wird. Vor allem sind wir über die ungewöhnliche Höhe mehr als erstaunt.

Im Verhältnis zu anderen Städten in Schleswig-Holstein trifft die Kürzung Kiel überproportional. Eine überzeugende Begründung allerdings fehlt, allein der Verweis auf eine möglich steigende Verschuldung ist nicht hinreichend, da andere Städte die gleichen Probleme haben und z.T. höher belastet sind.

Dieser Schritt schränkt die Handlungsmöglichkeiten und -strategien Kiels in vielen Politikfeldern ein. Das Land regiert damit in die Stadt hinein und torpediert damit die von uns mit einer vorausschauenden Investitionspolitik versehenen Planungen. Wir wollen absehbare Probleme frühzeitig bearbeiten; d.h. wir investieren z.B. im Bereich der Bildungs- und Sozialpolitik jetzt, damit wir mittelfristig Kosten sparen.

Diese Politik gegen die Städte lehnen wir ab. Wir werden unsere politische Linie in Kiel fortsetzen und alle Hebel in Bewegung setzen, um die negativen Folgen dieser Landespolitik gegen Kiel aufzufangen.

Die Umsetzung folgender Projekte hat weiterhin für uns Vorrang: Wir werden weiter in Bildung investieren. Die Umwandlung der Schulen in Gemeinschafts- und Regionalschulen setzen wir fort, den Aufbau der Regionalen Berufsschulzentren (RBZ) führen wir weiter ebenso wie den Ausbau der Kindertagesstätten. Wir investieren weiter in Bildung, weil sich diese Investitionen schon mittelfristig durch Entlastung der Sozialhaushalte auszahlen werden. Da die Renovierung der Kieler Bäder weitaus teurer wird als ein Neubau, ist auch die Investition „Hörn-Bad“ kein Luxus sondern notwendig. Da auch der Schwimmunterricht für die Kieler Kinder nicht mehr im notwendigen und vorgeschriebenen Maße zu gewährleisten ist, muss dieses Projekt fortgesetzt werden. Diese Schwerpunkte müssen sich im Nachtragshaushalt wieder finden.

Gerade Kiel ist in den letzten Jahren mehrfach Opfer schwer nachvollziehbarer Sparwut des Landes geworden. Folgende Beispiele aus unterschiedlichen Feldern mögen dies belegen:

- starke Kürzungen bei den Kieler Frauenberatungsstellen. Dies bedeutet z.T. existentielle Gefährdungen mancher Einrichtung. Wir wollen das erfolgreiche „Kieler Modell“ in der Frauenberatungsarbeit fortsetzen,
- drohende Schließung der Verbraucherzentrale in Kiel, die eine erhebliche Verschlechterung für Bürger/innen darstellt,
- erhebliche Reduzierung der Städtebauförderung, die gerade Kiel trifft,
- Ausstieg aus dem Programm „Soziale Stadt“, mit schwerwiegenden Folgen für einzelne Stadtteile.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihre Politik gegen die Städte und insbesondere gegen Kiel aufzugeben!

Kommentar von [Roland Stumpp](#) vom 19.06.2011, 09:46 Uhr:

RE: Gegen eine Polarisierung der Städte in Schleswig- Holste

Hier wird einmal mehr deutlich, dass Parteiinteressen vor Bürgerinteressen kommen. Es macht sicher Sinn die Banken nicht noch fetter werden zu lassen aber es macht gar keinen Sinn die Stadt Kiel und ihre seit Jahren notwendigen Projekte die unter Frau Volquartz vernachlässigt wurden, ins Aus zu steuern. Das ist Politik gegen den Bürger und die Zukunft unserer Kinder in der Landeshauptstadt Kiel!

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 19.06.2011, 12:27 Uhr - 6742 Clicks - Nr. 621

Besuch im Kindheitsmuseum Schönberg

SPD-Fraktion Schönberg

7.6.2011

Besuch im Kindheitsmuseum Schönberg

SPD-Fraktionsmitglieder drücken die Schulbank



Die zukünftige Arbeit des Kindheitsmuseum war Thema anl. eines Besuches der SPD-Fraktion Schönberg im Museum. Im Rahmen ihrer „Schönberger Zukunftsgespräche“ erhielten Bürgermeister Wilfried Zurstraßen, die stellvertretende Bürgermeisterin, Antje Klein, und Sozialausschussmitglied Kerstin Thomsen Informationen über die Arbeit des Kindheitsmuseums. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Uschi Kähler, erläuterte die Organisation und die Arbeit des Museums. Mit der Dokumentation von Kindheit ab 1890 ist die Einrichtung einmalig in Schleswig-Holstein. Insbesondere der komplette Klassenraum einer Dorfschulklasse um 1900, ca. 2000 Kinder und Jugendbücher, Kleidung der unterschiedlichen Jahrzehnte, Spielzeug und Straßenspiele laden zum Besuch ein. Seit 1988 ist der Verein Träger des Museums und seine Mitglieder gestalten die Sonderausstellungen, sie restaurieren und archivieren und leisten die Besucherbetreuung. Die Exponate des Museums sind sehr gefragt, zurzeit befinden sich wieder einige Leihgaben im

Landesmuseum Gottorf. Begleitet wird diese Aktion von der 2. Vorsitzenden, Frau Dr. Sandra Scherreiks, die als Kunsthistorikerin ihr Fachwissen und ihre Kompetenz einbringt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kindheitsmuseum gesucht!!

Die Vorsitzende, Frau Kähler, dankte der Gemeinde für die große Unterstützung, die das Museum bekommt. Sie benannte allerdings auch die Probleme, die auf das Museum zukommen. Sie sind insbesondere mit den Öffnungszeiten verbunden. Da diese Stunden ehrenamtlich geleistet werden, ist es oft schwierig, die Zeiten zu besetzen. Sie wünscht sich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Museum unterstützen, z.-B. beim Öffnungsdienst oder bei handwerklichen Tätigkeiten, wie das Reparieren von Spielzeug. Antje Klein und Kerstin Thomsen schlugen vor, mit einem Tag der offenen Tür für interessierte Schönbergerinnen und Schönberger die Möglichkeiten der Mitarbeit aufzuzeigen. Die abwechslungsreiche und spannende Tätigkeit ist für viele attraktiv, die sich für Geschichte, Kindheit, handwerkliche Tätigkeiten oder das Spielen und Gestalten mit Kindern interessieren. Uschi Kähler freut sich über das Interesse, Tel. 04384 289, Link: [Kindheitsmuseum](#)
Um der bedeutenden Arbeit der Museen gerecht zu werden, schlägt Bürgermeister Zurstraßen vor, in der Gemeinde den bestehenden Museumsbahnausschuss zu erweitern. Es sollten zukünftig alle drei Museen, Probsteimuseum, Kindheitsmuseum und Museumseisenbahn in dem Gremium vertreten sein, um in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde die Museumslandschaft in Schönberg weiterzuentwickeln.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 19.06.2011, 18:44 Uhr - 19782 Clicks - Nr. 622

SPD beim TASPO-Award-Preisträger - Baumschule Reinke

Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion und des Ortsvereins Rellingen informieren sich bei der Baumschule Reinke

Die Verleihung des TASPO Award an die Baumschule Reinke und das Prädikat „Baumschule des Jahres 2010“ war für Mitglieder der SPD-Fraktion des Kreistages zusammen mit SPD-Gemeindevertretern aus Rellingen ein besonderer Anlass den Betrieb in Rellingen zu besuchen. Ein solcher Preis –so Hannes Birke –Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion- ist ein Qualifikationszertifikat, das in seiner Bedeutung sich insgesamt positiv auf die gesamte Baumschulwirtschaft, einem der wichtigsten Wirtschaftszweige des Kreises Pinneberg aus-wirkt.

Informieren wollten sich die Kommunalpolitiker insbesondere über die Produktpalette des Unternehmens, die besonders umweltschonende Produktion und die europaweite Vermarktung der Produkte.

Schon bei seiner Begrüßung stellte Seniorchef Hans Reinke heraus, dass die umweltfreundliche Produktion ein Bestandteil für das erfolgreiche Wirtschaften seines Unternehmens sei. Mit einem geschlossenen Regenwasser-Rückgewinnungssystem werde nahezu 100% des anfallenden Wassers

aufgefangen und für die Produktion genutzt. Eine eigene Solarstromanlage deckt nicht nur den eigenen Bedarf, sondern wird auch von anderen Energieversorgern genutzt. Seine Firma habe sich –so Hans Reinke- zur totalen Wertstofftrennung von Folien, Papier, Erden und Substraten verpflichtet.

Kundenfreundlichkeit und flexibles Reagieren auf Kundenwünsche sind für den Seniorchef ein weiteres Standbein des betriebswirtschaftlichen Erfolges seines Unternehmens. So können Pflanzen im selbst entwickelten Weichwandcontainer auch auf extremen Standorten jederzeit gepflanzt werden. „Wir sind“ –so Heinz Reinke nicht ohne Stolz- „mit unserem Firmenkonzept für den nationalen, aber auch für den europäischen Wettbewerb gut aufgestellt.

Zum Thema „Fachkräftemangel in der Zukunft“ regte Anna Wehner eine Verstärkung des Ausbildungsverbundes an, da nicht alle kleineren, hoch spezialisierten Betriebe die umfassende Ausbildung leisten können. Auch im gärtnerischen Bereich habe sich das berufliche Anforderungsprofil in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Arbeitsplätze seien mit modernster Technik ausgestattet und erforderten entsprechend qualifiziertes Personal.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 19.06.2011, 19:01 Uhr - 5901 Clicks - Nr. 623

FF-Wettkampf in Stemwarde 2011

Wettkampfwiese Stemwarde - Jedes Jahr an den Pfingsttagen wird Stemwarde zum geheimen Zentrum Stormarns, weil die Freiwillige Feuerwehr Stemwarde ein buntes Programm organisiert, das weit über die Grenzen Barsbüttels bekannt ist. An den Abenden wird gefeiert, am Pfingstsonntag gibt es ein großes Kinderfest und am Samstagnachmittag treten die Freiwilligen Feuerwehren der Region zum Schnelligkeitswettkampf an. 2011 konnte die FF Barsbüttel den begehrten Wanderpokal gewinnen.



Die Plätze zwei und drei gingen an die Wehren aus Havighorst und Stellau. Insgesamt waren 16 Mannschaften an den Start gegangen. Auch Jugendfeuerwehren dürfen sich an dem Wettkampf beteiligen, und nicht selten zeigen sie den Großen, wie es geht. In diesem Jahr kam die schnellste Jugendfeuerwehr ebenfalls aus Barsbüttel und belegte Platz vier, die Jugendstaffeln aus Glinde und Oststeinbek kamen auf die Plätze fünf und sechs. Martin Habersaat war als Zuschauer dabei und traf auch einige Grundschulkameraden wieder. Er befand schmunzelnd: „Etwas erschrocken war ich schon, dass in diesem Jahr viele Vertreter meines Jahrgangs nicht mehr aktiv mitgemischt haben. Man wird halt nicht jünger...“

Diese Übung mussten die FF 2011 bewältigen:

http://pfingsten.ff-stemwarde.de/index.php?option=com_content&view=article&id=13&Itemid=25

Die FF Stemwarde hat zeigt auf ihrer Webseite auch einige Bilder vom Wettkampf:

http://pfingsten.ff-stemwarde.de/index.php?option=com_content&view=article&id=6&Itemid=24

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 19.06.2011, 19:09 Uhr - 3015 Clicks - Nr. 624

MV und Grillen

Die Mitgliederversammlung der SPD Barsbüttel am 22 Juni 2011 wird interessant und lecker: Im Dorfgemeinschaftshaus Stemwarde wollen die Genossinnen und Genossen ab 19.00 Uhr über den Flächennutzungsplan und anstehende Baugebiete sprechen, auch ein Bericht aus der Landespolitik durch den Barsbütteler Landtagsabgeordneten Martin Habersaat steht auf dem Programm. Anschließend soll gemeinsam gegrillt werden.

Adresse:

Dorfgemeinschaftshaus Stemwarde , Kronshorster Weg
Anmeldungen bei Paul Donning, Tel. 040 / 2205696.

Für die nicht so mobilen Mitglieder ist ein Fahrdienst eingerichtet. Hierfür bitte Anmeldung bei Heinrich Dippel unter Tel. 040 / 670 17 47.



Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 07:53 Uhr - 3095 Clicks - Nr. 625

Ehrung von drei Mildstedter Sozialdemokraten

Auf dem SPD Kreisparteitag am 18. Juni 2011 wurden drei Mildstedter Sozialdemokraten geehrt.

Für ihre 65jährige Mitgliedschaft ehrte der Kreisvorsitzende Hans-Walter Carsten (nicht anwesend) und Johannes "Hanne" Henkens sowie Klaus Hinrichs für seine langjährige ehrenamtliche Tätigkeit mit einer Ehrenurkunde und der Willy Brandt Medaille.

Hans-Walter Carstens hat schon viele Ehrenämter in seinem Leben bekleidet: Mitglied der SPD seit dem 1. Dezember 1945, seit 1. März 1946 Mitglied der AWO, Mitglied der Gewerkschaft ÖTV seit 1947 und 1950 Mitglied im Grenzfriedensbund. 35 Jahre lang ehrenamtliche Geschäftsführer der AWO



NF. 1991 verlieh ihm der Bundespräsident das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Johannes "Hanne Henkens trat am 16. Januar 1946 in die SPD ein. In den Jahren 1950-1954 war er Ortsvereinskassierer. OV-Vorsitzender war er von 1954 bis 1962 und von 1982 bis 1991. Am 30.04.1991 wurde er für seine Leistungen für den Ortsverein zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In der Zeit von 1985 bis 1987 war er Beisitzer im SPD-Kreisvorstand. Dem Kreistag gehörte er als Mitglied im Bauausschuss von 1970 bis 1974 an. Gemeindevertreter war er von 1955 bis 1962 und von 1964 bis Mai 2000. Als Vorsitzender der SPD-Fraktion agierte er von 1966 bis 1970. Von 1966 bis 1970 war er stellvertretender Bürgermeister. Seit 1970 bis zum Jahr 2000 war er Bürgermeister. Seit 01.03.1946 ist er Mitglied der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden. Der Arbeiterwohlfahrt gehört er seit Januar 1946 an. Deren stellvertretender Vorsitzender war er von 1971 bis 1980 und von 1980 bis 2007 war er der Vorsitzende. Von 1986 bis 1989 war er sogar Kreisvorsitzender. Im Vorstand der Landes-AWO war er von 1986 bis 1989. Am 26. Oktober 1989 erhielt er vom Innenminister des Landes Schleswig-Holstein die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Die Gemeinde verlieh ihm den Titel Ehrenbürgermeister.

Klaus Hinrichs war 45 Jahre Gemeindevertreter, über 30 Jahre 1. oder 2. stellvertretender Bürgermeister, lange Jahre Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses, 42 Jahre in Verschiedenen Funktionen im Ortsvereinsvorstand und schließlich etwas mehr als 10 Jahre Bürgermeister. Im Jahr 2006 erhielt er vom damaligen Innenminister Ralf Stegner für seine ehrenamtliche Tätigkeit die Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille. Nach seinem Ausscheiden als Bürgermeister 2011 verlieh ihm die Gemeinde Mildstedt den Titel Ehrenbürgermeister.

Keine Kommentare

[SPD-Schönberg](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 10:08 Uhr - 3333 Clicks - Nr. 626

SPD-Fraktion zu Gast bei Firma Mundt

SPD-Fraktion

19.6.2011

SPD-Fraktion zu Gast bei Firma Mundt

Bürgermeister Wilfried Zurstraßen und Mitglieder der SPD-Fraktion informierten bei der Firma Mundt umfassend über die verschiedenen Firmenbereiche, H.H.Mundt e.K. seit 1849, Container Express Mundt, Schönberger Dienstleistungs GmbH, Hotel Restaurant am Rathaus, Forstbetrieb Mundt und Elektro-Stoltenberg.

Insgesamt schloss das Jahr 2010 mit einer sehr positiven Entwicklung und einem Jahresumsatz von ca. 20 Mio € ab. Nur mit einem sehr gut motivierten Stammpersonal, 33 Vollzeit- und 4 Teilzeitkräften, ist diese große Leistung möglich, so Jochen Mundt. Die Gäste waren sehr beeindruckt von den sozialen Leistungen, wie ungekürzte Zahlungen von Weihnachts- und Urlaubsgeld, zusätzliche Altersversorgung, die Einstellung von Arbeitslosen über das Arbeitsamt sowie die Ausbildungsplätze für junge Menschen. Auf dem Firmengelände befinden sich Fahrzeug-

und Lagerhallen, Bürogebäude, Tankstelle mit Auto-Gas, Waschhalle und die unterirdischen Tankanlagen mit einem Fassungsvermögen von 600.000 l Heizöl, ein Containerplatz sowie Brennstoffe wie Kohle, Heizöl, Gas, Pellets und Holz.

Für den großen Fahrzeugpark für den Kundendienst wird jährlich ein Unterhaltungs- und Bewirtschaftungsaufwand von 240.000 € gezahlt. Kundenfreundlichkeit steht an erster Stelle bei der Firma mit dem 24-Stunden Notdienst.

Der Zweig Heizung und Sanitär wurde gegründet mit den Schwerpunkten Solaranlagen und Wärmepumpen. Die Energiewende wurde bei der Firma Mundt bereits vor vielen Jahren eingeläutet mit zusätzlichen Heizquellen, wie Erdwärme, Wärmepumpen, Solaranlagen, Photovoltaik usw. Fraktionsvorsitzender Dieter Winkler: „Wir sind beeindruckt von den sozialen Leistungen, die Vielfalt der Aufgaben der Firma und über die zukunftsorientierte Ausrichtung für die Energieeinsparung. Wir danken der Firma Mundt für dieses Engagement und den grossen unternehmerischen Mut, den die Firma seit 1849 bewiesen hat.“

Firmeninhaber Jochen Mundt und Christoph Mundt machten in einer anschließenden Diskussion über die Entwicklung Schönbergs deutlich, dass sie sich eine positivere Entwicklung der Fußgängerzone wünschen. Darüber hinaus baten sie die Mitglieder der Fraktion, das Augenmerk auf die Weiterentwicklung des Gewerbegebietes zu lenken.

Bürgermeister Zurstraßen dankte der Familie Mundt für die konstruktiven Vorschläge und sagte die volle Unterstützung der Gemeinde der Firma Mundt bei weiteren Planungen zu.

Keine Kommentare

[SPD-Schönberg](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 11:37 Uhr - 3296 Clicks - Nr. 627

Strohfiguren für Schönberg gestalten

Strohfiguren für Schönberg gestalten

Wer macht mit?

Auch im Jahr 2012 möchte sich Schönberg am Strohfigurenwettbewerb anl. der Probsteier Korntage in der Probstei beteiligen.

In Zusammenarbeit mit dem Probsteimuseum laden Hanna Kempfert, und Antje Klein das bewährte Team zum Strohfigurenbinden ein. Es wäre schön, wenn das Team verstärkt werden würden.

Interessierte sind ganz herzlich eingeladen in fröhlicher Gemeinschaft, dabei zu sein.

Am Dienstag, dem 28. Juni um 13.00 Uhr geht es los! In Stakendorf, Angushof von Stoltenberg-Frick, Dorfstr.36. Es wäre schön, wenn das Team verstärkt werden würden.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 11:40 Uhr - 4831 Clicks - Nr. 628

Auf Basis des Asset-Modells den UKSH-Masterplan umsetzen!

Zur Berichterstattung des Wissenschaftsministers im Bildungs- und Finanzausschuss über den Stand

des Markterkundungsverfahrens für das UKSH erklären der Lübecker SPD-Landtagsabgeordnete Wolfgang Baasch und der Kieler Abgeordnete Jürgen Weber:

Gerade nach der Vorstellung des Markterkundungsverfahrens zeigt sich, dass ein Modell des UKSH in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft mit umfangreichen privaten Investitionen im baulichen Bereich die beste Voraussetzung ist, um den Sanierungsstau abzubauen und das UKSH zukunftsfähig zu machen und die medizinische Versorgung auf höchstem Niveau sicherzustellen. Notwendig ist endlich ein breiter Konsens, den Beschäftigte - Mediziner, Pflegepersonal –, Patienten und die Politik gemeinsam tragen können und der nicht nach jedem Regierungswechsel in Frage gestellt wird, was dazu führt, dass Investitionen verzögert werden. Basis könnte das vom UKSH-Vorstand vorgeschlagene Asset-Modell sein.

Wir fordern die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen auf, diesem Konsens zuzustimmen. Auf der Grundlage des Asset-Modells könnte noch in diesem Jahr damit begonnen werden, den baulichen Masterplan, der schon 2009 verabschiedet wurde, endlich umzusetzen.

Eine Vollprivatisierung, wie sie bisher FDP und Teile der CDU vorschlagen, lehnen wir entschieden ab!

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 16:25 Uhr - 6688 Clicks - Nr. 629

Familiensommer

Auch 2011 veranstaltet das „Forum Familie“ der SPD Schleswig-Holstein wieder ein großes Sommerfest für Familien im Erlebniswald Trappenkamp (Daldorf). Am Sonntag, dem 3. Juli 2011 ab 10.00 Uhr ist es so weit. Initiatorin Gesa Tralau, Mitglied des SPD Kreisvorstands Stormarn und des Landesvorstands: „Das wird ein toller Tag. Der Eintritt ist frei. Wir freuen uns auf möglichst viele große und kleine Gäste aus allen Teilen Schleswig-Holsteins!“



Geboten werden Spiel, Spaß und Abenteuer im Erlebniswald. Neben den üblichen Attraktionen des Erlebniswaldes, von der Falknerschau bis zum Hochseilgarten, gibt es ein Glücksrad, das „Elefanto-Spielmobil“ vom Kinderschutzbund, ein Gewinnspiel mit tollen Preisen und auch „Hektor der Gaukler“ wird wieder dabei sein. Gegen ein kleines Entgelt besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an der Kreativwerkstatt des Erlebniswaldes, es gibt Ponyreiten und Kutschfahrten und es kann mit mitgebrachten Zutaten gegrillt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 16:29 Uhr - 6890 Clicks - Nr. 630

Gemeinsame Sitzung zweier Foren

Zu einer gemeinsamen Sitzung trifft sich das Forum für Seniorenpolitik mit dem Forum für Menschen mit Behinderung am 30. Juni um 19.30 Uhr in der Kreisgeschäftsstelle. Auf der Tagesordnung stehen Berichte über die jeweilige Arbeit der Foren, die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema Inklusion sowie die Vorbereitung einer Veranstaltung im Herbst 2011.

Marion Jansen und Jürgen Schneider, die Vorsitzenden der beiden Foren, laden auch Nicht-SPD-Mitglieder herzlich zur Teilnahme ein. Um Anmeldung wird gebeten bei Marion Jansen, Tel.: 04531/88 03 43.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 20.06.2011, 16:57 Uhr - 43365 Clicks - Nr. 631

Ausstieg aus der Atomenergie seit den 70er Jahren

Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts begann in der SPD Schleswig-Holsteins eine kritische Auseinandersetzung mit der Atomenergie. Im November 1976 beschloss der Landesvorstand:

"Die Diskussion im Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein und die Beratung der Fachkonferenz "Kernenergie" des Landesverbandes der SPD Schleswig-Holstein haben ergeben, dass die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie, der Bau und der Export von Kernkraftwerken insgesamt mehr ungeklärte Probleme und unübersehbare Risiken enthalten als bisher der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden ist."

Damit hatte dieser Landesverband als erste die bisherige Position der SPD verlassen. In seinem Buch "Links, dickschädelig und frei: 30 Jahre im SPD-Vorstand in Schleswig-Holstein" hat Eckart Kuhlwein den damaligen Diskussionsprozess, der zur Abkehr von der Atomenergie führen sollte, beschrieben. Er hat jetzt dem umWeltforum einen Auszug zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt.

[Zum Artikel](#)



Keine Kommentare

Junge Estin aus Segebergs Partnerkommune besuchte Kreis

Drei Tage war Veronika Svists aus Röpina in Estland zu Gast bei SPD-MdB Franz Thönnies im Kreis Segeberg. Der Wohnort der 24-jährigen Estin liegt in Segebergs Partnerkreis Pölva. Seit März dieses Jahres ist die Studentin der Staatswissenschaft als Praktikantin im Berliner Büro des Segeberger Bundestagsabgeordneten tätig.



Sie ist eine von 115 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die am Internationalen Parlamentsstipendium des Deutschen Bundestages teilnehmen. Neben der Mitarbeit in den Büros der Bundestagsabgeordneten studieren die Praktikanten an der Humboldt-Universität oder der Freien Universität in Berlin, besuchen die politischen Stiftungen der Parteien, nehmen an den verschiedensten Gremiensitzungen des Parlaments teil und begleiten die Abgeordneten im Rahmen ihres Berliner Arbeitstages.

Franz Thönnies, der bereits zum fünften Mal einen Gast aus Estland hat: „Das ist ein hervorragendes Mittel, um jungen Menschen aus anderen Teilen der Welt unser politisches System und die Arbeit in der parlamentarischen Demokratie nahezubringen.“ Fester Bestandteil des fünfmonatigen Aufenthalts der Stipendiaten ist auch eine Fahrt in den Wahlkreis. So standen jetzt Besuche bei Segebergs Landrätin Jutta Hartweg, im Bürgerbüro von Franz Thönnies sowie eine Teilnahme an der Sitzung des Kreistagsausschusses für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Infrastruktur auf dem Programm. Dazu gehörten ebenso ein Gespräch mit Dieter Fiesinger, dem Leiter der Segeberger JugendAkademie, ein Betriebsbesuch beim Integrationsunternehmen di.hako in Trappenkamp, eine Teilnahme an einem Treffen der Norderstedter Jungsozialisten, Gespräche bei der Arbeitsagentur in Bad Oldesloe und der IG Metall Bezirk Küste sowie ein Besuch der Stadtwerke Norderstedt.

Während des Termins im Haus Segeberg verwies Landrätin Jutta Hartweg auf die fast zwei Jahrzehnte bestehende Partnerschaft mit dem estnischen Kreis Pölva. 2013 wird man das 20-jährige Jubiläum feiern können. Schwerpunkte der Partnerschaft seien der gegenseitige Praktikantenaustausch in den Verwaltungen, der Jugendaustausch, die Förderung der Kooperation von Vereinen in beiden Kreisen sowie das Thema „Grüne Energie“. Auch erläuterte die Chefin der Kreisverwaltung die Struktur des Kreises sowie seine wesentlichen Aufgaben im Rahmen der schleswig-holsteinischen Kommunalverfassung. Dies traf auf das besondere Interesse von Veronika Svists, die im Rahmen ihres Studiums als Hauptfächer Verwaltungswissenschaften, Europa-Studien und Internationale Beziehungen belegt hat. Das führte sie bereits im Jahr 2007 zu einem sechsmonatigen Studium an die Universität Lüneburg. Jutta Hartweg: „Derartige internationale Studienaufenthalte während der Ausbildung sind zunehmend wichtige Bausteine für die spätere berufliche Karriere.“

Der Besuch in der JugendAkademie in Bad Segeberg brachte alte Bekannte zusammen. Akademieleiter Dieter Fiesinger war hoch erfreut, mit Veronika Svists eine Teilnehmerin eines internationalen Jugendseminars aus dem Jahr 2004 in der einstigen Mühle wiederzusehen. So

tauschte man nicht nur damals gemachte Erfahrungen aus, sondern sprach auch über die aktuellen Planungen der JugendAkademie mit Bad Segebergs Partnerstadt Võru im Kreis Põlva zum Jugendseminar-Thema „Demokratie in Europa“. Sehr beeindruckt zeigte sich der Gast aus Estland über die neuen Räume und Kapazitäten der Jugendbildungseinrichtung am Standort der ehemaligen Evangelischen Akademie in der Kreisstadt.

Dieter Fiesingers Information: „Wir wollen auch die Kontakte nach Kaliningrad ausbauen“, traf sofort bei Franz Thönnnes auf Interesse. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages sicherte er hierbei seine Unterstützung zu, da er derzeit auch an dem Ausbau der Kontakte mit dem früheren Königsberg arbeitet.

Und natürlich versäumte es der SPD-Bundestagsabgeordnete nicht, Veronika Svists das 30 Jahre ältere Berlin mit Potsdamer Platz, Unter den Linden und Kurfürstendamm im Kreis Segeberg zu zeigen. Thönnnes: „Das ist einfach ein Muss, damit man nicht glaubt, es gäbe nur ein Berlin in Deutschland.“

Auch die Aufenthalte von Veronika Svists in Norderstedt brachten Bekanntes und Neues für die estnische Studentin. Bei der Sitzung mit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten traf sie mit dessen Leiter Daniel Kaiser erneut zusammen. Mit ihm hatte sie bereits Anfang März bei dessen 14-Tage-Praktikum im Berliner Abgeordneten Büro von Franz Thönnnes zusammengearbeitet. Neu waren letztendlich die Informationen durch Werkleiter Theo Weirich beim abschließenden Besuch der Stadtwerke Norderstedt über deren aktuelles Ökostromangebot im Rahmen der Aktion „TuWatt“.

Veronika Svists: „Der Besuch in unserem deutschen Partnerkreis war für mich sehr wichtig. Ich nehme viel mit, insbesondere für den weiteren Austausch zwischen unseren Kommunen und für die Diskussion über erneuerbare Energien in Estland.“

Dieter Fiesinger, Veronika Svists und Franz Thönnnes vor der JugendAkademie in Bad Segeberg

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 21.06.2011, 22:39 Uhr - 5777 Clicks - Nr. 633

Der Praxistest fängt erst an, Frau Loedige!

Zur bevorstehenden Beteiligung der HASPA an der Kreissparkasse Herzogtum Lauenburg und dem Jubel der FDP darüber erklärt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Lauenburger Abgeordnete Peter Eichstädt:

"Frau Loedige irrt: Der „Praxistest“ des von CDU und FDP geänderten Sparkassengesetzes ist mitnichten bestanden, sondern fängt jetzt erst an.



Für Jubel ist es deshalb zu früh! Denn die Frage ist, ob private Institute auf Zugang zum Erwerb einer Sparkassenbeteiligung klagen werden und ob das im Gesetz geregelte Rückfallrecht dann

noch zieht. So gesehen, ist die Sparkasse Ratzeburg ein Testfall, der möglicherweise das ganze öffentliche Sparkassen-System ins Trudeln bringen kann.

Das Grundproblem der mangelhaften Eigenkapitalausstattung einiger weniger Sparkassen kann auch anders gelöst werden: Die Landsparkasse Schenefeld z. B. möchte mit der Sparkasse Westholstein fusionieren. Wichtig ist für uns, dass die regionale Verankerung und Versorgung des Mittelstandes mit Krediten gewährleistet bleibt."

Keine Kommentare

[SPD Neumünster-Süd](#) - veröffentlicht am 22.06.2011, 11:39 Uhr - 5067 Clicks - Nr. 634

Fahrradtour vom OV-Süd am 03.07.2011

Wie bereits in den letzten Jahren findet auch dieses Jahr die traditionelle Fahrradtour vom Ortsverein-Süd statt.

Die Daten zur Radtour:

Termin der Fahrradtour: Sonntag 3.7.2011

Start in Wittorf am Penny-Markt um 9 Uhr
(gemeinsame Fahrt nach Ruthenberg)

Start in Ruthenberg (Parkplatz Ecke Haart und
Noldestrasse) um 9 Uhr 15 zur Radtour.

Die Strecke beträgt ca. 23 Km.

Für den Zwischenstopp bitte einen Kaffeebecher mitbringen.

Anschließend (etwa um 13 Uhr) gemütliches Essen und Trinken in der Hans-Sass-Kolonie (7 Euro).

Anmeldungen bei Bernd Delfs (Tel.21 042) oder Uwe Holtz (Tel.: 73 074)



Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 22.06.2011, 12:41 Uhr - 8107 Clicks - Nr. 635

Autobahnauf- und -abfahrt in Gudow kommt frühestens 2014

Die lange erwartete Autobahnauf- und -abfahrt an der A 24 bei Gudow wird frühestens 2014 kommen. Das erfuhr der Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt von der Landesregierung.

Peter Eichstädt: „Diese Auskunft ist eine große Enttäuschung. Seitdem alle betroffenen Gemeinden und der Kreistag im Jahr 2003 einvernehmlich erklärt hatten, den Ausbau der vorhandenen provisorischen Anschlussstelle zu einer der Allgemeinheit zugänglichen Vollanschlussstelle zu wünschen, sind Jahre vergangen, ohne dass sich irgend etwas



getan hat. Nun soll im Herbst 2011 endlich mit einem Planfeststellungsverfahren begonnen werden. Im günstigsten Fall also 11 Jahre Planung und Bau – wofür braucht man so viel Zeit?“

Auch die L215, die den zu- und abfließenden Verkehr aufnehmen muss, soll erst ab 2013 saniert werden.

Eichstädt: „Der Bürger reibt sich die Augen und fragt sich zu Recht, was eigentlich in den letzten 8 Jahren getan wurde, um das Vorhaben zu realisieren. Wie es scheint, so gut wie nichts. Das ist besonders unverständlich, weil es sich nicht um eine völlig neue Anschlussstelle handelt, sondern um die Ertüchtigung einer bereits vorhandenen.“

Zur Zunahme des Verkehrsaufkommens im Bereich der neuen Anschlussstelle erklärte die Landesregierung, sie erwarte auf der Strecke zwischen Gudow und Büchen auf der L 215 eine Zunahme von 2000 auf 2600 Kfz in 24 Stunden, zwischen der Anschlussstelle Gudow und dem Ort Gudow von 2000 auf 3500 Kfz in 24 Stunden.

Die Grundsanierung der jetzt bereits in einem desolaten Zustand befindlichen Straße soll ab 2013 begonnen werden.

Eichstädt abschließend: Ich habe bereits im Jahr 2005 vom damaligen Minister die Zusage erhalten, dass die Anschlussstelle zügig angegangen wird.

Bei diesem Zeitablauf gibt es zwei Möglichkeiten: Man will nicht oder man kann es einfach nicht. Beides ist unbefriedigend. Wohlgemerkt: Es geht nicht um einen Neubau, sondern um den Ausbau einer in der Grundstruktur bereits vorhandenen Auf- und Abfahrt.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.06.2011, 12:57 Uhr - 14100 Clicks - Nr. 636

PID – gibt es ein Recht auf gesundes Leben?

Zu diesem schwierigen, zurzeit viel diskutierten Thema Präimplantationsdiagnostik (PID) luden unsere beiden Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann und Sönke Rix, Pröbstin Carmen Rahlf (Kirchenkreis Schleswig-Flensburg) und Prof. Dr. Dietrich (Direktor der Frauenklinik Lübeck) nach Flensburg ein. Zusammen mit zahlreichen Gästen wurde anregend und ausführlich erklärt und diskutiert.

Unter dem Begriff Präimplantationsdiagnostik versteht man die Analyse von in der Regel zwei Zellen, die dem mehrzelligen Embryo entnommen werden, um vor der Implantation genetische Regelwidrigkeiten festzustellen oder aber auch das Geschlecht des Embryos zu bestimmen. Nur wenn die Analyseresultate für beide Zellen übereinstimmen und keine genetische Regelwidrigkeit vorliegt, wird der entsprechende Embryo in den Uterus der Frau transferiert. Die anderen Embryonen werden sofort vernichtet oder für die Forschung verbraucht.

Besonders schwer waren die Antworten der Fragen nach dem „Beginn des Lebens“, „wann beginnt die Würde eines jeden einzelnen Menschen“ oder auch: „Haben wir ein Recht auf ein Leben ohne

genetisches Leiden?“

Nach zweieinhalb Stunden spannendem Austausch von allen Beteiligten fasste Sönke Rix in seinem Schlusswort zusammen, was er aus dieser Veranstaltung für sich mit nach Berlin zur Abstimmung im Juli mitnehmen wird:

Er möchte offen sein für eine kontrollierte Weiterentwicklung der PID in Deutschland, aber die Gewissensentscheidung für eine PID den Menschen nicht abnehmen.

Auf dem Foto von links nach rechts: Sönke Rix (MdB), Barbara Philipsen (KV FL), Bente Reimer (KV SL-FL), Prof. Dr. Dietrich (Direktor Frauenklinik Lübeck), Pröbstin Carmen Rahlf (Kirchenkreis SL-FL), Dr. Carola Reimann (MdB), Helmut Trost und Simone Lange (KV FL). Es fehlt Hanna Hansen (KV SL-FL).

Bild wurde zur Verfügung gestellt von Simone Lange.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 23.06.2011, 15:07 Uhr - 94901 Clicks - Nr. 637

„Klares Bekenntnis zu Neugestaltung der Agrarpolitik“

Plenum stimmt über zweiten Initiativbericht zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab

Rechtzeitig, bevor die EU-Kommission im Herbst ihre Gesetzesvorschläge für die zukünftige EU-Landwirtschaftspolitik vorlegt, hat das Plenum des Europäischen Parlamentes am Donnerstag seine Forderung nach einer Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik bekräftigt. Die Landwirtschaftsexpertin der SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust erkennt in dem jetzt in Brüssel verabschiedeten Bericht eine klare sozialdemokratische Handschrift. "Meiner Fraktion ist es gelungen, den Bericht des konservativen Berichterstatters in Richtung einer gerechteren Neugestaltung der Agrarpolitik zu lenken", so Ulrike Rodust.



"Eine stärkere ökologische Ausrichtung der Direktzahlungen in der ersten Säule ist notwendig, um den Umweltherausforderungen der Zukunft, dem Kampf gegen den Klimawandel und dem Erhalt der Biodiversität gerecht zu werden. Gleichzeitig müssen wir die Versorgung mit qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Nahrungsmitteln sicherstellen", erklärte Ulrike Rodust.

Einen weiteren Erfolg ihrer Fraktion sieht Ulrike RODUST darin, dass sich das Parlament erstmalig für eine degressive Gestaltung der Direktzahlungen in Bezug auf die Größe der Betriebe ausgesprochen hat: Bisher war es nicht möglich die Direktzahlungen in irgendeiner Weise zu

begrenzen, jetzt sollen sie ab einer bestimmten Betriebsgröße abnehmen. „Mir ist dabei sehr wichtig, dass wir Betriebe, die nachhaltig wirtschaften oder viele Menschen beschäftigen, in Zukunft ausdrücklich bevorzugen.“

Gegen mögliche Pläne von Kommissionspräsident José Manuel Barroso, im nächsten mehrjährigen EU-Finanzrahmen massive Einsparungen in der ländlichen Entwicklung vorzunehmen, protestierte Ulrike RODUST scharf: "Wir müssen die zunehmende Landflucht unbedingt stoppen. Die aus der Kommission vernommenen Gerüchte über erhebliche Kürzungen in der ländlichen Entwicklung sind nicht akzeptabel!"

Ulrike Rodust betonte, sie werde sich auch weiterhin für eine starke zweite Säule in der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik einsetzen. "Grundsätzlich warne ich alle, die beabsichtigen Agrarmittel zu kürzen. Dies gefährdet den Kern der anstehenden Reformen und ist so für die Bürger Europas nicht nachvollziehbar."

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 23.06.2011, 22:55 Uhr - 3126 Clicks - Nr. 638

Sommerfest bei Regenwetter

Ihre gute Laune ließen sich die Mitglieder der SPD Barsbüttel auch vom Dauerregen nicht vermiesen. Der Vorstand um den Ortsvereinsvorsitzenden Paul Donning hatte ins Dorfgemeinschaftshaus Stemwarde eingeladen, um dort erst aktuelle politische Themen zu besprechen, ein neues SPD-Mitglied zu begrüßen und anschließend zu grillen. Mit dabei waren auch alle „prominenten“ Barsbüttler SPD-Mitglieder: Bürgervorsteher Jörg Kiencke, Landrat Klaus Plöger und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.



Als neues Mitglied konnte Martina Sönnichsen aus Willinghusen begrüßt werden. Sie hat sich vorgenommen, in der Familien- und Bildungspolitik Barsbüttels mitzuwirken.

Die SPD-Gemeinderatsfraktion informierte die Mitglieder über aktuelle Planungen zum Flächennutzungsplan, auch machten sich die SPD-Mitglieder Gedanken über die Zukunft des Stiefenhoferplatzes. Dort gibt es aber noch viele Unwägbarkeiten, so dass noch keine Beschlüsse gefasst wurden. Hermann Hanser, der Fraktionsvorsitzende: „Wir wissen noch nicht, welche Bauarbeiten am Rathaus nötig werden. Auch wissen wir nicht, was aus dem Wochenmarkt wird. Wichtig ist aber, dass wir alle Eigentümer der betroffenen Grundstücke an Bord haben, wenn wir den Platz schöner machen wollen.“

Martin Habersaat berichtete von seiner Arbeit im Landtag, die sich in den vergangenen Wochen

änderte, seit er als bildungspolitischer Sprecher in den Fraktionsvorstand aufrückte. Neben der Bildungspolitik liegt der Schwerpunkt seiner Arbeit in der Enquete-Kommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“. Habersaat: „Uns im Hamburger Rand ist vollkommen klar, warum eine enge Zusammenarbeit mit der Hansestadt nötig ist. Aber auch das ganze Land Schleswig-Holstein würde profitieren, wenn die Beziehungen enger werden.“ Abschließend berichtete Habersaat von der geplanten Sommertour des SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig, die auch nach Stormarn führen wird.

Das abschließende Grillen wurde wegen sintflutartiger Regenfälle zwar nicht nach drinnen, aber doch so weit wie möglich unter das Vordach verlegt. Wein und Wurst schmeckten aber trotzdem, berichteten die Teilnehmer.

Foto: Martin Habersaat, Martina Sönnichsen, Paul Donning

Keine Kommentare

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 24.06.2011, 09:45 Uhr - 5219 Clicks - Nr. 639

Innenstadteinkaufszentrum beschäftigt SPD - Faldera

"Das geplante Innenstadteinkaufszentrum im Sagerviertel ist auch in den Stadtteilen ein Thema." berichtet SPD-Ortsvereinsvorsitzender Fred Brocksema. "Darum hat der SPD Ortsverein Neumünster-Faldera nicht nur in seiner Sitzung Anfang Juni über dieses Thema ausführlich diskutiert. Gemeinsam mit unseren Ratsmitgliedern haben wir eine Umfrage gestartet, deren Ergebnis wir in die Beratung zu unserem Bürgerforum abgeben mit einfließen lassen."



"Uns war es sehr interessant zu wissen, ob den Falderanerinnen und Falderanern ein innerstädtisches Einkaufszentrum überhaupt wichtig ist." so Stadtteilversteher Thorsten Klimm. "Zudem haben wir eine große Anzahl an Mitbürgern denen es sehr wichtig ist, dass der Großfleck nicht abgekoppelt wird und die alteingesessenen Betriebe wie z.B. NORTEX nicht durch Sortimentsbeschränkungen weiter in ihrer Entwicklung gebremst werden."

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 24.06.2011, 10:57 Uhr - 12294 Clicks - Nr. 640

**Thönnnes unterstützt den Aufruf des Bundesumweltministeriums
Greentech-Atlas mit Unternehmen**



Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ruft Unternehmen dazu auf, sich an der Erstellung eines Greentech-Atlas zu beteiligen. Dieser soll ein aktuelles Bild der deutschen Unternehmenslandschaft und ihrer Leistungsfähigkeit in der Umwelttechnologie zeichnen.

Er soll zudem Entscheider in ihrem Handeln unterstützen und mit einer Unternehmensdatenbank Kooperationen, gemeinsame Projekte sowie die Vermarktung zu erleichtern. Informationen zur bisherigen Ausgabe sind unter www.greentechatlas.de zu finden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes wünscht sich eine möglichst große Beteiligung von Unternehmen aus den Kreisen Segeberg und Stormarn: „Die Umwelttechnologien werden mehr und mehr zu einem Wachstumstreiber in Deutschland. Die geplante Energiewende wird die Bedeutung dieser Branche noch einmal deutlich erhöhen. Deswegen ist es wichtig, dass grüne Technologie „Made in Germany“ eine starke Marke bleibt. Dieser Greentech-Atlas ist ein gutes Instrument, um auf seinen Betrieb oder die Firma aufmerksam zu machen, um Kompetenzen zu bündeln und die starke Position der deutschen Wirtschaft auszubauen.“

Interessierte Unternehmen können sich für die im Rahmen dieses Projekts stattfindende Unternehmensbefragung an folgende E-Mail-Adresse wenden: greentechatlas@bmu.bund.de

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 24.06.2011, 11:55 Uhr - 4326 Clicks - Nr. 641

Hochschulmedizin muss in öffentlicher Hand bleiben!

Zu Berichten über die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum UKSH erklären der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Weber und der Lübecker Abgeordnete Wolfgang Baasch: Wir sind erstaunt über die Stellungnahme des Wissenschaftsrates, denn dieser hat die Aufgabe, Fragen der Hochschulmedizin zu untersuchen, nicht jedoch zur Ausgestaltung des Klinikums und zu Fragen der Wirtschaftlichkeit Stellung zu nehmen.

Die SPD bleibt dabei: Der notwendige Investitionsstau muss umgehend abgebaut werden.

Die Hochschulmedizin in SH muss in öffentlich-rechtlicher Hand bleiben.

Eine Defusionierung der Standorte Kiel und Lübeck lehnen wir ab, weil sie der gezielte Einstieg in die Privatisierung eines oder beider Standorte ist.

Alles, was diese Ziele gefährdet, wird unsere Zustimmung nicht finden.

Keine Kommentare

Entwicklung braucht Herausforderung

Zu einer abendlichen Bildungsfahrt im Rahmen der Kieler Woche hatte der Verein Segelschiff Thor Heyerdahl eingeladen. Ziel des Vereins ist, junge Menschen auf Fahrt „in ihrer Entwicklung zur Selbständigkeit und Übernahme von Verantwortung zu fördern, ihnen Mut zu machen, selbst etwas ‚anzupacken‘, um dabei zu entdecken, dass mehr in ihnen steckt als sie vielleicht glauben.“ (Webseite des Vereins)



Aus bildungspolitischem-, wohlfahrtsverbandlichem und regionalem Interesse waren auch die SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Beran, Martin Habersaat, Bernd Heinemann und Jürgen Weber an Bord. Neben interessanten Gesprächen mit Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich stand ein Vortrag von Prof. Dr. Robin Kähler im Mittelpunkt der Fahrt, der sich mit Erziehung zur Verantwortung und Lernen für das Leben befasste. Dabei kam er besonders auf Inhalte, Qualität und Wirkungen der Ausbildung auf der Thor Heyerdahl zu sprechen.

Neben interessanten Gesprächen mit Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich stand ein Vortrag von Prof. Dr. Robin Kähler im Mittelpunkt der Fahrt, der sich mit Erziehung zur Verantwortung und Lernen für das Leben befasste. Dabei kam er besonders auf Inhalte, Qualität und Wirkungen der Ausbildung auf der Thor Heyerdahl zu sprechen.

Kähler betonte die Notwendigkeit von Herausforderungen und Widerständen, die junge Menschen für ihre Entwicklung dringend bräuchten. „Nur so können Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen entwickelt werden, die wiederum die Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung sind.“ Das bedeute, dass allein Frontalunterricht nicht die optimale Form der Erziehung junger Menschen sein könne. Die Thesen konnte Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD und ehemals selbst Lehrer, aus eigenen Erfahrungen bestätigen. Vor seinem Eintritt in den Schuldienst war er 20 Jahre bei den Pfadfindern aktiv (im VCP), unternahm Wanderungen, Kanu- und Segeltouren mit 7 - 20jährigen. Er findet: „Was Kinder und Jugendliche in solchen Zusammenhängen an Selbstständigkeit und Verantwortung lernen, ist in normalen Unterrichtssituationen kaum zu vermitteln.“

Foto: Jürgen Weber, Martin Habersaat, Bernd Heinemann

Link: <http://www.thor-heyerdahl.de/>

Keine Kommentare

Besuch beim ehemaligen Klassenlehrer

Über besonderen Besuch konnte sich Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender, nun im Landeshaus freuen. Magda Samila und Kathi Miotke besuchten ihren ehemaligen Klassenlehrer in Kiel, um sich einen Tag lang einen Eindruck von dessen neuem Tätigkeitsfeld zu machen. Auf dem Programm standen unter anderem eine Teilnahme am Bildungsausschuss des Landtags und abends der Besuch eines Konzerts im Plenarsaal.



Vor der eigentlichen Sitzung des Bildungsausschusses galt es, diese vorzubereiten. Also nahmen die beiden 2011er-Abituertinnen an der SPD-internen Vorbereitungssitzung teil, in der die SPD-Mitglieder des Bildungsausschusses, neben dem Barsbüttler Martin Habersaat sind dies Dr. Henning Höppner aus Plön und Hans Müller aus Lübeck, die einzelnen Punkte der anstehenden Tagesordnung noch einmal durchsprachen. An diesen Vorbesprechungen nimmt ebenfalls der Referent für Bildungspolitik der SPD-Fraktion teil, Dr. Michael Schmidt-Neke.

Im Ausschuss ging es dann unter anderem um die Zukunft des UK-SH, Kulturpolitik im Lande Schleswig-Holstein und die angehobenen Noten im Mathematik-Abitur an den Beruflichen Schulen. Abends besuchte Habersaat mit seinen Gästen ein Konzert, das das Polnische Generalkonsulat im Landeshaus anlässlich des 20jährigen Unterzeichnens des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages mit Studentinnen und Studenten der Musikhochschule Lübeck organisiert hatte.

Das Fazit der beiden Besucherinnen: „Ein Landtagsabgeordneter hat einen ziemlich engen Terminkalender. Und es ist erstaunlich, zu wie vielen Themen man spontan Auskunft geben können muss, beispielsweise wenn zwischendurch die Presse anruft. Und: Der Ausblick aus dem Plenarsaal auf die Förde ist sehr schön!“ Den Gegenbesuch trat Martin Habersaat drei Tage später an - und war dabei, als die Schülerinnen und Schüler seiner ehemaligen Klasse ihre Abschlusszeugnisse überreicht bekamen.

Keine Kommentare

Jugendrotkreuz erhält Spende der SPD

Flohmarkterlös geht an DRK Jugend

Bad Bramstedt. Die Jugendabteilung des Deutschen Roten Kreuzes Bad Bramstedt erhält in diesem Jahr eine Spende von rund 200 EUR von der Bad Bramstedter SPD.

Wie in jedem Jahr hatte die SPD anlässlich des Flohmarktes des Betriebssportverbandes rund um das Rathaus wieder Pförtchen gebacken und den Überschuss für einen guten



Zweck zusammengetragen.

Karl-Heinz Otters und Wolfgang Giehl aus dem Vorstand der SPD übergaben die Spende an Thomas Kunz, der das Jugendrotkreuz betreut.

Immerhin 21 Jugendliche haben Spaß an den Aktivitäten des Jugendrotkreuzes und wachsen als Nachwuchs für den aktiven Ortsverein heran.

„Wir freuen uns,“ so Wolfgang Giehl, „dass das Jugendrotkreuz so gut läuft und hoffen, mit dieser Spende dazu beizutragen, dass die ‚Arbeit‘ noch mehr Freude macht.“

Thomas Kunz will das Geld verwenden, um mit den Jugendlichen eine gemeinsame Aktivität zu unternehmen und sich mal etwas zu leisten, was sonst nicht ginge.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 26.06.2011, 19:18 Uhr - 5411 Clicks - Nr. 645

Erstes Schiff am neuen Hafen – Cap San Diego in Osterrönfeld

Vor den Augen von einigen hundert Schaulustigen legte am Sonntag abend das Hamburger Traditionsschiff Cap San Diego am neuen Osterrönfelder Schwerlasthafen an. Damit ist das weltgrößte seetüchtige Museums-Frachtschiff das erste Schiff am neuen Hafen direkt am Nord-Ostsee-Kanal.



Begrüßt wurden die Cap San Diego und die rund 350 Gäste an Bord zudem durch die Osterrönfelder und Rendsburger Feuerwehr, die mit Wasserfontänen in Spalierform ein ähnlich beeindruckendes Flair schufen, wie es beim traditionellen Hamburger Hafengeburtstag vorherrscht.

Viele OsterrönfelderInnen ließen sich die Gelegenheit nicht nehmen, den neuen Schwerlasthafen in ihrer Gemeinde erstmalig in Aktion zu erleben. Offene Tore machten es zudem möglich, bis an den Kai direkt an das Schiff zu kommen und das Anlegemanöver hautnah mitzuerleben. Aufgrund internationaler Sicherheitsrichtlinien wird dies bei dem zukünftigen Regelbetrieb des Hafens nicht mehr möglich sein.

Viele zeigten sich dennoch begeistert von dem neuen Hafen und so hoffen nicht wenige, dass der Hafen mit dieser erfolgreichen Premiere nun durchstarten und erfolgreich betrieben werden kann. Dass der Schwerlasthafen bereits für die Kundschaft bestens gerüstet ist, zeigte sich u. a. dadurch, dass das Anlegen der Cap San Diego reibungslos klappte, obwohl das Schiff einige Stunden früher den Osterrönfelder Hafen erreichte als erwartet.

Zwar gehört die Cap San Diego nicht zu der Hauptzielgruppe, mit der der neue Schwerlasthafen zukünftig ausgelastet werden soll, doch könnten Passagierschiffe als ergänzende Chance verstanden

werden, den Hafen mit einer breiten und unterschiedlichen Kundschaft langfristig erfolgreich auszurichten. So könnten also nicht nur die vorrangig fokussierten Stückgutschiffe für den Transport von Schwergut in Osterrönfeld anlegen, sondern auch Passagierschiffe auf der Durchfahrt durch den Nord-Ostsee-Kanal.

Nach beendetem Anlegemanöver verließen die ca. 350 Passagiere die Cap San Diego, bevor das Schiff am nächsten Tag weiter gen Kiel mit neuen Gästen fahren wird.

Weitere Hintergrundinfos zum Schwerlasthafen in Osterrönfeld finden Sie hier [[mehr](#)].

--

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 10:13 Uhr - 1756 Clicks - Nr. 646

Landesregierung muss Kündigung des Feuerlöschschiff-Vertrages zurück-nehmen!

„Seit über 25 Jahren hat unsere Stadt einen Vertrag mit dem Land Schleswig-Holstein und den deutschen Küstenländern geschlossen über den Bau, den Betrieb und den Einsatz des Feuerlöschschiffes „Kiel“.

Mit seinen kombinierten Einsatzfähigkeiten ist das Feuerlöschschiff „Kiel“ für den Brandschutz auf Bundesschiffahrtsstraßen und vor den Küsten Schleswig-Holsteins sowie für die vom Land zu leistende Schadstoffunfallbekämpfung auf See (z. B. Ölverschmutzungen) zuständig und bestens geeignet. Eindrucksvoll hat es wiederholt seine Fähigkeiten zur Schiffsbrandbekämpfung gezeigt, zuletzt im Oktober 2010 beim Brand der Ostseefähre „Lisco Gloria“ nördlich von Fehmarn. Vor wenigen Tagen hat nun die schleswig-holsteinische Landesregierung diesen Vertrag gekündigt. SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung fordern die Landesregierung auf, diese Kündigung unverzüglich zurückzunehmen und an dem bewährten Vertrag festzuhalten. Wir wollen den Erhalt des Feuerwehrschiffes Kiel, und zwar so schnell ein-satzbereit und sicher wie es heute von der Kieler Berufsfeuerwehr gewährleistet wird!

SPD, Grüne und SSW sind ausdrücklich der Auffassung, dass das Feuerlöschschiff Kiel sehr gut gemeinsam die Aufgaben der Gefahrenabwehr wahrnimmt, die jeweils dem Land und der Stadt anvertraut sind. Dies sollte auch in Zukunft fortgesetzt werden. Solche Synergien sind sinnvoll und auch Ausdruck einer sparsamen und wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung auf beiden Seiten. Wer wie die schleswig-holsteinische Landesregierung einseitig einen solchen bewährten Vertrag kündigt, will diese Synergien nicht mehr.

Ziel der Vertragskündigung ist es, durch eine Neuausschreibung des Bereederungsvertrages den Kostenanteil für das Land zu senken. Dieses ist für die Landeshauptstadt Kiel unter dem Gesichtspunkt einer ordnungsgemäßen Gefahrenabwehr nicht mehr zu verantworten. Es ist auch nicht zu verantworten, dass die Landeshauptstadt Kiel aus ihrem Haushalt Aufgaben des Landes

finanzieren soll. Für die Gefahrenabwehr außerhalb des Kieler Hafens tragen das Land und der Bund die Verantwortung und folglich auch die Kosten. Für den Kieler Hafen hat die Landeshauptstadt Kiel als Hafenstadt die Verantwortung und auch die Kapazität, um den Brandschutz mit eigenen Kräften auch auf dem Wasser zu gewährleisten.

Das Feuerlöschschiff „Kiel“ wird bereits äußerst ökonomisch und sicher gefahren. Durch den intelligenten Doppel-Einsatz von Mannschaften – rund um die Uhr in Löschzügen an Land und im Brandfall durch den Einsatz an Bord des Feuerlöschschiffes – wird es sowohl in funktionaler als auch Kostensicht äußerst sinnvoll bewirtschaftet. Die Betriebskosten für das Schiff wurden von einst 800.000 Euro auf 450.000 Euro deutlich verringert, auch durch die besondere Rolle des Kapitäns und der Besatzung.

Wenn nun die Landesregierung, vereint mit den Regierungen der anderen Küstenländer, den bisherigen Bereederungsvertrag mit der Landeshauptstadt Kiel kündigt und stattdessen private Unternehmen mit der Gefahrenabwehr beauftragen will, um den Länderanteil um weitere rund 100.000 Euro zu drücken, dann spart sie an der öffentlichen Sicherheit. Private Unternehmen müssen gewinnorientiert arbeiten und werden bei einer niedrigeren Vergütung als der jetzigen Pauschale des Landes (351.000 Euro) den Einsatzzustand des Feuerlöschschiffes „Kiel“ und seiner Crew nicht halten können und wollen. Käme es dann zu einem Großschadensfall, dann käme dies die Ostsee und die Küstenstädte und –gemeinden teuer zu stehen – nicht nur die Landeshauptstadt Kiel.“

Dies erklären zu der gerade erfolgten Kündigung des Vertrages für den Betrieb des Feuerlöschbootes Kiel durch die schleswig-holsteinische Landesregierung der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, die Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, und die feuerwehrpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW).

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 15:35 Uhr - 6817 Clicks - Nr. 647

SPD Norderstedt begrüßt Einführung des Bürgerhaushaltes

Die Mitglieder der SPD-Fraktion begrüßen die Umsetzung des Stadtvertreterbeschlusses zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den kommenden Haushaltsberatungen.

Die Verwaltung setzt damit einen Beschluss um, der auf Antrag der SPD-Fraktion im März 2011 von der Stadtvertretung beschlossen wurde.

Die Einschaltung eines mit der Beteiligung von Bürgern erfahrenen und erfolgreichen Instituts wird der Fraktion ausdrücklich unterstützt. Wir hoffen auf eine rege Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und wünschen uns, dass möglichst viele Norderstedter und Norderstedterinnen sich an dem Dialog zur Haushaltsberatung beteiligen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach erklärt dazu: „Wir sind sehr gespannt auf die Vorschläge der Norderstedterinnen und Norderstedter. Die Erfahrungen mit Bürgerhaushalten

zeigen, dass die Menschen nicht nur Ausgabenvorschläge machen, sondern ebenso Einsparmöglichkeiten oder neue Einnahmequellen benennen.“

Trotz der vielen Pflichtaufgaben der Stadt bleibt ein Gestaltungsspielraum, um den auch in der Vergangenheit unter den Kommunalpolitikern heftig gestritten wurde. Die SPD-Fraktion wünscht sich viele Vorschläge und Ideen der Bürger und freut sich auf die kritisch-konstruktiven Kommentare.

„Es wird interessant welche Ideen und Überlegungen den Bürgern besonders wichtig sind und häufiger als andere benannt werden. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen, werden so auch in den Abwägungs- und Bewertungsprozess einbezogen und können Entscheidungen vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen besser nachvollziehen“ ,so Johannes Paustenbach.

Eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz und größere Beteiligung der Bürger ist, den Haushaltsplan und das Verfahren zur Haushaltsaufstellung für den Laien nachvollziehbar und verständlich zu machen.

Das Ziel einer größeren Bürgerbeteiligung und Bürgerverantwortung kann nur erreicht werden, wenn die Politik den Entscheidungsprozess darüber, welche Vorschläge im Haushalt berücksichtigt werden sollen und welche nicht, transparent und nachvollziehbar gestaltet und ihre Entscheidungen begründet.

„Auf Grund der guten Erfahrungen mit dem Projekt in anderen Städten und Kommunen sind wir optimistisch und freuen uns auf den Dialog und die Diskussion mit den Bürgern“ erklärt Johannes Paustenbach.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 16:39 Uhr - 18340 Clicks - Nr. 648

Frauenhaus Wedel

Als unredlich und Ablenkung von der Mitverantwortung für die Kürzung der Landesmittel bewertet Sigrid Tenor Alschausky, die Forderung von Barbara Ostmeiner (CDU-MdL), den Bund an der Finanzierung zu beteiligen.

Als unredlich und Ablenkung von der Mitverantwortung für die Kürzung der Landesmittel bewertet Sigrid Tenor Alschausky, die Forderung von Barbara Ostmeiner (CDU-MdL), den Bund an der Finanzierung zu beteiligen.

–Für die SPD kündigt sie eine tragfähige Finanzierung nach dem Regierungswechsel 2012 an.



Als „Vergießen von Krokodilstränen“ bezeichnet die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Siegrid Tenor-Alschausky die von der CDU-Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier in einer Pressemitteilung erhobene Forderung an den Bund, sich an der Finanzierung der Frauenhäuser zu beteiligen, um deren Bestehen zu gewährleisten.

„Diese Forderung von Frau Ostmeier ist einfach unredlich“, stellt Tenor-Alschausky fest; „denn schließlich hat Frau Ostmeier zusammen mit allen anderen Abgeordneten von CDU und FDP in namentlicher Abstimmung im Landtag bei der Verabschiedung des Haushaltes für die Schließung

von Frauenhäusern gestimmt. Vor diesem Hintergrund wird der Bundesfinanzminister ganz sicher freudig auf die Bitte von Frau Ostmeier reagieren.“

„Offensichtlich haben sich die Verantwortlichen im Vorfeld der Haushaltsverabschiedung kein Bild von der Arbeit der Frauenhäuser gemacht,“ so die SPD-Landtagsabgeordnete; „sie haben sich insbesondere nicht damit auseinandergesetzt, dass es in vielen Fällen dringend geboten ist, dass von Gewalt betroffene Frauen kein Frauenhaus in unmittelbarer Nähe aufzusuchen, sondern zwischen sich und ihre Peiniger auch räumlich einen größeren Abstand bringen müssen. Für den Kreis Pinneberg bedeutet das, dass wir nicht zu viele Frauenhausplätze haben; sondern dass es zuviel Gewalt gegen Frauen gibt!“

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende macht im diesem Zusammenhang deutlich, „dass sich die Sozialdemokraten immer gegen die Schließung von Frauenhäusern ausgesprochen haben; und zwar ebenso vor Ort, wie zum Beispiel mit der Würdigung der Wedeler Frauenhausinitiative durch die Verleihung der Walter-Damm-Preises im letzten Jahr, als auch bei der Abstimmung im Landtag.“

Aus diesem Grund drückt Tenor-Alschausky der Wedeler Frauenhausinitiative ganz fest die Daumen bei den Bemühungen, den Ausfall der Fördergelder durch den CDU/FDP-Haushalt für das Jahr 2012 durch Spenden zu überbrücken: „Nach der Landtagswahl im Mai nächsten Jahres wird es dann hoffentlich zu einer tragfähigen Absicherung auch dieses Frauenhauses kommen.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 19:00 Uhr - 5710 Clicks - Nr. 649

Die SPD-Kreisgeschäftsstelle zieht um...

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute ist der große Tag....

... und die SPD-Kreisgeschäftsstelle bezieht ihr neues Zuhause in der Gartenstraße 1 in 24306 Plön.

Aufgrund technischer und terminlicher Vorgaben durch die Telekom und sonstige Anbieter sind wir in dieser Woche nur schwer erreichbar.

Wir gehen aber davon aus, dass spätestens Anfang nächster Woche wieder alle Telefonleitungen, e-mail-Kontakte etc. so geschaltet sind, dass wir Mitarbeiter/innen aus den MdL-Büros und der KV wieder mit Euch verbunden sind.

Solltet Ihr in dieser Woche dringende Anfragen oder Mitteilungen für uns haben, erreicht Ihr mich am Besten per mail unter joerg.schimeck@spd.de bzw. unter meiner Handynummer 0151 / 50156390.



Ich freue mich schon darauf, Euch in der nächsten Woche ein Lebenszeichen aus unserem neuen Büro zu senden, wenn alle Kartons ausgepackt sind und auch der letzte Parteiordner wieder an seinem Platz steht.

Bis dahin

Liebe Grüße
Euer Joerg Schimeck

Sozial! Gerecht! Vor Ort!
SPD-Kreisverband Plön

neue Anschrift: GARTENSTRASSE 1
24306 Plön

Telefon 04522 - 3127
Telefax 04522 - 2998

<http://spd-net-sh.de/ploen>
Wir sind persönlich für Sie erreichbar

jeweils dienstags und freitags

in der Zeit zwischen 09:00 und 17:00 Uhr!

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 22:27 Uhr - 2736 Clicks - Nr. 650

60plus – Märchen und Tucholsky beim Grillen

Die AG 60plus des SPD-Kreisverbandes Stormarn nutzt wieder das (hoffentlich) schöne Sommerwetter. Am Mittwoch, dem 6.Juli treffen sich die GenossInnen und ihre Gäste zu einem „bunten“ Grill-Nachmittag in Delingsdorf, Lohe 44 vor dem Mehrzweckhaus. (Bus 8110 bis Delingsdorf /Lohe). Beginn ist um 15:30 Uhr. Für das Grill-Gut wird ein Kostenbeitrag von 5 Euro/Person erbeten. Schön wäre es, wenn jeder Teilnehmer einen selbstgemachten Salat mitbringen könnte.



Jürgen Schneider, der Vorsitzende der AG 60plus „Wir wollen ausgiebig klönen und vielleicht auch ein wenig singen. Bunt heißt bei 60plus, dass es - wie immer – auch ein kleines Programm gibt: Niels-Peter Horn wird Tucholsky lesen und Lieselotte Jürgensen einige Märchen erzählen. Neue Gäste sind herzlich willkommen!“ Anmeldung bei Jürgen Schneider: 04531/84603 oder juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 22:29 Uhr - 6561 Clicks - Nr. 651

Integration gelingt nur gemeinsam!

Spannende Diskussionsveranstaltung der SPD im Peter-Rantzau-Haus

Am vergangenen Mittwoch (22.6.) hatte der Stormarner SPD-Kreisverband zu einem integrationspolitischen Abend ins Peter-Rantzau-Haus Ahrensburg eingeladen. Zu Gast waren Serpil Midyatli, integrationspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, der Ahrensburger Bürgermeister Michael Sarach und Mehmet Aydemir aus der AWO-Beratungsstelle für Migranten und Deutsche.



Unter dem Titel "Integration? Chancengleichheit!" diskutierten mit den Referenten etwa 35 interessierte Gäste aus Ahrensburg und Umgebung.

Nach einem Eingangsreferat von Serpil Midyatli, in dem vor allem aktuelle Zahlen aus Schleswig-Holstein und Stormarn erläutert wurden, wurden Leitlinien sozialdemokratischer Integrationspolitik vorgestellt. In der Integrationspolitik müsse es demnach hauptsächlich um Teilhabe, Anerkennung und Antidiskriminierung gehen. Die Leistungen der hier bereits seit Jahrzehnten lebenden Menschen müssten anerkannt werden. Desweiteren brauche es eine gute Bildungspolitik und mehr Chancengleichheit. In der folgenden Diskussion mit den Gästen wurden vielfältige Themen diskutiert und Anregungen für eine Kultur der Toleranz und Anerkennung gegeben.

"Es war ein spannender und interessanter Abend. Die Beschäftigung mit diesem Thema setzen wir fort." So das Fazit von Tobias von Pein, SPD-Kreisvorstandsmitglied. "Integration gelingt nur gemeinsam und durch einen offenen Umgang miteinander." Das habe die Diskussion an diesem Abend gezeigt.

Foto v.l.: Mehmet Aydemir, Tobias von Pein, Serpil Midyatli, Michael Sarach

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 23:45 Uhr - 9070 Clicks - Nr. 652

SOS für die ganze Region!

Zur Kündigung des Vertrages für das Feuerlöschschiff „Kiel“ durch die Landesregierung, erklärten die SPD-Kreischefs von Kiel, Plön und Rendsburg-Eckernförde Rolf Fischer, Anette Langner und Sönke Rix:

„Diese Kündigung schadet der ganzen Region. Sie ist nichts anderes als Sicherheit nach Kassenlage. Nicht nur der Kieler Hafen, sondern auch der Kanal und die Außenförde haben einen Anspruch auf höchste öffentliche Sicherheit. Dies ist durch einen privaten Betreiber nicht gewährleistet.

Damit kommen nicht nur auf die Kiel-Region sehr unsichere Zeiten zu, wenn die Landesregierung diese Entscheidung nicht zurücknimmt. **Wir funken deshalb „SOS, rettet das Feuerlöschschiff!“** Wir werden deshalb eine entsprechende Unterschriftensammlung starten!“



Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 27.06.2011, 23:54 Uhr - 9585 Clicks - Nr. 653

Die "Alten" werden die "Neuen" sein!

Rolf Fischer, Bernd Heinemann und Jürgen Weber als Wahlkreiskandidaten wiedergewählt.

Rund 250 Genossinnen und Genossen nominierten am 27. Juni 2011 die SPD-Wahlkreiskandidaten für die nächste Landtagswahl. Rolf Fischer überzeugte im Wahlkreis Kiel-Nord mit seinem leidenschaftlichen Plädoyer gegen Sozialkürzungen und Chaos in der Bildungspolitik.

Jürgen Weber prangerte in seiner Kandidatenrede für den Wahlkreis Kiel-West die Politik der schwarz-gelben Landesregierung gegen die Städte an. Statt für viele in Kiel zu investieren, würde die Landesregierung für eine ausgesuchtes Klientel auf Sylt Landeszuschüsse gewähren. Bernd Heinemann verwies für seinen Wahlkreis Kiel-Ost auf den von früheren SPD-Landesregierungen eingeleiteten Wandel des Ostufers vom Arbeiter-Stadtteil zum Wissenschaftsstandort. Ebenfalls für den Wahlkreis Kiel-Ost kandidierte Hans-Werner Tovar, unterlag aber in der Abstimmung. Wie seine Vorredner unterstrich Tovar die Bedeutung der Kommunen.



Wahlergebnisse:

Kiel-Nord: 60 gültige Stimmen, davon 55 Ja-Stimmen für Rolf Fischer (4 Nein, 1 Enthaltung)

Kiel-West: 59 gültige Stimmen, davon 57 Ja-Stimmen für Jürgen Weber (2 Nein)

Kiel-Ost: 117 gültige Stimmen, davon 68 Stimmen für Bernd Heinemann und 47 Stimmen für Hans-Werner Tovar (2 Enthaltungen)

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 11:21 Uhr - 4195 Clicks - Nr. 654

Einstieg in die Privatisierung der öffentlichen Sicherheit!

Zur Kündigung des Betreibervertrages für das Feuerlöschboot „Kiel“ durch die Landesregierung erklären die Kieler Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, Bernd Heinemann und Jürgen Weber:

Die Kündigung des Betreibervertrages für das Feuerlöschboot „Kiel“ durch die Landesregierung ist nicht nur hinsichtlich der Gewährleistung einer schnellen Schiffsbrand- und Ölunfallbekämpfung ein Spiel mit dem Feuer. Die Landesregierung beabsichtigt wohl zudem, den Betreibervertrag neu auszuschreiben und an einen privaten Reeder zu vergeben. Dies wäre ein bisher beispielloser Vorgang, wenn mit Brandschutzdienstleistungen eine zentrale Aufgabe, nämlich die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, privatisiert werden soll. Die Umsetzung dieses Plans würde einem Dambruch gleichkommen, denn womit man auf dem Wasser anfängt, damit kann man dann an Land weitermachen.

Ob der preisgünstigste Anbieter auch für die Sicherheit des Schiffsverkehrs und der Bevölkerung die erste Wahl ist, darf angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen mit Recht bezweifelt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 17:50 Uhr - 13012 Clicks - Nr. 655

Stadt und Regionalbahn Kiel: CDU und FDP sind die "Dagegen-Parteien".

„Mit der Entscheidung, keine Mittel für die Planungsgesellschaft einer Stadt- und Regionalbahn (SRB) zur Verfügung zu stellen, haben die CDU- und FDP-Mitglieder im Umwelt, Verkehrs- und Bauausschuss gezeigt, dass sie die "Dagegen-Parteien" sind“, sagt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Gerrit van den Toren.

„Zum jetzigen Zeitpunkt die SRB aus Kostengründen abzulehnen, ohne die Prüfung noch offener Fragen abzuwarten, zeigt, dass die beiden Fraktionen nicht begriffen haben, dass für die Zukunft auch in unserer Region neue Verkehrssysteme notwendig werden.“ Die SRB könne ein wesentlicher Bestandteil der besseren Vernetzung des öffentlichen Personennahverkehrs sein. Dies gelte gerade vor dem Hintergrund von absehbar höheren Kosten und klimaschädlichen Folgen des Individualverkehrs mit dem Auto. Auch die insgesamt positiven wirtschaftlichen Folgen einer SRB für die Region werden vorzeitig ausgeblendet. „Dass die SRB nicht zum Nulltarif zu haben sein

wird, sollte hierbei jedem klar sein, so wie jeder öffentliche Personennahverkehr. Daher ist die SPD-Fraktion der Auffassung, dass vor einer endgültigen Entscheidung weitere umfassende konkrete Informationen und Detailplanungen erforderlich sind“, so van den Toren weiter.

Genau für die konkreteren Informationen ist die Gründung einer Planungsgesellschaft notwendig, um eine Entscheidungsgrundlage für oder gegen die Einführung einer SRB bzw. die Beteiligung des Kreises Rendsburg-Eckernförde daran überhaupt treffen zu können. Die Mehrheit von CDU und FDP akzeptierte in der Ausschusssitzung nicht einmal, dass über die Einstellung der notwendigen Mittel für die anteiligen Kosten an der Planungsgesellschaft im Rahmen der Beratungen über den Kreis-Haushalt 2012 zu entscheiden ist. Dies macht deutlich, dass beide Fraktionen nicht daran interessiert sind, vorurteilsfrei Lösungen für eine zukünftige Verkehrspolitik der Region zu prüfen.

Die SPD-Fraktion hofft, dass der Kreis durch den Mehrheitsbeschluss des Umweltausschusses nicht zum Totengräber der SRB geworden ist. Die SPD wird ggf. das Thema im Rahmen der Beratungen für den Haushalt 2012 erneut aufgreifen und für die Beteiligung des Kreises an der Planungsgesellschaft eintreten. Nach derzeitigem Stand wären dies Kosten in Höhe von bis zu 220.000,- € pro Jahr, innerhalb der nächsten drei Jahre zu leisten. Aber auch diese Kosten wären bis zu den Haushaltsberatungen noch zu überprüfen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 18:02 Uhr - 15479 Clicks - Nr. 656

Ordentlich gerechnet – doch es fehlen die Inhalte

*Zu dem Finanzplan und der mittelfristigen Finanzplanung der Landesregierung, die Minister Wiegard heute der Presse vorgestellt hat, sagt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen:***

Richtig gerechnet ist es wohl, so dass die vorgelegte Finanzplanung der Landesregierung zumindest als mathematisches Konstrukt schlüssig ist. Was allerdings fehlt, sind die Inhalte dahinter.



Es fehlen in der Vorlage insgesamt Aussagen zu konkreten Maßnahmen. Und was die Einnahmesituation betrifft, überschätzt Minister Wiegard seine Möglichkeiten ein bisschen, mit Landespolitik allein die Wirtschaft so beflügeln zu können, dass die notwendigen Steuernehreinnahmen sprudeln.

Grundsätzlich gibt es einen großen Konsens für die Einhaltung der Schuldenbremse. So lange die Menschen in Schleswig-Holstein jedoch nicht erkennen können, wo die Reise hingehet und welche

Stationen sie unterwegs zu bewältigen haben, wird es schwer sein, den Landeshaushalt vernünftig zu konsolidieren.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 19:27 Uhr - 6473 Clicks - Nr. 657

Sigrid Kuhlwein seit 25 Jahren im Kreistag

Seit dem 1. April 1986 gehört die Ammersbekerin Sigrid Kuhlwein dem Kreistag an. Für ihr 25jähriges Engagement für den Kreis Stormarn wurde die SPD-Abgeordnete nun von Kreispräsidentin Christa Zeuke geehrt. Zeuke hob besonders Kuhlweins Arbeit im Verkehrsausschuss des Kreises hervor. In diesem arbeitet Sigrid Kuhlwein von Beginn ihrer Kreistagstätigkeit an mit, seit April 1990 ist sie dessen Vorsitzende.



Christa Zeuke wünschte ihrer Kollegin noch viele erfolgreiche Jahre in ihrem Wirkungsbereich: „Niemand ist so gut eingearbeitet wie Sie!“ Und scherzhaft: "Sie sollten die nächsten zwanzig Jahre weitermachen.“

Der zweite Arbeitsschwerpunkt Sigrid Kuhlweins ist die Kulturpolitik, die sie im Schul-, Kultur- und Sportausschuss des Kreistages vertritt und für die sie sich in der Kulturstiftung Stormarn der Sparkasse Holstein seit 1990 engagiert. Kürzlich hat sie gemeinsam mit Stormarner Künstlern das 20jährige Bestehen der Künstlerinitiative, die sie von Anfang an begleitet hat, gefeiert und an viele gemeinsam realisierte Kunstprojekte erinnert.

"In diesen 25 Jahren haben wir alle zusammen vieles erreicht", erinnert sich Kuhlwein. "Vieles, was vor vielen Jahren ein heißdiskutiertes Thema war und Anlass für heftige Diskussionen, ist heute selbstverständlich, wie beispielsweise die Einwohnerfragestunde und die öffentlichen Ausschusssitzungen. Das war nur durch eine rot-grüne Mehrheit im Kreistag durchsetzbar."

Im Verkehrsbereich ist es vor allem der Öffentliche Personennahverkehr, für den der Kreis nach intensiver Beratung im Verkehrsausschuss die Aufgabenträgerschaft übernommen hat und der die Gemüter erregte, weil als Alternative auch ein Zweckverband unter Beteiligung der Kommunen im Gespräch war. "Auch das Anruf-Sammeltaxi, inzwischen eingeführt und bewährt besonders im ländlichen Raum, war zu Beginn heiß umstritten und erst nach Verhandlungen durchsetzbar. Dass der Kreis als erster in Schleswig-Holstein ÖPNV-Leistungen ausschreiben würde, musste erst politisch durchgesetzt werden. Kaum ein Thema bewegt die Leute zu recht so stark, wie ein gutes ÖPNV-Angebot, da gibt es weiterhin viel zu tun, vor allem auch weil Busverkehr nicht kostenlos zu

bekommen ist und wir Kreispolitiker die Finanzierbarkeit im Blick behalten müssen."

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 20:16 Uhr - 18263 Clicks - Nr. 658

Will das Land Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten erzwingen?

Hannes Birke sieht bürokratische Erbsenzähler am Werk und droht mit Verweigerung bei kleinlicher Gesetzesauslegung

Will das Land eine weitere Elternbeteiligung bei den Schülerbeförderungskosten erzwingen? Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke sind die Befürchtungen nicht von der Hand zu weisen, nachdem das Schulministerium die bestehende Schülerbeförderungssatzung des Kreises in Teilen als nicht rechtskonform mit dem Schulgesetz bezeichnet hat.

Die bestehende Satzung sieht vor, dass bei Schülerinnen und Schülern ein Eigenanteil in unterschiedliche Höhe erhoben wird, wenn die Fahrkarten auch zu privaten Zwecken genutzt werden kann und stellte u.a. Grundschulern von einer Eigenbeteiligung frei.

Genau diese Regelungen beanstandet das Ministerium als nicht rechtskonform. So werde von Schülerinnen und Schüler, die keine Monatskarte in Anspruch nehmen, ohne Prüfung sozialer Gesichtspunkte, kein Eigenanteil verlangt. Auch die Bestimmung, dass von Grundschulern kein Eigenbeitrag erhoben wird, ist für das Ministerium mit dem bestehen Schulgesetz nicht vereinbar. Für Birke ist die Stellungnahme des Ministeriums bürokratische Erbsenzählerei. Die bestehende Schülerbeförderungssatzung entspricht dem neuen Schulgesetz, da bereits eine angemessene Eigenbeteiligung erhoben wird. Mit dieser Meinung steht Birke nicht allein. Weder im Schulausschuss noch im Finanzausschuss ist mit dieser Begründung auf eine Änderung der Kreissatzung verzichtet worden.

Die Verwaltung setzt jetzt auf Überzeugungsarbeit beim Ministerium. Sie will in Gesprächen die Akzeptanz der bestehen Satzung erreichen. Sollten die Kieler Bürokraten stur schalten -so Birke- werde er seiner Fraktion empfehlen, sich in die Ablehnungsfront der Kreise Dithmarschen und Stormarn einzureihen, die sich einer Änderung ihrer Satzung mit einem 30%tigen Elternanteil verweigern.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 28.06.2011, 21:11 Uhr - 4184 Clicks - Nr. 659

SPD vor Ort: Was tun mit dem Bahnübergang Ellerau?

Diese Frage stand am Sonnabend im Mittelpunkt unserer Aktion "SPD vor Ort". Direkt am geschlossenen Bahnübergang in der Bahnstraße haben wir mit Mitgliedern der Bürgerinitiative und betroffenen Bürgern das Problem intensiv diskutiert.

Dabei gab es zwei gute Ergebnisse. 1. die Frage der Sicherheit wird von niemandem bestritten und 2. es gibt interessante Lösungsansätze.

Eindrucksvoll schilderten die Anwohner die Probleme, die sich für sie aus der Schließung ergeben.

1. mit der Schließung ist für viele Menschen nicht nur der Zugang zur Bahn, sondern überhaupt auch die fußläufige Verbindung zwischen Quickborn und Ellerau verschwunden
2. der Tunnel wird nicht als Lösung angesehen. Auch wenn er künftig sauberer und heller gestaltet werden sollte. Die Steigung hindert alte Menschen, den Tunnel zu benutzen
3. Es wird befürchtet und auch schon beobachtet, dass die Zahl der Menschen jeglichen Alters, die jetzt irgendwie über die Absperrung laufen, größer geworden ist. Und damit die Situation nach der Schließung gefährlicher, als zuvor
4. Geschäftsleute berichten über konkreten Kundenverlust

Die Forderung der Bürgerinitiative nach Wiedereröffnung des Bahnüberganges kann offensichtlich nur erfüllt werden, wenn gleichzeitig der Grund der Schließung beseitigt bleibt.

Deshalb schlägt die Bürgerinitiative vor, die Bahnstraße auf einer Länge von ca. 150 m um 1,5 Meter zu verschwenken und somit einen Sicherheitsraum zum Überqueren von Gleisen und Bahnstraße zu ermöglichen.

Wir werden diese Idee in der SPD-Fraktion beraten und die Verwaltung auffordern, den Vorschlag aufzugreifen und durchzurechnen. Sobald alle Fakten klar sind, wird es für alle Beteiligten einfacher, das weitere Vorgehen festzulegen.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 29.06.2011, 08:10 Uhr - 19025 Clicks - Nr. 660

Thomas Hölck: Das ist Zynismus!

Der stellvertretende Kreisvorsitzende bewertet die Forderung von Frau Ostmeier der Bund solle sich an der Finanzierung der Frauenhäuser beteiligen als peinliches und unerträgliches Ausweichmanöver.

Thomas Hölck: Das ist Zynismus! Der stellvertretende Kreisvorsitzende bewertet die Forderung von Frau Ostmeier der Bund solle sich an der Finanzierung der Frauenhäuser beteiligen als peinliches und unerträgliches Ausweichmanöver.

„Die Äußerungen der CDU-Landtagsabgeordneten Barbara Ostmeier zu den Frauenhäusern in Schleswig-Holstein, veröffentlicht in der Tagespresse am Wochenende, sind ein Hohn für die Frauen in Not und für die betroffenen Einrichtungen“, stellt der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende Thomas Hölck fest.

Mit der Zustimmung zum Doppelhaushalt 2011/2012 hat die CDU-Abgeordnete aus Hetlingen die

Kürzung für die Frauenhäuser und damit das Aus für das Frauenhaus Wedel beschlossen. „Da helfen nun auch keine warmen Worte mehr. Erst kürzen und dann den Bund in die Pflicht nehmen wollen. Dieses peinliche Ausweichmanöver ist unerträglich“, empört sich Hölck.

"Wenn Frau Ostmeier behauptet, Zitat: Der Streit um die Kosten darf auf keinen Fall auf dem Rücken der betroffenen Frauen ausgetragen werden, kann man das nur noch als Zynismus bezeichnen“, so Thomas Hölck. „Denn nichts anderes findet gerade im Frauenhaus Wedel und in den anderen von der Mittelkürzung betroffenen Einrichtungen des Landes statt“, stellt der ehemalige Landtagsabgeordnete fest.

Für die Frauen, die dringend Schutz vor häuslicher Gewalt suchen, ist es egal, wer die Aufnahme in einem Frauenhaus finanziert. Wedel liegt in der Metropolregion Hamburg und hat damit auch eine Funktion über die Landesgrenze hinaus wahrzunehmen. Wer will ernsthaft Frauen aus Hamburg, die Schutz suchen, abweisen?

Das ist doch Kleinstaaterei, die auf dem Rücken der Frauen und deren Kinder ausgetragen wird. Schleswig- Holstein ist doch auch gern bereit, die Steuern, die von Schleswig-Holsteinern in Hamburg erarbeitet werden, im Landeshaushalt zu verbuchen. „Wenn es auf Länderebene Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung von Frauenhausplätzen gibt, hätte doch wohl erst ein neues Finanzierungsmodell mit Hamburg oder auf der Bundesebene ausgehandelt werden müssen, bevor die Kürzung beschlossen wird“, stellt der stellvertretende SPD-Vorsitzende abschließend fest.

Keine Kommentare

[SGK-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 29.06.2011, 15:33 Uhr - 1821 Clicks - Nr. 661

Kommunen fordern klugen Denkmalschutz und keinen Kahlschlag –
Landtag gefährdet mit Gesetzentwurf schleswig-holsteinische Identität

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) fordert den schleswig-holsteinischen Landtag auf, bei der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes Maß zu halten.

„Der Denkmalschutz hat in der Vergangenheit entscheidend dazu beigetragen, dass in Schleswig-Holstein Tradition und Moderne zum Ausgleich kommen. Das ist eine Stärke unseres Landes. Wer hier die Abrissbirne ansetzt, gefährdet die Identität des Landes und beschädigt dessen Statik.

Die Kommunen des Landes wollen ihre Altstädte, Herrenhäuser und Schlösser für nachfolgende Generationen erhalten. Die Mehrheit des schleswig-holsteinischen Landtages will das scheinbar nicht. Anders kann man sich einen solchen Gesetzentwurf nicht erklären.

Nach dessen Wortlaut wären für das Plöner Schloss Wärmedämmverbundsystem und flächendeckende Photovoltaikanlage genehmigungsfähig. Gleiches gilt für einen rosaroten Anstrich

der Rendsburger Eisenbahnhochbrücke oder weiße Kunststofffenster für das historische Lübecker Rathaus. Irrsinn? Ja, aber Realität im schwarz-gelben Gesetzentwurf“, erklärte der SGK-Landesvorsitzende, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.06.2011, 17:52 Uhr - 5310 Clicks - Nr. 662

Wohnungsmarktprognose für Schleswig-Holstein bis 2025

Das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik hat im Auftrag des Innenministeriums eine Untersuchung des Wohnungsmarktes im Land Schleswig-Holstein bis 2025 durchgeführt. Das Ergebnis des Gutachtens ist, dass in Stormarn bis 2025 13% mehr Wohnungen benötigt werden, als heute vorhanden sind. In absoluten Zahlen sind dies 13.823, von denen 5.370 Wohnungen in Mehrfamilienhäusern sein müssten.



Martin Habersaat, SPD-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Auch diese Untersuchung zeigt, dass Stormarn zu den wenigen Wachstumsregionen Schleswig-Holsteins gehört, es gibt auch noch so viele junge Familien, dass der demografische Wandel hier erst später spürbar sein wird als anderswo.“ Deutlich werde aber auch, dass Handlungsbedarf bestehe: „Staatlich geförderter Wohnungsbau ist unverzichtbar, um angemessenen und preiswerten Wohnraum für alle Menschen zu schaffen. Defizite gibt es in den großen Städten und im Hamburger Umland, auch in Stormarn. Hier muss die Landesregierung gegensteuern und den Bestand sozialgebundener Wohnungen für einkommensschwache Haushalte wieder aufstocken. Auch das Engagement von privaten und genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen muss unterstützt werden.“

Dabei sei, so Habersaat, darauf zu achten, dass die Lösung nicht allein in der Ausweisung neuer Baugebiete gesucht werde, sondern auch in der Nachverdichtung innerörtlicher Gebiete und dem klugen Umgang mit Konversionsflächen. Wünschenswert wären auch interkommunale ökologische Baugebiete. Hierzu gebe es gute Hinweise von der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. Auch das Programm „Soziale Stadt“ sei ein wichtiges Instrument zur Entwicklung verdichteter Wohnquartiere. Leider werde dieses Programm durch Beschlüsse der schwarz-gelben Bundesregierung gerade massiv gefährdet.

Link zur Wohnungsbauprognose 2025:

http://www.schleswig-holstein.de/IM/DE/StaedteBauenWohnung/Wohnungswesen/Prognose/Prognose_node.html

Link zur Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V.:

http://www.arge-sh.de/pages/ev/arge_ev

Keine Kommentare

Zukunft neu denken

SPD-Kreisvorstand beschäftigt sich mit nachhaltiger Ökologie und Ökonomie

Der SPD-Kreisvorstand diskutierte in Eckernförde die immer drängendere Notwendigkeit einer nachhaltigeren Wirtschafts- und Umweltpolitik. Die Kreis-SPD wird sich künftig intensiver mit dieser Thematik beschäftigen. „Dies ist das ursozialdemokratische Thema von Solidarität und Gerechtigkeit“, so der SPD Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix.

SPD-Kreisvorstandsmitglied Jürgen Strack aus Neuwittenbek warb angesichts des Stillstands bei der Lösung vieler bekannter Probleme durch eine kurzsichtige und einseitig auf ökonomische Aspekte ausgerichtete Politik für ein konsequentes Umdenken: „Wir müssen den Wechsel von der neoklassischen Wachstumsgläubigkeit zu einer nachhaltigen Ökonomie schaffen!“

Nur wenn wir unsere Ökonomie einer nachhaltigen Ökologiepolitik anpassen würden, könnten wir auch soziale Ziele verwirklichen.

Strack nutzte die Gelegenheit, um auf die verheerenden Folgen von ökologischen Verfehlungen wie Klimaerwärmung, Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung auf Ökonomie und soziales Miteinander aufmerksam zu machen.

Er appellierte, nicht aufzugeben, sondern konsequent für eine bessere Zukunft zu arbeiten. Nur so könnten handlungsfähige Staatshaushalte, akzeptable Arbeitsbedingungen, gesundes Leben und soziale Sicherheit bei Chancengleichheit künftig verwirklicht werden.

„Wir wollen diskutieren und handeln in guter Tradition eines Willy Brandt, der die sozialen und ökologischen Folgen des Nord-Süd Gefälles in unserer Welt überwinden wollte“, so Strack.

Keine Kommentare

Das Umweltforum der SPD Schleswig-Holstein wird in diesem Jahr 15!

Es wurde im Sommer 1996 gegründet, als die Umweltpartei SPD zusehen musste, wie das Umweltministerium in Kiel an die GRÜNEN weitergereicht wurde. Die Mütter und Väter der Initiative waren Ulrike Mehl, Konrad Nabel, Hans-Jörg Lüth, Marion Wecken, Eckart Kuhlwein, Jürgen Blucha, Wolfgang Vogel, Irene Schöne und Hans Ewers.



Sie wollten mit dem „ufo“ die ökologische Kompetenz des Landesverbandes demonstrieren und weiterentwickeln und die vielen ökologischen Themen nicht der grünen Konkurrenz überlassen.

Im November 1996 fand mit 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern im Kieler Legienhof der offizielle Gründungsakt statt. Heide Simonis hatte die Aufgabe zu begründen, warum die SPD in Schleswig-Holstein ein Umweltforum braucht. Hermann Scheer definierte die Umweltpolitik als Aufgabe der Demokratie.

Heute sind die Hauptakteure im ufo für den SPD-Landesvorstand Stefan Bolln, für die Landtagsfraktion Sandra Redmann und Olaf Schulze, Webmaster ist Jürgen Strack und Eckart Kuhlwein ist immer noch „Geschäftsführer“. Und viele Genossinnen und Genossen treffen sich

regelmäßig in einer „Lenkungsgruppe!“ um Konzepte und Vorlagen für die Umweltpolitik der Partei zu entwickeln. Aber auch um die ökologisch interessierte Öffentlichkeit in Konferenzen zu Rate zu ziehen.

Seinen 15. Geburtstag will das Umweltforum nicht ohne fröhliche Feierlichkeiten verstreichen lassen. Wir laden deshalb für den 19. August alle ufo-Freaks zu einem Waldspaziergang durch das eiszeitliche Ahrensburger Tunneltal und zu einer kleinen Feierstunde ins Peter-Rantzau-Haus ein.

Start zur Wanderung mit dem Bus ab Bahnhof Ahrensburg zum Dänenweg um 13:43 Uhr
Wanderung durch das Tunneltal bis U-Bahnhof Ahrensburg Ost – Führung Josef Niggemann von den Ahrensburger NaturFreunden.

Bus ab Ahrensburg-Ost bis Ahrensburg Hamburger Straße 16:02 Uhr bis 16:06 Uhr

Beginn der Feierstunde 16:30 Uhr im Peter-Rantzau-Haus
bis ca. 19:30 Uhr (bei schönem Wetter auf der Terrasse)

Festvortrag Wolfgang Vogel zum Thema Nachhaltigkeit und die Rolle der Politik
Kabaretteinlagen mit Ulrike Mehl und Eckart Kuhlwein
Ehrungen für die Pioniere der ersten Stunde
Getränke und Häppchen

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 29.06.2011, 19:40 Uhr - 5231 Clicks - Nr. 665

Kritik an der Lehrerstellenzuweisung

In Kiel gibt es im kommenden Schuljahr 206 Schülerinnen und Schüler (SuS) mehr; allerdings erhält die Landeshauptstadt 22,5 Lehrstellen weniger als bisher. Noch schlechter ergeht es dem Kreis Segeberg: Zwar verliert er 123 SuS, büßt dafür aber gleich 57,2 Planstellen ein. Glücklicher Kreis Stormarn, der 546 SuS zulegt und neun Lehrstellen gewinnt. Martin Habersaat, Stormarns SPD-Kreisvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, ist dennoch unzufrieden:



„Die Ausstattung an Lehrern verschlechtert sich unter dem Strich, auch wenn wir Wachstumsregion sind. Alle Schularten stehen künftig schlechter da als bisher. Für die Kollegien bedeutet das eine größere Arbeitsbelastung, für Schüler und Eltern oft Frust.“

Den Gemeinschaftsschulen wurden die zur Verfügung stehenden Differenzierungsstunden halbiert. Außerdem stehen für Integrationsklassen, in denen Kinder mit besonderem Betreuungsbedarf beschult werden, weniger Stunden zur Verfügung. Der Kreis Stormarn hatte im Schuljahr 2010/11 9.445 GrundschülerInnen, 2011/12 werden es vermutlich nur 9.079 sein. Das führt zu einer Reduzierung der Stellen an den Grundschulen. Weil das Ministerium zu viele Stellen streicht, wird

die Personaldecke aber unverhältnismäßig kleiner. Habersaat: „Je kleiner eine Schule ist, desto deutlicher wird der Mangel werden. Vor allem kleine Grundschulen werden vor der Frage stehen, an welcher Ecke der Decke sie ziehen und was sie künftig dann nicht mehr leisten können.“

In den weiterführenden Schulen steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler noch. Die Gymnasien des Kreises beschulten 2010/11 8220 SuS, 2011/12 werden es 8435 sein. Die Zahl der Planstellen steigt von 475,2 auf 484,8. Habersaat bemängelt: „Auch das ist nur auf den ersten Blick eine Verbesserung. Kam in diesem Schuljahr an den Stormarner Gymnasien ein Lehrer auf 17,29 Schüler, verschlechtert sich dieser Wert im kommenden Jahr auf 17,39.“ Insgesamt könne man trotz erhöhter Unterrichtsverpflichtung für die Lehrerinnen und Lehrer nicht so viele Stellen sparen, wie von der Regierung geplant. Habersaat: „Das erklärt sich zum Beispiel dadurch, dass wir davon ausgehen, dass die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten steigen wird. Wenn das wo wäre, würde natürlich auch die Aufenthaltsdauer der Schülerinnen und Schüler an den Schulen steigen – und ebenso der Bedarf an Lehrkräften.“

Die SPD hatte in der letzten Sitzung des Landtags-Bildungsausschusses (16. Juni) vor der Sommerpause einen schriftlichen Bericht des Ministeriums zur Lage an den Schulen eingefordert, nachdem im Planstellenzuweisungsverfahren zahlreiche Fragen aufgetauscht waren. Dieser wurde von Minister Dr. Klug auch zugesagt, bisher konnte das Ministerium allerdings nicht liefern. Martin Habersaat, der bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Gymnasiallehrer war (Fächer: Deutsch, Geschichte, Politik/Wirtschaft), kritisiert die Personalpolitik der Landesregierung auch in anderen Punkten: Erstens sei das Planstellenzuweisungsverfahren kompliziert, wenig transparent und selbst für Interessierte kaum nachvollziehbar. Zweitens gingen dem Land durch die übermäßige Streichung von Stellen fertig ausgebildete Nachwuchskräfte mit guten und sehr guten Noten verloren. Und drittens komme es immer wieder vor, dass angehende Lehrer beispielsweise mit den Mangelfächern Chemie und Physik nicht angenommen würden, weil das Land sich ein Hauptfach in der Fächerkombination wünscht. Habersaat: „Andere Bundesländer bedanken sich für diese Prinzipienreiterei und stellen Physiklehrer mit Kusshand ein.“

Link zu weiterem Datenmaterial, z.B. den Schüler- und Lehrerzahlen pro Gymnasium:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1500/drucksache-17-1533.pdf>

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 07:17 Uhr - 18114 Clicks - Nr. 666

Kreisstraße 22

Planfeststellungsbeschluss um ein weiteres Jahr verschoben. Hannes Birke befürchtet fehlende politische Mehrheiten für die Baumaßnahme nach der Kommunalwahl 2013

Kreisstraße 22: Planfeststellungsbeschluss um ein weiteres Jahr verschoben. Hannes Birke befürchtet fehlende politische Mehrheiten für die Baumaßnahme nach der Kommunalwahl 2013



Die unendliche Geschichte der K 22 –so SPD-Fraktionsvorsitzender Hannes Birke- ist um ein weiteres Kapitel ergänzt worden. Landrat Stolz erhielt aus Kiel die Mitteilung, dass der Planfeststellungsbeschluss um ein weiteres Jahr verschoben werde. Der Grund sind mangelnde Planungskapazitäten beim Land. Die Planung der A 20 binde alle Kapazitäten und so Birke „für die K 22 bleibt da keine Zeit“.

Noch zu den Haushaltsberatungen hatte der Verkehrsausschussvorsitzende des Kreises Pinneberg Kai Feuerschütz (CDU) aus Uetersen vollmundig versprochen, bei der K 22 laufe alles nach Plan und hatte für 2012 den Bau des 2. Abschnittes Wischmöhlenweg angekündigt. Die realistische Zeitrechnung der SPD, dass ein Baubeginn selbst bei einem Planfeststellungsbeschluss im Jahre 2011 frühestens 2013 beginnen könnte, kritisierte Feuerschütz als Verweigerungshaltung für einen zeitgerechten Ausbau. Entweder –so der SPD-Fraktionsvorsitzende- fehlte Herrn Feuerschütz die notwendige Sachkunde oder er wollte wider besseren Wissens die Tatsache verschleiern, dass die „schwarz-gelbe Koalition im Kreis sich bereits im März 2011 nicht auf eine Gesamtfinanzierung der Baumaßnahme verständigen konnte.

Birke befürchtet, dass die politische Durchsetzung des Baus der K 22 immer schwieriger wird. Mit der Verschiebung des Planfeststellungsbeschlusses ist mit Baumaßnahmen frühestens 2013/ 2014 zu rechnen. Für Birke ist fraglich, ob es nach der 2013 stattfindenden Kommunalwahl noch eine politische Mehrheit für die K 22 gibt, denn bereits jetzt bröckelt die politische Zustimmung.

Neben den Grünen hat sich inzwischen auch die FDP in die Ablehnungsfront eingereiht. Schon beim Doppelhaushalt 2011/2012 gab es von der „schwarz-gelben Koalition“ im Kreis kein klares Bekenntnis zur K 22. Offensichtlich auf Druck der FDP wurde die langfristig Finanzierung im Haushalt nicht sichergestellt. Auch der mühsam zustande gekommene Kompromiss, lediglich den Ausbau „Wischmöhlenweg“ mit 1,8 Mio € zu finanzieren, hat sich –so Birke- nach der Mitteilung aus Kiel wohl erledigt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 10:17 Uhr - 1656 Clicks - Nr. 667

Chance für Konzertsaal nutzen!

Die Modernisierung und zeitgemäße (auch akustische) Aufwertung des bestehenden Konzertsaals am Schloss ist für Kiel sowohl städtebaulich wie kulturpolitisch die beste Lösung.

Statt des von CDU und FDP erträumten Neubaus einer „Förderphilharmonie“ wird eine realistische Lösung im Sinne der städtebaulich und finanziell angezeigten neuen Bescheidenheit (wie z. B. bei der Beethoven-Halle in Bonn) angestrebt.

Wir appellieren an den jetzigen Betreiber des Konzertsaals, die ausgestreckte Hand der Stadt zu ergreifen und den Weg frei zu machen für die vorgeschlagene Lösung. Es besteht jetzt die Chance, dass private Investoren aus der Region, NDR und Landeshauptstadt Kiel gemeinsam ein kulturelles und städtebauliches Kleinod schaffen, das die Altstadt nachhaltig beleben wird.

Dies erklären die baupolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen und Ratsherr Dirk Scheelje, und Ratsfrau Antje Danker, SSW, zur städtischen Konzertsaal-Initiative

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 10:21 Uhr - 1696 Clicks - Nr. 668

Soziale Stadt: Mit Mikrokrediten Kleinbetrieben und Existenzgründern helfen!

SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung setzen wirtschaftspolitisch die „Soziale Stadt“ um und werden das von der Verwaltung vorgeschlagene Konzept zur Vergabe von Mikrokrediten in den Soziale-Stadt-Gebieten Kiels beschließen.

Die Landeshauptstadt Kiel, ihre Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KiWi GmbH) und ein akkreditierter Mikrofinanzierer aus Offenbach, die KIZ (Kommunikations- und Innovationszentrum) gGmbH und Projektträger des Bundesförderprogramms „Mikrofinanzierung für Quartiere“ (MIQUA) werden gemeinsam die Vergabe dieser Mikrokredite realisieren. Zielgruppe sind Kleinbetriebe und Existenzgründerinnen und -gründer. Der einzelne Mikrokredit soll durchschnittlich 5.000 Euro betragen und unabhängig von der bisherigen „Hausbank“ vergeben werden. Auf der Grundlage einer Empfehlung des Mikrofinanzierers wird die „Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken“ (GLS Bank) einen solchen Mikrokredit aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Bundeshaushalts vergeben.

Beginnen wird es im Stadtteil Gaarden, wo das jüngst errichtete Wirtschaftsbüro eingebunden werden wird. Wenn noch im Jahr 2008 ein Viertel der Sozialhilfeausgaben in den Stadtteil Gaarden fließen muss, in welchem weniger als ein Zehntel aller Kielerinnen und Kieler lebt, dann ist es auch haushaltspolitisch klug, hier Geld in die Hand zu nehmen, um in Zukunft die Zahl der Sozialleistungsempfänger und -empfängerinnen zu senken. Das Fehlen von Arbeitsplätzen sowie von Qualifizierungs- und Ausbildungsangeboten ist das zentrale Grundproblem in Gaarden. Dabei betrifft die Arbeitslosigkeit Jugendliche überproportional. Folgen hoher Arbeitslosigkeit sind Einkommens- und Kaufkraftverluste, die wiederum die wirtschaftliche Entwicklung der im Stadtteil verankerten Betriebe und Unternehmen gefährden. Eine nachhaltige Besserung der Situation im Sozialraum Gaarden macht es erforderlich, dass Wirtschaftsförderung, Sozialpolitik und Stadtplanung an einem Strang ziehen.

Bis Ende 2012 geht die Verwaltung hier von ca. 20 Mikrokrediten aus, d.h. von einem Kreditobligo von 100.000 Euro. Die Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungsgesellschaft (KiWi GmbH) stellt 20.000 Euro für die erforderliche Kofinanzierung des Mikrokreditprogramms zur Verfügung und wird Kunden vor, während und nach der Kreditvergabe beraten. Die Stadt wird ihrerseits ihre KiWi GmbH mit 15.000 Euro refinanzieren, und zwar aus dem von SPD, Grünen und SSW langfristig eingeplanten und in den Stadthaushalten durchgesetzten „Fonds für innovative Beschäftigungsmaßnahmen“.

Langfristig streben SPD, Grüne und SSW die Vergabe von Mikrokrediten nicht nur in Gaarden,

sondern in allen Soziale-Stadt-Gebieten an. Darüber hinaus ist eine Erweiterung der Vergabemöglichkeit auf das gesamte Stadtgebiet zu prüfen, wie es die Verwaltung vorschlägt.

Insgesamt setzt die Vorlage die Wirtschaftspolitik von SPD, Grünen und SSW hervorragend um.

Dies erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis'90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) zum Konzept zur Vergabe von Mikrokrediten in den Soziale-Stadt-Gebieten Kiels.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 14:07 Uhr - 14211 Clicks - Nr. 669

Thönnnes: Gemeinsam für ein solidarisches Gesundheitssystem

Betriebsrätekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin:

„Gesundheit zukunftssicher organisieren“, so lautete der Titel der Betriebs- und Personalrätekonzferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin am 29. Juni 2011. Auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes nahmen Norbert Vahl, Betriebsratsvorsitzender des DRK Kreisverbandes Segeberg und Ralph Baum vom Betriebsrat der Klinikum Bad Bramstedt GmbH teil.



Hintergrund der Konferenz war die ständige Verteuerung des Gesundheitssystems durch die Politik der Bundesregierung für die gesetzlich Versicherten, ohne spürbare Verbesserungen. „Bisher trugen starke Schultern mehr als schwache. Künftig aber müssen Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen überproportional die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen tragen, denn die Arbeitgeberbeiträge werden eingefroren. Die Kopfpauschale wird steigen und die Finanzierung des Sozialausgleichs ist ungeklärt. Die angekündigte Vorkasse beim Arzt führt zu einer Dreiklassenmedizin und die CDU/CSU/FDP-Koalition beendet die Solidarität im Gesundheitssystem“, so SPD-MdB Franz Thönnnes.

Die SPD-Bundestagsfraktion tritt ein für 'Gute Arbeit', die nicht krank machen darf. Dafür muss die Politik bessere Rahmenbedingungen schaffen. „Deshalb fordert meine Fraktion eine Gesundheitspolitik ohne Klassenschranken mit einer solidarischen Bürgerversicherung und einer Humanisierung der Arbeit. Das Gesundheitssystem muss wieder von den Beschäftigten und Arbeitgebern zu gleichen Teilen finanziert werden“, erläutert der SPD-Politiker.

Neben der Darstellung der gesundheitspolitischen SPD-Positionen diente die Konferenz insbesondere dem Austausch zwischen den über 250 Betriebs- und Personalräten als Experten vor Ort und den SPD-Gesundheitspolitikern.

„Durch die Gesundheitspolitik der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung hat sich die finanzielle Situation der Krankenhäuser in Schleswig Holstein nochmals dramatisch verschlechtert. Einsparungen können nur noch durch Personalabbau getätigt werden. Aber das Personal ist schon jetzt überlastet. Als ersten Schritt ist es notwendig, dass die Krankenhäuser ihre Kostensteigerungen voll refinanziert bekommen“, so Ralph Baum. Und Norbert Vahl ergänzt: „Um das solidarische Gesundheitssystem zu erhalten, brauchen wir eine enge Kooperation zwischen den Gewerkschaften und der SPD. Der Austausch in dieser Konferenz ist dafür eine gute Basis.“

„Das Gespräch mit den Betriebsräten hat einmal mehr deutlich gemacht, dass wir in der Gesundheitspolitik dieselben Vorstellungen haben. Hier müssen wir jetzt gemeinsam für Mehrheiten werben und mit den Gegnern streiten“, so Thönnies abschließend.

(Bildunterschrift v.l.n.r.: Norbert Vahl, Ralph Baum und Franz Thönnies)

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 14:48 Uhr - 96050 Clicks - Nr. 670

"Kehrtwende der Bundesregierung nicht nachvollziehbar"

Deutschland unterstützt umstrittenes Fischereiabkommen mit Marokko

Mit Unverständnis reagierte Ulrike RODUST, fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, auf die Entscheidung der Bundesregierung, der Verlängerung des Fischereiabkommens zwischen der EU und Marokko zuzustimmen. Damit macht die Bundesregierung den Weg frei für eine einjährige Verlängerung, auch wenn sieben EU-Mitgliedsstaaten bei der Sitzung der ständigen Vertreter in Brüssel am Mittwochabend nicht zustimmen wollten.



"Noch vor einigen Monaten hat sich die Bundesregierung bei diesem umstrittenen Sachverhalt enthalten und zu Recht sehr kritische Fragen aufgeworfen. Wie aus einer Enthaltung trotz gleichbleibender Sachlage plötzlich ein Ja werden kann, ist mir völlig schleierhaft", kommentierte Ulrike RODUST die Entscheidung.

Das umstrittene Abkommen erlaubt europäischen Fischern in marokkanischen Gewässern zu fischen; im Gegenzug unterstützt die EU Marokko finanziell. Hauptkritikpunkt ist seit langem, dass Marokko auch die reichen Fischgründe der besetzten Westsahara an die EU verkauft. Der juristische Dienst des Europäischen Parlaments stufte das Abkommen als völkerrechtswidrig ein, da nicht ausreichend belegt sei, dass die Bevölkerung Westsaharas von dem Abkommen profitiert.

Nach Aufforderung durch die EU-Kommission, entsprechende Belege zu liefern, legte die marokkanische Regierung in letzter Minute Daten vor. Für die Kommission war dies Grund genug,

eine einjährige Verlängerung des Abkommens einzuleiten. Anfang 2012 soll Marokko ausführlicher über die Verwendung der von der EU erhaltenen Finanzmittel berichten.

"Aus meiner Sicht sind die von Marokko vorgelegten Daten völlig unzureichend. Es wird nicht deutlich, welche Mittel bei den Menschen in Westsahara ankommen. Ich verstehe nicht, wie die Bundesregierung eine Verlängerung des Abkommens befürworten kann", urteilte die SPD-Politikerin. "Ich befürchte, dass die großen EU-Fischereinationen auf Zeit spielen wollen, um in einem Jahr eine langfristige Verlängerung durchzusetzen. Das Europäische Parlament wird sich sehr kritisch mit dem Abkommen befassen – ohne unsere Zustimmung kann es nicht in Kraft treten!", so Ulrike RODUST abschließend.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 18:34 Uhr - 5085 Clicks - Nr. 671

Arbeitskreis Bildung an der FH Westküste

Nach Heide hatte sich der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion aufgemacht, um die Fachhochschule Westküste zu besuchen. Für den Abgeordneten Detlef Buder war dies ein Heimspiel, ist er doch stellvertretender Vorsitzender des dortigen Hochschulrates. Im Gespräch mit den Abgeordneten stellte das Präsidium um Prof. Dr. Hanno Kirsch den aktuellen Entwicklungsstand der Hochschule vor. Ursprünglich auf 1.000 Studierende ausgelegt, hat sie jetzt bereits rund 1.250, davon etwa 900 in den Wirtschaftswissenschaften und 350 in der Technik. Nach dem Hochschulpakt II soll sie insgesamt 9,5 % der zusätzlichen Studienplätze im Land erhalten und auf 1.600 Studierende anwachsen.

Nur 16 % der Studierenden stammen aus dem Kreis Dithmarschen und insgesamt 40 % aus einem Einzugsbereich von etwa 70 km rund um die Hochschule. Von den Absolventen bleiben viele im Raum Hamburg/Schleswig-Holstein. Der neue Studiengang Wirtschaftspsychologie ist sehr stark nachgefragt; es gibt rund 300 Bewerbungen für 40 Plätze. Der Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung und hochschulpolitische Sprecher der SPD, Landtagsfraktion, Martin Habersaat, nahm aber auch einige Problemstellungen mit: „Wir haben erfahren, dass die Entfristung von Hochschulpakt-Stellen schwierig ist, beispielsweise weil es bisher sehr wenige Pensionierungsfälle gibt und kaum Möglichkeiten für flexible Lösungen. Das macht Berufungs- und Bleibeverhandlungen natürlich schwierig. Schleswig-Holstein begibt sich hier in einen Wettbewerbsnachteil zu anderen Bundesländern.“



Bei einem abschließenden Rundgang durch die Hochschule konnten sich die Abgeordneten ganz praktisch von der guten Arbeit und der Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Hochschulen überzeugen und High Tech an der Westküste erleben: Beim Crazy Car – Wettbewerb hatten 30 Teams von Schülern und Studenten aus der Region und aus Österreich Fahrzeuge konstruiert, die sich mit Hilfe von Sensoren, Ultraschall oder Kamerasystemen selbstständig durch einen im Foyer der FH aufgebauten Parcours bewegen konnten. „So wird die Begeisterung für Fächer wie Mathematik und Physik geweckt, es werden Selbst-ständigkeit, Problemlösungskompetenz und Organisationstalent der jungen Leute gefördert“, freuten sich die Abgeordneten.

Foto: Martin Habersaat, Prof. Dr. Hanno Kirsch, Detlef Buder

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 19:09 Uhr - 20859 Clicks - Nr. 672

AfB Bildung Rendsburg-Eckernförde wählt neuen Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung 2011 bestätigte die AfB Ulf Daude aus Molfsee einstimmig als Kreisvorsitzenden. Sabine Devich-Henningsen (Dänischenhagen), Klaus Stamm (Felde), Annette Glienke (Eckernförde), Klaus Jung (Fockbek), Petra Paulsen (Felde), Thorsten Grewe (Mielkendorf) und Thomas Lemm (Eckernförde) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.



Ziele für die bildungspolitische Arbeit sind:
Priorität für Bildung, Gemeinschaftsschule

ist die Schule der Zukunft, niemand geht ohne Schulabschluss, Anpassung der Lehrpläne an Schulstruktur, gute Bildung in der Fläche, Gleichwertigkeit der Schulfächer.

Die diesjährige Jahreshauptversammlung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Rendsburg-Eckernförde in Gettorf drehte sich um das Thema Bildungsverantwortung und deren praktische Umsetzung. Hajo Hoffmann, Landesvorsitzender der AfB SH, stellte in seinem Grußwort fest, dass von Abgeordneten und Verantwortlichen gerne über Pläne und Ziele gesprochen wird und auch hier ein Konsens in allen Parteien vorherrscht, dass in einer optimalen (Aus-) Bildung unserer Kinder und Jugendlichen die Zukunft Schleswig-Holsteins liegt. Allerdings werde dann in der konkreten Entscheidung über Haushalte zu häufig Bildung als ein Posten von vielen gesehen und in der Folge isoliert über Finanzpositionen abgestimmt. „Gute Bildung ist die gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Bund und die Länder müssen diese nach internationalen Standards wie z.B. der OECD gewährleisten“, so Hajo Hoffmann.

Auf der Jahreshauptversammlung 2011 bestätigte die AfB Ulf Daude aus Molfsee einstimmig als Kreisvorsitzenden. Sabine Devich-Henningsen (Dänischenhagen), Klaus Stamm (Felde), Annette Giencke (Eckernförde), Klaus Jung (Fockbek), Petra Paulsen (Felde), Thorsten Grewe

(Mielkendorf) und Thomas Lemm (Eckernförde) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Als Ziele für die bildungspolitische Arbeit und zur Vorbereitung der SPD Programmdiskussion zur Landtagswahl 2012 hat die AfB Rendburg-Eckernförde folgende Punkte bestimmt:

- 1) Bildungsinvestitionen müssen an die erste Stelle der Haushaltspläne und Prioritätenlisten gestellt werden. Dies betrifft nicht nur den Erhalt der Personalstellen, sondern auch die Verbesserung der Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Die Verantwortlichen auf allen Ebenen unserer Gesellschaft werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, damit wir unsere guten Lebensbedingungen und –grundlagen sichern und erweitern können.
- 2) Die Gemeinschaftsschule ist die Schule der Zukunft für alle Kinder und Jugendlichen. Diese Schulen müssen weiter gefördert werden, damit sie in der Lage sind, ein hochwertiges Bildungsangebot bis zum Abitur in der Fläche unseres Kreises und unseres Landes sicher zu stellen. Gymnasien müssen Anreize erhalten, sich zu Gemeinschaftsschulen weiter zu entwickeln.
- 3) Niemand darf seine Schule ohne Abschluss verlassen! Alle Schulen müssen sich so verändern (z.B. durch Förderprogramme, Weiterentwicklung der Unterrichtsformen, Schulsozialarbeit), dass ihre Schülerinnen und Schüler den ihnen bestmöglichen Schulabschluss erreichen, ggf. müssen weitere Abschlüsse an dieser Schule angeboten werden.
- 4) Die Lehrpläne müssen an die neuen Anforderungen der Schulstrukturen und der Arbeitswelt angepasst werden.
- 5) Hochwertige und altersgerechte Bildungsangebote und Bildungsorte müssen leicht erreichbar sein.
- 6) Alle Schulfächer sind gleichwertig und müssen verlässlich angeboten werden. „Wie soll z.B. das Interesse an Naturwissenschaften geweckt werden, wenn immer noch in Haupt- und Nebenfächern gedacht wird?“, so Ulf Daude: „Woher sollen die dringend benötigten Ingenieure kommen, wenn schon in Grundschulen der Technik-Unterricht zur planerischen Verfügungsmasse wird? Weiterhin zeigen entwicklungspsychologische Untersuchungen, dass musisch und künstlerisch geförderte Kinder nicht nur kreativer sind, sondern insgesamt mehr, besser und leichter lernen.“

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 30.06.2011, 19:23 Uhr - 39060 Clicks - Nr. 673

CDU und FDP sehen den Wald vor lauter Paragrafen nicht

Sandra Redmann zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeswaldgesetzes :

Immerhin: CDU und FDP halten ihren Kurs, Natur- und Umweltgesetze haben keinen hohen Stellenwert und sollen möglichst wirtschaftsfreundlich neu formuliert werden. Dies haben wir schon beim Landesnaturschutzgesetz erlebt und nun liegt uns zur abschließenden Befassung die Novellierung des Landeswaldgesetzes vor.



Bereits in der Großen Koalition mit uns wollte die CDU das Gesetz zurück entwickeln, konnte ihre

Vorstellungen aber nicht umsetzen. Um es noch einmal deutlich zu sagen: Wir haben mit dem Ende 2004 novellierten Landeswaldgesetz eine moderne und vorbildliche Grundlage geschaffen, an deren Eckwerten wir im Interesse des Erhalts unserer natürlichen Grundlagen und Ressourcen nicht rütteln sollten!

Der einzige positive Punkt an den vorgesehenen Änderungen ist, was er nicht ändern will: Das erst 2005 geschaffene freie Betretungsrecht in allen Wäldern im Land wird nun als ein wichtiges Gut nicht angetastet. Wir wären sonst das erste Bundesland, das dieses Recht wieder abschafft und das Verlassen der Wege im Wald unter Strafe stellt. Hier hat die Regierung mit Ministerin Dr. Rumpf inzwischen eine andere und bessere Sicht auf die Bedeutung des freien Betretungsrechts als ihr Vorgänger von Boetticher, der es abschaffen wollte.

Der Rest der Novellierungsvorschläge ist allerdings im sachlichen Kern generell abzulehnen. Die geplante Straffung des Gesetzestextes macht das Gesetz nicht mehr les- und anwendbar, das Bundeswaldgesetz und andere Rechtsvorschriften sind daneben zu legen. Die bisherige ökologische Ausrichtung des Landeswaldgesetzes wird an vielen Stellen unterlaufen:

- Die Grundsätze der guten fachlichen Praxis in werden drastisch reduziert;
- Das Einvernehmen mit den Naturschutzbehörden bei Ausnahmen zum Kahlschlagverbot wird abgeschafft;
- Genehmigungsfiktionen nach Antragstellung für z. B. die Umwandlung von Wald und Erstaufforstung setzen die Unteren Naturschutzbehörden unnötig unter Zeitdruck;
- Vorschriften zum Schutzwald, zum Vorkaufsrecht des Landes und zur Vorlage eines Waldberichts werden einfach gestrichen.

Dies ist nur erklärbar durch den Satz in der Begründung: „Die Waldbesitzenden erhalten damit ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit“. Damit wird das Verständnis von CDU und FDP zum Umwelt- und Naturschutz schonungslos offen gelegt: Umwelt und Natur sollen nicht durch den Staat zum Wohl aller Menschen geschützt werden, sondern den Eigentümern als wirtschaftliches Gut zur Verfügung gestellt werden. Nebenbei können die Eigentümer im Rahmen ihrer eigenen Vorstellung auf ihren Flächen auch mal Naturschutz machen. Dies ist weder zeitgemäß noch gerecht und steht diametral unserer Position gegenüber.

Den Kontext rundet nun eine von Kollegin Loedige eingebrachte Idee zur Gegenfinanzierung der inzwischen auf Eis gelegten Küstenschutzabgabe ab. Sie hat munter und ohne die geringste Sachkenntnis vorgeschlagen, einfach den Zuschuss u.a. für Gemeinwohlleistungen an die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten um zwei Millionen Euro zu kürzen und auch der Stiftung Naturschutz 300.000 € wegzunehmen. Klarer kann man und frau es nicht sagen: Gemeinwohl und Naturschutz ist zumindest für die FDP überflüssig und abzuschaffen.

Wir haben gegen den rückwärts gewandten Entwurf der Landesregierung einen Änderungsantrag im Ausschuss gestellt, der die Bedenken nicht nur der Naturschutzverbände, sondern auch z. B. des Landkreistages als Sprachrohr der Unteren Naturschutzbehörden berücksichtigte und ohne große Diskussion einfach weg gestimmt worden ist.

Ein wichtiger Punkt, der wie viele andere in den Beratungen viel zu kurz thematisiert wurde, sind die Vorschriften zum „Reiten im Walde“. Wir hätten uns hier z. B. eine „Clearingstelle“ vorstellen können, die die Interessen der Vertreter des Pferdesportverbandes am Ausbau eines landesweiten Reitwegenetzes auf der einen und auf der anderen Seite die Interessen des Naturschutzes und der Waldeigentümer berücksichtigen kann. Dies kann auch untergesetzlich gelöst werden. Wir werden hier initiativ werden.

Wer kein Ziel hat, für den ist kein Weg der richtige. CDU und FDP fehlt ein klares, den Wünschen aller Menschen im Land dienendes Ziel im Naturschutz. Sie haben sich verheddert beim Schnitzen an Paragrafen und dabei den Blick für den Schutz und die Entwicklung unserer Wälder aus den Augen verloren. Wie inzwischen leider bei diesen Regierungsfractionen üblich, wird auch dieser rückwärts gewandte Gesetzentwurf wohl durch gestimmt.

Keine Kommentare